Freitag, 18. Oktober 1985 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 243 - 42.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Rüstung: Die Türkei wünscht von der Bundesrepublik weitere Rüstungsgüter, darunter Panzer. Das Bundeskanzleramt erklärte gestern dazu gegenüber der WELT, Zusagen seien noch nicht gegeben worden. (S. 12)

Garski: Im Prozeß gegen den Berliner Architekten forderte die Staatsanwaltschaft fünf Jahre wegen Untreue, Kreditbetrugs und Urkundenfälschung. (S. 4)

Berlin-Boom: Die Stadt entwikkelt sich in diesem Jahr zum Besucher-Magnet Nr. 1 in Deutschland. In den ersten acht Monaten stieg die Besucherzahl gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 15 Prozent auf 1,1 Millionen, die Zahl der Übernachtungen um 19 Prozent auf 3,03 Millionen.

Kernenergie: Die Bundesregierung kündigte an, sie werde sich notfalls des Mittels der Weisung bedienen, um die Erteilung der letzten Teilerrichtungsgenehmigung für den Brüter in Kalkar durch das NRW-Wirtschaftsministerium zu erreichen.

Rückzug: Handwerkspräsident Paul Schnitker will nach Ablauf seiner regulären Amtszeit Ende 1987 nicht erneut kandidieren.

Staatsbesuch: Die britische Königin Elizabeth II. hat Bundespräsident Richard von Weizsäcker für Anfang Juli 1986 zu einem Staatsbesuch eingeladen.

Moskauer Offerte: Der sowjetische Parteichef Gorbatschow hat in einem Brief an die britische Premierministerin Thatcher Verhandlungen zwischen beiden Ländern über den Abbau von Nuklearwaffen vorgeschlagen. Frankreich hatte ein entsprechendes Angebot abgelehnt.

Terrorismus: Mit einem Bombenattentat reagierte die französische Terrororganisation „Action Directe" auf den jüngsten Fernsehauftritt des Führers der rechtsextremen „Nationalen Front", Jean-Marie le Pen. Ziel war das Gebäude der Aufsichtsbehörde für Rundfunk und Fernsehen in Paris. (S. 5)

Libanon: Beim Anschlag eines Selbstmordkommandos auf den Christensender „Stimme der Hoffnung" in der südlibanesischen Stadt Mardschajun wurden gestern neun Menschen getötet. Die drei Attentäter hatten sich in dem Gebäude selbst in die Luft gesprengt.

Säuberung in der „DDR": In einer zweimonatigen Aktion zur Überprüfung ihrer fast 2,3 Millionen Mitglieder hat die SED 3787 Ausschlüsse aus der Partei verfügt. 3167 weitere Fälle werden noch geprüft.

Spionage: In nichtöffentlicher Sitzung nahm gestern in Bonn der Untersuchungsausschuß des Bundestages seine Arbeit auf.

ZITAT DES TAGES



„ Die Sowjetunion mag ein ihr freundliches Regime in Kabul wünschen. Aber über seine Zukunft soll das afghanische Volk selbst entscheiden. "

Der pakistanische Präsident Mohammad Ziaul Haq in einem WELT-Interview (S. 5)
FOTO: WEREK

WIRTSCHAFT

Krankenversicherung: Eine zufriedenstellende Geschäftsentwicklung melden die privaten Krankenversicherer. Die ersten sechs Monate 1985 brachten ein Nettoplus aus der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) von 30 000 Versicherten. Die Krankheitskosten der Privaten stiegen mit plus vier Prozent langsamer als die der GKV. (S. 15)

Ölmarkt: Veba Oel schließt einen neuen Vertrag mit Venezuela ab. Statt bisher 100 000 Faß pro Tag werden die Venezolaner künftig 150 000 Faß liefern. (S. 16)

Umwelt: Mindestens 20 000 ältere Industriebetriebe sollen nach dem Willen der Bundesregierung in den nächsten Jahren so umgerüstet werden, daß sie nicht mehr Schadstoffe ausstoßen als neue Betriebe. Das ist der Kern der neuen Technischen Anleitung (TA) Luft, über die heute der Bundesrat entscheidet. (S. 13)

Börse: Positive Konjunkturberichte haben die Kauflust an den Aktienmärkten wieder anschwellen lassen. Der Rentenmarkt war behauptet. WELT-Aktienindex 235,54 (233,29). BHF-Rentenindex 104,294 (104,293). Performance Index 107,391 (107,360). Dollarmittelkurs 2,6648 (2,6813) Mark. Goldpreis pro Feinunze 325,50 (325,65) Dollar.

KULTUR

Malerei: Still und einsam verbrachte sie ihre letzten Lebensjahre in Paris, und diese Stille prägte auch zunehmend ihre späten Arbeiten. Das Londoner Barbican Centre zeigt jetzt eine erste große Retrospektive der englischen Malerin Gwen John. (S. 21)

Oper: Eine beachtenswerte Neuinszenierung von Luciano Berios vorletzter Oper, „La veria storia", wurde in Paris von sich reden. In Koproduktion mit Florenz und Chicago wurde die „storia" zu einem packenden, glutvollen Reißer. (S. 21)

SPORT

Tennis: Beim Grand-Prix-Turnier der Damen in Filderstadt ist die Nummer fünf gesetzte Ungarin Andrea Temesvari ausgeschieden. Sie unterlag der Tschechoslowakin Iva Budarova mit 3:6, 4:6.

Fußball: 1,76 Millionen Fernsehzuschauer schalteten sich bereits zur Halbzeit des Spiels der deutschen Nationalmannschaft gegen Portugal (0:1) aus der Live-Übertragung aus. (S. 10)

AUS ALLER WELT

Weinpanscher: Im ersten Prozeß im österreichischen Weinskandal wurde in Krems bei Wien ein Händler zu einer Haftstrafe von 15 Monaten auf Bewährung verurteilt. (S. 22)

Niedrigwasser: Arg zu schaffen macht der extrem niedrige Wasserstand des Rheins den Fährschiffern und Partikulieren. Lastkähne können nur noch mit ein Drittel Fracht fahren. (S. 22)

Wetter: Wolkig und gelegentlich leichter Regen. 10 bis 15 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Craxi verbindet Rücktritt mit Kritik an Washington

Neue Version zum Fall Abul Abbas / Wiederbelebung der alten Koalition?

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Nach dem Rücktritt des Kabinetts Craxi wird der italienische Staatspräsident Cossiga heute nachmittag die Konsultationen für die Regierungsneubildung aufnehmen. Die Democrazia Cristiana als stärkste Partei des Landes hat bereits ihre Absicht bekundet, auf die Wiederbelebung der über den Fall Abul Abbas auseinandergebrochenen Fünferkoalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Republikanern, Sozialdemokraten und Liberalen hinzuarbeiten. Der sozialistische Ministerpräsident, Chef der 48. Regierung seit dem Sturz des Faschismus, erklärte Cossiga gestern mittag den Rücktritt seines Restkabinetts, aus dem am Mittwoch die republikanischen Minister und Staatssekretäre ausgetreten waren.

Zuvor gab Craxi noch in der Abgeordnetenkammer eine detaillierte Darstellung der Ereignisse, die zum Ausbruch dieser Krise geführt haben. Er stellte dabei heraus, daß sich im Fall der entführten „Achille Lauro" und im Fall der von den Amerikanern abgefangenen Boeing mit den Entführern und Abul Abbas an Bord ein gemeinsamer Nenner gezeigt habe: ein militärpolitischer Kontrast zwischen Italien und den USA.

Nach Darstellung Craxis landete auf dem sizilianischen NATO-Flugplatz Sigonella neben der ägyptischen Boeing anstelle der ihm von Reagan angekündigten vier Abfangjäger zwei Transportmaschinen mit 50 Soldaten der amerikanischen „Delta Force" an Bord, die sofort die um die Boeing postierten italienischen Soldaten unter Androhung von Waffengewalt umzingelt hätten. Ihr Kommandeur sei ein General gewesen, der

LEITARTIKEL SEITE 2:
Zwischen den Stühlen

sich in direktem Kontakt mit Washington befunden habe.

Als dann nach der Übergabe der vier palästinensischen Terroristen an die italienische Justiz die Boeing mit Abul Abbas und den anderen Passagieren nach Rom weitergeflogen sei, sei ohne Genehmigung auch ein amerikanisches Jagdflugzeug gestartet und der Boeing bis 40 Kilometer vor Rom gefolgt. Italienischen Abfangjägern habe der Pilot dieser Maschine jede Angabe verweigert. „Wir haben deshalb in Washington in aller Form Protest eingelegt", sagte Craxi.

Die Amerikaner, so fügte er hinzu, hätten auch autonom eine eigene Militäraktion zur Befreiung der „Achille Lauro" vorbereitet gehabt, obwohl ihnen bekannt gewesen sei, daß Italien für den äußersten Notfall zur militärischen Befreiung der Geiseln entschlossen war.

Craxi beteuerte, Verteidigungsminister Spadolini (Republikanische Partei) sei die Entscheidung, den Terroristenführer ausreisen zu lassen, bekannt gewesen. Von Spadolini wurde diese Version bestritten.

Die Christdemokraten hatten bereits vorher massiven Druck auf Craxi ausgeübt, eine Parlamentsdebatte zu verhindern. Denn eine parlamentarische Auseinandersetzung hätte nach Überzeugung der Democrazia Cristiana möglicherweise dazu geführt, die bisherige Koalition, die man wieder zusammenfügen möchte, noch mehr zu spalten.

Die gerichtlichen Ermittlungen zur Aufklärung des Todes des amerikanischen Staatsbürgers Leon Klinghoffer auf der „Achille Lauro" gehen weiter. An dem aus Syrien nach Rom geholten Leichnam wurde gestern eine Autopsie vorgenommen. Hinzugezogen wurde ein amerikanischer Arzt aus einer US-Basis in der Bundesrepublik Deutschland.

DER KOMMENTAR

Risiko aus Hessen

DANKWART GURATZSCH

In Hessen soll es zum ersten Mal in einem Bundesland zu einer regelrechten Koalition der SPD mit den Grünen kommen. Holger Börner, der in seinem Landtagswahlkampf 1983 ausdrücklich jeder Koalition mit den Grünen abgesagt und die verbale Dachlatte gegen sie geschwungen hatte, will ihnen nun doch diesen letzten Schritt entgegenkommen.

Fast drei Jahre hat der Annäherungsprozeß zwischen beiden Parteien gedauert. Dabei ist Porzellan auf beiden Seiten zerschlagen und viel vom Vertrauen des Wählers vergeudet worden.

Börners Beispiel wirkte auch in der SPD überall ermutigend. Parteifreunde wie Rau und Lafontaine mochten ihm aus unterschiedlichen Motiven nicht folgen. Bei inoffiziellen Meinungsumfragen zeigt sich, daß auch das Wählerpotential Börners im eigenen Lande zu verfallen droht. Die Hoffnung auf eine absolute Mehrheit bei den Landtagswahlen 1987 scheint fraglich.

Die Grünen wiederum haben ihren Rückhalt bei den „neuen sozialen Bewegungen" weitgehend eingebüßt. Mit ihren Eskapaden in der Schul- und Ausländerpolitik, in der Sozial- und Justizpolitik haben sie sich auch bei der „alternativen" Intelligenz viele Sympathien verscherzt. Ihr Wählerpotential schrumpft. Die Tendenz geht gefährlich auf fünf Prozent zu.

In dieser Situation bedeutet Börners Koalitionsvereinbarung für die schwindsüchtigen Grünen mehr als eine politisch-taktische Absprache für den Tag. Börners Bereitschaft wirkt zunächst wie eine Spritze für die Grünen. Die Folgen könnten zuerst auf die Sozialdemokraten zukommen.

Vor Managern gesteht Rau Fehler ein

„Ich hätte mich zu Fragen der Sozialpolitik viel differenzierter ausdrücken müssen"

DW. Düsseldorf

Bei einem vertraulichen Treffen mit etwa 20 Spitzenmanagern der nordrhein-westfälischen Wirtschaft hat Ministerpräsident Johannes Rau in der Düsseldorfer Staatskanzlei am Mittwochabend versucht, seine umstrittenen Äußerungen zur Sozialpolitik zu erläutern. Teilnehmer berichteten später, der designierte SPD-Kanzlerkandidat habe von sich aus Stellung bezogen und erklärt, er hätte sich „viel differenzierter ausdrücken" sollen.

Der Kölner „Express" hatte Rau am Mittwoch mit den Worten zitiert: „Es gibt insgesamt 23 neue Gesetze, die in das soziale Netz einschneiden. Ich würde als Kanzler sicherlich alle Kürzungen im Sozialbereich rückgängig machen, vom Mutterschaftsgeld über Schüler-Bafög bis zur Arbeitslosenunterstützung." Der Chefredakteur des Blattes, Michael H. Spreng, erläuterte gegenüber der WELT: „Die Äußerungen des Ministerpräsidenten wurden nicht verkürzt wiedergegeben. Sie sind der Staatskanzlei in Düsseldorf fernschriftlich übermittelt und vom Sprecher der Landesregierung, Helmut Müller-Reinig, autorisiert worden."

Die Bemerkungen Raus wurden in der hochkarätigen Runde nicht kommentiert. Es sei in diesem Punkt jedoch „eine förmliche Distanz zu spüren" gewesen, hieß es. Wenn auch die Staatskanzlei versucht, den Vorfall herunterzuspielen, sind sich doch Johannes Rau selbst und seine engsten Mitarbeiter einig: „Das war eine Panne, die uns bis zur Bundestagswahl 1987 zu schaffen macht."

In dem knapp vier Stunden währenden Arbeitsessen stimmten die Unternehmer mit Rau bei Seezunge und gefülltem Kalbsbrust darin überein, daß es „gemeinsamer Anstrengungen bedarf, das Image des Landes NRW aufzupolieren." Es seien keine Einzelmaßnahmen besprochen worden, verlautete gestern aus Teilnehmerkreisen, aber es sei der deutliche Wille zu spüren gewesen, „daß jetzt Impulse gegeben werden müssen." Der Wettlauf zwischen den einzelnen Bundesländern sei schädlich. Rau bezeichnete es als eine „Lebensaufgabe", die positiven Seiten von NRW stärker als bisher herauszustellen.

In kurzen Statements hatten der Sprecher der Deutschen Bank, F. Wilhelm Christians, der Vorstandsvorsitzende der Westdeutschen Landesbank, Friedel Neuber, und der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, die wirtschaftliche Entwicklung von Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik skizziert. Die Teilnehmer, unter ihnen Detlev Carsten Rohwedder (Hoesch), Wilhelm Scheider (Krupp), die Messechefs Dieter Ebert (Köln) und Claus Groth (Düsseldorf), ferner Mark Wössner (Bertelsmann) oder die Warenhaus-Manager Bernd Hebbering (Horten) und Walter Deus (Karstadt), zeigten sich vor allem beeindruckt durch eine Situationsanalyse von Finanzminister Diether Posser. Sie habe deutlich gemacht, daß der Regierung Rau nur noch enger Handlungsspielraum verbleibt.

Zimmermann erwartet weitere RAF-Aktionen

gba. Würzburg

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann erwartet weitere kriminelle Aktionen der „Rote Armee Fraktion" (RAF) und verstärkte Anschlagsaktivitäten der „Revolutionären Zellen". Vor der Innenministerkonferenz in Würzburg verwies er auf die „akute Gefährlichkeit" des Terrorismus. Allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres habe das Bundeskriminalamt einen Anstieg der Brand- und Sprengstoffanschläge, einschließlich der Versuche, um 30 Prozent auf 214 Einzelaktionen erfaßt. Die Zahl der Sprengstoffanschläge habe sich mit 61 sogar verdoppelt. Die gegenwärtige terroristische Bedrohung, auch internationaler durch palästinensische und schiitische Kommandos und weitere „staatsterroristische" Aktivitäten, erfordere verstärkte Abwehranstrengungen. Bundeskriminalamt und andere Behörden hätten entsprechende Maßnahmen ergriffen.

Kohl würdigt Verdienste von Adolf Schmidt

gba. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat den scheidenden Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie (IGBE), Adolf Schmidt, als „fairen, verläßlichen Gesprächspartner für Politiker aller Parteien" gewürdigt. Bei der Festveranstaltung zur Verabschiedung Schmidts, der von Heinz-Werner Meyer als Gewerkschaftsvorsitzender abgelöst wird, sagte Kohl, Schmidt habe „Gewerkschaftsarbeit nie als reine Standespolitik verstanden"; er sei als „streitbarer Demokrat" den Feinden unser freiheitlichen Ordnung entgegengetreten. Extremisten hätten in seiner Gewerkschaft nie eine Chance gehabt.

Kohl bekräftigte auch die Zusage, die er im vergangenen Jahr beim Gewerkschaftstag der IGBE gemacht hatte, daß die Bundesregierung an der Erfüllung des „Jahrhundertvertrags" für die Kohle festhalte. Dabei lasse sie sich auch nicht von der EG behindern.

Wirtschaft über Börner enttäuscht

Umweltministerium in Wiesbaden geht an die Grünen / Gefahr für Industrieansiedlung?

UR. Bonn

Die Vereinbarung über die Bildung einer rot-grünen Landesregierung und die beabsichtigte Übertragung des Umwelt- und Energieressorts an den früheren Bundestagsabgeordneten Joseph „Joschka" Fischer hat in der hessischen Wirtschaft erhebliche Sorgen ausgelöst. „Die Abgabe wichtiger Kompetenzen im Umwelt- und Energiebereich an die Grünen könnte die klimatischen Störungen zwischen Wirtschaft und Politik vertiefen", befürchtet die Vereinigung hessischer Unternehmerverbände.

Sie hält längerfristig negative Auswirkungen auf die Industrieansiedlung nun nicht mehr für ausgeschlossen. Ihr Sprecher Henning von Viereggе zur WELT: „Die Attraktivität Hessens als Wirtschaftsstandort könnte unter einer rot-grünen Koalition leiden", auch wenn „ein so attraktiver Wirtschaftsstandort wie Hessen nicht in wenigen Monaten kaputtzukriegen ist." Es sei allerdings wahrscheinlich, daß der Handlungsspielraum von Wirtschaftsminister Ulrich Steger in einer rot-grünen Koalition leide.

Die Beziehung zwischen der Landesregierung und der Wirtschaft würden „verletzlicher", wenn die Grünen mit am Kabinettstisch säßen. Um eine weitere Polarisierung zu vermeiden,

SEITE 4:
Keime für neue Reibereien

den, schlage der Verband einen „Hessischen Dreiergipfel" nach dem Muster der Bonner Gespräche zwischen der Bundesregierung, Unternehmern und Gewerkschaften vor.

Die Unternehmer scheinen jedoch die Gesprächsbereitschaft von Ministerpräsident Holger Börner eher skeptisch zu beurteilen. Vieregge verwies auf die Reaktion Börners auf Briefe, in denen die Vereinigung in der Endphase der Koalitionsgespräche auf die wirtschaftlich negativen Folgen eines rot-grünen Bündnisses hingewiesen hatte. Börner hatte sich die „außerparlamentarischen Aktionen" der hessischen Unternehmerschaft „verbeten".

In den Koalitionsgesprächen konnten sich die Grünen mit ihren personellen Forderungen nur zum Teil durchsetzen. So mußten sie sich mit dem Umweltministerium begnügen. Gefordert hatten sie ursprünglich zwei Ressorts, darunter eines für Frauenfragen. Die SPD gestand ihnen nur einen Staatssekretärsposten für diesen Bereich zu, der palamentarisch von der Wissenschaftsministerin, Vera Rüdiger (SPD), vertreten werden soll.

Mit der Koalitionsvereinbarung wird sich möglicherweise der Streit innerhalb der Grünen über eine Regierungsbeteiligung verschärfen. Der fundamentalistische Flügel der Grünen kündigte seinen Widerstand gegen die Einigung an, die von der Landesversammlung am 27. Oktober noch gebilligt werden muß.

Zusätzlich keine Mittel für Eureka

HH, Bonn

Für das europäische Forschungsprogramm Eureka will Bonn in den nächsten Jahren keine zusätzlichen Haushaltsmittel bewilligen. Diese Linie wurde gestern in einem Gespräch bei Bundeskanzler Helmut Kohl festgelegt, an dem die Minister Hans-Dietrich Genscher, Heinz Riesenhuber, Gerhard Stoltenberg und Staatssekretär Otto Schlecht teilnahmen. Riesenhuber erhofft sich zwar eine Meinungsänderung in einer weiteren Kanzlerrunde Ende des Jahres. Doch führen der Finanz- und der Wirtschaftsminister neben finanz- auch ordnungspolitische Gründe ins Feld: Es soll keine neuen „Töpfe" für Industriesubventionen geben.

Seite 13: Stoltenberg

Nobel-Preis für Claude Simon

DW. Stockholm

Der Literatur-Nobelpreis 1985 ist gestern von der Schwedischen Akademie in Stockholm dem 72jährigen Franzosen Claude Simon verliehen worden. Simon gilt mit Alain Robbe-Grillet und Natalie Sarraute als einer der Hauptvertreter des „neuen Romans". Er war der Favorit für den diesjährigen Literatur-Nobelpreis, der mit 1,8 Millionen Schwedischen Kronen (rund 600 000 Mrk) dotiert ist. Der 12. französische Literatur-Nobelpreisträger wurde am 10. Oktober 1913 im Madagaskar geboren. Simon gilt nicht nur als einer der größten Autoren der zeigenössischen französischen Literatur, sondern auch als einer der führenden Historiker.

Seite 21: Held des „nouveau roman"

Theologisches Bekenntnis zur Demokratie

Die neue Denkschrift der EKD / Wölber: Kirche sollte Dankbarkeit auch demonstrieren

fac. Bonn

Mit der theologischen Bejahung der demokratischen Ordnung, wie sie in der gestern veröffentlichten Denkschrift der EKD zum Ausdruck kommt, erteilt die evangelische Kirche traditionellen Vorstellungen eines obrigkeitsstaatlichen Denkens definitiv eine Absage. Nur eine demokratische Staatsform könne heute der Menschenwürde entsprechen, lautet die zentrale Aussage der Erklärung „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie". Nicht der „Staat von oben", sondern die Gestaltung des Staates im Auftrag seiner Bürger sei das Leitbild der Demokratie, zu dem sich die Kirche bekenne.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß Kritik und Auseinandersetzungen zum Leben in der Demokratie gehörten. Zum freiheitlichen Charakter einer Demokratie gehöre es auch, daß die Gewissensbedenken und Gewissensentscheidungen der Bürger gewürdigt und geachtet würden. „Auch wenn sie rechtswidrig sind und den dafür vorgesehenen Sanktionen unterliegen, müssen sie als Anfragen an Inhalt und Form demokratischer Entscheidungen ernstgenommen werden." Die Zustim-

SEITE 2:
Demokratie und Fallstricke
Von Günter Zehm

mung zur Demokratie wird gekoppelt mit dem Hinweis auf die stete Reformbedürftigkeit dieser Ordnung.

Der frühere Hamburger Bischof Hans-Otto Wölber kommentierte: „Selten wird so positiv, um nicht zu sagen staatstreu, im Raum der Kirche geredet. Wir werden ermahnt, unseren Beruf als Bürger, das heißt politische Verantwortung, wahrzunehmen." Wölber, der als ein theologischer Fachmann für das Thema der EKD-Erklärung gehört, sagte dem Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) weiter: „Die Deutschen in der Bundesrepublik haben ein großartiges Grundgesetz, die beste Verfassung unserer Geschichte. Die Kirche steht vor reichen Entfaltungsmöglichkeiten. Sie sollte Dankbarkeit auch demonstrieren."

Aber Wölber vermißte auch Stellungnahmen zu bestimmten Tendenzen: „Der reale Gebrauch der Freiheit in unserer Gesellschaft führt zu einem Wertesubjektivismus, der den Gemeinsinn schwächt und vielfach Indifferentismus zur Folge hat. Es zeigt sich, daß Pluralität nicht reicher macht, sondern eher nivelliert. Die Bürger des funktional so schön freiheitlichen Staates haben sich ihrer Geschichte wertvoller Traditionen und struktureller Autorität entfremdet."

Nicaraguas Kirche läßt sich das Wort nicht beschneiden

Aussetzung der Grundrechte bringt Reagan-Gegner in „heikle Lage"

DW. Managua/Washington

Die sandinistische Regierung hat die wichtigsten Grundrechte für ein Jahr ausgesetzt. Darunter das Recht auf freie Meinungsäußerung, Information, Freizügigkeit, Versammlung und Streik. Der Erzbischof von Managua, Miguel Obando, erklärte, es handele sich dabei um einen „Schritt zum Totalitarismus: doch wir werden unsere Botschaft von der Kanzel aus verbreiten."

Der Sprecher des Erzbistums von Managua, Bismarck Carballo, bekräftigte seinerseits die Regierung, sie wolle durch die Notstandsmaßnahmen die Kirche „zum Schweigen bringen oder einschüchtern". Doch die Kirche werde ein „mächtigeres Kommunikationsmittel einsetzen: die Kanzeln".

Sandinistische Sicherheitskräfte hatten am Dienstag ein Verlagsbüro der katholischen Kirche besetzt und den Druck eines neuen Diözesanblattes verhindert. Wie der Herausgeber der Oppositionszeitung „La Prensa", Jaime Chamorro, mutmaßt, beschloss-sen die Sandinisten die Aussetzung der Grundrechte, weil die Kirche das Blatt ohne Vorzensur herausgeben wollten. Die neuen Zensurmaßnahmen seien lediglich eine „Bestätigung dessen, was in der Praxis bereits bestand", eine „totale Zensur".

Auch wurde das Haus des heute im Exil lebenden ehemaligen Mitherausgebers der Zeitung „La Prensa", Pedro Joaquin Chamorro, von den sandinisten Behörden beschlagnahmt.

Die Regierung in Washington hat diese „repressiven Maßnahmen" als „weiteren Schritt zum Totalitarismus" bezeichnet.

Die Aussetzung der Grundrechte durch die sandinistische Regierung ist auch von solchen US-Kongreßkreisen, die die Nicaraguapolitik der Reagan-Regierung mißbilligen, verurteilt worden. Der demokratische Repräsentant Mervyn Dynally sprach von einem „tragischen Fehler". Dieses Vorgehen habe „jene, die Nicaragua im Kongreß unterstützen, in eine sehr heikle Lage gebracht".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Am Beispiel der CGT

Von August Graf Kageneck

Die von der Kommunistischen Partei Frankreichs gesteuerte ehemalige „Massengewerkschaft" CGT hat in dieser Woche ihre wohl schwerste Niederlage seit dem Kriege erlitten. Ein mutwillig von ihrem Vorsitzenden Henri Krasucki angezettelter Streik in mehreren Betrieben des staatlichen Automobilkonzerns Renault brach ergebnislos zusammen, nachdem eine Mehrheit der Arbeiter den Streik mißbilligt und die Direktion, von den Gerichten dazu ermächtigt, die polizeiliche Räumung der Fabriken angedroht hatte.

Nach zehn Tagen mußten die CGT-Streikposten unter den Buhrufen der Belegschaft wieder abziehen. Keine der übrigen Gewerkschaften hatte die Aktion unterstützt.

Die schmachvolle Abfuhr der KP ist nur der bisher offenkundigste Ausdruck des Wandels in der sozialen Szene Frankreichs. Der Verteilungskampf vollzieht sich nicht mehr in den archaischen Formen der Zwischen- und Nachkriegszeit.

Der französische Arbeiter ist krisenbewußter geworden; sein Arbeitsplatz ist keine Erbpacht mehr. Er fühlt sich mitverantwortlich für seinen Betrieb und ist oft schon Miteigetümer. Hinzu kommt eine allgemeine Flucht aus der Gewerkschaft. Nur noch etwa einunddreißig Prozent der französischen Arbeiter sind organisiert, und in den vier großen Arbeiterorganisationen sind heute eindeutig die Gemäßigten, für Miteigentum und sachliche Mitwirkung statt Konfrontation Eintretenden stärker. Wie abgewertet heute die einst mächtigsten Gewerkschaft ist, zeigt die jüngste Umfrage unter den Lohnempfängern Frankreichs: Nur noch zweiundzwanzig Prozent sprechen der CGT Einfluß auf die Politik des Landes zu, und als „unpolitisch" empfindet sie nur noch einer von hundert Franzosen.

Ihre maßlose Politisierung durch die Kommunistische Partei nach dem Zweiten Weltkrieg hat die CGT ins Abseits manövriert. Die Arbeitnehmer wollen eine Gewerkschaft, die wirkliche Arbeitnehmerinteressen vertritt, nicht eine Lobby, die die Arbeitnehmer für die Interessen von Funktionären und die Vorurteile von Ideologen mißbraucht. Die Tendenz ist weltweit; es ist wohl kein Zufall, daß gerade die selbstbewußten Franzosen in Europa die Vorreiterrolle übernehmen.

Alarm über Marcos

Von Fritz Wirth

Paul Laxalt war der letzte Botschafter des guten Willens, den Präsident Reagan in jüngster Zeit zum philippinischen Präsidenten Marcos entsandte. Laxalt ist einer der engsten Freunde Reagans. Er konnte in Manila offener sprechen als alle amerikanischen Diplomaten und Beamten vor ihm, und mit mehr Autorität. Nach allen bisher vorliegenden Berichten war Laxalts Mission jedoch so unbefriedigend wie alle vorhergegangenen. „Wir sind froh, Ihren Rücken zu sehen", gab ihm eine Zeitung in Manila als Abschiedsgruß mit auf den Weg.

Das ist bedrückend und alarmierend zugleich. Die Entsendung des diplomatischen Außenseiters Laxalt reflektiert die wachsende Unruhe in Washington über die Entwicklung auf den Philippinen. Marcos ist in den letzten Jahren für die Reagan-Administration ein unberechenbarer Partner geworden. Er ist unzugänglich gegenüber Warnsignalen, und sein unstabiler Gesundheitszustand drängt die Frage nach der politischen Zukunft des Landes auf.

Marcos steht seit langer Zeit von amerikanischer Seite unter Reformdruck. Die schlecht ausgebildete Armee, die durch Korruption gelähmte Wirtschaft, festgefahrene Regierungsstrukturen, die die Frage der Nachfolge des Präsidenten bis heute offengelassen haben, sowie nicht eingehaltene Wahlversprechen lassen den Wunsch nach einer starken, ordnenden und zugleich politisch glaubwürdigen Figur immer stärker werden.

Marcos hat sich diesem Reformdruck bisher stets durch taktische Manöver widersetzt, indem er auf Zeit spielte. Was er selbst nicht begreift, was man in Washington sehr nüchtern sieht: Die Zeit läuft aus für diesen Mann.

Auf den Philippinen befindet sich einer der wichtigsten amerikanischen Militärstützpunkte im Fernen Osten. Seine Zukunft ist angesichts der wachsenden Präsenz kommunistischer Guerrilleros in Gefahr. Marcos sollte wissen, daß er ohne die USA kaum im Amt überleben kann. Die USA dagegen wissen, daß es auch ohne Marcos für sie noch eine Zukunft auf den Philippinen geben muß. Marcos wäre gut beraten, zuzuhören, bevor die USA ihm den Rücken kehren.

Ungarische Lösung

Von Carl Gustaf Ströhm

Es recht zu machen jedermann ist eine Kunst, die auch der Sozialist nicht kann. Als Gastgeberland des „Kulturforums" der KSZE sind die Ungarn von zwei Seiten unter Beschuß geraten.

Auf der einen Seite protestieren die westlichen Teilnehmerstaaten gegen das Verbot für ein „Parallelsymposion" der Internationalen Helsinki-Föderation für Menschenrechte. Diese private Organisation wollte in einem Budapester Hotelsaal eine Tagung mit Schriftstellern, darunter mehreren Dissidenten aus kommunistischen Ländern (auch Ungarn) abhalten.

Auf der anderen Seite zeigten sich die „Bruderländer" höchst ungehalten darüber, daß die ungarischen Kommunisten zwar ein offizielles Verbot aussprachen, dann aber – in einer typisch ungarischen pragmatischen Lösung – den Teilnehmern des Helsinki-Symposions keine Schwierigkeiten machten, als diese ihre Zusammenkünfte in zwei Budapester Privatwohnungen verlegten. Hier konnten die oppositionellen Schriftsteller und Intellektuellen nicht nur ungehindert mit westlichen Gästen diskutieren, sondern auch ihre Vorträge halten, wobei sie offen Zensur und Unterdrückung verurteilten. Hier waren aber auch Personen anwesend, die erst vor wenigen Jahren von der Tschechoslowakei ausgebürgert und in den Westen abgeschoben worden sind. Jetzt waren sie mit Pässen der Bundesrepublik und Österreich eingereist.

Ein Wort für die ungarischen Veranstalter ist unumgänglich. So sehr persönliche und kulturelle Freiheit als Grundwert verteidigt werden müssen und so richtig die Proteste des Westens im Prinzip waren – ein wenig muß man auch bedenken, wo Ungarn geographisch und strategisch auf der Landkarte liegt. Der „Liberalität" Budapests sind durch die sowjetische Hegemonialmacht (die mit ihren Truppen im Lande steht) und durch die Bruderländer Grenzen gesetzt, zumal da man sich in anderen kommunistischen Hauptstädten vor einem Präzedenzfall Budapest fürchtet. Die westlichen Besucher packen in wenigen Tagen ihre Koffer und fahren nach Hause. Den Ungarn aber bleibt keine andere Wahl, als in ihrem Lande zu leben und zu überleben.



„Sie haben diese Transplantation doch selbst gewollt!" KLAUS BÖHLE

Zwischen den Stühlen

Von Friedrich Meichsner

Am selben Tag, an dem die „Achille Lauro" von ihrer stürmischen Kreuzfahrt durchs Mittelmeer in den sicheren Heimathafen Genua zurückkehrte, ist das italienische Regierungsschiff bei seiner abenteuerlichen Zickzackfahrt durch die klippenreichen Gewässer der Nahostpolitik am Felsriff der Krise zerschellt. Nach sechsundzwanzig Monaten Amtszeit brach das Kabinett Craxi auseinander, achtundzwanzig Tage vor dem Erreichen der Rekordmarke, die zwischen 1966 und 1968 vom dritten Kabinett Moro als Regierung mit der längsten Amtszeit seit dem Kriege gesetzt worden war. Die Hoffnung auf größere Stabilität in Rom, die mit der erstaunlichen Dauerhaftigkeit dieser 48. nachfaschistischen Regierung von Monat zu Monat mehr um sich gegriffen hatte, ist damit zunächst gedämpft, wenn nicht ganz zunichte gemacht worden.

Der Sozialist Craxi scheiterte mit seiner Koalitionsmannschaft aus Christdemokraten, Sozialisten, Republikanern, Sozialdemokraten und Liberalen nicht wie alle seine Vorgänger an koalitionsinternen Streitigkeiten in der Innenpolitik, sondern an der Mißachtung des für eine Koalitionsregierung unverzichtbaren Kollegialitätsprinzips in einer wichtigen außenpolitischen Frage. Sein etwas selbstherrlicher Führungsstil, mit dem er in den letzten zwei Jahren zweifellos einige Erfolge erringen konnte, der aber auch die Karikaturisten des Landes immer häufiger zur polemischen Darstellung dieses ersten sozialistischen Regierungschefs als Mussolini-Imitator verführt hatte, brach ihm letztlich das Genick.

Die Republikaner als drittstärkste Koalitionspartei konnten einfach nicht hinnehmen, daß der Ministerpräsident ihren Parteisekretär, Verteidigungsminister Spadolini, im Fall Abul Abbas von jeder Mitentscheidung ausschaltete; post festum dann einen Kabinettsrat einberief, der alles absegnen sollte, und das Fernbleiben Spadolinis von dieser Sitzung mit der flapsigen Bemerkung abtat, ein Gremium sei beschlußfähig, wenn das vorgeschriebene Anwesenheitsquorum gegeben sei.

Ein solches Verfahren zeugt nicht eben von politischer Weitsicht, geschweige denn von jener „Weisheit", die Craxi für sich und seinen Außenminister Andreotti öffentlich für sein Manövrieren in der „Achille-Lauro"-Affäre reklamierte.

Heute mag sich Craxi fragen, ob es nicht weiser gewesen wäre, in dieser Affäre bis zum Schluß an der Kabinettssolidarität festzuhalten und den Fall des Terroristenführers ebenso dem Urteil der unabhängigen italienischen Justiz zu überlassen, wie er dieser Justiz schon die vier „Achille-Lauro"-Entführer überantwortet hat.

Auch andere werden die Frage stellen. Ein Ausweg aus der Krise wird freilich nur auf einer Grundlage gefunden werden können, der tiefer reicht als das Abul-Abbas-Symptom.

Zu der zerbrochenen Fünf-Parteien-Koalition gibt es keine praktikable Alternative. Die bisherigen Partner werden sich also wieder zusammenfinden müssen, wenn sie vorzeitige Neuwahlen vermeiden wollen, von denen höchst unsicher ist, ob sie andere gangbare Koalitionswege eröffnen würden. Jeder Versuch zur Reaktivierung der bisherigen Koalition wird von einer nüchternen Bilanz der sechsundzwanzig Monate Craxi-Regierung ausgehen müssen. Innen- und wirtschaftspolitisch ist diese Bilanz sicherlich besser, als dies die Heterogenität des Koalitionsspektrums von den Linkssozialisten, Craxis Partei, bis zu den erklärten Rechtsliberalen erwarten ließ. Die italienische Inflationsrate wurde von über fünfzehn auf etwa acht Prozent heruntergedrückt, die Koalition konnte bei den regionalen und lokalen Neuwahlen dieses Frühjahres ihre Position auf Kosten der Kommunisten deutlich ausbauen; in den meisten der viele Jahre lang rot regierten Rathäuser der Großstädte geben wieder Nichtkommunisten den Ton an. Dem Terror der Roten Brigaden wurde das Rückgrat gebrochen; die Mafia sieht sich zum ersten Mal in ihrem inneren Führungskern bedroht.



Ausgeschaltet – ausgestiegen: Spadolini FOTO: DPA

Auf der Passivseite steht demgegenüber, daß die Explosion der Staatsausgaben noch immer nicht effektiv unter Kontrolle gebracht werden konnte und daß die Arbeitslosigkeit, vor allem bei den Jugendlichen, weiter ansteigt.

Außenpolitisch profilierte sich das Kabinett Craxi als diejenige Regierung, die die Raketennachrüstung realisierte. Sie leistete damit einen unschätzbaren Beitrag zur Festigung der westlichen Allianz. Ohne das italienische Ja zur Raketenbasis im Comiso wäre wohl das deutsche Ja zur Installierung von Pershing-Raketen in der Bundesrepublik schwieriger zu erlangen, das belgische und holländische von vornherein ausgeschlossen gewesen.

Diesem unbestreitbaren Verdienst Craxis und Andreottis für die Stärkung der atlantischen Verteidigungsbereitschaft steht freilich eine schillernde römische Nahostpolitik gegenüber, die schließlich zu dem politischen „Achille-Lauro"-Debakel geführt hat.

Unter Berufung auf das sicherlich berechtigte italienische Interesse an Frieden und Stabilität im Mittelmeerraum und unter Nutzung der guten Beziehungen Italiens zur arabischen Welt sind Andreotti und zuletzt auch Craxi der Versuchung erlegen, sich eine Aufgabe zu stellen, deren Lösung die Kräfte einer europäischen Mittelmacht einfach übersteigt. Mit viel Wendigkeit, aber offensichtlich ohne die rechte Einschätzung der Machtgegebenheiten operierend, gerieten sie zwischen alle Stühle und setzten sich sogar bei Italiens Hauptverbündeten, den USA, in ein schlechtes Licht.

Hier Klarheit zu schaffen wird sicherlich nicht die einfachste Aufgabe der bisherigen Koalitionspartner sein, wenn sie sich nach dem Rücktritt der Regierung Craxi mit dem Ziel der Reaktivierung ihrer Koalition wieder zusammensetzen.

IM GESPRÄCH Jaime de Piniés

Ein Herzenswunsch

Von Gitta Bauer

Ein deutscher Diplomat stand zunächst der Erfüllung seines Herzenwunsches entgegen: einer Vollversammlung der Vereinten Nationen präsidieren zu dürfen. Daß es nun das prestigeträchtige Jubiläumstreffen im 40. Jahr der Weltorganisation ist, das Don Jaime de Piniés, mit nahezu dreißig Jahren Dienst in New York rangältester Diplomat, zu leiten hat, ist eine besondere Genugtuung. Denn ein halbes Hundert Staatschefs werden am East River erwartet. Das Zeremoniell lockt die Fernsehkameras an, die sonst nur noch selten im blaugoldenen Halbrund des Plenarsaals zu sehen sind.

Eine unvergeßliche Szene in diesem Saal, Nikita Chruschtschow mit dem Schuh auf den Tisch klopfend, wurde von der spanischen Delegation ausgelöst, in der der damals junge, aus Aragón stammende Gutsbesitzerssohn de Piniés als Attaché diente. Franco-Spanien war damals so etwa das, was heute Südafrika und Israel für die Völkerversammlung sind: Sündenbock für alles. Der Sowjetmensch unterbrach die Rede des damaligen Botschafters Madrids zuerst mit einer rüden Schimpfkanonade, dann mit dem ausgezogenen Schuh. Es mag eine Genugtuung für die Spanier gewesen sein, daß der spätere Sturz des sowjetischen Parteichefs unter anderem mit seinem als „nje kulturny" bezeichneten Ausfall vor den Augen der Welt begründet wurde.

Vor zehn Jahren wurde Spanien als Demokratie auch für die UNO gesellschaftsfähig; die Stunde für Piniés schien gekommen. Der Jurist und ausgezeichnete Kenner der komplizierten Geschäftsordnung, die 159 Nationen gerecht werden soll, ungemein beliebt bei seinen Kollegen, wurde von seinem Land bei der nächstpassenden Gelegenheit als Kandidat für das Präsidentenamt nominiert. Das war 1980.



Präsident der UNO-Vollversammlung: Piniés FOTO: CAMERA PRESS

Doch die Bundesrepublik, seit sieben Jahren geachtetes Mitglied und nicht nur finanziell, sondern auch durch ideenreiche Initiativen ein wesentlicher Faktor, nominierte ihren Botschafter Rüdiger von Wechmar. Ein Zwist zwischen den befreundeten Diplomaten und Nationen schien unausweichlich. Auf Drängen Madrids zog aber Don Jaime schließlich seine Kandidatur zurück; Wechmar war der erste deutsche (dazu überaus populäre) Präsident der Generalversammlung; der fünfunddreißigsten.

Es ist eine Anerkennung seiner Verdienste, daß König Juan Carlos den inzwischen pensionierten Piniés als Botschafter für diese Sitzung reaktivierte, um ihm den Wunsch seines Lebens zu erfüllen und seine Karriere zu krönen. Die UNO darf sich zu diesem sachkundigen Europäer gratulieren.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

RHEINISCHE POST

Die Düsseldorfer Zeitung geht auf Rau ein:

Die SPD-Mannschaft war (vor-)gestern im Bundestag angetreten, die Regierung an ihrem wundesten Punkt zu treffen. Rau machte aber die Argumente der SPD-Debattenbeiträge zum Thema Arbeitsmarkt stumpf. Unbeschadet der bemühten Abwiegelungsversuche bleibt seine Kernaussage bestehen: Als Kanzler würde er Kürzungen im Sozialbereich rückgängig machen, die seit Ende 1982 erfolgt sind. Auch Vogels vorsichtige Korrekturen an den unqualifizierten Äußerungen des künftigen SPD-Spitzenmannes dürfen nicht den Blick dafür verstellen, daß es sich hierbei keineswegs um einen Ausrutscher handelt. Nun kann der Wähler nüchtern entscheiden, ob er den Kurs finanzpolitischer Solidität und wirtschaftlicher Erholung, der den Arbeitsmarkt zu erfassen beginnt, oder die Zustände aus der sozialliberalen Endzeit bevorzugt.

CORRIERE DELLA SERA

Die Mailänder Zeitung registriert eine Entfremdung Italiens und der USA:

Es ist wahr, daß Italien in diesem Augenblick in den Vereinigten Staaten keine große Achtung genießt. Es ist aber genauso wahr, daß es bei uns nicht wenige sind – auch unter den ehrlichsten Anhängern der Atlantischen Allianz und sogar in Kreisen der Militärs –, die das Gefühl haben, von Washington nach der Landung (der US-Abfangjäger) in Sigonella wie eine Kolonie behandelt worden zu sein.

Lübecker Nachrichten

Sie überlegen zum Physik-Nobelpreis:

Ein Punkt an der gefeierten Auszeichnung macht nachdenklich: Immer weniger Menschen ist das, was da bejubelt wird, verständlich. Es genügt nicht einmal Physiker zu sein, um die Begründung für die diesjährige Auszeichnung nachvollziehen zu können, man muß schon auf dem speziellen Gebiet wie Klitzing selbst bewandert sein, um die Bedeutung der Arbeit zu begreifen. Um so schwerer haben es Laien, vor allem die Politiker, die mit den ständigen Geldforderungen der Wissenschaftler konfrontiert werden.

Kölnische Rundschau

Sie wundert sich über Nicaraguas Ansehen auch nach Verhängung des Ausnahmezustandes:

Schon jetzt läßt sich voraussagen, wie frenetisch am Wochenende der Empfang für Nicaraguas Kultusminister Cardenal in Köln sein wird. Seitdem er den Friedenspreis des deutschen Buchhandels erhalten hat, könnte er selbst als Generalbevollmächtigter des Teufels auftreten – der Beifall der westdeutschen Linken wird ihm immer sicher sein ... Wenn es um Sympathiebeweise gegenüber fragwürdigen Diktaturen geht – Hauptsache, diese Diktaturen sind links.

The Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung schreibt zum sowjetischen Verhandlungsangebot:

Im wesentlichen will Gorbatschow Gespräche, ... um eine Aufrechnung zwischen sowjetischen SS-20-Raketen und der britischen Nuklear-Unterseeflotte zu erreichen. Man sollte daran erinnern, daß ein ähnlicher Vorschlag, der die französische Force de Frappe betraf, mit Präsident Mitterrand verhandelt worden war. Der französische Präsident sagte nein ... Als Gorbatschow in Paris zurückgewiesen wurde, wandte er sich an London. Dort gibt es, wie ihm sein Geheimdienst berichtet, eine Menge von Politikern und schlauen Experten, die Mrs. Thatcher ihren Rat anbieten.

Mit den Regelverletzern zum Sonnenstaat

Die EKD-Denkschrift zur freiheitlichen Demokratie und ihre Fallstricke / Von Günter Zehm

Worüber man nicht klar sprechen kann, darüber soll man schweigen. Diese von dem Philosophen Ludwig Wittgenstein stammende Empfehlung wird leider selten beherzigt. Auch die Evangelische Kirche in Deutschland macht da keine Ausnahme, im Gegenteil; ihre soeben erschienene Denkschrift zum Thema „Kirche und freiheitliche Demokratie" ist geradezu ein Musterbeispiel unklaren Sprechens, ein Dokument des Sowohl-Als-auch, das die Gläubigen eher verwirrt, statt ihnen zu helfen.

Schon der Zeitpunkt der Veröffentlichung muß Irritationen hervorrufen. Wieso rückt die Kirche ausgerechnet jetzt mit einem solchen Papier heraus, vierzig Jahre nach dem Ende der Diktatur und nachdem der Rechtsstaat und die Demokratie im westlichen Teil unseres Landes längst wieder fest installiert sind? Dafür lägen historische Gründe vor, liest man. Das vom Apostel Paulus gepredigte und von Luther bekräftige Wort „Seid untertan der Obrigkeit" solle neu überdacht und den modernen Bedingungen angepaßt werden.

Aber müßte es im Augenblick nicht vielmehr eine mahnende Handreichung an all jene Mitglieder der EKD geben, die die repräsentative Demokratie im Namen Jesu Christi immer häufiger in Frage stellen, zum Widerstand gegen sie aufrufen und allerlei Modelle der „Basisdemokratie" und der „sozialistischen Transformation" gegen sie ausspielen? Eine derartige Handreichung will die Denkschrift offenbar gerade nicht sein. Sie gleicht einem Selbstbedienungsladen, aus dem sich sowohl die Demokraten als auch die „Transformierer" das ihnen Passende heraussuchen können.

Zur Frage des Widerstandsrechts in Demokratien liest man beispielsweise: „Aus der Eigenart der freiheitlichen Demokratie ergibt sich ein Recht auf Widerstand nur gegen den, der es unternimmt, die Ordnung des Grundgesetzes zu beseitigen, sofern eine andere Abhilfe nicht möglich ist." Wenige Absätze weiter steht dann: „Sieht jemand grundlegende Rechte aller schwerwiegend gefährdet und veranschlagt dies höher als eine begrenzte Verletzung der staatlichen Ordnung, so muß er bereit sein, die rechtlichen Konsequenzen zu tragen. Es handelt sich dabei nicht um Widerstand, sondern um demonstrative, zeichenhafte Handlungen, die bis zu Rechtsverstößen gehen können. Die Ernsthaftigkeit und Herausforderung, die in solchen Verstößen liegt, kann nicht einfach durch den Hinweis auf die Legalität und Legitimität des parlamentarischen Regierungssystems und seiner Mehrheitsentscheidungen abgetan werden."

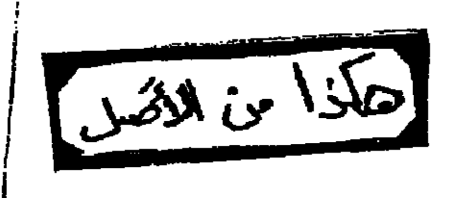
Über die repräsentative Demokratie äußert sich die Denkschrift folgendermaßen: „Zum Repräsentationsprinzip in der Demokratie gibt es grundsätzlich keine praktikable Alternative. Aber das Prinzip der Repräsentation durch gewählte Volksvertreter kann durch Elemente direkter Demokratie ergänzt, korrigiert und erweitert werden." Zu dieser Aussage paßt dann, daß von der Demokratie immer nur als von einem „Angebot" die Rede ist, aus dem die Christen erst etwas machen müßten:

„Nicht gegen dieses Angebot der Verfassungsnormen wenden sich die Kritiker der bisherigen Entwicklung. Sie beanstanden seine ungenügende Umsetzung in die Verfassungswirklichkeit. Nicht ohne gewichtige Gründe fragen sie, ob unsere Demokratie wirklich weiterentwickelt worden ist oder ob nicht die Kräfte des Beharrens und der Verfestigung bestehender Machtverhältnisse das Übergewicht erlangt haben."

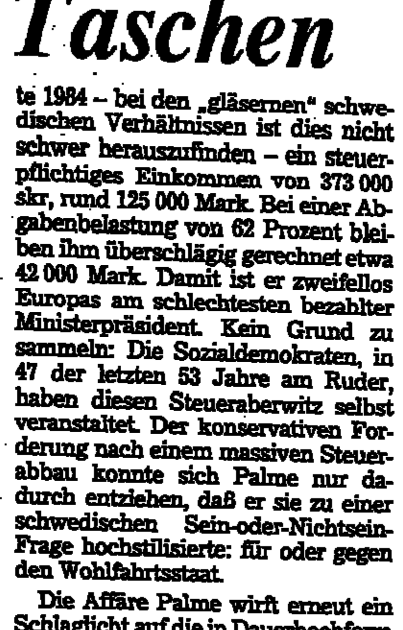
Nun haben bekanntlich nicht einmal die Kremlherren oder irgendwelche südamerikanischen Caudillos etwas gegen die Demokratie als „Prinzip und Verfassungsnorm"; sie müsse eben nur, sagen sie, zur „wahren" Demokratie weiterentwickelt werden. Genauso (wenn auch nicht mit den gleichen Hintergedanken) argumentiert die Denkschrift der evangelischen Kirche.

Die praktische Vernunft einiger Denkschrift-Verfasser mag möglicherweise durchaus der repräsentativen Demokratie gehören, ihr Herz aber schlägt eindeutig für die „Herausforderer" und „Regelverletzer". Nur fällt auf, daß diese Liebe haarscharf an der innerdeutschen Grenze endet. Für die Glaubensbrüder drüben, so wird gleich eingangs konstatiert, gälten „andere Wege".

„Cuius regio, eius religio" – das alte obrigkeitsstaatliche Prinzip des 16. Jahrhunderts scheint in den Augen der Denkschriftverfasser unverändert Gültigkeit behalten zu haben. Um so unverständlicher, weshalb sie dann ausgerechnet Martin Luther korrigieren wollen. Der große Reformator lehrte, daß sündige Menschen keinen vollkommenen Staat errichten können; er hätte sich wahrscheinlich ohne weiteres zur repräsentativen Demokratie bekannt, da diese ihre Unvollkommenheit ja ausdrücklich ins Staatsprinzip einbezieht. Die EKD will dagegen den vollkommenen Staat, die Utopie, den Sonnenstaat à la Campanella. Damit überfordert sie die Menschen, indem sie Gott herausfordert.



Der ‚Große Bruder' im Land der gläsernen Taschen



„Frei geboren, aber zu Tode besteuert" – heißt es auf einem Aufkleber, der in Schweden zum Renner wurde. Um den aufwendigen Wohlfahrtsstaat zu finanzieren, geht der Fiskus immer rigoroser vor – wie nun auch Premier Palme zu spüren bekam.

Von GOTTFRIED MEHNER

Der Bescheid mit der Referenznummer 270 130 – 0499 war eigentlich an die Privatadresse Västerlanggatan 31, 3. Stock, 11 129 Stockholm gerichtet. Aber Christer Angström wählte den direkten Weg ins Regierungsviertel Rosenbad. So erhielt Ministerpräsident Olof Palme die Beschlüsse der Steuerbehörde eigenhändig von deren Sprecher ausgehändigt. Schlechte Nachrichten, persönlich überbracht, werden auch nicht besser. Der Inhalt: eine Nachforderung von 34 391 skr, umgerechnet rund 11 600 Mark.

In einem Land, in dem nach einer aktuellen Umfrage sich die Bürger nicht Macht, Intelligenz oder Erfolg beim anderen Geschlecht, sondern ausschließlich die finanzielle Besserstellung neiden, ist dies natürlich das Signal für den Großeinstieg der Medien. Es darf unterstellt werden, daß Palme alles unterläßt, was sein politisches Überleben in Frage stellt. Ein Zubrot außerhalb der Steuerlegalität dürfte also ausfallen. Aber wodurch wurde die in Schweden routiniert konfiskatorisch zu Werke gehende Steuerbehörde im speziellen aufmerksam?

Die Geschichte ist schnell erzählt: Palme hatte im April 1984 an der amerikanischen Universität Harvard einen Vortrag gehalten. Seine Kanzlei stellte danach zwar die Reisekosten von rund 7000 Mark in Rechnung. Auf ein Honorar – geboten waren 5000 Dollar – hatte Palme, wie er es immer hält, verzichtet. Bei der Vorbereitung der Vortragsveranstaltung hatte Palmes Mitarbeiter Hans Dalgren sich erkundigt, unter welchen Bedingungen Palmes 19jähriger Sohn Joakim in Harvard studieren könnte. In einer internen Umbuchung hat Harvard dann Joakim Palme ein Stipendium von 5000 Dollar zur Verfügung gestellt. Wichtig: Beide Seiten beteuern, daß es eine entsprechende Verabredung vorab nicht gegeben habe. Palme hatte wiederholt öffentlich erklärt, daß er von der Stipendiumsvergabe an seinen Sohn erst aus der Presse erfahren habe.

Die Steuerbehörde konstruiert jedoch einen „Zusammenhang" zwischen Honorarverzicht und Stipendium. Nach amerikanischem Steuerrecht sind forschungsbezogene Hochschulvorträge zwar steuerfrei, aber die schwedischen Steuerfahnder waren noch nie kurzatmig. Im schwedisch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen ist ein Passus enthalten, daß Gastvorlesungen von Professoren im Heimatland versteuert werden. Für die findige Finanzbehörde wurde Palme in einem gewagten argumentativen Drahtseilakt ganz schnell steuerlich ein Professor.

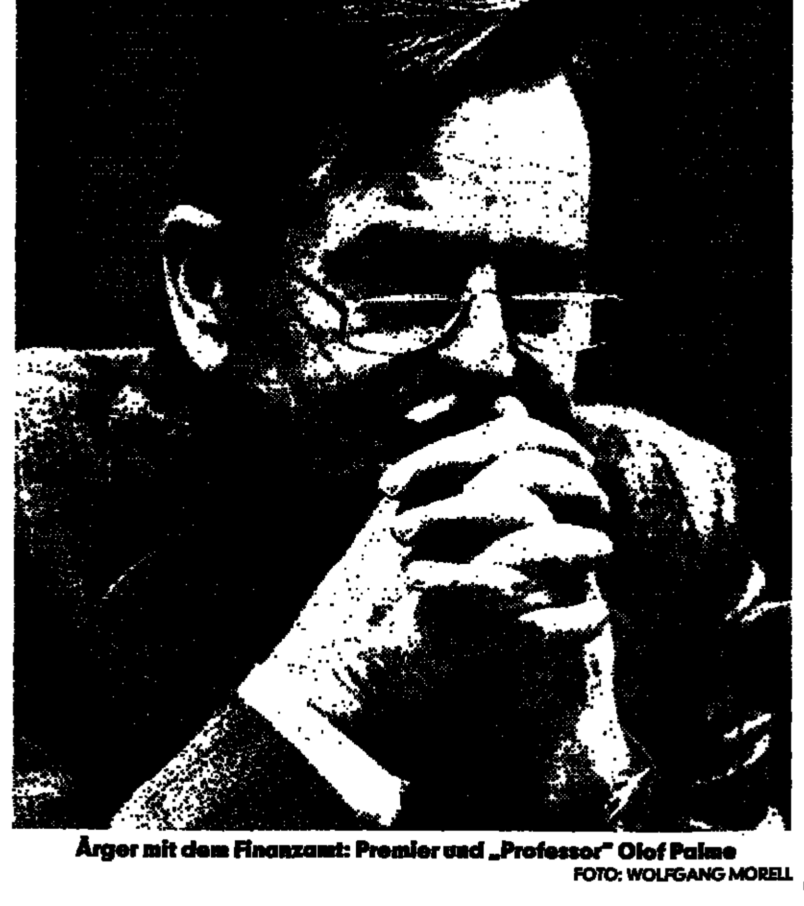
Es trifft keinen Armen? Palme hatte 1984 – bei den „gläsernen" schwedischen Verhältnissen ist dies nicht schwer herauszufinden – ein steuerpflichtiges Einkommen von 373 000 skr, rund 125 000 Mark. Bei einer Abgabenbelastung von 62 Prozent bleiben ihm überschlägig gerechnet etwa 42 000 Mark. Damit ist er zweifellos Europas am schlechtesten bezahlter Ministerpräsident. Kein Grund zu sammeln: Die Sozialdemokraten, in 47 der letzten 53 Jahre am Ruder, haben diesen Steueraberwitz selbst veranstaltet. Der konservativen Forderung nach einem massiven Steuerabbau konnte sich Palme nur dadurch entziehen, daß er sie zu einer schwedischen Sein-oder-Nichtsein-Frage hochstilisierte: für oder gegen den Wohlfahrtsstaat.

Die Affäre Palme wirft erneut ein Schlaglicht auf die in Dauerhochform auftrumpfenden schwedischen Steuerbehörden. Schweden hat – das soll gar nicht bestritten werden – sich einen Standard sozialer Vorsorge aufgebaut, der in der Welt einzigartig ist. Aber um sie zu finanzieren, hat sich eine Bürokratie festgesetzt, die sich zunehmend die Manieren jenes „Großen Bruders" aus der Gedankenwelt des George Orwell aneignet.

So sorgten die Steuerbeamten für eine Dramatik eigener Art, als sie im Königlichen Theater in Stockholm auftauchten, den Regisseur Ingmar Bergman bei der Arbeit abrupt stoppten und ihn zur Klärung einiger Zweifelsfragen gleich mitnahmen. Erbost kehrte er danach seinem Land für lange Jahre den Rücken.

Der ganze steuerliche Aberwitz manifestierte sich aber im Fall Astrid Lindgren: Sie hatte 1976 sowieso den Höchstsatz zu bezahlen. Weil sie aber als Unternehmerin galt, mußte sie zusätzlich Sozialbeiträge entrichten, die ihre Gesamtbelastung auf 102 Prozent trieb. In ihrem Märchen von der guten Fee Pomperipossa verarbeitete sie diese Erfahrungen mit der Steuerbehörde und bewirkte immerhin die Beseitigung der größten Widersinnigkeiten.

Schweden leistet sich den größten öffentlichen Sektor der westlichen Welt: Die Ausgaben erreichen 61,3 Prozent am Bruttosozialprodukt. Andere Industriestaaten begnügen sich im Schnitt mit 30 bis 50 Prozent. Kehrseite der schwedischen Medaille: der höchste Steuerdruck der Welt und eine Staatsschuld von umgerechnet 190 Milliarden Mark oder fast 70 Prozent des Bruttosozialproduktes. Während die Finanzbehörden im OECD-Raum im Schnitt 37 Prozent, wieder gemessen am Bruttosozialprodukt, absorbieren, sahnen die Schweden rund 50 Prozent ab. Kein Wunder, daß das Land bei den verfügbaren Einkommen international als Schlußlicht rangiert.



Ärger mit dem Finanzamt: Premier und „Professor" Olof Palme
FOTO: WOLFGANG MORELL

Ein typischer schwedischer Industriearbeiter durfte in den zurückliegenden drei Jahren rund 42 bis 43 Prozent des Gehalts nach Hause tragen. Sein deutscher Kollege hatte 67 Prozent. Die Situation vieler: sozial first class abgesichert – aber kaum eine Krone in der Tasche. Und dann noch 23 Prozent Mehrwertsteuer.

Mit den Unternehmen wird dagegen relativ pfleglich umgegangen. Sie haben die Möglichkeit, steuerfreie Investitionsreserven anzulegen. Auf diese Weise kann etwa die Industrie die Ertragsteuerbelastung auf 20 bis 25 Prozent drücken. Es gibt keine paritätische Mitbestimmung, so daß die Unternehmen leichter rationalisieren können. Sozialpläne gehören zu den freiwilligen Leistungen. In die Arbeitnehmerfonds zahlen von den 17 gewinnstärksten Firmen überhaupt nur vier ein. Wegen des Besteuerungsdruckes der Privaten haben etwa Multis ihre liebe Not, überhaupt internationales Management nach Schweden zu bekommen.

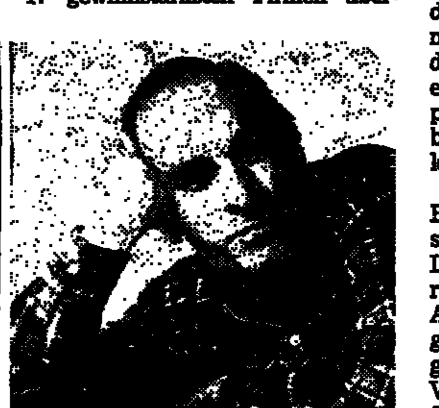
Durch ehrliche Mehrarbeit ist eine Steigerung des individuellen Lebensstandards dann kaum noch möglich. Kein Wunder, daß Frauen oft zum Miterwerb gezwungen sind. Kein Wunder, daß der Anteil der Schattenwirtschaft in Schweden sich inzwischen italienischen Größenordnungen nähert, die auf 25 Prozent geschätzt werden. Eine staatliche Kommission quantifiziert diesen Sektor in Schweden noch extrem zurückhaltend auf sechs Prozent des Bruttosozialprodukts.

Je mehr Bürger sich aber der Abgabenlast entziehen, um so unerträglicher wird die Bürde der übrigen, um so größer die Anreize zur Emigration in die Untergrundwirtschaft. Mit Blick auf diese Gefahr haben die Steuerbehörden ihre inquisitorische Intelligenz verstärkt und das Land mit einem feinmaschigen Kontrollnetz überzogen. Die letzten Schlupflöcher werden Zug um Zug verstopft. In der Hatz nach Steuerpflichtigen gerät der Schutz der Privatsphäre immer häufiger ins Hintertreffen.

Dienste eines Handwerkers dürfen die Schweden nur dann in Anspruch nehmen, wenn sichergestellt ist, daß der auch mehrwert- und quellensteuerpflichtig ist. Sonst sind sie verpflichtet, die Hälfte des Rechnungsbetrages an das Finanzamt weiterzuleiten.

Seit Jahresbeginn müssen die Banken die Steuerämter über geleistete Zinszahlungen unterrichten. Dateivergleiche etwa mit Versicherungsgesellschaften ermöglichen Antworten auf so interessante Fragen, für welche hochversicherten Gegenstände Herr Svensson denn auch Vermögensteuer bezahlt. Flächenfahndungen aller Art werden durch ein computergerechtes Personalkennzeichen ungemein erleichtert.

Olof Palme muß sich nun überlegen, ob er sich mit den Finanzbehörden anlegen will. Am 31. Oktober läuft seine Widerspruchsfrist ab.



Prominente Steuer-„Opfer": Astrid Lindgren, Ingmar Bergman
FOTOS: DPA

Behinderte ringen um das „Recht auf Anderssein"

Zweitausend Teilnehmer trafen sich in Hamburg zum Ersten Europäischen Kongreß über geistige Behinderung. Betroffene, Eltern und Sachverständige tauschten Erfahrungen aus und holten unter dem Leitgedanken „Normalisierung" ein Thema ans Tageslicht, das vielfach noch verdrängt wird.

Von GISELA KRANEFUSS

Aribert Fiebig (28) kommt aus der Oberpfalz. Er ist geistig behindert. Obwohl er heute guten Kontakt zu seinen Eltern und Geschwistern hat, klagt er an. „Ich wurde in eine Familie hineingeboren. Aber man hat mich aus ihr herausgestoßen, als ich klein war. Das Geschäft und die Familie gingen vor, und ich kam in ein Heim." Heute lebt der junge Mann in einer Wohngruppe, besitzt ein eigenes Zimmer, in dem seine Modelleisenbahn steht, und hat sich so weit verselbständigt, daß er nur noch als Besucher in die Familie zurückkehrt. „Wir wollen gleiche Rechte und gleiche Pflichten wahrnehmen – soweit es möglich ist", wünscht sich Aribert Fiebig auf dem Hamburger Kongreß.

Margot Leisemann (35) aus Hamburg ist mehrfach behindert, lebt in einer Wohngruppe und arbeitet in einer beschützenden Werkstatt. Die Rollstuhlfahrerin stört es, daß die Menschen ihr nur Mitleid zeigen. „Wir wollen nicht bedauert, nur wie normale Menschen behandelt werden."

Zwei Stimmen auf dem Ersten Europäischen Kongreß der Internationalen Liga von Vereinigungen für Menschen mit geistiger Behinderung und der Bundesvereinigung Lebenshilfe für geistig Behinderte, der heute nach vier Tagen im Hamburger Congress Centrum zu Ende geht. Motto des Kongresses: „Normalisierung – eine Chance für Menschen mit geistiger Behinderung". Weltweit leben rund 40 Millionen Menschen mit geistigen Behinderungen. In der Bundesrepublik sind es etwa 300 000, von denen 70 000 in den 300 Behinderten-Werkstätten arbeiten, in denen ihnen eine besondere Fürsorge zuteil wird.

Jahrhundertelang vor der Gesellschaft versteckt

Dies sind Zahlen, die verstärkt auch die Politiker auf den Plan rufen. „Normalisierung für Menschen mit geistiger Behinderung", so sagte Bundestagspräsident Philipp Jenninger in Hamburg, „ist eine Forderung nach einer Gesellschaft mit menschlichem Antlitz."

Über Jahrhunderte waren geistig Behinderte dem Gespött preisgegeben, man schämte sich ihrer und versteckte sie vor den Augen der Gesellschaft. Alles in Unkenntnis, was eine geistige Behinderung eigentlich ist. Sie gilt nicht als Krankheit, weil eine Schädigung des Gehirns nicht geheilt werden kann. Verursacht werden kann die Hirnschädigung vor, während oder kurz nach der Geburt, aber auch durch Unfälle und Verletzungen im Verlauf des Lebens.

Nach wie vor sind Behinderte beängstigenden Vorurteilen ausgesetzt, so daß noch heute zum Beispiel in der Hansestadt Menschen vor Gericht ziehen, um zu verhindern, daß geistig Behinderte in ihrer Nachbarschaft in ein Haus, das von einem großen Garten umgeben ist, einziehen dürfen.

Skandinavien ist noch immer das Vorbild für die Integration von Behinderten. Dies praktiziere Schweden bereits seit den 40er Jahren, berichtet Kent Ericcson, denn das Normalisierungsprinzip gehe zurück auf die sozialpolitischen Diskussionen über den Wohlfahrtsstaat, die zu diesem Zeitpunkt stattfanden. Die Einstellung zu geistiger Behinderung änderte sich in den skandinavischen Ländern bereits damals, und das Zusammenleben normalisierte sich, weil man erkannte, daß Menschen mit geistiger Behinderung ihre eigene Persönlichkeit entwickeln wie jeder andere Mensch. In der Isolation kann sie sich dagegen nicht entfalten.

Modellversuch in Südtiroler Schulen

Aimé Labrégère aus Frankreich erkennt, daß in einigen Ländern der Weg der Normalisierung nur zögernd beschritten worden ist, und fragt, ob eine Gesellschaft fähig sei, das „Recht auf Anderssein" konkret zu erfassen und zu akzeptieren. Peter Mittler aus England fragte in seinem Referat unter anderem: „Wenn geistig behinderte Kinder das gleiche Recht auf die jedem anderen Kind im kommunalen Bereich zugänglichen Schulen haben, warum ist dann so wenig geschehen, um dieses Prinzip in die Tat umzusetzen?"

Aus Italien konnte Walter Alber berichten, daß in zahlreichen deutschsprachigen Grund- und Mittelschulen in Südtirol die Einbeziehung von Behinderten seit neun Jahren erprobt und durchgeführt wird. Voraussetzung für das Gelingen der schulischen Integration ist die Zusammenarbeit der Lehrer mit den Eltern der behinderten Schüler, sind Elternabende und gemeinsame Projekte.

Bundesratspräsident Lothar Späth sagte den Kongreßteilnehmern: „Ihre Probleme, die Sie hier diskutieren, betreffen uns Politiker, unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung unserer Regierung." Später warnte er vor allen vermeintlich perfekten Theorien – hier Heim-Theorie, dort Freie-Versorgungs-Theorie – und erklärte: „Es gibt Leute, die sagen, das Heim ist etwas, das wir ausschalten sollten. Ich sehe aber viele Behinderte, die nicht ohne das Heim auskommen. Ich sehe aber auch viele, die besser aufgehoben sind in der Solidarität einer kleinen Gemeinschaft, der Familie, der Nachbarschaft, der persönlichen freundschaftlichen Zuwendung."

Politiker, Fachleute und Behinderte kamen zu Wort. Die größte Last aber tragen die Mütter geistig behinderter Kinder. Renate Börner aus Lüneburg ist eine von ihnen. Ihr Sohn Andreas, heute 23, kann nicht lesen, schreiben, rechnen. Er lebt bei seinen Eltern, betreut seine Katze und arbeitet in einer Behinderten-Werkstatt. Jetzt wartet er auf einen Platz in einer Wohngruppe. „Ich muß ihn abnabeln", hat die Mutter gesagt, „weil er ein Recht auf ein eigenes Leben hat."

Renate Börner, die im Vorstand der Bundesvereinigung Lebenshilfe mitwirkt, hatte mit 27 Jahren drei Kinder. Das jüngste war Andreas, der nach einer Virus-Infektion eine Hirnschädigung behielt. „Mit fünf Jahren konnte er noch nicht laufen und nicht sprechen", erzählt die Mutter. „Ich habe ihn so angenommen, wie er ist, anders geht es nicht. Er ist integriert, aber die Kindheit der Geschwister war belastet. Ich habe sie nie zu etwas gezwungen, ihre Hilfe kam immer freiwillig."

Und sie sagt ohne Sentimentalität, daß Männer es schwer verkraften, einen behinderten Sohn zu haben. „Heute ist das Verhältnis zwischen Vater und Sohn bestens. Andreas, 1 Meter 84 groß, ist herzlich und aufgeschlossen, fährt in die Stadt und kauft sich Kassetten. Ihn stört es ja nicht, daß die Verkäuferin irritiert guckt, wenn er ‚Benjamin Blümchen' verlangt."

Das Lachen hat Renate Börner nicht verlernt. Doch sie spricht sicher vielen ihrer Zuhörer aus dem Herzen, als sie bekennt, daß es in den zurückliegenden Jahren immer wieder Stunden gab, wo sie sich in der Gruppe der Mütter mit behinderten Kindern „von Herzen ausgeheult" hat.

Ein Gefühl der Zusammengehörigkeit

Dieser Kongreß, der in erster Linie dem Erfahrungsaustausch diente, zeigte, daß die Bundesrepublik in der Betreuung von Behinderten mit an der Spitze der Welt steht. Großes Interesse fanden Behinderten-Einrichtungen in der Hansestadt, so die Wohngruppen und Werkstätten in den Alsterdorfer Anstalten und die „Hamburger Werkstatt für Behinderte" und staatliche Einrichtungen.

In der Universität standen in dieser Woche zahlreiche Hörsäle zur Verfügung, damit sich Eltern behinderter Kinder und Jugendlicher zum Thema „Interfamiliäre Hilfen in einzelnen Ländern" austauschen konnten. Es gab deutsche, englische und französische Gesprächskreise. Ein alternatives Programm wurde den jungen Behinderten angeboten. Disco, Sport und Spiel waren willkommene Abwechslung, während die Eltern Vorträge besuchen konnten.

Fazit des Kongresses: Vorrang haben Bemühungen, das Bewußtsein in der Öffentlichkeit gegenüber den geistig Behinderten so zu verändern, das die Gesellschaft unbefangener mit ihnen umzugehen versteht.

Etliche Teilnehmer (einschließlich der Gäste aus Übersee kamen sie aus 38 Ländern) ließen erkennen, was sie vor allem mit nach Hause nehmen: ein Gefühl der Zusammengehörigkeit.

„Bank und Senat haben es ihm leicht gemacht"

Geständnis von Garski wirkt sich auf das Strafmaß aus

F. DIEDERICHS, Berlin

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat gestern im Strafprozeß gegen den wegen Betruges in besonders schweren Fällen sowie Urkundenfälschung angeklagten Dietrich Garski (54) eine Gesamtfreiheitsstrafe von fünf Jahren gefordert. Die Ankläger änderten allerdings aufgrund des am Dienstag dieser Woche überraschend abgelegten Geständnisses den Tatvorwurf in fortgesetzte Untreue, Kreditbetrug und Urkundenfälschung. Die Verteidigung sah ebenfalls diese Delikte erfüllt und forderte eine „faire und gerechte Strafe". Garski manövrierte sich mit diesem Geständnis in eine Situation, die ihm ein wesentlich geringeres Strafmaß als die für das Betrugsdelikt vorgesehenen zehn Jahre Höchststrafe ermöglicht. Das Urteil war bei Redaktionsschluß noch nicht verkündet worden.

Beim Plädoyer der Anklagevertretung war noch einmal deutlich geworden, welche politische Dimension die Pleite der Garski-Firmen Bautechnik AG, im Dezember 1980 hatte. 93 Millionen Mark mußte das Land Berlin nach dem Konkurs an Bürgschaften an die landeseigene Berliner Bank zahlen. Der SPD/FDP-Senat unter dem damaligen Regierenden Bürgermeister Dietrich Stobbe (SPD) warf das Handtuch. Daß allerdings Dietrich Garski diese sogenannten „Spätfolgen" seiner Firmenpleite nicht angelastet werden können und daß es sich dabei nicht unbedingt um die „Machenschaften eines Kriminellen" (SPD-Landesgeschäftsführer Hans Kremendahl) handelte, darauf legten gestern sowohl Staatsanwaltschaft wie auch Verteidigung größten Wert.

„Wenn Politiker wie in diesem Fall zurücktreten, liegt das nicht an einem Mann wie Garski, sondern an der mangelhaften Arbeit der Verwaltung der Politik", kennzeichnete Oberstaatsanwalt Victor Weber die öffentliche Diskussion. „Niemand ist schließlich gezwungen zurückzutreten", sagte Weber. Auch der hohe Schaden, der letztlich entstanden sei, dürfe nicht dem Angeklagten angelastet werden, denn: „Es muß Herrn Garski zugute gehalten werden, daß er letztlich wohl keinen Schaden anrichten wollte."

Was waren die strafbaren Handlungen des Dietrich Garski, die sich letztlich so verhängnisvoll für alle Beteiligten auswirkten? Er setzte Kredite in Höhe von 7,1 Millionen Mark statt für den Bau einer Militärakademie in Saudi-Arabien für ein Bauprojekt in Jordanien ein: Fortgesetzte Untreue, argumentierten Verteidigung und Staatsanwaltschaft gemeinsam. Vom Verteidiger Niels Clemm kam dann der energische Hinweis, daß Untreue – wie wohl oft mißverstanden – ein „reines Schädigungs-, kein Bereicherungsdelikt" sei. Garski hat, und das steht fest, im bildhaften Sinne keinen Pfennig der städtischen Millionen in die eigene Tasche gesteckt. Nur: Muß die eigene Firma nicht letztlich doch als „eigene Tasche" gelten, wie die Staatsanwaltschaft kritisch hinterfragte? Denn hätte die Firma Gewinne abgeworfen – was sie nicht tat –, es wären die Gewinne von Garski gewesen.

Auch den Tatbestand des Kreditbetruges sahen die gegnerischen Parteien vor Gericht als erfüllt an: Es handelt sich hierbei um einen Betrag von 25,8 Millionen Mark, den Garski nur deshalb vom Bürgschaftsausschuß des Berliner Senats erhielt, weil er der Berliner Bank zuvor mitgeteilt hatte, alle Kredite seien wie vorgegeben projektgebunden eingesetzt worden. Die Berliner Bank nahm auch dieses Schreiben – wie andere Angaben aus der Firma – für bare Münze. Ein Verhalten, das Garski-Verteidiger Clemm so charakterisierte: „Die Berliner Bank hat es an allen wichtigen Prüfungen mangeln lassen." Eine Tonart schärfer noch Oberstaatsanwalt Victor Weber: „Berliner Bank und Senat haben es ihm ungeheuer leicht gemacht, die Untreuehandlungen zu begehen."

Am treffendsten umriß wohl Garski-Verteidiger Clemm die Aura des gesamten Prozesses: „Hier ist nicht ein superschwerer Krimineller abzuurteilen, sondern ein in wirtschaftlicher Not stehender Mann, der statt nach einem rettenden Strohhalm nach glühenden Eisen gegriffen hat."

Pützhofen fordert für NRW Vorreiterrolle

Deutliche Sprache in Richtung Bonn / „Mehr Selbstbewußtsein"

WILM HERLYN, Düsseldorf

Ungewöhnlich forsche Töne aus der rheinischen CDU sind in diesen Tagen zu vernehmen. „Wir verlangen die politische Präsenz der Bundesregierung in NRW – das ist keine Frage von Wahlkämpfen, sondern muß in Zukunft Prinzip der politischen Arbeit sein." Eine so deutliche Sprache wagte bislang niemand im Rheinland. Sie ist Dieter Pützhofen vorbehalten. Der Krefelder Oberbürgermeister ist inzwischen der einzige Kandidat für das Amt des CDU-Landesvorsitzenden, über den heute der Parteitag in Düsseldorf entscheidet. Der bisherige Amtsträger, der CDU-Oppositonsführer im Landtag, Bernhard Worms, hatte schon Ende September entnervt das Handtuch geworfen, um seine Partei nicht in eine noch tiefere Krise zu stürzen, in der sie ohnehin steckt. Und der zweite Kandidat, der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt, zog seine zaghafte und unverständliche Bewerbung noch früher zurück – sie währte nur eine knappe Drei-Wochen-Frist.

Gegenüber der WELT erklärte Pützhofen gestern: „Ich halte es für einen Fehler der Vergangenheit, unsere besondere Position innerhalb der Union nicht stärker propagiert zu haben. Früher hatten wir die Ideen, und die Bundespartei übernahm sie. Heute laufen wir hinterher." Es könne nicht so bleiben, daß die rheinische CDU „Statthalter ohne eigenes Profil für die Bundesregierung in Bonn" sei. „Wir dürfen doch nicht die braven Jungens sein, sondern wir müssen uns an den Sachfragen orientieren, was für Nordrhein-Westfalen gut ist." Er erinnert dabei an den baden-württembergischen CDU-Vorsitzenden Lothar Späth, der „mit Härte die Interessen seines Landes in Bonn auch in der eigenen Partei" vertritt.

„So müssen wir das auch machen." Das bedeutet aber nicht, Krach mit der Bundespartei für die eigene Profilierung zu inszenieren. Schließlich werde es Aufgabe der CDU in NRW sein, die wichtigsten Stimmen für die Bundestagswahl 1987 auf sich zu ziehen und damit der jetzigen Bundesregierung zu helfen: „Alles, was wir tun, muß darauf gerichtet sein, die Wahl im Januar 1987 zu gewinnen."

Das bedeute aber auch, zum Beispiel dem Bundesforschungsminister Riesenhuber zu sagen, daß seine Mittel nach Nordrhein-Westfalen gehören und nicht nur nach Süddeutschland fließen dürfen. Oder aus den Überschüssen der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit sollte mehr Geld nach NRW gelenkt werden für die qualifizierte Umschulung von Arbeitnehmern.

Pützhofen legt Wert darauf, daß er nicht Kandidat einer Gruppierung in der CDU sei. Er sei bisher unabhängig gewesen „und das soll so bleiben". Er gehöre zwar als CDU-Mann dem Arbeitnehmerflügel an, „aber ich bin kein Flügelmann".

Wer die Stellvertreter Pützhofens sein werden, ist auch kurz vor dem Beginn des Parteitages umstritten. Pützhofen selbst machte sich dafür stark, zwei der vier Posten mit Frauen zu besetzen. An Namen werden die Bundesbildungsministerin Dorothea Wilms wie die Bonner Staatssekretärin Irmgard Karwatzki gehandelt. Gute Chancen werden auch dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, Horst Waffenschmidt, eingeräumt. Genannt werden aber auch Otmar Pohl aus Köln, Hildegard Matthäus aus Oberhausen und Ruth Hieronymi aus Bonn. Zur Verfügung stehen aber auch Hans-Heinz Hauser, Pützhofens Vorgänger in Krefeld und jetzt Bundestagsabgeordneter oder Wolfgang Vogt.

Wichtigstes Sachthema aber ist die geplante Fusion der Rheinländer mit dem Schwesterverband Westfalen-Lippe unter Kurt Biedenkopf. Die Westfalen hatten schon im August ein unerwartet hohes Ergebnis vorgelegt: Von den 480 Delegierten votierten nur 16 gegen den organisatorischen Zusammenschluß. Bei der Wiederwahl statteten sie Biedenkopf mit einem Zustimmungsgrad von 92 Prozent aus. Das ist ein deutlicher Hinweis darauf, daß die Westfalen bei der geeinten NRW-CDU auch auf den Vorsitz pochen werden.



Die führenden Köpfe bei den Koalitionsverhandlungen: Hessens Ministerpräsident Holger Börner (rechts) und der grüne Landtagsvizepräsident Bernd Messinger. FOTO: KURT STRUMPF/AP

Der rot-grüne Kompromiß in Hessen birgt Keime für neue Reibereien

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Das bedeutungsschwere Papier, mit dem der hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD) am Mittwoch abend im dunkelblauen Nadelstreifenanzug in Wiesbaden vor die Presse trat, hat nur 21 Zeilen: „Ausgehend von weit auseinanderliegenden Positionen ...", so beginnt der Text, der einen vorläufigen Schlußstrich unter ein drei Jahre währendes Ringen zwischen Sozialdemokraten und Grünen über die Formen einer politischen Zusammenarbeit beider Parteien in Hessen zieht.

Die nun erzielte „grundsätzliche Einigung" besagt nach dem von Börner verlesenen Text: „Wir wollen gemeinsam die Zusammenarbeit fortsetzen auf der Basis einer Koalition, in der die Grünen einen Minister für Umwelt und Energie stellen und in der SPD und Grüne gleichgewichtig die Gleichstellungsstelle für Frauen wahrnehmen."

Kernenergie bleibt bei Minister Steger

Dem Wunsch der Grünen nach einem „zweiten Ministerium" in Wiesbaden ist also nicht entsprochen worden. Sie erhalten lediglich den Posten einer „Staatssekretärin für Frauenfragen, den sie vermutlich mit ihrer früheren Landtagsabgeordneten Marita Haibach besetzen werden. Als „Bevollmächtigte für Frauenfragen" wird jedoch die Sozialdemokratin Vera Rüdiger, Ministerin für Wissenschaft und Kunst, die Gleichstellungsstelle „parlamentarisch vertreten". Die kuriose Konstruktion, in der bereits der Keim zu Reibereien liegt, erklärt sich unter anderem aus der Weigerung der SPD-Frauen, das lukrative neue Ressort allein den Grünen zu überlassen.

Ein schwieriger Interessenausgleich auf dem Feld der Energiepolitik hat zu einer ebenfalls ungewöhnlichen Konstruktion für das neue Umweltministerium geführt. Ursprünglich hatte es geheißen, es werde auch Zuständigkeiten für Atomanlagen umfassen. In der nun vereinbarten Konstruktion verbleibt der gesamte Bereich der Kernenergie in der Zuständigkeit des hessischen Wirtschaftsministers Steger. Die übrigen Belange der Energiewirtschaft sind dagegen dem neuen Ressort zugeordnet.

Nach Darstellung der Grünen hatten ihnen die Sozialdemokraten in den Verhandlungen tatsächlich den Bereich „Genehmigung von Atomanlagen" angeboten, während sie die „Aufsicht über Atomanlagen" in der Verantwortung des Wirtschaftsministers belassen wollten. Die Grünen forderten demgegenüber eine genau umgekehrte Zuordnung der beiden Bereiche, da sie befürchteten, „daran kaputtzugehen", ausgerechnet kerntechnische Anlagen genehmigen zu sollen, die sie bisher erbittert bekämpft hatten.

Als „Gegenwert" für den Verzicht auf atompolitische Kompetenzen räumten ihnen schließlich die Sozialdemokraten den Bereich Naturschutz ein, den der hessische Landwirtschaftsminister Willi Görlach bis zuletzt mit Zähnen und Klauen verteidigt hatte. Görlach wurde dafür „Minister für Bundesangelegenheiten in Bonn", obwohl die mit diesem Amt verbundenen Kompetenzen bereits von einer Staatssekretärin, Christa Czempiel, vertreten werden.

In einem Resümee meinte der grüne Landtagsvizepräsident Bernd Messinger, trotz aller Abstrichen, die seine Partei habe machen müssen, sei ein „hervorragend strukturiertes Umweltministerium" entstanden. Die Landtagsgruppe der Grünen habe drei Jahre verhandelt, jetzt müsse Schluß sein. Sie wolle „alle Schwierigkeiten, allen Ärger, der über uns hereinbrechen wird", auf sich nehmen.

Damit spielte Messinger auf die bevorstehende Landesmitgliederversammlung der Grünen am 27. Oktober in Neu Isenburg bei Frankfurt an, die die Koalitionsabsprache erst noch absegnen muß. Dabei wird es erneut zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den koalitionswilligen „Realpolitikern" einerseits sowie „Fundamentalisten" und „Radikalökologen" andererseits kommen, die in der Vergangenheit Koalitionen strikt abgelehnt oder unüberwindliche Hürden dafür aufgebaut hatten.

Auch die Führungsgremien der SPD müssen die Koalitionsabsprachen mit den Grünen noch billigen. Die Entscheidung wird hier bereits am kommenden Montag fallen, wenn Landesvorstand und Landtagsfraktion tagen. Außerdem hat Holger Börner die gemeinsame Verabschiedung des Haushalts 1986 noch in diesem Jahr zur Voraussetzung des Zustandekommens der Koalition gemacht. Dazu signalisierte Messinger allerdings bereits: Über diesen Haushalt sei man sich schon „in groben Zügen einig geworden".

Wallmann spricht von weitreichenden Folgen

Von den hessischen Oppositionsparteien wollte sich gestern lediglich die CDU zu den Koalitionsabsprachen äußern. Ihr Landesvorsitzender, der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann, sprach von „weitreichenden Folgen", auch für andere Bundesländer. Börner habe alle seine früheren Äußerungen üb die Grünen „auf zynische Weise in den Wind geschlagen". Das Verhalten der hessischen SPD müsse auf die Bürger „wie Hohn wirken". Die Arbeitnehmer könnten darin nur eine „Kampfansage an die moderne Industriegesellschaft" sehen.

Dagegen nannte der dem rechten SPD-Flügel angehörende Fraktionsvorsitzende der SPD im hessischen Landtag, Ernst Welteke, die Vereinbarungen mit den Grünen einen „für beide Seiten guten und tragfähigen Kompromiß". Für die Grünen meinte Pressesprecher Georg Dick nach einer Beratung der grünen Landtagsgruppe, es sei „eine gute Grundlage geschaffen worden, grüne Politik sichtbar werden zu lassen". Hingegen sprach der „fundamentalistische" grüne Landtagsabgeordnete Jan Kuhnert von einem „Verrat an Basis und Wähler". Kuhnert: „Die Koalition zum Nulltarif wird die Grünen zerstören."

Verteidiger: Teilerfolg

Ankläger muß im Spendenprozeß Aktenvermerk offenlegen

WERNER KAHL, Düsseldorf

Sechs Wochen nach Eröffnung des Prozesses um Parteispenden des Flick-Konzerns hat die Verteidigung gestern vor dem Bonner Landgericht von einem Teilerfolg gesprochen. Auf Antrag der Anwälte des früheren Flick-Gesellschafters Eberhard von Brauchitsch sowie der früheren Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) und Hans Friderichs (FDP) entschied die 7. Große Strafkammer, daß die Staatsanwaltschaft einen bisher unter der Decke gehaltenen Vermerk über eine Dienstbesprechung im nordrhein-westfälischen Justizministerium dem Gericht vorlegen muß. Dagegen wies die Strafkammer weitergehende Anträge auf Beiziehung aller bei der Kölner Generalstaatsanwaltschaft, der vorgesetzten Behörde der Bonner Ankläger, geführten Akten des Ermittlungsverfahrens zurück.

Die Aufklärungspflicht des Gerichts gebiete keineswegs eine Beiziehung der Akten in dem beantragten Umfang, erklärte der Vorsitzende Buchholz. Es handele sich nicht um polizeiliche „Spurenakten", sondern um „Berichtsakten", die „ihrem Wesen nach Handakten" seien.

Nach der Rechtsprechung sei die „Einwirkung" des Dienstvorgesetzten etwa durch „Empfehlungen" oder „Weisungen" an ermittelnde Staatsanwälte jedoch keine Prozeßhandlung. Buchholz sprach vielmehr von einer „innerdienstlichen Meinungsbildung". Diese finde in den Hauptakten, die das Gericht in Anspruch nehme, deshalb auch keinen Niederschlag. Im übrigen könne es durchaus passieren, daß es zu einer „Kooperation" des Dienstvorgesetzten mit dem Staatsanwalt komme, ohne daß „Schriftstücke" entständen. Buchholz erinnerte an den Vortrag des Sachbearbeiters beim Behördenleiter.

Eine Relevanz für die vom Gericht zu treffenden Entscheidungen ergibt sich jedoch nach der Begründung des Vorsitzenden für den Fall, daß die Akten der Staatsanwaltschaft Vermerke enthalten, die in den eigentlichen Prozeßakten fehlen. Aus dieser Feststellung resultiert die gestrige Entscheidung, den Vermerk über eine Dienstbesprechung am 17. Mai 1982 im Düsseldorfer Justizministerium nun in der Hauptverhandlung zu erörtern.

Damit sollen mögliche Widersprüche über den Inhalt des Aktenvermerkes vom 21. Mai 1982 und der Niederschrift über eine Vernehmung des früheren Chefbuchhalters in der Flick-Zentrale, Diehl, vom 24. März 1982 geklärt werden. Der Vermerk soll Angaben Diehls enthalten, die sich nicht aus dem Vernehmungsprotokoll ergeben. Dabei handele es sich um die Wiedergabe von Äußerungen des Bonner Oberstaatsanwaltes Irsfeld, will die Verteidigung wissen. Der Anwalt Otto Graf Lambsdorffs, Egon Müller, appellierte an die Staatsanwälte, ihre eigenen Akten zu überprüfen.

Das Gericht lehnte es dagegen ab, für beantragte weitere Ermittlungen „bezüglich eines von Frau Matthöfer auf dem Ball des Sports gewonnenen Brillantring" (Buchholz) Akten herbeizuziehen. Es gebe keine Anhaltspunkte dafür, daß Handakten zusätzliche Erkenntnisse enthielten, warum diese Ermittlungen nicht weiter geführt wurden.

Kritik an Bonner Sanierungskurs

geo. Neumünster

Der Reichsbund, der VdK, die Arbeiterwohlfahrt und der Bund der Kriegsblinden haben auf ihrer ersten gemeinsamen Veranstaltung seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland in Neumünster ihren Willen bekundet, geschlossen gegen die Politik der Bundesregierung Front zu machen. Vor rund 5000 Mitglieder der Sozialverbände, die rund drei Millionen Menschen in der Bundesrepublik repräsentieren, verurteilte der Bundesvorsitzende des Reichsbundes, Hermann Meyer, den Sanierungskurs der Bundesregierung, der ausschließlich zu Lasten der sozial Schwächeren gehe. Natürlich begrüßte der Reichsbund die höhere Preisstabilität, doch habe sich durch die Maßnahmen Bonns die Kaufkraft der Rentner, Kriegerwitwen und Kriegsbeschädigten nicht erhöht. Im Gegenteil: Seit 1980 sei die Kaufkraft der Renten gesunken.

Ausdrücklich wandte er sich gegen die vom FDP-Bundesvorssitzenden Bangemann propagierte Grundrente, die darauf ausgerichtet sei, die soziale Alterversicherung so zu reduzieren, daß „sie wenig mehr als Sozialhilfeniveau garantiert". In diesem Zusammehang begrüßte er die Haltung der CDA, die sich auf ihrem jüngsten Kongreß in Saarbrücken gegen die Grundrente ausgesprochen hatte.

Der VdK-Vorsitzende Karl Weishäupl meinte, im vergangenen Jahr seien von sechs eingesparten Milliarden allein 4,5 Milliarden vorwiegend den „kleinen Leuten aus der Tasche" gezogen worden. Auch er verwahrte sich gegen den Vorwurf, die parteipolitische Neutralität aufgegeben zu haben. Auch die sozialliberale Koalition habe man schärfstens kritisiert.

Überzeugend wehrte Le Pen die Angriffe ab

A. GRAF KAGENECK, Paris

Wenn das politisch journalistische Pariser Establishment geglaubt hatte, den „Rechtsextremisten" Jean-Marie Le Pen in einem Moment der Schwäche „aufs Kreuz legen" zu können, so sah es sich getäuscht. Der Vorsitzende der „Nationalen Front", neuerdings des Mordes an einem Millionär, seit längerem schon der Folterungen in Algerien, des Rassismus und Antisemitismus bezichtigt, lieferte in der Fernsehsendung „Stunde der Wahrheit" eine weithin überzeugende Vorstellung.

In bester Form ließ er alle gegen ihn erhobenen Anschuldigungen, insbesondere die des Mordes, als diffamierend zurück, kündigte Beleidigungsklagen gegen den Urheber des Mordgerüchtes, seinen ehemaligen Freund Demarquet, sowie „seine Helfershelfer in den Medien" an. Dann ließ er sich eine Stunde lang über sein nicht unattraktives Wirtschaftsprogramm aus, mit dem er in den Wahlkampf ziehen will. Die Sendung endete eindeutig mit einem Erfolg für Le Pen.

Aus Protest gegen Le Pen und seine Partei verübte die linksextreme Terror-Organisation „Action Directe" drei Bombenattentate, die innerhalb von 48 Stunden schwere Schäden an Anlagen des staatlichen französischen Rundfunks anrichteten. Die letzte Bombe explodierte in der Nacht zum Donnerstag vor dem Gebäude der „hohen Behörde" für die Unparteilichkeit der Sendungen im Pariser Westen. Deren Nachtwächter entkam dem Attentat nur, weil er kurz vor der Explosion zu einem Telefonanruf ins Innere des Gebäudes gerufen wurde.

Innenminister Joxe und die Vorsitzende der Behörde, Michele Cotta, verurteilten die Attentate als „verbrecherisch". Joxe kündigte eine „unbarmherzige Verfolgung" der Täter an. „Action Directe" hat seit 1979 40 Bombenattentate im Raum Paris verübt.

Le Pen ist seit seiner Rückkehr in die aktive Politik, vor allem seit dem jüngsten Wahlerfolg seiner Partei immer mehr in den Mittelpunkt der Anfeindungen von rechts und links gerückt. Alle übrigen Politiker bekämpfen ihn, die klassischen Rechtsparteien, vor allem Chiracs RPR, meiden ihn, um nicht in den Ruch des Rechtsextremismus zu geraten.

Die Öffentlichkeit dagegen scheint sich von den in der Presse immer wieder erhobenen Anschuldigungen, der ehemalige Fallschirmjägerleutnant in Algerien sei ein fanatischer Rassist, nicht beeindrucken zu lassen. Le Pens Meinungsbild in den Umfragen ist nicht ungünstig. Nur 50 gegen 34 Franzosen halten seine Partei für eine „Gefahr für die Demokratie", 31 Prozent erklären sich für Le Pens Anti-Emigrationspolitik, und etwa 17 Prozent äußern die Absicht, bei den Parlamentswahlen kommenden März für die Kandidaten der „Nationalen Front" stimmen zu wollen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

WELT-Gespräch mit Pakistans Präsident Mohammad Ziaul Haq über sein Land und die Region

„Moskau kann sich Angriff auf uns nicht leisten"

Pakistan, im Westen von den Sowjets in Afghanistan immer stärker bedrängt, im Osten von Indien wegen seiner Nuklear- und Rüstungspolitik heftig kritisiert, fühlt sich außenpolitisch „eingekreist". Innenpolitisch wagt es nach acht Jahren Militärherrschaft die Rückkehr zur Demokratie. Präsident Ziaul Haq nahm in einem WELT-Interview Stellung zu diesen Themen. Das Gespräch in Islamabad führte Marta Weidenhiller.

WELT: Seit fast sechs Jahren hält die Sowjetunion Afghanistan besetzt. Der Druck auf Pakistan nimmt zu. Könnte es zu einem direkten sowjetischen Eingreifen in Pakistan kommen?

Zia: Nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Die Sowjetunion hat sich von der freien Welt genügend Unwillen und Vorwürfe eingehandelt. Ich glaube nicht, daß sie es sich leisten kann – politisch wie militärisch –, einen Angriff über die pakistanische Grenze hinweg zu riskieren.

WELT: Aber Grenzzwischenfälle und Luftraumverletzungen nehmen zu.

Zia: Zweifelsohne. Die Sowjetunion und Afghanistan sehen in Pakistan den Schuldigen der Vorgänge in Afghanistan. Aber es sind die Afghanen selbst, die sich gegen die Sowjets erheben. Die Sowjets behaupten außerdem, daß Übergriffe von Pakistan ausgehen. Deshalb greifen sie aus Vergeltung Grenzgebiete an, die sie für Schlupflöcher von Insurgenten halten. Auch Flüchtlingslager können, als Folge davon, betroffen sein.

WELT: Sie drohten Konsequenzen an – auch militärischer Art?

Zia: Pakistan kann vergelten, in der Luft, zu Lande oder mit Waffen, die nach Afghanistan hineinreichen. Wir haben dies bisher nicht getan, weil wir nicht eskalieren wollen. Und Vergeltung innerhalb Afghanistans hieße, daß Afghanen die Opfer sind.

WELT: In Genf fanden bisher fünf Gespräche zwischen Pakistan und Afghanistan mit der UNO als Vermittler statt. Diego Cordovez sprach von Fortschritt und zeigte sich sehr optimistisch. Sie auch?

Zia: Genf 6, das in Kürze stattfindet, und vielleicht Genf 7 sind möglicherweise der einzige Weg, eine politische Lösung zu finden. Eine militärische gibt es nicht.

WELT: Angeblich gibt es schon eine Übereinkunft.

Zia: Noch nicht.

WELT: Wurde nicht schon über internationale Sicherheitsgarantien gesprochen?

Zia: Bei den indirekten Gesprächen gibt es in einigen Bereichen Übereinstimmung, und hier muß eine Lösung gefunden werden: Rückzug der sowjetischen Truppen, keine ausländische Einmischung, Sicherheitsgarantien, Rückkehr der Flüchtlinge. Die Sowjetunion mag ein ihr freundliches Regime in Kabul wünschen. Aber über seine Zukunft soll das afghanische Volk selbst entscheiden.

WELT: Kabul fordert direkte Gespräche, Islamabad anerkennt Kabul nicht. Dennoch Fortschritte?

Zia: Wir können das gegenwärtige Regime in Kabul nicht anerkennen. Es ist illegitim, trotz sowjetischer Unterstützung. Die gesamte moslemische Welt unterstützt Pakistan in dieser Haltung. Auch ist es durch eine Resolution der Islamischen Konferenz gebunden, keine direkten Gespräche mit Kabul zu führen.

WELT: Wie aber wollen Sie aus der Sackgasse herauskommen?

Zia: Der Schlüssel liegt nicht in Kabul, sondern in Moskau. Moskau muß zustimmen, was immer vereinbart wird. Unterzeichnet werden könnte eine Übereinkunft aber dennoch zwischen Afghanistan und Pakistan.

WELT: Der Flüchtlingsstrom reißt nicht ab. Die UNO kündigte an, die Hilfe einzuschränken. Wie wird Pakistan mit den wirtschaftlichen und sozialen Problemen fertig?

Zia: Wir hoffen, daß die Hilfe nicht reduziert wird, und werden weiter an das Gewissen der reichen Nationen appellieren. Pakistan allein kann die Bürde nicht tragen.

WELT: Es heißt, Flüchtlinge nehmen Pakistanis mittlerweile Arbeitsplätze weg, und manchem Pakistani gehe es schlechter als Flüchtlingen. Führt dies nicht zwangsläufig zu Konflikten?

Zia: Noch nicht. Pakistan hat die Flüchtlinge ja aufgenommen, und unsere Gäste sollen es besser haben als wir. Aber Pakistan kann ihnen nicht ausreichend zum Leben geben. 50 Rupien und etwas Mehl reichen nicht aus. Die Afghanen müssen also die Chance haben, etwas hinzuzuverdienen, im Transportgeschäft etwa, durch den Verkauf von Teppichen ... bisher gab es keine sozialen Probleme, aber das kann sich ändern. Vielleicht nach weiteren fünf Jahren.

WELT: Entsteht ein zweites Palästinenser-Problem, Flüchtlinge als Dauereinrichtung?

Zia: Afghanen sind keine Palästinenser. Aber die Zeit ist auf der Seite der Sowjets und des Kabul-Regimes. Je mehr verstreicht, um so geringer die Chance, daß die Flüchtlinge zurückkehren. Wir müssen uns dann überlegen, wie wir die Afghanen in Pakistan eingliedern können.

WELT: Seit der sowjetischen Invasion hat sich die geopolitische Lage in der Region verändert. Die USA haben sich wieder Pakistan zugewandt, geben ihm Wirtschafts- und Militärhilfe. Hat Pakistan trotz negativer Erfahrung mit den Amerikanern Vertrauen zu ihnen?

Zia: Die Beziehungen sind zufriedenstellend und freundschaftlich. Die USA haben unsere Wünsche erfüllt. Es gab zwar einige Hochs und Tiefs, dennoch bewähren sich die Beziehungen seit 30 Jahren. Die Reagan-Administration hat mehr getan als jede andere Regierung vor ihr.

WELT: Werden die USA im Falle einer Krise helfen oder wie 1965 und 1971 im Stich lassen?

Zia: Ich glaube, daß sie uns diesmal helfen würden. Es hängt aber auch von der Art der Unterstützung ab, die wir erbitten. 1965, im Krieg mit Indien, ging Pakistan davon aus, daß die USA mit ihm gegen Indien kämpfen würden. Das war falsch. Ähnlich war es 1971. Die USA stellten damals alle Lieferungen ein. Ich erwarte nicht, daß US-Marines an unserer Seite kämpfen, sollten uns die Sowjets angreifen. Aber ich erwarte, daß sie uns moralisch unterstützen, uns F-16, Ersatzteile und Gewehre liefern, um militärisch stark zu sein.

WELT: Nimmt nicht doch Indien in der strategischen Planung der USA eine Vorrangstellung ein.

Zia: Ich glaube nicht. Ich habe darüber mit vielen Politikern gesprochen. Indien ist wichtig, was aber Pakistans Bedeutung nicht schmälert. Es ist Südwestasien zugeordnet, es ist ein islamisches Land mit engen Beziehungen zu China, und es hat seine eigene Bedeutung.

WELT: Pakistan hat Indien einen Nichtangriffspakt vorgeschlagen, Indien wünscht einen Freundschaftsvertrag. Reicht der Simla-Vertrag nicht aus?

Zia: In gewisser Hinsicht schon. Indira Gandhi vertrat diese Ansicht. Aber 40 F-16 (die Pakistan von den USA erhält, d. Red.) nähren die Angst der Inder, Pakistan könnte sie angreifen – trotz Simla. Deshalb habe ich den Pakt angeboten. Indien spricht von einem Rüstungswettlauf und löst unnötige Angst aus. Wie kann das kleine Pakistan mit einem so großen Land wie Indien überhaupt einen Rüstungswettlauf beginnen? Wir haben gegen Indiens Milliarden-Waffengeschäft auch nicht protestiert.

WELT: Pakistan wird vorgeworfen, an der Herstellung der Atombombe zu arbeiten ...

Zia: Pakistans Nuklearprogramm dient ausschließlich friedlichen Zwecken. Indien verfügt über, wenn es nicht schon ein Programm für ein nukleares Waffensystem hat, zumindest die technische Fähigkeit für nukleare Vorrichtungen, die nicht-friedlichen Zwecken dienen. Um sein eigenes Vorgehen zu rechtfertigen, sucht Indien in uns die Schuldigen.

WELT: Pakistan hat den Atomsperrvertrag nicht unterzeichnet.

Zia: Indien auch nicht.

WELT: Pakistan hat, wie Sie selbst bekanntgaben, die technische Fähigkeit der Urananreicherung erworben, eine der Voraussetzungen zur Herstellung der Atombombe.

Zia: Nicht unbedingt.

WELT: Das hängt vom Grad der Anreicherung ab.

Zia: Wir haben nur einen niedrigeren Grad erreicht. Dies ist nötig für friedliche Zwecke ... Sollten sich die Deutschen eines Tages entscheiden, uns einen Reaktor zu liefern, könnten wir uns ausreichend mit angereichertem Uran versorgen, um einen Reaktor zu betreiben.

WELT: Pakistan verband mit dem neuen indischen Premier Rajiv Gandhi die Hoffnung auf bessere bilaterale Beziehungen. Bisher sieht es nicht so aus.

Zia: Die Welt lebt von Hoffnungen, und wir geben nicht auf.

WELT: Warum dieses Mißtrauen, dieser Haß zwischen den Nachbarn? Ist es noch immer die Rückschau auf 1947, sind es eher psychologische Gründe?

Zia: Beides ... Ich kritisiere nie. Aber hier muß ich es tun. Es steckt im Blut der Hindus, jeden, außer sich selbst, zu verachten. Eine Gesellschaft mit einem Kasten-System, das die Menschen in Überlegene und Unterlegene einteilt. Die Gedankenwelt eines Hindu ist vergiftet. Es tut mir leid, daß ich das sagen muß. Und das ist nur ein Aspekt des Problems.

WELT: Können Sie sich eine Aussöhnung zwischen Indien und Pakistan wie zwischen Deutschen und Franzosen vorstellen?

Zia: Ich selbst habe dieses Beispiel Rajiv Gandhi gegenüber erwähnt. Wenn Frankreich und Deutschland, die sich über Jahrhunderte und in zwei Weltkriegen bekämpften – wir hatten nur drei lokale Kriege –, sich aussöhnen, warum nicht auch Indien und Pakistan.

WELT: Pakistan wurde auf der Basis der Religion gegründet. Ist eine Islamisierung, wie Sie sie eingeleitet haben, überhaupt notwendig?

Zia: ... wir fühlen, daß Religion und Alltag eine Einheit bilden, sich nicht trennen lassen. Deshalb arbeiten wir auf eine bessere Gesellschaft hin, und das heißt, daß wir die islamischen Prinzipien so gut wie nur irgend möglich durchsetzen müssen.

WELT: War Iran für die Islamisierung in Pakistan ein Vorbild?

Zia: Nein. Dort gab es eine Revolution, und aus ihr heraus entstand die Islamisierung. In Pakistan geschieht dies durch Evolution.

WELT: Islamisierung wird in Pakistan als Fortschritt betrachtet, im Westen eher als das Gegenteil. Wie lassen sich Islamisierung und Modernisierung, an der Pakistan ja interessiert ist, vereinbaren?

Zia: Religion und Modernisierung schließen einander nicht aus. Nehmen Sie Präsident Reagan. Er sagte, laßt uns am Sonntag in die Kirche gehen, oder Marschall Montgomery, der sagte, motiviert die Soldaten zur Religion. Oder den deutschen General Rommel, der soldatische Moral und Religion eng miteinander verband. Religion, Islam in diesem Fall, muß flexibel und anpassungsfähig sein, wenn sie mit der modernen Welt in Einklang sein will.

WELT: Kritiker werfen Ihnen vor, den Islam als Instrument zur Machterhaltung benutzt zu haben.

Zia: Wenn ich das ohne Furcht und Zwang getan habe und diese Kritik zuträfe, sollte man mir hoch anrechnen, daß ich 85 Millionen Menschen nicht nur einen Tag, sondern acht Jahre lang zum Narren gehalten habe.

WELT: Sie haben überraschend darauf verzichtet, einen Nationalen Sicherheitsrat zu bilden, wie ihn die Verfassungsänderung vorsah. Er hätte den Militärs ein Mitspracherecht garantiert. Warum?

Zia: Ich habe mich der Mehrheit des Parlaments gebeugt.

WELT: Wird das Kriegsrecht Anfang 1986 aufgehoben?

Zia: Der Premier hat dies angekündigt. Ich teile seine Ansicht.

WELT: Ist nicht zu befürchten, daß es erneut zu Unruhen kommt?

Zia: Ein gewähltes Parlament sollte solchen Schwierigkeiten, wenn es sie überhaupt gibt, ins Auge sehen.

WELT: Bei den Wahlen waren Parteien nicht zugelassen. Wird dies nach der Aufhebung des Kriegsrechts der Fall sein?

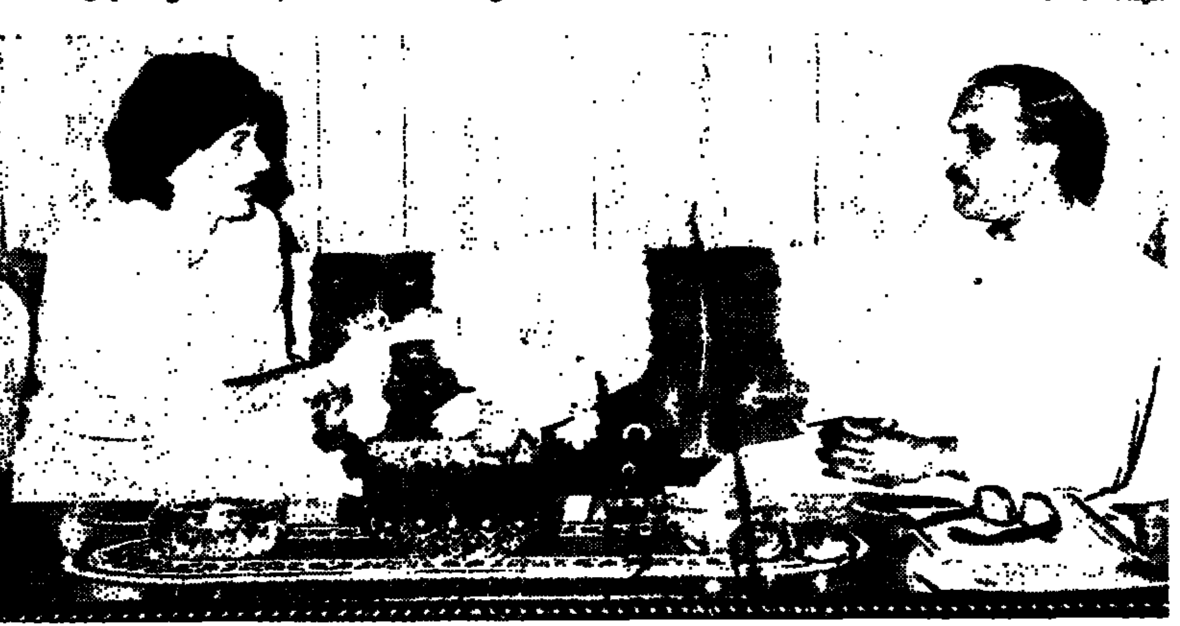
Zia: Sobald die Gesetzesvorlage über die Verfassungsänderung verabschiedet ist, wird sich das Parlament damit auseinandersetzen.

WELT: Aber für Sie sind Parteien unislamisch ...

Zia: Das ist meine persönliche Ansicht. Meiner Ansicht nach gibt es keinen größeren Fluch als Parteien. Sie sind engstirnig und egoistisch.

WELT: Aber Parteien gehören nun mal zur Demokratie.

Zia: Deshalb unterziehen wir uns diesem Experiment. Entscheidet sich das Parlament für Parteien, füge ich mich. Pakistan steckt in einem demokratischen Prozeß, und ich werde nicht länger Oberster Kriegsrechtsverwalter sein, sondern Präsident.



Präsident Mohammad Ziaul Haq im Gespräch mit WELT-Redakteurin Marta Weidenhiller FOTO: DIE WELT

„Hier ist etwas falsch in unserer Wertordnung"

DW. Bonn

Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit, Paul Hoffacker, hat bei einer Buchvorstellung gestern in Bonn aufgrund der neuesten medizinischen und naturwissenschaftlichen Erkenntnisse die „dringende Notwendigkeit" betont, die Diskussion um die Abtreibung auf eine „sachliche und konsensfähige Basis" zu stellen. Diesem Ziel diene das von ihm und einem Juristen sowie einem Journalisten herausgegebene Buch „Auf Leben und Tod – Abtreibung in der Diskussion" (Lübbe-Verlag). Hoffacker: „Wir suchen Verbündete in Politik und Gesellschaft, nicht um einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen, der ja auch wieder scheitern würde, sondern um konkret den Versuch zu unternehmen, den in dieser Frage dringend erforderlichen Werte- und Bewußtseinswandel einzuleiten. Es gehe „nicht um eine Änderung des 218". Aber es gehe auch nicht an, daß dem Tier- oder Umweltschutz mehr Bedeutung beigemessen werde als dem Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens. Hier ist etwas falsch in unserer Wertordnung."

Anliegen des Buches, in dem namhafte Juristen, Philosophen, Biologen und Mediziner zu Wort kommen – „Theologen haben wir bewußt ausgespart" –, ist es nach Worten der Herausgeber, auch im außerparlamentarischen Raum Bewegung in die weitgehend tabuisierte Diskussion zu bringen. Ein Mitherausgeber, Benedikt Steinschulte, warf den christlich-demokratischen Parteien vor, sie zögen sich allzu schnell und bereitwillig auf parlamentarisch-rechnerische Positionen zurück, die „jedoch im eigentlichen Stammwählerbereich zu massiven und 1987 entscheidenden Wahlenthaltungen" führen könnten. Eine Autorin meinte, Erklärungen der Familienministerin Süssmuth wie „Simone de Beauvoir ist ein großes Vorbild" veranlaßten zu großer Skepsis, was die Zukunft der Gesellschafts- und Familienpolitik in der Bundesrepublik betreffe.

„Solidarität" erinnert an Popieluszkos Tod

AFP, Warschau

Ein Jahr nach der Ermordung des polnischen Priesters Jerzy Popieluszko im Oktober 1984 gedenken seiner Tausende von Polen. Popieluszko war mit seinen „Messen für das Vaterland" Symbol für den Kampf für bürgerliche Rechte und Freiheit und damit geistiger Fürsprecher der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" geworden. An seiner Beerdigung hatten mehr als eine halbe Million Polen, unter ihnen auch Arbeiterführer Lech Walesa, teilgenommen. Der Regierung zum Trotz, die unermüdlich gegen „extremistische Priester" wie Popieluszko wettert, ist das Grab des Paters zur Wahlfahrtsstätte geworden, an die jeden Monat 250 000 Gläubige, Polen wie Ausländer, pilgern. Die Stanislaw-Kostka-Gemeinde in Warschau, wo Popieluszko seine Messen gehalten hatte, organisiert zu seinem Todestag eine Gedenkwoche.

Wir lachen nicht, wenn der Beamte unser Manuskript beschlagnahmt

C. GUSTAF STRÖHM, Budapest

Auf dem KSZE-Kulturforum in Budapest haben nach den USA nun auch sämtliche Mitgliedsstaaten der EG bei der ungarischen Regierung gegen das Verbot eines „Parallelsymposions" protestiert, das von der Internationalen Helsinki-Föderation der Menschenrechte im öffentlichen Rahmen abgehalten werden sollte.

Die EG-Staaten schlossen sich voll dem Appell des Delegationschefs der Bundesrepublik, Karl Günther von Hase, an, der die ungarische Regierung aufgefordert hatte, die Abhaltung der verbotenen Veranstaltung dennoch zu ermöglichen.

Dissidenten trafen sich in Privatwohnungen

Die ungarischen Behörden haben – was für ein Land des Warschauer Pakts ein Novum darstellt – den Teilnehmern der inoffiziellen, amtlich nicht genehmigten Menschenrechtsveranstaltung keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt, als diese sich in zwei Budapester Privatwohnungen zu ihrer Konferenz zum Thema „Die Integrität des Schriftstellers" versammelten.

Dicht gedrängt und in einer Atmosphäre, die sich durch Improvisation und Intensität bemerkenswert von der diplomatischen Routine der offiziellen Veranstaltung unterschied, hörten hier die Teilnehmer unter anderem einen Vortrag des regimekritischen ungarischen Autors György Konrad und des von der Tschechoslowakei ausgebürgerten, nun in Bonn lebenden Regisseurs und Theaterfachmanns Jiri Grusa.

Grusa kritisierte die Haltung vieler Intellektueller des Westens mit den Worten: „Wenn wir bei dem Recht der Minderheit verweilen, gedenken wir kurz unserer unendlichen Verachtung aller Majoritäten, gedenken wir unserer Publikumsbeschimpfungen, unserer Theorien, nach denen zu entscheiden ist, ob eine Mehrheit nur als eine numerische oder als wirkliche gilt." Während es im Osten nur noch „enttäuschte Propheten" gebe, seien im Westen „die Worteverkäufer" am Werk. Den westlichen Intellektuellen hielt Grusa vor, sie kritisierten die Verderbtheit des Westens gerade dort, wo sie am wenigsten zu suchen sei.

Der Budapester Schriftsteller György Konrad sagte vor dem Helsinki-Forum, ein Schriftsteller könne seinem Staat gegenüber nur „bedingt loyal" sein. Ein Schriftsteller könne auch keinen Vorgesetzten akzeptieren. Dann befaßte sich der ungarische Autor mit der Zensur: „In dieser Stadt Budapest hat es im Laufe der Jahrhunderte viele Arten der Zensur gegeben – im Namen Gottes, des Königs, der Nation und des Sozialismus."

In westlichen liberalen Demokratien gebe es zwar mehrere verschiedene Zensoren der Literatur – aber in den Einparteien-Staaten gebe es nur einen einzigen Zensor, der alles kontrolliert. „Wir lachen nicht, wenn unser Zollbeamter an der Grenze unser Manuskript beschlagnahmt – denn er glaubt, damit dem Sozialismus zu dienen." Im Osten müsse der Bürger „Väterchen Staat" um Erlaubnis fragen, wenn er nach Paris reisen wolle – und der Staat könne die Genehmigung erteilen oder verweigern.

Internationale Solidarität der Schriftsteller gefordert

Im Osten gelte der Schriftsteller als gefährliche Person – aber im Westen komme niemand auf die Idee, daß er, Konrad, gefährlich sein könne. Konrad forderte eine internationale Solidarität der Schriftsteller gegen die Zensur.

Auf dem offiziellen KSZE-Forum im Budapester Kongreßzentrum lieferte der sowjetische Delegationschef, Kulturminister Pjotr Demitschew, den Kontrapunkt zu Konrads Appell gegen die Zensur. Der sowjetische Delegierte sprach sich faktisch für eine gewisse Zensur aus. Wenn auf dem Forum viel von Freiheit gesprochen werde, so müsse er im Namen der Sowjetunion sagen: „Wir sind für reale Freiheit, die durch Rechtsnormen abgesichert ist." Falsche Ideen könnten dazu führen, daß in der Kultur Neofaschismus, Pornographie und Schund um sich griffen. Die „geistige Gesundheit" des Menschen müsse den Kulturschaffenden am Herzen liegen.

In einer offenkundig auf Amerika und Westeuropa gemünzten Anspielung sprach er von der in manchen Staaten immer mehr um sich greifenden Arbeitslosigkeit, die dazu führe, daß immer weniger Geld für kulturelle Belange ausgegeben werden könne.

Uneinigkeit über die „sozialistische Kultur"

Dem Delegationschef Großbritanniens, der davon gesprochen habe, daß es keine „sozialistische Kultur" gebe, müsse er, Demitschew, entgegenhalten, daß gerade in der Sowjetunion schon seit 68 Jahren eine solche sozialistische Kultur existiere.

Der sowjetische Kulturminister rechnete dann den Konferenzteilnehmern vor, in seinem Land seien von 1979 bis 1984 9000 Buchtitel von Autoren der KSZE-Mitgliedsstaaten übersetzt und in 800 Millionen Exemplaren gedruckt worden. Westliche Konferenzteilnehmer wiesen allerdings darauf hin, daß diese auf den ersten Blick imposante Zahl lediglich bedeutet, daß pro Kopf der erwachsenen Sowjet-Bevölkerung weniger als ein übersetztes Buch pro Jahr kommt.

Bei den Reden der Delegierten des Ostblocks zeigten sich bemerkenswerte Nuancen. So bedienten sich die Sprecher Ungarns, Polens und Rumäniens des Französischen als Konferenzsprache. Der „DDR"-Sprecher, Kulturminister Hoffmann, hielt seine Rede auf deutsch. Nur die Bulgaren und die Tschechen bedienten sich des Russischen.

Mubarak gerät in Bedrängnis

Entscheidungsschwäche und Wirtschaftsnot / In Militärkreisen wächst die Opposition

PETER M. RANKE, Kairo

Immer stärker nutzt der ägyptische Präsident Mubarak die Krise mit den USA nach der amerikanischen Abfang-Operation gegen die ägyptische Sondermaschine mit vier Terroristen an Bord zur persönlichen Sympathiewerbung aus. Zu seinen Gunsten mobilisiert er die antiamerikanische Grundstimmung in der Bevölkerung, wenn er vor TV-Kameras als der zornige und zutiefst verletzte Staatsmann auftritt, der von Präsident Reagan eine formelle Entschuldigung gegenüber allen Ägyptern verlangt.

Die den Ägyptern bewußte wirtschaftliche Abhängigkeit von der US-Hilfe und die Ressentiments gegen Israel besonders nach dem Bombenangriff auf das PLO-Hauptquartier in Tunis sind von Presse und Fernsehen schon seit Wochen zu einer kritischen, ja verletzenden antiamerikanischen Kampagne aufgebauscht worden. „Die Beziehungen haben einen unaufhaltsamen Niedergang erreicht", schrieb „Al Akhbar". Und bei Demonstrationen riefen Studenten: „Lieber Hunger als Demütigung".

Während die Mörder des israelischen Diplomaten Albert Atrakchi, der am 20. August in Kairo erschossen wurde, noch nicht gefaßt sind, und während auch kein ägyptischer Untersuchungsbericht über den Mord an sieben israelischen Touristen im Sinai vorliegt, konzentriert sich die öffentliche Meinungsmache des Informationsministers Safwat el Scherif auf die ägyptischen Verdienste im Fall der „Achille Lauro" und das so negativ beurteilte amerikanische Eingreifen. Über den ermordeten Passagier Leon Klinghoffer wird weiterhin kaum ein Wort gesagt.

Mubarak hatte Verteidigungsminister Marschall Abdel Halim Abu el Ghazala mit der „Erledigung" der Schiffsentführung und des Terroristen-Abtransports nach Tunis beauftragt, griff dann aber selbst ein und fällte selbst die Entscheidung, die vier Terroristen der PLO zu übergeben und nicht in Kairo aburteilen zu lassen. Den Krisenstab der Militärs zog Mubarak nicht zu Rate.

Hohen Militärs gefällt die Art Mubaraks, selbstherrlich Entscheidungen plötzlich und emotionsgeladen zu fällen, wenn überhaupt, seit langem nicht. Anfang September jagte Mubarak das Kabinett von Kamal Hassan Ali, einem ehemaligen Militär, über Nacht aus dem Amt, ohne Rücksprache mit anderen verantwortlichen Politikern. Auch der Schuldendienst der Militärs für Waffen-Einkäufe liegt nicht mehr beim Verteidigungsminister Abu Ghazala, der auch die militärische Industrie befehligt, sondern bei zivilen Ministerien. Angeblich mußte Mubarak selbst in Madrid und Paris für eine teilweise Abzahlung der drei Milliarden-Dollar-Schuld der Militärs sorgen.

Aus Wirtschaftskreisen verlautet, daß eine Umschuldung für Ägypten



Stimmung gegen Amerika: Präsident Mubarak FOTO: AP

dringend notwendig sei, doch sträubt sich Mubarak gegen Auflagen des Währungsfonds, etwa den Abbau der Staats-Subventionen und der hoffnungslos verbürokratisierten Staatswirtschaft. Die Militärs besitzen dagegen einen gut funktionierenden eigenen Staat im Staate, von Produktionsbetrieben bis zu Krankenhäusern, die Abu Ghazala mit Händen und Zähnen verteidigt. Entgegen den Erwartungen wurde er von Mubarak wieder nicht zum Vizepräsidenten ernannt.

Dafür werfen hohe Offiziere dem Präsidenten immer offener vor, nicht zu regieren, keine Akten zu lesen, sondern lieber Straßentunnels oder Fabriken einzuweihen, weil das sein Image pflege. Er verstehe nichts, kümmere sich aber um alles, hört man in Offizierskreisen über Mubarak reden. Er habe keine wirklichen Freunde, und die verbringen die Abende bei Squash und Video-Filmen. Er hat in letzter Zeit merklich zugenommen.

Während westliche Diplomaten betonen, Mubarak bleibe der sicherste Garant dafür, daß der Friedensvertrag mit Israel wenigstens formal eingehalten wird, weisen Wirtschaftskreise auf die immer schnellere Talfahrt der ägyptischen Wirtschaft hin.

Auch deutsche Unternehmen haben hunderttausende von Mark für Pläne und Entwürfe in den Sand gesetzt, weil die Bürokratie Entscheidungen ausweicht und Mubarak keine trifft. So etwa Daimler-Benz mit dem über vier Jahre alten Plan zur Herstellung von Bussen und Lkw in Ägypten. Auch die Chancen für ein deutsches Atomkraftwerk verringern sich fast täglich, weil die Devisen nicht vorhanden sind und Kairo jetzt lieber Öl und Kohle aus dem Sinai verwenden will.

Die Abhängigkeit von billigen oder geschenkten Nahrungsmittellieferungen aus Amerika und der EG ist stetig gewachsen. Washington zahlt in diesem Jahr allein 2,3 Milliarden Dollar für Ägypten. Eine Besserung ist nicht in Sicht, der Schuldendienst ist überstrapaziert.

Die vier wichtigen Einnahme-Quellen für Devisen schrumpfen: Überweisungen der Gastarbeiter, Tourismus, Suez-Kanal und Erdöl. Ägypter im Ausland, die früher am Nil investiert hatten, halten ihre Überweisungen (zwei bis drei Milliarden Dollar jährlich) jetzt sicherheitshalber im Ausland zurück.

Über diese Lage soll nun die antiamerikanische Haltung hinwegtäuschen. Ob sich Kairo das leisten kann, zumal aus der arabischen Welt keine Hilfe in Sicht ist, muß Präsident Mubarak wissen und entscheiden. Aber gerade die im Hintergrund noch immer wichtigen Militärs glauben nicht mehr, daß er noch die richtigen Entschlüsse faßt. (SAD)

Uganda: Noch ist eine Lösung nicht in Sicht

Rebellenführer Museveni gewinnt landesweiten Einfluß

DORIS GRAY, Nairobi

„Solange noch Verhandlungen geführt werden, gibt es Hoffnung auf eine friedliche Lösung", meint ein deutscher Ingenieur, der seit mehr als zehn Jahren in Uganda lebt. Andere Beobachter der Situation in Uganda nach dem Sturz von Präsident Milton Obote Ende Juli sind weniger optimistisch. Sie glauben, daß der Kampf um die Macht in Kampala schließlich doch nur mit Waffengewalt entschieden werden kann.

Seit dem Coup am 27. Juli verhandeln die neuen Machthaber des Militärrates mit Vertretern der Guerrilla-Organisation NRA (Nationale Widerstandsbewegung) im benachbarten Kenia. Die Positionen der um die Macht Streitenden sind indes unklar. General Tito Okello, Vorsitzender des Militärrates und derzeitiges Staatsoberhaupt, ist es bisher nicht gelungen, wie versprochen, die Armee zu disziplinieren. Nach wie vor sind Plünderungen, Vergewaltigungen und Erpressungen von Soldaten an der Tagesordnung in diesem ostafrikanischen Land. Die marodierende Armee war ein Grund für den Sturz Obotes, dem es gleichfalls in mehr als vierjähriger Amtszeit nicht gelungen war, geordnete Verhältnisse in seinem Land zu schaffen.

Auch die mehreren hundert nordkoreanischen Berater, die unter der Herrschaft Obotes ins Land gerufen worden waren, stehen trotz gegenteiliger Ankündigungen weiterhin in Uganda. Zwar hat Tito Okello die demokratische Opposition in die Regierung genommen. Aber in den unteren Rängen der Regierung wurden bislang nur unbedeutende Neubesetzungen vorgenommen.

Konstant in seinen Forderungen scheint bisher einzig der marxistisch ausgerichtete Guerrillaführer Yoweri Museveni zu sein. Der in Tansania ausgebildete Rebell und frühere Verteidigungsminister zog sich bereits 1980 in den Busch zurück, nachdem Präsident Obote aufgrund seiner Meinung nach gefälschter Wahlen die Geschicke Ugandas in die Hand genommen hatte. Seither kämpft Museveni mit seiner auf etwa 1000 Mann geschätzten Truppe angeblich ohne jegliche Unterstützung eines anderen Landes gegen die Regierung in Kampala. Aufgrund ihrer strengen Disziplin erfreuen sich Musevenis Rebellen bei der Landbevölkerung offenbar großer Beliebtheit. Zunehmend zeigen sich auch Intellektuelle in der Hauptstadt interessiert an dem Gedanken, Museveni als künftigen Regierungschef zu sehen.

Ideologisch ist der noch nicht vierzigjährige Museveni nicht ganz eindeutig festzulegen. Vor einigen Jahren bekannte er sich offen zum Marxismus. Mittlerweile vertritt er eine Art von afrikanischem Sozialismus tansanischer Provenienz, obwohl dieser Sozialismus im Nachbarland zu verheerenden wirtschaftlichen Ergebnissen führte. Andererseits ist Museveni zwar ein entschiedener Gegner von Beratern aus dem Ostblock, und die Nordkoreaner auf Regierungsseite sind ihm ein Dorn im Auge. Politische Beobachter aber gehen davon aus, daß eine Regierung Museveni sich außenpolitisch eher am Osten als am Westen orientieren würde.

Museveni hat seit mehreren Jahren nicht mehr mit Vertretern der Presse gesprochen. Er läßt seine Positionen in der Öffentlichkeit hauptsächlich von seinem Sprecher Kiseka vertreten. Kiseka ist es auch, der in Kenia an den seit Monaten andauernden Verhandlungen teilnimmt. Hier in Nairobi bemühen sich Vertreter des Militärrates und der Rebellen, sich über die Verteilung der Sitze im Parlament einig zu werden. Museveni fordert die Hälfte aller Sitze, die gegenwärtige Regierung ist bislang noch nicht dazu bereit. Und solange die Verhandlungen in Nairobi keine Resultate zeitigen, geht der blutige Kampf im Landesinneren weiter.

Seit den Tagen der Diktatur von General Idi Amin hat sich die „Perle Afrikas", wie Uganda einst genannt wurde, auch wirtschaftlich nicht erholt. Die Landbevölkerung ist seit Jahren täglich den Grausamkeiten der Armee ausgeliefert. Die neuen Machthaber haben zwar wiederholt versprochen, diesen Ausschreitungen Einhalt zu gebieten, doch ohne Erfolg. Selbst die Ankündigung eines Kriegsgerichtes hat bislang nicht zur erhofften Entspannung geführt.

Im gegenwärtigen politischen Gefüge von Uganda spielt die Democratic Party (DP) eine für manche Beobachter fragwürdige Rolle. Unter Obote in der Opposition hat sich diese traditionsreiche, der katholischen Kirche nahestehende Partei von Paul Ssemogerere nun entschlossen, das Amt des Innenministers in der Übergangsregierung zu übernehmen. Beobachter in Kampala fragen sich, warum Ssemogerere, ein Mann, der die Unterstützung der großen christdemokratischen Parteien in Europa genießt, in einer solch zweifelhaften Regierung mitarbeitet. Möglicherweise will er Schlimmeres verhindern. Doch sind sich selbst die Vereinigten Staaten und Großbritannien nicht einig, wem sie ihre Unterstützung zusichern sollen. Unbestätigten Berichten zufolge soll England dazu neigen, die NRA zu fördern.

Trotz aller Unsicherheit, wer aus dem Ringen um die Macht schließlich als Sieger hervorgehen wird, geht das Leben zumindest in Kampala seinen gewohnten Gang. Schießereien waren und sind keine Seltenheit. In der Bevölkerung ist das ehemals für afrikanische Verhältnisse hohe politische Interesse und Engagement nach so vielen Jahren Krieg und Entbehrung weitgehend abgestumpft.

Abul Abbas gab den Piraten über Funk Befehle

DW. Bonn

Israels Militärgeheimdienst hat die Unterhaltung zwischen dem PLF-Führer Abul Abbas und den vier palästinensischen Piraten an Bord der „Achille Lauro" abgehört und gestern den Text veröffentlicht. Militärkreise in Tel Aviv betonen, daß auch die italienische Regierung über Washington eine Kopie erhalten habe, und zwar noch bevor Abbas die Erlaubnis zur Weiterreise nach Belgrad erhielt. Rom sei somit über seine Rolle informiert gewesen.

Das Gespräch fand am 9. Oktober statt, als Abbas sich in Port Said befand. Ob der PLF-Chef selbst oder ein Angehöriger seines Stabes das Gespräch führte, geht aus dem Wortlaut nicht hervor, zweifellos jedoch stand er in engem Kontakt zum Funker. Abbas wird mit seinem Decknamen „Abu Chalid" angesprochen.

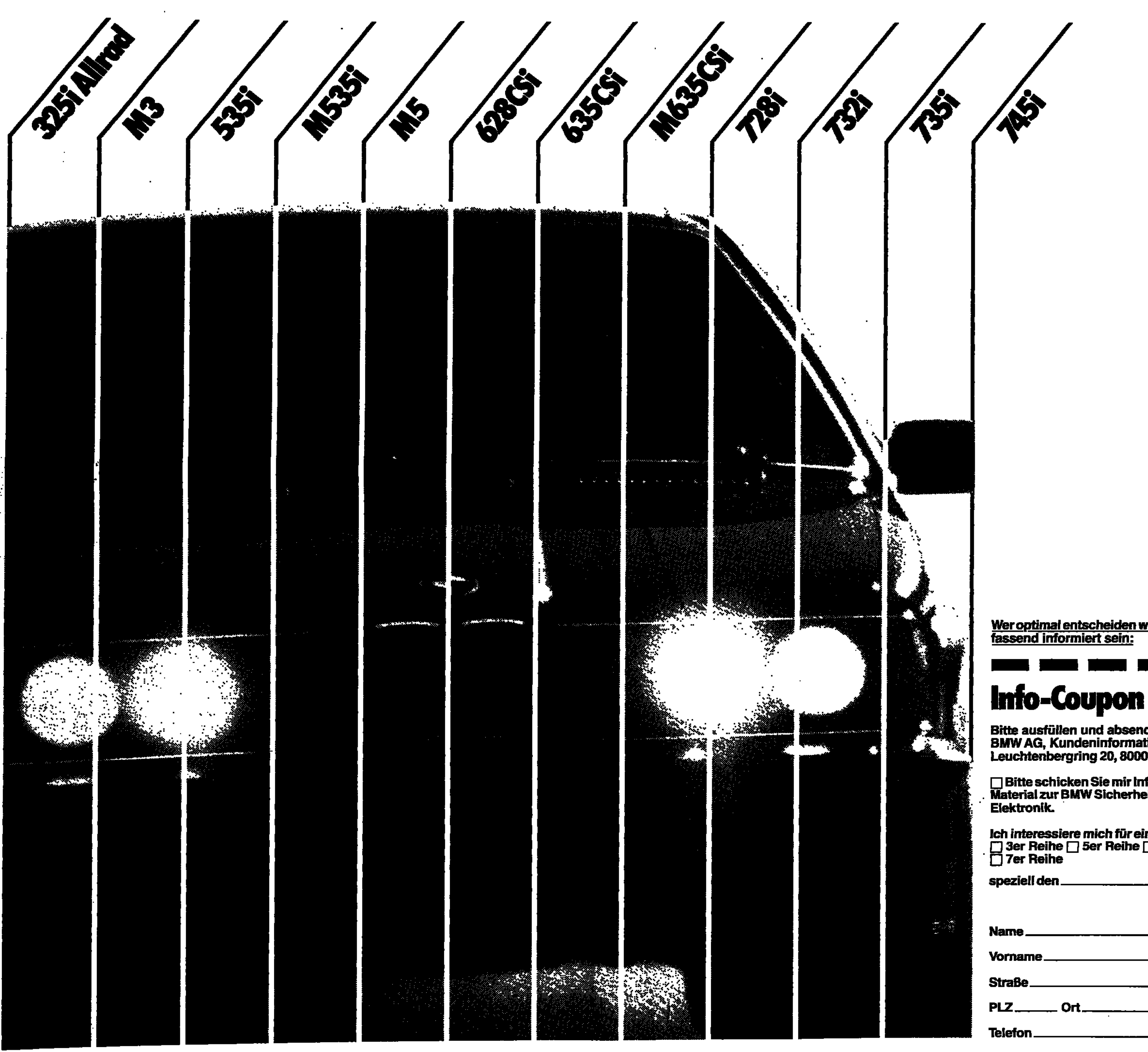
Der abgehörte Funkverkehr hat folgenden Wortlaut:

Port Said: „Hier spricht Abu Chalid. Hier Abu Chalid." – Schiff: „Ja." – Port Said: „Hier ist Abu Chalid. Wie empfangen Sie mich? Hören Sie diese Mitteilung, damit Sie sich beruhigen können. Abu Chalid fordert Maholyo (vermutlich verstümmelter Name eines der Entführer, d. Red.) und Majed auf, die Sicherheit der Passagiere zu gewährleisten." – Schiff: „In Ordnung." – Abu Chalid: „Ich werde Sie wieder rufen, wenn die Verbindung besser ist." – Schiff: „Hier Abu Majed, wer spricht?" – „Abu Chalid in Port Said, wer spricht dort ... ist das Abu Majed?" – Schiff: „Majed, richtig ... richtig ..." – Abu Chalid: „Wie geht es, Majed?" – Majed: „Gut, Gott sei Dank." – Abu Chalid: „Hören Sie mich gut an. Als erstes sollen die Passagiere gut behandelt werden. Außerdem müssen Sie sich entschuldigen bei den Passagieren und vor der Schiffsbesatzung und dem Kapitän und ihnen mitteilen, daß unser Ziel nicht die Übernahme der Kontrolle über das Schiff gewesen ist. Sagt ihnen, was unser Hauptziel ist. Hören Sie mich gut?" – Majed: „Richtig. Wir haben mit ihnen gesprochen und ihnen gesagt, daß unser Ziel nicht die Übernahme des Schiffes ist. Verstanden?" – Ein anderer, von Agenturen als „Dayed" oder „Shayed" zitierter Entführer: „Aber wenn Sie jetzt für mich Abu Chalid rufen und mir ein kleines Zeichen vom ihm übermitteln könnten, daß er mir die Nachrichten gesendet hat." – Port Said: „Den Passagieren geht es gut, und der Kapitän war derjenige, der an Bord eines Fischerbootes eine Botschaft gesandt hat. Ich kann Abu Chalid für Sie rufen und ein Zeichen von ihm für Sie bekommen, das Ihnen beweist, daß die Nachrichten von ihm kamen."

Unterdessen hat US-Justizminister Edwin Meese nicht ausgeschlossen, Washington könne versuchen, des PLF-Chefs habhaft zu werden, um ihn vor ein amerikanisches Gericht zu stellen.

ABS serienmäßig schon bei 50% des BMW Programms.

Der konsequenteste Beitrag zur Sicherheit beim Automobil.



»Noch immer passieren, wie neueste Statistiken belegen, fast 75% aller Kraftfahrzeug-Unfälle auf feuchter, glatter Fahrbahn.
Dabei zeigt sich, daß die meisten Autofahrer außerstande sind, im Notfall richtig zu bremsen.« (Spiegel 21/85).
Eine Erkenntnis, die erneut eindringlich aufzeigt, wie wichtig Sicherheits-Elektronik beim Automobil ist.

ABS ist beim Automobil der wichtigste Sicherheitsfortschritt des letzten Jahrzehnts.
BMW Fahrer profitieren davon auf einzigartige Weise.

Kein anderer Hersteller hat früher die weitreichenden Möglichkeiten der Elektronik für das Automobil erkannt und sie so entschlossen zur Lösung komplexer Probleme eingesetzt wie BMW.
Die Ergebnisse können Sie heute nutzen: bei Leistung, Ökonomie, Umweltfreundlichkeit. Und besonders bei der Sicherheit.
Und weil bei BMW über Sicherheit vielleicht etwas weniger geredet, aber desto konsequenter gehandelt wird, haben heute schon mehr als 50% des BMW Modellprogramms ABS serienmäßig: 325i Allrad, M3, 535i, M 535i, M5, 628 CSi, 635 CSi, M 635 CSi, 728i, 732i, 735i, 745i.

Besondere Kompetenz zeigt sich auch beim BMW Allrad ABS.
Während z.B. bei herkömmlichen Fahrzeugen mit permanentem Vierrad-Antrieb bei zugeschalteten Sperren ein evtl. vorhandenes ABS automatisch abgeschaltet wird, ist das serienmäßige, speziell für den Allrad-Antrieb entwickelte Anti-Blockier-System des 325i Allrad in jeder Fahrsituation voll funktionstauglich.
Das schließt Sicherheits-Kompromisse aus.

Sicherheit ist zum einen Technik. Und zum anderen Konsequenz.
Beides geht bei BMW etwas weiter.

Der Bremsweg von ABS-Fahrzeugen kann deutlich kürzer sein.
Eine der Voraussetzungen, Auffahrunfälle von nachfahrenden Fahrzeugen zu vermeiden, ist daher das Funktionieren der Bremsleuchten.
Deshalb gibt es bei BMW die wichtige Ergänzung zum ABS: das Sicherheitsprüfsystem Check-Control.
Es überprüft ständig 7 wichtige Fahrzeugfunktionen und zeigt z.B. auch Defekte bei Bremslichtern oder Rückleuchten sofort an.

Wer optimal entscheiden will, sollte umfassend informiert sein:

Info-Coupon

Bitte ausfüllen und absenden an
BMW AG, Kundeninformation CHC,
Leuchtenbergring 20, 8000 München 80.

☐ Bitte schicken Sie mir Informations-Material zur BMW Sicherheits-Elektronik.

Ich interessiere mich für einen BMW der
☐ 3er Reihe ☐ 5er Reihe ☐ 6er Reihe
☐ 7er Reihe

speziell den ____________

Name ____________

Vorname ____________

Straße ____________

PLZ ______ Ort ____________

Telefon ____________

Z0040123

BMW in Btx * 20900 #

BMW –
aus Freude am Fahren

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Schamhaft verschwiegen

„Internationale Ärzte' bekommen Friedensnobelpreis"; WELT vom 12. Oktober

Sehr geehrte Herren,

die diesjährige Wahl des Friedensnobelpreis-Komitees wird als unüberbietbarer Höhepunkt früherer Fehlgriffe in die Geschichte eingehen: Der Friedensnobelpreisträger Jewgeni Tschasow ist – was meist schamhaft verschwiegen wird – nicht nur Mitglied des Obersten Sowjet, sondern auch stellvertretender Gesundheitsminister der Sowjetunion. Das heißt, Mitglied einer Regierung, die seit fast sechs Jahren in Afghanistan einen ganz besonderen Friedensbeitrag leistet sowie einen anderen, echten Friedensnobelpreisträger gefangen hält und vor den Augen der Welt zugrunde richtet: Professor Andrej Sacharow.

Es gab schon einmal ein Regierungsmitglied eines kriegführenden Staates, das durch eine „private" Friedensinitiative ins Rampenlicht trat, Rudolf Hess. Er wurde trotz seiner Propaganda-Show folgerichtig für die Mitverantwortung an den Untaten der Regierung, der er angehörte, verurteilt und sitzt noch heute im Gefängnis in Spandau – weil die Regierung, der Tschasow angehört, darauf besteht.

Das Friedensnobelpreis-Komitee könnte den Skandal der diesjährigen Preisverleihung nur mildern, wenn es darauf besteht, daß der sowjetische stellvertretende Gesundheitsminister zu seiner Friedensrede in Oslo auch den anderen Friedensnobelpreisträger seines Landes mitbringt: Professor Andrej Sacharow.

Mit freundlichem Gruß
Dr. Reinhard Gnauck,
Wiesbaden

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Naivität des diesjährigen Nobelkomitees ist sicher nicht mehr zu überbieten.

Mag man den Gründern der IPPNW noch humanitäre Absichten unterstellen, so hat sich diese Vereinigung weltweit in einen prosowjetischen Propagandaverein entwickelt.

Ich habe in den vergangenen Jahren aus beruflichen Gründen eine große Anzahl von Ärzten dieser Vereinigung kennengelernt und mußte feststellen, daß sie sich nur durch das Aushängen großer Poster gegen Pershings und Cruise Missiles in ihren Wartezimmern auszeichneten. Gegen die Ächtung und den Abbau sowjetischer Kernwaffen, insbesondere der SS 20, war in keinem Fall die Rede.

Daß ein Atomkrieg, wo immer er auch stattfindet, der Welt die absolute Vernichtung bringt, weiß heute jeder Mensch. Wohin die politische Marschrichtung dieser linken Mediziner geht, war dem Nobelkomitee anscheinend nicht bekannt.

Mit freundlichen Grüßen
Manfred Schulz,
Bernau a. Ch.

Schmudes Argumentation

„Geht es wirklich um die Wiedervereinigung?"; WELT vom 16. Oktober

Der Deutschlandpolitiker Schmude (SPD) weiß ganz genau, weshalb die Wiedervereinigungspolitik der 50er und 60er Jahre, deren Erfolglosigkeit er beklagt, nicht zum Ziel geführt hat. Weshalb verschweigt er in seinem Aufsatz, daß die Sowjetunion ihr Kolonialreich (das einzige übrigens, das heute noch besteht) mit eiserner Hand gegen alle Versuche abschirmt, das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für unser deutsches Volk durchzusetzen? Dieses Selbstbestimmungsrecht gehört zu der Freiheit, die auch Schmude als Kern der deutschen Frage bezeichnet. Realisierung des Selbstbestimmungsrechts für das deutsche Volk und Wiedervereinigung in Freiheit sind aber im Ergebnis ein und dasselbe. Denn nicht wir Politiker, sondern das deutsche Volk in seiner Gesamtheit hat in freier Entscheidung darüber zu befinden, wie die Lösung der deutschen Frage aussehen soll, sobald es dazu Gelegenheit haben wird, darin gebe ich Schmude recht. Es kann aber keinerlei Zweifel daran bestehen, daß die Deutschen, die heute unter kommunistischer Zwangsherrschaft leben, mit überwältigender Mehrheit die Wiedervereinigung wählen werden, läßt man sie nur erst frei entscheiden.

Unredlich argumentiert Herr Schmude, wenn er die Auseinandersetzungen um die Frage der einen deutschen Staatsangehörigkeit herunterspielt und eine Übereinstimmung behauptet, die es in Wirklichkeit nicht gibt. SED-Chef Honecker will genau den „rechtlichen Trennstrich" zwischen den Deutschen, den Schmude zu Recht ablehnt. Honekker will zwischen Deutschen hüben und drüben ein Ausländer-Verhältnis schaffen. Das ist der Kern seiner Geraer Forderung. Wer, wie Schmude's Fraktionsvorsitzender Vogel, dieser Forderung entgegenkommen will, muß dieses Kernstück gesamtdeutscher Gemeinsamkeit, nämlich die eine deutsche Staatsangehörigkeit, aufs Spiel setzen. Das wird die Mehrheit des Deutschen Bundestages sicher nicht mitmachen. Hier geht es nicht um Schaukämpfe und Scheingefechte, wie Schmude meint, sondern um eine zentrale Frage der deutschen Politik, an der sich die Geister scheiden.

Claus Jäger MdB, Bonn

Wort des Tages

„Das Steckenpferd ist das einzige Pferd, das über jeden Abgrund trägt."

Friedrich Hebbel, deutscher Autor (1813–1863)

Graphik

„Lehrstellen: Abgeschlossene Verträge"; WELT vom 4. Oktober

Sehr geehrte Herren,

darf ich Ihnen meinen ganz besonderen Dank dafür aussprechen, daß Sie erstmals auf der ersten Seite eine allen Betrachtern und Lesern anschaulich sichtbare Graphik gebracht haben.

Ich halte derartige Fakten, allzumal da sie durch die Opposition immer wieder geleugnet, zumindest aber in Frage gestellt werden, für die Zukunft für besonders wichtig. Es wird schon zuviel geschrieben, daß man nicht immer alles lesen kann, eine derartige Graphik an markanter Stelle kann aber dem, der keinen Text liest, im Gedächtnis bleiben. Allerdings sollte die Überschrift nicht so trocken und nüchtern sein.

Mit freundlichen Grüßen
Georg Schulze-Forster,
München 71

Haß

„Der ziellose Haß"; WELT vom 9. Oktober

Sehr geehrter Herr Neander,

Ihr Leitartikel ist uns allen aus dem Herzen gesprochen. Man muß sich aber trotzdem fragen, woher der abgrundtiefe Haß dieser Leute rührt.

Bei den heutigen Verhältnissen in den Schulen, Kindergärten, Gymnasien, ferner auch Hochschulen, nimmt es nicht wunder, daß die marxistische Religion die jungen Leute völlig verseucht hat.

Die Maximen des Marxismus bestehen doch in Haß, Neid, Mißgunst, Klassenkampf und revolutionärem Umsturz. Der Marxismus predigt Gewalt und Haß gegenüber dem jetzigen System. Und dies wird von den jungen Leuten befolgt und durchgeführt.

Es ist besonders erschreckend, daß die Vertreter der Evangelischen Kirche Deutschlands sich bei den marxistischen Kreisen anbiedern, die atheistischen, marxistischen Terrororganisationen mit unsern Geldern unterstützen.

Es hat mich besonders gewundert, daß der Bundeskanzler sich in letzter Zeit über die Gewaltanwendung und den Haß der jungen Leute erstaunt geäußert hat. Wer sich mit den Maximen des Marxismus etwas beschäftigt hat, dem sind die derzeitigen Folgen in unserem Land keineswegs verwunderlich oder unklar.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Joachim Schmidt,
Stadland-Rodenkirchen/Old.

Die Pfalz

„Die Pfälzer Weinstube als politisches Kuriosum"; WELT vom 25. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

für den Bericht Ihres Korrespondenten Peter Schmalz aus München, mit welchem Sie auf die uralte Verbindung der Pfalz mit Bayern hinweisen, sage ich meinen verbindlichen Dank.

Zu ergänzen wäre, daß nicht nur die linksrheinische Pfalz (ab 1815 das Gebiet, welches durch den Wiener Kongreß nach der Rückabtretung seitens Frankreich aus ehemals kurpfälzischen, pfalzzweibrückischen, bischöflich-speyerischen, bischöflich-wormsischen, leiningischen, nassau-weilburgischen, reichsstädtischen und sonstigen Territorien gebildet worden war), sondern zwischen 1777 und 1803 auch die rechtsrheinische Kurpfalz (Mannheim, Heidelberg, Mosbach) mit Bayern im Doppelkurfürstentum Pfalzbayern zusammengeschlossen war; diese Gebiete kamen durch den Reichs-Deputations-Hauptschluß an Baden; wenig später wurde Bayern, damals noch ohne die französisch gewordenen linksrheinischen Gebiete, aber für deren Verlust reichlich mit kirchlichen, hohenzollernschen und reichsstädtischen Gebieten (Allgäu, Nürnberg, Augsburg, Ansbach, Bayreuth) entschädigt, Königreich.

Übrigens konnten die Wittelsbacher 1214 die Pfalz nur erhalten, weil sie Pfalzgraf Hermann von Stahleck im Zusammenhang mit einem Mordprozeß genommen wurde.

Mit freundlichen Grüßen
Ulrich Frhr. v. Heyl,
Lampertheim 1

Kampfstoffe

„Der Duce hoffte auf ein leichtes Spiel"; WELT vom 5. Oktober

Sehr geehrter Herr Görlitz,

als Leser der Wochenendausgabe der WELT habe ich Ihren Artikel mit großem Interesse gelesen und mich besonders gefreut, daß Sie die Donauraumpolitik Mussolinis und seine anfängliche Abwehrpolitik gegenüber Hitler in Erinnerung rufen.

Zu dem Abessinienkrieg möchte ich etwas ergänzen: Die tapferen abessinischen Soldaten waren tatsächlich drauf und dran, die Italiener ins Rote Meer zu jagen. Doch da setzten die Italiener gegen die barfuß kämpfenden Abessinier Geländekampfstoffe ein, also Gelbkreuz- und Lostverbindungen, und da waren die Truppen von Haile Selassie natürlich verloren.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Walther Wolf,
Bischofsmais

Personalien

AUSWÄRTIGES AMT

Harald Hofmann, in Bonn unter anderem bekannt geworden als früherer Bundesgeschäftsführer der FDP in den Jahren 1975 bis 1977 in der Zeit der sozialliberalen Koalition, wird Botschafter in Norwegen. Hofmann, Jahrgang 1932, stammt aus Nürnberg. Der Jurist begann seine berufliche Laufbahn im bayerischen Landesdienst. In Bonn war er zunächst im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit tätig, ehe er 1969, unter dem damaligen Außenminister **Walter Scheel**, Leiter des Ministerbüros wurde. 1972 übernahm Hofmann die Leitung des Leitungsstabes im Auswärtigen Amt, dem neben dem Ministerbüro weitere Referate zugeordnet sind, das Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, das Kabinetts- und Parlamentsreferat, unmittelbar dem Minister auch heute unterstellt. 1977 wurde Hofmann Botschafter in Dänemark. 1981 ging er als Botschafter nach Caracas.

AUSZEICHNUNGEN

Für seine besonderen Verdienste für Frankreich wurde **Georg Heinz Hommen**, langjähriges Vorstandsmitglied der Deutschen Renault AG und Mitglied des Aufsichtsrats der Renault Kreditbank, vom französischen Staatspräsidenten **François Mitterrand** zum Chevalier dans l'Ordre National du Mérite ernannt. Die Verleihung dieser Auszeichnung nahm der französische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, **Jacques Morizet**, in Bonn vor. Georg Heinz Hommen ist seit 27 Jahren bei Renault in der Bundesrepublik Deutschland für Öffentlichkeitsarbeit, Presse und Absatzförderung verantwortlich.

*

Morgen werden im Rahmen einer von der „Association des Amis de Robert Schumann" ausgerichteten Feierstunde im Saal „Europa" zu Montigny-les-Metz die von der Hamburger Stiftung F.V.S. alljährlich zur Verfügung gestellten Robert-Schumann-Medaillen verliehen. Die für die Auszeichnung hervorragender Verdienste um die europäische Einigung geschaffene Robert-Schumann-Goldmedaille geht an Dr. **Hans-Joachim Opitz**, Generalsekretär des Europäischen Parlaments, Luxemburg.

*

Der Ernst-Schneider-Preis der Deutschen Industrie- und Handelskammer geht an das Autorenteam **Werner Filmer** und **Dieter Storp** sowie **Armin Maiwald** vom Westdeutschen Rundfunk. Filmer und Storp, die die Auszeichnung bereits zum dritten Mal verliehen bekommen, wurde der Preis für eine Sendung über einen Auktionator „Unter dem Hammer", Maiwald für den Fernsehbeitrag „Unser Ladenschlußgesetz – ein Gänseblümchen wird entblättert" zugesprochen. Der Preis ist jeweils mit 10 000 Mark dotiert.

*

An sieben Kunsthandwerker aus Nordrhein-Westfalen hat Kultusminister **Heinz Schwier** in Lünen den nordrhein-westfälischen Staatspreis für das Kunsthandwerk überreicht. Im Werkbereich Schmuck ging der Preis an **Rees Arntz-van-Doren** für einen silbernen Halsschmuck. Ein stählerner Raumteiler brachte **Manfred Bredohl** aus Aachen und ein vorbildlich geschreinerter Schrank **Andreas Weisheit** aus Herscheid die Auszeichnung ein. Für den „Wandbehang Schwarzes Tabernakel" erhielt **Helmut Hahn** aus Korschenbroich und für eine Keramikvase **Heinz-Theo Dietz** aus Königswinter den Kunsthandwerker-Preis. Ein schwarzer „Rundstein" aus schwedischem Granit verschaffte dem Duisburger **Hans-Gerd Berns** Siegerehre; für ein Glasbild aus Blank-Glas und Opak-Glasstücken wurde der Kölner **Klaus Geller** ausgezeichnet. Die Auszeichnungen sind mit jeweils 7000 Mark dotiert.

EHRUNG

Friedrich van Winsen, Leiter des Geschäftsbereichs Pkw-Entwicklung der Daimler-Benz AG in Stuttgart, wurde vom Senat der Universität Stuttgart mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet. Er erhielt die Auszeichnung in Anerkennung seiner großen Verdienste, die er sich um die Fortschritte in der Kraftfahrzeugtechnik einschließlich Kraftfahrzeugsicherheit und durch die Einführung moderner Berechnungsmethoden in die Kraftfahrzeugentwicklung erwarb. Die Ehrendoktorwürde wird vom Rektor der Stuttgarter Universität, Professor Dr. **Hartmut Zwicker**, heute im Senatssaal der Universität Stuttgart an den seit 1940 in Deutschland lebenden gebürtigen Niederländer van Winsen überreicht.

VERANSTALTUNG

Mit den Regensburger Domspatzen in Bonn hat der Freistaat Bayern seine „musikalische Schatztruhe" weit geöffnet. Das Konzert in der Bayerischen Landesvertretung – Gastgeber waren Staatsminister **Peter Schmidhuber** und der Vorstand der Bayerischen Handelsbank AG – war ein Beitrag Bayerns zum Jahr der Europäischen Musik. Die Regensburger Domspatzen, mit einer mehr als tausendjährigen Geschichte, gehören alle einem Musikgymnasium an. Und Gastgeber Schmidhuber wies mit Stolz darauf hin, daß der Freistaat heute über insgesamt 29 Musikgymnasien verfügt. Unter den Gästen waren **Klaus Blech**, Staatssekretär im Bundespräsidialamt, der Staatssekretär im Verteidigungsministerium, **Lothar Rühl**, der Parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium, **Hansjörg Häfele**, und der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, **Günter Diehl**.

UNIVERSITÄT

Der Senat von Berlin hat mit Wirkung vom 25. September Professor Dr. **Michael Erbe** zum ersten Vizepräsidenten der Freien Universität (FU) in Berlin bestellt. Er war im Juni vom Konzil der FU gewählt worden. Die Amtszeit des bisherigen ersten Vizepräsidenten, Professor Dr. **Hans Westmeyer**, endet am 24. November.

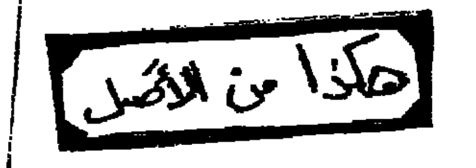
ABSCHIED

Abschied von Berlin nahm der langjährige britische Gesandte, **David J. Wyatt**, in einer Feierstunde im Rathaus Schöneberg. Wyatt, der zugleich stellvertretender Kommandant des britischen Sektors war, trug sich in Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters **Eberhard Diepgen** und von Parlamentspräsident **Peter Rebsch** in das Goldene Buch der Stadt ein.

VERÄNDERUNG

Neuer Chefdirigent und Nachfolger von **Uri Segal** der in Marl in Westfalen ansässigen „Philharmonia Hungarica" ist **Gilbert Varga** (33). Varga ist ein Sohn des ungarischen Geigers **Tibor Varga**. Die „Philharmonia Hungarica" wurde ein Jahr nach dem ungarischen Volksaufstand von 1956 durch geflüchtete Muiker in Wien gegründet. Anfang 1960 siedelte sie nach Marl über. Von den heute 86 Orchestermitgliedern sind immer noch etwa 60 Prozent Ungarn.

Der Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg, Professor **Adolf Angermann**, ist im Alter von 65 Jahren verstorben. Mit ihm verlor die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität ihren Gründungsdekan und einen der Wegbereiter der mathematischen Richtung in der Betriebswirtschaftslehre. Nach dem Zweiten Weltkrieg begann er mit 25 Jahren das Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg, was er an der Wirtschaftshochschule in Mannheim fortsetzte, wo er 1948 die Prüfung zum Diplomkaufmann ablegte. 1952 promovierte und 1957 habilitierte er sich mit einer Arbeit über „lineare Planungsmodelle". 1958 erhielt er einen Ruf auf den dritten ordentlichen Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Göttingen. 1966 folgte er einem Ruf an die Universität Heidelberg.



Kunst oder Kommerz? – Der Regisseur und Schauspieler W. Beatty entschied sich für das, was Geld bringt

„Ich möchte im Leben vor allem Spaß haben"

Auf dem Schutzumschlag einer 1979 herausgegebenen Biografie erscheint groß ein Schwarzweißfoto, das ihn im Halbprofil, mit langen Haaren und der Andeutung eines spöttischen Lächelns zeigt. Auf seine linke Wange hat der Verlag einen knackig-roten Lippenabdruck stempeln lassen – ähnlich dem berühmten Bonn-Aufkleber. Derartige Respektlosigkeit Filmgrößen gegenüber ist in Hollywood nur bei einem angebracht: Schauspieler, Regisseur und Produzent Warren Beatty, der talentierte, mit 48 Jahren noch immer jungenhaft wirkende Bruder von Shirley MacLaine, hat sich im Laufe der Jahre „nebenberuflich" so intensiv mit dem schwachen Geschlecht befaßt, daß er heute als Frauenheld fast berühmter ist denn als Filmschaffender. Selbst die amerikanische „Film Encyclopedia" hält es für nötig, in der Eintragung über Beatty auch auf seine „romantischen Eskapaden mit einigen der schönsten Frauen der Leinwand" hinzuweisen. Zu letzteren gehören unter anderem Joan Collins, Natalie Wood, Leslie Caron, Julie Christie, Michelle Philipps und Diane Keaton.

„Ich bin kein Schauspieler", hat Beatty, der Sohn eines strengen und religiösen Schulrektors aus Virginia, einmal über sich selbst gesagt, „ich respektiere die Schauspielerei, aber sie langweilt mich manchmal. Ich bin eher jemand, der ab und zu Filme dreht, der ansonsten aber ziemlich bequem und faul ist, der im Leben vor allem Spaß haben möchte." Letzteren Wunsch hat sich der Junggeselle dank seiner Geschäftstüchtigkeit und seinem Gespür für das, was im Kino ankommt, voll erfüllen können.

Beatty begann seine Karriere mit anspruchsvollen Filmen wie „The Roman Spring of Mrs. Stone" (1961), die wenig einspielten, die ihm aber den Ruf eines „neuen James Dean" eintrugen. Er blinzelte in ihnen

Der Himmel soll warten – 20.15 Uhr, ARD

sogar wie der vor dreißig Jahren verstorbene Dean – eine Folge seiner Kurzsichtigkeit. Bald aber kam es in Beatty, wie ein Mitarbeiter einmal bissig bemerkte, zu einem „Kampf zwischen Kunst und Kommerz, den der Kommerz gewann". Der erste Versuch in dieser Richtung war gleich sensationell erfolgreich: Der Kriminalfilm „Bonnie und Clyde" (1967), von Beatty produziert und mit ihm in der Hauptrolle, spielte bisher über dreißig Millionen Dollar ein. Andere Beatty-Erfolge, an denen er ebenfalls finanziell beteiligt war, waren „Shampoo" und die 1978 uraufgeführte Neuverfilmung eines Robert-Montgomery-Filmes aus dem Jahre 1941, „Der Himmel kann warten". Dank dieser Filme wurde Beatty einer der reichsten Schauspieler Hollywoods, konnte er es sich erlauben, jahrelang in einer Penthouse-Suite des eleganten Beverly Wilshire-Hotels in Beverly Hills zu wohnen, während er sich in den Bergen oberhalb Hollywoods eine ihm angemessene Luxusvilla bauen ließ.

Dank dem Erfolg brauchte er auch nur solche Projekte anzupacken, die ihn wirklich reizten. Der letzte von nur 16 Beatty-Filmen war der bereits 1981 uraufgeführte „Reds", der ihm einen Oscar für die beste Regie einbrachte.

Neben den Frauen – ein Thema, über das er selbst nie spricht: „Das wäre geschmacklos!" – hat Beatty als zweites Hobby noch die Politik. Er beschäftigt sich in seinen Filmen mit ihr: „Shampoo" spielt beispielsweise vor dem Hintergrund des Wahlsieges von Richard Nixon im Jahre 1968, während „The Parallax View" ein politisches Attentat zum Mittelpunkt hat. Außerdem engagiert sich Beatty auch direkt: 1972 setzte er sich sehr für den später unterlegenen demokratischen Präsidentschaftskandidaten George McGovern ein und organisierte eine politische Kundgebung in Los Angeles, bei der McGovern 300 000 Dollar Spendengelder zuflossen. 1976 erwog er sogar zeitweilig, selbst bei einigen Vorwahlen zu kandidieren. Im vorigen Jahr unterstützte er den Präsidentschaftskandidaten Gary Hart.

Zur Zeit wird nicht nur in Hollywood wieder einmal spekuliert, ob Millionär Beatty doch noch selbst in die Politik gehen wird – rechtzeitig vor den nächsten, im Jahre 1988 fälligen Präsidentschaftswahlen. Der ehemalige Gouverneur von Kalifornien, Edmund Brown, erklärte der Zeitung „USA Today" vor kurzem auf eine diesbezügliche Frage: „Warum nicht, Warren verfügt über die gleichen Qualitäten, die Ronald Reagan zu seinem Erfolg verholfen haben. Der einzig Unterschied ist, daß Warren Beatty clever ist – und Ronald Reagan nicht."

HELMUT VOSS



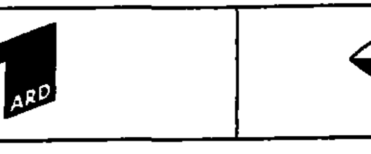
Liebes- und anderen Versuchungen allemal erfolgreich erlegen: Warren Beatty, einer der brillantesten Hollywood-Regisseure FOTO: DPA

KRITIK

Notwendige Hinweise auf notwendige Grundlagen

In einer Zeit, in der sich die öffentliche Diskussion um die Zukunft der deutschen Nation in abenteuerlicher Weise von den grundgesetzlich, völkerrechtlich und moralisch verbindlichen Prämissen der Deutschlandpolitik entfernt, wirkten die Klarstellungen des Würzburger Völkerrechtlers Blumenwitz im **ZDF-Magazin** geradezu wohltuend. Sei es Opportunismus von Teilen der CDU oder zielgerichtetes politisches Handeln der SPD: Wesentliche Grundaussagen des Entwurfs für eine gemeinsame Entschließung des Bundestages zur Deutschlandpolitik, so Blumenwitz, deckten sich schlicht nicht mit dem Völkerrecht. Ganz abgesehen von den bindenden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu den Verträgen mit Warschau und Ost-Berlin, die die Offenheit der deutschen Frage nochmals unterstrichen, verwies Blumenwitz auf die nach wie vor gültige Viermächte-Verantwortung für ganz Deutschland. Bekanntlich behalten sich alle vier Siegermächte, *auch die Sowjetunion*, ihre Rechte mit Blick auf den noch ausstehenden Friedensvertrag mit einem gesamtdeutschen Souverän vor. Erst dann können die Grenzfragen in Europa endgültig gelöst werden. Wie ernst die Alliierten nach wie vor die Rechte nehmen, zeigten zu Beginn der siebziger Jahre Hinweise an die Regierung Brandt, daß sie für eine endgültige Festschreibung der polnischen Grenzen nicht zuständig sei. Die Sowjetunion ihrerseits hält unverändert an der Bezeichnung „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland" fest, womit sie ungeachtet aller propagandistischen Ausfälle ihre Rechtsposition deutlich macht. Gemessen an diesen Tatsachen trägt die derzeitige Diskussion in der Bundesrepublik zum Teil groteske Züge. In einem allerdings ist Blumenwitz zu widersprechen: Zumindest für die SPD ist die angestrebte Entschließung mehr als ein innenpolitisches Manöver. Ihr Widerspruch gegen den nur mit Mühe in den Entwurf eingebrachten Verweis auf das noch ausstehende Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen zeigt, daß sie den deutschlandpolitischen Konsens des Grundgesetzes *im Prinzip* verlassen hat. Ihr Ziel heißt „Sicherheitspartnerschaft" zu Lasten der Freiheit. Kein Wunder, daß in dem Entwurf jeder Hinweis auf die Menschenrechtssituation der Deutschen in der „DDR" und Polen fehlt. Stutzig macht deshalb die offensichtliche Bereitschaft eines Teils der CDU-Fraktion, an der Aufgabe verfassungsrechtlicher Positionen mitzuwirken. Um so nötiger waren die völkerrechtlichen Klarstellungen Blumenwitz', der, was hervorzuheben ist, nicht nur eindeutig, sondern auch verständlich über die schwierige Materie sprach.

GERD FRON



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Lieder der vier Jahreszeiten
Mit Carolin Reiber
11.55 Umschau
12.10 Aus Forschung und Technik
Mit Joachim Bublath
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.45 Das Glück der Familie Rougon
Antoine sinnt auf Rache
Pierre Rougon und Antoine Macquart stehen sich in der Provinzstadt Plassans als Feinde gegenüber. Antoine sieht nun eine Gelegenheit, sich an Pierre zu rächen, zumal Plassans in seine Hände fällt. Doch da gelingt es Pierre, ihn und seine Mannen zu überrumpeln ...
15.45 Tagesschau
15.55 Herz der Welt
Deutscher Spielfilm (1952)
Regie: Harald Braun
Im Jahre 1905 wurde der Friedensnobelpreis zum erstenmal einer Frau verliehen. Sie hieß Bertha von Suttner.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Himmel soll warten
Amerikanischer Spielfilm (1977)
Nach einem Bühnenstück von Harry Segall
Mit Warren Beatty, Julie Christie, James Mason u. a.
Regie: Warren Beatty
21.55 Gott und die Welt
Die Bohnenesser kommen!
300 Jahre Potsdamer *Edikt*
22.30 Tagesthemen
mit Bericht aus Bonn
23.00 Moment mal
Die ARD-Redezeit
Heute aus München
Thema: Mode – Moden – modern
Leitung: Gertrud Höhler
Anschl. Tagesschau
Anschl. Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans-Joachim Kulenkampff

ZDF

9.29 Heute im Parlament
Debatte über die Situation älterer Menschen
14.50 Programmvorschau
14.55 Wallenstein (Schlußteil)
16.30 Freizeit
Südtirol – Wo man sich Winterurlaub noch leisten kann (1)
mit Olympiasieger Gustav Thöni
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Väter der Klamotte
18.20 Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm
19.00 heute
19.30 auslandsjournal
Italien: Regierung stolpert über PLO
New York: Der Benjamin der UNO
Frankreich: Das Schloß der Arbeitslosen
Niederlande: Tempo 100 – die Lage ist verworren
20.15 Ein Fall für zwei
21.15 Der Sport-Spiegel
Das Kunstturnen der Frauen bestreiten heute ausnahmslos kleine Mädchen. Dagmar Höfer berichtet über die ständige Verjüngung im Leistungsturnen und fragt nach den Tendenzen dieser Entwicklung.
21.45 Heute-Journal
22.05 Aspekte
22.45 Die Sport-Reportage
23.15 Die Profis
Die Hongkong-Spur
0.05 Der phantastische Film
Der Mann, der die Welt verändern wollte
Englischer Spielfilm (1936)
1.25 heute



Der Mann, der die Welt verändern wollte (mit Roland Young) – 0.05 Uhr, ZDF FOTO: U. RÖHNERT

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Länder – Menschen – Abenteuer
Licht über dem Jemen
21.00 Die Erde lebt (4)
Im Dschungel
Von David Attenborough
21.45 Landesspiegel
Sicherheit aus der Luft
Bericht von Karl Heinz Kerner
22.15 Kein schöner Land (6)
Letzter Teil der Serie
22.55 Rockpalast
23.55 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 News of the Week
18.45 Sehen statt Hören
19.15 Die Idee vom „U-Bahn-Kino"
20.00 Tagesschau
20.15 Rufen Sie uns an!
Hilfe – meine Wohnung wird verkauft
21.15 Calle Serrano
Geschichten um eine Straße in Madrid
22.00 NDR-Talkshow
0.00 Nachrichten

HESSEN
18.15 Länder – Menschen – Abenteuer
Mutter des Wassers
Der Menam in Thailand
19.05 Tele-Treff
Musik und Information – live aus Kassel
Heute: Zirkus total
20.00 Computerfieber
Die neue Lust im Familienalltag
20.45 Vom Werden und Vergehen der Sterne
21.30 Drei aktuell
22.00 NDR-Talkshow

SÜDWEST
18.00 Das Geheimnis des Weidenkorbes (1)
Anschl. Die kleine Dampflok (1)
18.30 Telekolleg II
19.25 Nachrichten
19.30 Formel Eins
20.15 Der ruhelose Planet Erde
Schwimmende Schollen auf vulkanischem Feuer
21.00 Postfach 820
Arme Welt – reiche Welt
21.15 Im Gespräch: Bundespräsident von Weizsäcker diskutiert mit jungen Israelis
22.00 Wortwechsel: „Die Toleranz nach Kollekt Art"
22.45 Die Zukunft im Visier (4)
23.15 Ausgestiegen – Missing from home (3)
0.05 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Unser Land
20.00 Magnum
20.45 Für immer verblüht?
21.30 Rundschau
21.45 Ein Abend mit Georg Thomalla
22.30 Nix für ungut!
22.35 Sport heute
22.50 Z. E. N.
22.55 In einem japanischen Zen-Kloster
23.40 Rundschau
23.45 Die Killer
Amerikanischer Spielfilm (1946)

SAT 1

13.30 Sindbads Abenteuer
Abenteuer mit der schwarzen Perle
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
15.00 Siebstel
Familie Metzger: Die Falschgeldmillionäre
15.30 Musicbox
16.30 Robi-Robi-Robin Hood
Ein Scheich als Rivale
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Scott Austin, werde hart!
18.00 Betty Boop
Cowboys, Jagd und Pferde
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Aufgeblättert
Ein Frauenmagazin
19.40 Land-Krankenhaus Wandin Valley
Liebe siegt über Gesetze
20.30 M – Ein Männermagazin
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 BUNTE Talkshow
Prominente diskutieren über aktuelle Themen
23.15 APF blick:
Letzte Nachrichten
23.30 Chicago 1930
Mord in der Geisterbahn
0.20 Piccadilly null Uhr zwölf
Deutscher Spielfilm (1963)
Mit Helmut Wildt, Ann Smyrner, Hanns Lothar u. a.
Regie: Rudolf Zehetgruber

MARKE SAT3

18.00 Tele-Zoo
19.00 heute
19.30 Zur Sache
Politisches Magazin
20.30 Ringstraßenpalais (16)
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Tagebuch
Aus der evangelischen Welt
22.00 Lieder und Tänze aus Griechenland
23.00 auslandsjournal
23.45 3SAT-Nachrichten

MARKE RTL-plus

18.35 Typisch RTL
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.22 Karlchen
19.30 Kinoparade
Zuschauer wählen zwischen:
1. ... und über uns der Himmel
Deutscher Spielfilm (1947)
2. Zwei Trottel in der Fußball-Liga
Italienischer Spielfilm (1970)
20.50 RTL-Spiel
21.05 Tödlicher Haß
Ital.-franz. Spielfilm (1973)
Mit Alain Delon
22.37 Wetter
22.40 Horoskop
22.45 Betthupferl

LÄNDERSPIEL / Deutsche Nationalmannschaft beim 0:1 gegen Portugal so hilflos und verzagt wie nie. Die Abrechnung des Team-Chefs

Schonungslos die Masken von den Gesichtern gerissen

ULRICH DOST, Stuttgart

Franz Beckenbauer war sichtlich um Fassung bemüht. Von seinem Naturell her hätte er am liebsten seine Enttäuschung herausgebrüllt. Daß es nicht zum Zornesausbruch kam, wie zum Beispiel Ende August in Moskau gegen die UdSSR (0:1), lag nur daran, daß sich der Teamchef diesmal nicht vor seine Mannschaft stellte. Die Verantwortung für das 0:1 gegen die Portugiesen lud er schonungslos auf die Schultern der deutschen Profis ab. Beispiele gefällig? Beckenbauer: „Die Portugiesen waren uns in allen Belangen überlegen – spielerisch, technisch, taktisch. Keiner von uns erreichte Normalform. Wir haben doch kein Fußball gespielt. Pech bei den Lattenschüssen? Quatsch, das waren doch nur Zufallsprodukte."

So hat noch kein Verantwortlicher für die deutsche Fußball-Nationalmannschaft ein deutsches Team nach einer Niederlage demontiert. Noch nie zuvor hat einer seinen Spielern in dieser Form die Maske heruntergerissen, um deutlich zu machen, daß sich dahinter nur schüchterne junge Männer verbergen, denen es an Format fehlt. Doch gerade das sollte die deutsche Nationalmannschaft in Stuttgart gegen die Portugiesen beweisen. Die Voraussetzungen waren nie günstiger: Durch die bereits sichergestellte Qualifikation für Mexiko war der Druck von allen genommen. Unbeschwert und kreativ sollten sie spielen gegen eine Mannschaft, die nur alles zu verlieren hatte. Nicht, daß sie nicht wollten. Sie konnten einfach nicht. Das macht die Sache noch schlimmer. Was nämlich dabei herauskam, war der Gipfel an Einfallslosigkeit, die öffentliche Zurschaustellung von nicht vorhandenem Selbstbewußtsein.

Kein Wunder, daß Beckenbauer und sein Assistent Horst Köppel davon sprachen, daß bei ihnen eine gewisse Ratlosigkeit eingekehrt ist. Bei den Spielern kommt nach solchen Blamagen ohnehin nur das obligatorische Achselzucken. Wie immer, können sie es sich am wenigsten erklären, welcher Teufel sie geritten haben mag. Aber Beckenbauer kann damit nicht leben. Er und Köppel müssen der Sache auf den Grund gehen. Sie haben alles Erdenkliche getan. Offenbar war es immer noch nicht genug. Beckenbauer sprach davon, daß eventuell ein Psychologe sich der Spieler einmal annehmen müsse. Noch nie stand eine deutsche Mannschaft auf dem Rasen, die so wenig Ausstrahlung besaß, in der so wenig Mumm steckte und in der kein Wille vorhanden war, sich gegen das Schicksal zu wehren, wie am Mittwochabend in Stuttgart.

Franz Beckenbauer meinte, Selbstbewußtsein könne man nicht lernen, das müsse man haben. Doch irgendwo muß es ja herkommen. Die Erfolge in den Vereinen, so der Teamchef, die überzeugenden Leistungen der Nationalelf in Portugal, der CSSR und Schweden hätte doch Labsal für ihre Seelen sein müssen. Doch liegt der Teamchef in diesem Punkt nicht falsch? Ist es denn nicht so, daß die Spieler, längst zu Minimal-Denkern geworden, immer nur dann Leistung bringen, wenn der Druck für sie so groß wird wie bei wichtigen Meisterschaftsspielen, im Europapokal oder bei entscheidenden Qualifikationsspielen? Ist dann nicht die Angst ihre Antriebsfeder statt die Überzeugung in die eigene Stärke?

Karl-Heinz Rummenigge, der *Mannschaftsführer, sprach in Stuttgart* davon, daß die Mannschaft nur reagieren könne, aber nicht agieren. Das heißt doch nichts anderes, als daß ihr jede Spur von Phantasie, von Zuversicht, von Kreativität und von persönlicher Ausstrahlung fehlt. Was letztendlich wohl auch stimmt. Warum zählt denn einer wie Torwart Harald Schumacher immer zu den Besten? Weil seine Ansprüche an sich selbst eben hoch sind, und weil er auch dann keinen Millimeter davon abweicht, wenn er gegen eine Kreisklassenmannschaft spielt. Nur so läßt sich Selbstbewußtsein aufbauen.

Zum Thema Bernd Schuster lehnte es Schumacher in Stuttgart ab, sich noch zu äußern. Was sollte der Schuster-Freund auch sagen? Wer nicht blind war, konnte sehen, daß der deutschen Mannschaft eine ordnende Hand im Mittelfeld fehlte, die Anspielstation, der Ausgangspunkt für Kombinationen. Nun sollte nicht gleich jeder in den Fehler verfallen, in der möglichen Rückkehr von Schuster das Allheilmittel zu sehen. Warten auf Schuster, das kann nur ein zusätzliches Moment sein, kein Hauptthema. Die anderen, wie Brehme, Berthold, Herget, Littbarski, Meier, Allgöwer, die auf dem Platz standen, müssen an sich selbst arbeiten, um nicht als Mitläufer zu gelten. *Niemand* verlangt von ihnen, daß sie plötzlich eine spielerische Persönlichkeit werden, wie es Beckenbauer einmal war. Aber sie müssen durch ihr Auftreten Wirkung erzielen, wie es früher bei Berti Vogts etwa der Fall war. Nur dadurch stabilisiert sich eine Mannschaft. Die Rückkehr von Bernd Schuster – das ist einfach zu wenig. Der Star des FC Barcelona alleine kann es nicht bringen.

Beckenbauer und Köppel hätten schon längst resignieren müssen, wüßten sie nicht genau, daß trotz allem in dieser Mannschaft mehr drinsteckt. Angesichts der Vorstellung von Stuttgart gehört da auch nicht viel zu. Eine genaue Standortbestimmung acht Monate vor der Weltmeisterschaft fällt deshalb wirklich schwer. Weil sich die deutsche Elf zu oft abhängig vom Gegner macht, bleibt sie unberechenbar. Das einzige, was sicher ist, ist der Kreis der Spieler, aus dem Beckenbauer sein Team für Mexiko formen muß. Er sagt: „Ich kann doch nicht elf neue Spieler aus dem Hut zaubern."

Die Verletzten Rudi Völler, Lothar Matthäus, Klaus Allofs, Felix Magath und Klaus Augenthaler werden wohl beim letzten und unbedeutenden Qualifikationsspiel am 17. November in München gegen die CSSR wieder im Kader sein. Ratsam erscheint es, nach der Vorstellung von Stuttgart Ditmar Jacobs (Hamburg) und Thomas Berthold (Frankfurt), vielleicht auch Andreas Brehme (Kaiserslautern), einmal wieder den Platz auf der Ersatzbank zukommen zu lassen. Über die Verwendung von Mathias *Herget (Uerdingen) hat sich Beckenbauer* nun auch Klarheit verschafft: „Im Mittelfeld vor der Abwehr kann er nur auswärts spielen, zu Hause muß er Libero spielen."

Für München muß es nun auch der letzte begriffen haben: Die Geduld des Publikums ist erschöpft. Aus den Minimal-Denkern müssen junge Männer werden, die den maximalen Erfolg suchen.



Fragende Blicke, entsetzte Gesichter: Thomas Allofs, Hans-Peter Briegel, Thomas Berthold (von links) nach dem Spiel. FOTO: AP

König Fußball und die Fernseh-Abschaltquoten

Es hätte ein bemerkenswerter Tag sein können, ein seltener der jüngsten sportlichen Vergangenheit: Es bestand kein sinnvoller Grund, den Namen Boris Becker zu erwähnen, noch nicht einmal eine neue Freundin des jungen Mannes ist aufgetaucht. Verblüffend genug (wo waren sie denn, die Schnüffler, lagen sie zufällig im eigenen Bett?).

Und nun also doch wieder: Hinter Ihnen steht einer, hinter ihnen geht einer, vielleicht dreh'n Sie sich

STAND ● PUNKT

mal um? Das ist das Lied, das den deutschen Vertretern am Hofe König Fußballs in den Ohren dröhnt. Immer wieder, jetzt aufs neue. Verwunderlich ist das nicht. Wer so ball-hohl Gefühle und Nerven strapaziert wie die deutschen Nationalspieler, der gerät spornstreichs in den Schlagschatten des Tennis-Helden. König Fußball hin, Nationalsport her, die Herren Littbarskis sollten sich ruhig einmal umdrehen (das ist gar nicht so anstrengend, das schaffen sie schon), um zu betrachten, was hinter ihnen lauert: ein schrumpfender Ball und das Abwandern des Interesses vom Fuß in den schlägerverlängerten Arm, ob er zu unser aller Boris gehört oder zu Westphal.

Nun ist Nachdenklichkeit nicht gerade die Stärke jener gedankenverlorenen Schlagedraufs, die nicht in der Lage waren, die Abwehr der Portugiesen auszuspielen, aber vielleicht sind sie für Zahlen empfänglich. 20,23 Millionen Menschen hatten ihr Fernsehgerät auf Fußball geschaltet, als das Spiel begann. Beim bitteren Ende waren noch 18,47 Millionen dabei, 1,76 Millionen hatten die Nase voll. Diese Einschaltquoten liegen noch immer weit über denen, die es bei Tennis-Spielen gibt (11,19 Millionen beim Wimbledon-Finale, 12,25 Millionen sahen Westphal im Daviscup gegen Smid). Aber das Verhalten der Sport-Kundschaft verändert sich. Die Summe der gelangweilten Fußball-Aussteiger entspricht immerhin der Gesamtzahl der Besucher in der Bundesliga nach dem neunten Spieltag (1,8 Millionen). Immer noch keine Nachdenklichkeit?

So gibt es eben doch wieder einen sinnvollen Grund, den Namen Boris Becker zu erwähnen. Der steht nämlich für Leistung. que

„Beckenbauers Mannschaft war ein kollektives Desaster"

sid/dpa, Düsseldorf

„Ein einmaliges Ergebnis: Portugals Sieg war eine kolossale Überraschung." So wie die französische Sportzeitung „L'Equipe" reagierte die Mehrzahl der internationalen Presse auf die erste Niederlage einer deutschen Fußball-Nationalmannschaft in 37 WM-Qualifikationsspielen. Die Londoner „Times" sprach gar von einer „historischen Niederlage". Und ähnlich kommentierte das italienische Blatt „Gazzetta dello Sport": „Portugal vollbrachte eine historische Leistung auf dem Weg nach Mexiko."

Die spanische Zeitung „AS" wagte die entschiedenste Aussage zur Leistung des Teams von Franz Beckenbauer: „Der Kaiser stellte eine Elf vor, in der ein wirklicher Spieldirigent fehlte. Deutschland hat wenig Zukunft beim Turnier der WM in Mexiko, wenn es eine solche Spielweise wiederholt. Die Mannschaft war ein kollektives Desaster." „El Pais" brachte den Star des FC Barcelona ins Spiel: „Die deutsche Niederlage kommt zu einem Zeitpunkt, an dem im ganzen Land Übereinstimmung über die Notwendigkeit besteht, Bernd Schuster wieder in die Mannschaft zu holen."

Die portugiesischen Kommentare beschäftigten sich verständlicherweise weniger mit den deutschen Problemen als mit der eigenen Freude und Überraschung. Überschwenglich feierte die Presse des Landes die „Helden" („Correio da Manha") ihrer Nationalmannschaft, die so unverhofft den Sprung nach Mexiko geschafft hat.

„Großes Portugal – warum hast du uns so viel leiden lassen!?" fragte die Zeitung „A Bola", um dann die Leistung des Teams zu würdigen: „Die deutsche Mannschaft hat weder gut noch schlecht gespielt, sie hat überhaupt nicht gespielt. Die Deutschen konnten nur tun, was ihnen die portugiesische Mannschaft gestattete."

„Portugal ist aus einem Traum aufgewacht, und der Traum ist Wirklichkeit. – Ein unvergeßlicher Tag durch Kraft und Willen ..., denn niemand glaubte Deutschland in Stuttgart zu schlagen", meinte „Diario de Noticias", und „Correio da Manha" jubelte: „Wir haben das Wunder geschafft."

Die schwedische Presse beklagte zwar das Ausscheiden ihres Teams, erkannte aber den Erfolg des Gruppen-Rivalen an. „Es war ein Wunder, aber Portugals Sieg war verdient", schrieb „Expressen". „Bei drei Lattentreffern innerhalb von sieben Minuten waren die Deutschen nahe am Ausgleich und haben es doch nicht geschafft." Und auch dieses Blatt hat Ratschläge für den deutschen Teamchef Franz Beckenbauer parat: „Schade, daß Bernd Schuster nicht für Deutschland spielte, er hätte das Spiel lenken können."

„Aftonbladet" beschreibt die Situation des schwedischen Teams am Beispiel des ansonsten stets gutgelaunten Spielmachers Robert Prytz, der das Prager Spielfeld nach der Niederlage seiner Mannschaft gegen die CSSR weinend verlassen habe. Außerdem rechnet die Zeitung vor: „Durch das Ausscheiden aus der WM gingen Schwedens Verband zwölf Millionen Kronen verloren."

DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giesecke, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

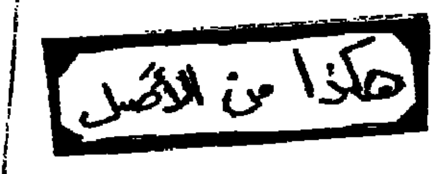
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



FUSSBALL / Jubel in England und Dänemark, Rücktritte in Schweden

WM-Qualifikation in Ergebnissen und Tabellen

Deutschland: Schumacher (31 Jahre/63 Länderspiele) – Jakobs (32/12) ab 46. Gründel (28/1) – Berthold (20/9), Förster (27/70), Brehme (24/19) – Allgöwer (28/7), Herget (29/17, Meier (27/16), Briegel (30/60) – Littbarski (25/37) ab 64. T. Allofs (25/1), Rummenigge (30/85). – **Portugal:** Bento (37/60) – Frederico (28/3) – Pinto (24/21), Venancio (22/3), Inacio (30/19) – Manuel (26/37) ab 81. Carvalha (23/2), Veloso (27/6), Pacheco (26/18), Antonio (27/1), Gomes (29/39) ab 84. Rafael (26/2), Fernandes (25/2). – **Schiedsrichter:** Hackett (England). – **Tor:** 0:1 Manuel (54.). – **Zuschauer:** 60 000.

Gruppe 2

Deutschland – Portugal 0:1 (0:0)
CSSR – Schweden 2:1 (1:1)

DIE TABELLE

1.Deutschland	7	5	1	1	20:7	11:3
2.Portugal	8	5	0	3	12:10	10:6
3.Schweden	7	3	1	3	12:8	7:7
4.CSSR	7	3	1	3	9:10	7:7
5.Malta	7	0	1	6	5:23	1:13

Die letzten Spiele: Deutschland – CSSR (in München), Malta – Schweden (beide 17. November). – Deutschland und Portugal qualifiziert.

Gruppe 3

England – Türkei 5:0 (4:0)
Rumänien – Nordirland 0:1 (0:1)

DIE TABELLE

1.England	7	4	3	0	21:2	11:3
2.Nordirland	7	4	1	2	8:5	9:5
3.Finnland	8	3	2	3	7:12	8:8
4.Rumänien	7	2	3	2	9:6	7:7
5.Türkei	7	0	1	6	1:21	1:13

Die letzten Spiele: England – Nordirland (13. November), Türkei – Rumänien (14.November). – England qualifiziert, Nordirland braucht noch einen Punkt.

Gruppe 6

Norwegen – Dänemark 1:5 (1:0)
UdSSR – Irland 2:0 (0:0)

DIE TABELLE

1.Dänemark	7	4	1	2	13:5	9:5
2.UdSSR	7	3	2	2	12:8	8:6
3.Schweiz	7	2	3	2	4:9	7:7
4.Irland	7	2	2	3	4:6	6:8
5.Norwegen	6	1	2	3	3:8	4:8

Die letzten Spiele: UdSSR – Norwegen (30. November), Schweiz – Norwegen, Irland – Dänemark (13. November). Dänemark braucht noch einen Punkt.

Trainer Lars Arnesson: „Mein schwärzester Tag"

sid/dpa, **Düsseldorf**

Die 13. Fußball-Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko nimmt – allen organisatorischen Sorgen nach der Erdbeben-Katastrophe zum Trotz – sportlich konkrete Züge an. Sieben Monate vor dem Eröffnungsspiel am 31. Mai 1986 in Mexico City stehen seit Mittwoch 13 der 24 Teilnehmer fest. Neben Titelverteidiger Italien und Gastgeber Mexiko, die beide automatisch teilnehmen, Argentinien, Brasilien, Uruguay, Kanada, Ungarn, Polen, Bulgarien, Spanien und Deutschland qualifizierten sich nun auch England (5:0 gegen die Türkei) und Portugal (1:0 gegen Deutschland).

Dagegen herrscht in Schweden Katzenjammer. Die eigene 1:2-Niederlage in der CSSR und die fehlende Schützenhilfe der deutschen Mannschaft gegen die Portugiesen beendeten so abrupt alle WM-Träume, daß Trainer Lars Arnesson sowie die Spieler Torbjörn Nilsson, Stig Erlandsson, Sven Dahlquist und Kapitän Ingemar Fredriksson noch in Prag ihren Rücktritt erklärten. „Dies ist die schwärzeste Nacht meines Fußball-Lebens", erklärte Arnesson, der das schwedische Team seit 1980 betreut hatte, „ich hatte schon vorher so ein dummes Gefühl, daß in Stuttgart etwas schiefgehen würde." CSSR-Trainer Jozef Masopust war nach der Nachricht vom deutschen 0:1 völlig perplex: „Ich kann einfach nicht fassen, daß die Portugiesen, die vor drei Wochen in Prag überaus schwach gespielt haben, in Deutschland gewinnen konnten."

Daß England den Sprung nach Mexiko schaffen würde, war schon vor dem Sieg über die Türkei zu erwarten. „Wir sind dabei, haben damit aber erst den ersten Teil der Erwartungen erfüllt", meinte Manager Bobby Robson und deutete so an, wie groß im Mutterland des Fußballs der Ehrgeiz nach dem Ausschluß seiner Klubs vom Europapokal ist. Genußvoll beschrieb die englische Presse den Erfolg ihrer Mannschaft: „Wie ein Haufen mexikanischer Banditen, mit gezückten Colts und voller Selbstvertrauen ist England in die Endrunde gestürmt", schrieb die „Sun". Die „Daily Mail" meinte: „England kann als ernsthafte Herausforderung für die lateinamerikanischen Mannschaften in Mexiko angesehen werden."

Auch in Dänemark herrschte ausgelassene Stimmung nach dem 5:1-Sieg seiner Mannschaft gegen Norwegen in Oslo, mit dem die WM-Teilnahme so gut wie feststeht – selbst bei einer knappen Niederlage im letzten Spiel der Gruppe 6 gegen Irland. Und doch reagierte Sepp Piontek, Dänemarks Fußball-Nationaltrainer, unwirsch: „Jetzt macht ihr mich wieder zum Helden", herrschte er einen Journalisten an, als der ihn um einem Kommentar bat. „Was wäre gewesen, wenn wir zehn Minuten länger im Rückstand gelegen hätten?" Piontek schien selbst noch nicht recht zu fassen, daß seine Mannschaft nach drei enttäuschenden torlosen Spielen am Mittwoch zu alten Qualitäten zurückgefunden hatte. Die 7000 mitgereisten Fans dagegen hatten diese Durststrecke ihrer Idole längst vergessen und feierten die erste erfolgreiche WM-Qualifikation Dänemarks bis in die frühen Morgenstunden. „Natürlich sind wir in Mexiko dabei", sagte Sören Lerby vom FC Bayern München.

Ebenfalls beste Aussichten in Gruppe 6 auf die Teilnahme an der WM-Endrunde besitzt die Sowjetunion, die Irland mit 2:0 besiegte. Dagegen erlebte Rumänien, das in Gruppe 3 vom zweiten Platz hinter England träumte, mit 0:1 gegen Nordirland einen herben Rückschlag. Nun kann sich Nordirland wieder neue Hoffnungen machen. Dem 40 Jahre alten Pat Jennings, der mit seinem 112. Länderspiel den Weltrekord für Torleute des Italieners Dino Zoff einstellte, stand in Bukarest allerdings ein Schutzengel zur Seite: Jimmy Nicholl rettete zweimal auf der Linie.

Das brisante erste Duell der Nachbarn Belgien und Holland um ein Mexiko-Ticket gewannen die Gastgeber in Brüssel zwar mit 1:0, doch noch gibt sich Holland nicht verloren. „Bravo Oranje! Mexiko ist nach wie vor in Sicht", meinte die Zeitung „Telegraaf". „Wir haben 86 Minuten mit nur zehn Mann gespielt und fühlen uns als moralische Sieger", erklärte Hollands Kapitän Ben Wijnstekers. Kühl reagierte allein „De Volkskrant": „Das Länderspiel war eigentlich soviel Aufhebens nicht wert."

TENNIS / Grand-Prix-Turnier in Filderstadt

Steffi Graf sehnt das Ende der Saison herbei

dpa, **Filderstadt**

Zwischen Claudia Kohde und Steffi Graf ist der Kampf entbrannt: Wer ist die Beste im deutschen Tennis-Land? Wenn für die beiden Weltklassespielerinnen alles gut läuft, entscheidet sich diese Frage am Sonntag. Dann könnten sie beim mit 175 000 Dollar dotierten Grand Prix-Turnier in Filderstadt im Finale aufeinandertreffen.

An eine Neuauflage des Vorjahres-Duells, als Claudia Kohde überraschend im Halbfinale an Steffi Graf scheiterte und in der dritten Begegnung mit der 16jährigen die erste Niederlage kassierte, will die Saarbrükkenerin (noch) nicht denken. „Meine Gedanken sind immer nur beim nächsten Spiel." Claudia Kohde scheint die vierwöchige Turnierpause gutgetan zu haben. „Ich habe zehn Tage lang überhaupt keinen Schläger in die Hand genommen, danach aber systematisch am Aufschlag gearbeitet", sdagt sie. Beim Viertelfinalsieg über Regina Marsikova, die nach einem Autounfall mit Todesfolge unter Alkoholeinfluß drei Jahre lang im Tennis-Zirkus fehlte und erst im Frühjahr wieder ins Ausland reisen durfte, war das Service der an Nummer zwei gesetzten Kohde die Basis für ihren Erfolg: „Wenn man gut aufschlägt, bekommt man auch viel Vertrauen."

So rundum zufrieden gibt sich Steffi Graf nicht. Für den einzigen Grand Prix in Deutschland war sie mit Spritzen und Medikamenten fit gemacht worden, nachdem sie in der letzten Woche noch mit hohem Fieber im Bett gelegen hatte. „Im Training fühlte ich mich schwach und schlapp, aber im Spiel gegen die Amerikanerin Molly van Nostrand lief es dann unerwartet gut. Lediglich im zweiten Satz ließen dann die Kräfte bei mir etwas nach", sagte sie. Mutter Heidi verbot ihrer Tochter übrigens den geplanten Besuch des Fußball-Länderspiels. „Sonst ist sie morgen vielleicht wieder krank", sagte die Mama.

Der zweite Grund für Steffis Unzufriedenheit: „Ich hab nie Zeit gehabt, meine Schwächen zu beheben." Die 16jährige jammerte über ihren prall gefüllten Terminkalender. Filderstadt ist ihr 16. Turnier in diesem Jahr, sie sehnt das Ende der Saison herbei: „Ich bin froh, daß ich nicht die Australian Open spiele." Statt dessen wird sie ins Trainingscamp des früheren Bundestrainers Klaus Hofsäß nach Marbella reisen, um dort ihren Aufschlag, ihre Rückhand und ihre Netzattacken zu verbessern.

Positiv bewertet die Weltranglistensiebte die seit einem halben Jahr bestehende Zusammenarbeit mit dem schwedischen Trainer Michael Wemberg, obgleich Papa Peter weiterhin die Autoritätsperson darstellt: „Wenn mei Vadder was zu mir sagt, is dies immer noch was anderes." Im kommenden Jahr will Steffi Graf mehr Pausen zwischen den einzelnen Turnieren einlegen, um auch Zeit für den fünf Monate alten Max, ihren jungen Schäferhund, zu haben.

SPORT-NACHRICHTEN

Rosberg Schnellster

Kyalami (sid) – Der Finne Keke Rosberg war auf Williams-Honda Schnellster vor seinem britischen Markengefährten Nigel Mansell beim Trainingsauftakt zum Großen Preis von Südafrika. Der als Weltmeister feststehende Franzose Alain Prost belegte auf McLaren-Porsche Rang elf.

Langer auf Rang drei

Sydney (sid) – Golfprofi Bernhard Langer aus Anhausen liegt nach der ersten Runde der offenen Meisterschaften von New South Wales in Sydney mit 68 Schlägen auf Rang drei. Es führt der Australier Bradley King (65) vor seinem Landsmann Greg Alexander (67).

Wie die Alten sungen . . .

Münster (dpa) – Die Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes der unter 16jährigen verlor in Münster mit 1:2 gegen das Team Dänemarks. Noch am Dienstag hatte die deutsche Mannschaft diesen Gegner mit 6:1 geschlagen.

Ohne Wunderlich

Düsseldorf (sid) – Der 29jährige Erhard Wunderlich vom Handball-Zweitligaklub TSV Milbertshofen hat seine Teilnahme am Vier-Länder-Turnier im jugoslawischen Nisch abgesagt. Seine Frau erwartet in diesen Tagen ihr zweites Kind.

Hohe Einnahmen

Davos (sid) – Mit rund 425 Millionen Dollar Einnahmen aus den Gebühren für die TV-Übertragungen rechnet das Organisations-Komitee der Olympischen Winterspiele 1988 im kanadischen Calgary. Dies teilte Sportdirektor Brian Murphy in Davos mit. Allein 309 Millionen Dollar garantiert der Vertrag mit der US-Fernsehgesellschaft ABC.

ZAHLEN

TENNIS

Damen-Turnier in Fildertstadt, 1. Runde: Graf (Deutschland) – van Nostrand (USA) 6:1, 6:3, Kohde (Deutschland) – Marsikova (CSSR) 6:2, 6:1, Bonder (USA) – Durie (England) 1:6, 6:4, 6:1, Scheuer-Larsen (Dänemark) – Amiach (Frankreich) 6:2, 6:1, Budarova (CSSR) – Huber (Österreich) 6:3, 7:6. – Achtelfinale: Shriver (USA) – Goles (Jugoslawien) 6:4, 6:2, Gerken – Mascarin (beide USA) 6:3, 7:6. – **Hallenmeisterschaften** der Schweiz in Basel, Einzel, 1. Runde: Günthardt (Schweiz) – Cancelotti (Italien) 6:4, 6:3, Wilkison (USA) – Smid (CSSR) 6:3, 6:3, Taroczy (Ungarn) – Benhabiles (Frankreich) 6:0, 7:5. – **Grand-Prix-Turnier** in Tel Aviv, Einzel, 1. Runde: Jaite (Argentinien) – Riglewski (Deutschland) 6:3, 6:3. – 2. Runde: Jelen (Deutschland) – Robertson (Südafrika) 4:6, 6:3, 6:2. In Tokio, Damen, Viertelfinale: Gates (USA) – Schropp (Deutschland) 6:4, 6:4.

FUSSBALL

Länderspiel: Österreich – Jugoslawien 0:3 (0:2), Schottland – „DDR" 0:0.

TISCHTENNIS

Europaliga: Polen – Frankreich 4:3, Jugoslawien – CSSR 1:6.

BASKETBALL

Bundesliga, Damen: Osterfeld – Düsseldorf 77:86, München – Heidenheim 74:54, Leverkusen – Barmen 56:86, Porz/Hennef – Köln 61:53.

GEWINNZAHLEN

Mittwochslotto: 6, 10, 18, 19, 26, 29, 31, Zusatzzahl: 36. – **Quoten:** Klasse 1: 285 637,70, 2: 40 805,30, 3: 3548,20, 4: 72,20, 5: 6,20. – **Spiel 77:** 6 1 4 0 3 1 8. (Ohne Gewähr).

Schwere Niederlage für Daumes Zulassungskommission

Offensichtlich mit der Note „ungenügend" beurteilte das Exekutivkomitee des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) die Vorschläge der Zulassungskommission über Lösungen der olympischen Probleme in Eishockey und Tennis. In Lissabon wurde das Eishockey-Konzept der von Willi Daume geleiteten IOC-Kommission schlichtweg zurückgewiesen, und im Tennis beginnen wegen des Fehlens eines brauchbaren Vorschlages erst jetzt die Verhandlungen für Seoul 1988.

Der kanadische IOC-Sprecher Dick Pound erklärte unmißverständlich: „Wir wollen im Eishockey nicht wieder den Zirkus von Sarajevo 1984 mit Protesten gegen die Zulassung von Spielern der amerikanischen Profiliga. Konkret heißt das, daß das IOC die besten Eishockeyspieler in Calgary sehen möchte. Den Weg dahin aber hat die Zulassungskommission nicht gewiesen!"

Der erst nach dem Eklat in Lissabon eingetroffene Präsident des Internationalen Eishockey-Verbandes, Günther Sabetzki, verweigerte jede Stellungnahme und sagte: „Ich habe keine Lösung anzubieten. Erst soll einmal das IOC agieren."

IOC-Vizepräsident Berthold Beitz nahm den in Lissabon nicht anwesenden Willi Daume in Schutz: „Er ist natürlich der Vorsitzende der Zulassungskommission. Aber er kann nicht besser sein als dieses Gremium in seiner Gesamtheit. Man wird eben neue Überlegungen anzustellen haben."

Die Gespräche über Tennis fangen überhaupt erst an. Dick Pounds Darlegungen lassen nur den Schluß zu, daß kein diskussionsfähiges Arbeitspapier vorgelegen hat. Die Altersbeschränkung bei der Zulassung von Tennis-Professionals ob nun bis 22 oder 23 Jahren gilt mittlerweile als „neue Apartheid", auf jeden Fall aber als Diskriminierung. K. A. S.

Bundesregierung lobt die Politik der Saudis

SPD und Grüne gegen jede Rüstungslieferung nach Nahost

BERNT CONRAD, Bonn

Zu harten Auseinandersetzungen über die Frage deutscher Waffenexporte nach Saudi-Arabien kam es gestern in einer von der SPD herbeigeführten Aktuellen Stunde des Bundestags. Sprecher der Bundesregierung und der Koalitionsparteien bejahten eine Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien im Interesse der Stabilität der Region, bekundeten aber grundsätzlich den Willen zu einer weiterhin restriktiven Rüstungsexportpolitik. SPD und Grüne lehnten demgegenüber prinzipiell jede Rüstungslieferung in den Nahen Osten ab.

Anlaß der Debatte war eine vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft am 14. 5. 1985 erteilte Genehmigung an die Firmen Rheinmetall und Thyssen Rheinstahl Technik *GmbH zur Ausfuhr von Konstruktionszeichnungen* für eine Munitionsfabrik in Saudi-Arabien. Diese Genehmigung war kurz vor dem Staatsbesuch des Bundespräsidenten in Israel bekannt geworden.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Martin Grüner (FDP), wies darauf hin, daß aus der erlaubten Beteiligung an einer saudi-arabischen Ausschreibung kein Anspruch auf Erteilung der Genehmigung für die Ausfuhr der Anlage hergeleitet werden könne. „Sofern die deutschen Unternehmen den endgültigen Zuschlag erhalten, wird über derartige Ausfuhranträge zu gegebener Zeit unter den dann gegebenen Umständen zu entscheiden sein." Die jetzt getroffene Entscheidung müsse vor dem Hintergrund der guten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Saudi-Arabien gesehen werden.

Frau Rengers Mahnung

Grüner betonte: „Im Lichte dieser Gesamtsituation hat bereits die frühere Bundesregierung wiederholt und nach sorgfältiger Abwägung aller Einzelumstände der Lieferung bestimmter Rüstungsgüter nach Saudi-Arabien zugestimmt."

Scharf ablehnend nahm die Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger (SPD) Stellung. Sie warnte vor jeder Rüstungslieferung in die „hochexplosive Nahostregion". Exporte der geplanten Art nützten Saudi-Arabien selbst in keiner Weise, brächten aber die Bundesrepublik Deutschland Israel gegenüber ins Zwielicht.

Zu Kanzler Kohl gewandt, sagte Frau Renger: „Ich hatte gehofft, Herr Bundeskanzler, daß Ihr Besuch in Israel Sie, ich möchte sagen, geradezu körperlich dafür empfindsam gemacht hat, welcher Bedrohung sich die dreieinhalb Millionen Juden ausgesetzt sehen in ihrem ersten eigenen Staat, umgeben von einer feindlichen Umwelt." Nach Ansicht der SPD-Politikern sollte der Kanzler die Zusage von Waffenlieferungen rückgängig machen.

Schmidts Praxis

Ähnlich argumentierten die SPD-Abgeordneten Norbert Gansel, Dietrich Stobbe, Hans-Ulrich Klose und die Abgeordnete der Grünen Annemarie Borgmann.

Positiv beurteilte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser, den Bau einer Munitionsfabrik in Saudi-Arabien. Er sprach von einer mäßigenden und stabilisierende Rolle der Saudis in der Region und lobte ihre „konstruktive Partnerschaft" mit der Bundesrepublik.

Wie Hauser wiesen Peter Kittelmann (CDU) und Hans Graf Huyn (CSU) die SPD-Kritik unter Hinweis auf die frühere Praxis der sozialliberalen Regierung als unberechtigt zurück. Der FDP-Abgeordnete Wolfgang Rumpf stellte sich ebenfalls, wenngleich in vorsichtiger Form, hinter die Bundesregierung.

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Wolfgang Schäuble (CDU), bemühte sich, einen „Beitrag zur Versachlichung der Debatte" zu leisten. Er bezeichnete die Verständigung Bonns mit Saudi-Arabien als Ausdruck des vitalen Interesses der Bundesrepublik an der Stabilität der Golfregion in Übereinstimmung mit den westlichen Verbündeten. Die Regionalpolitik Saudi-Arabiens sei von Vernunft und Zurückhaltung geprägt. Deshalb habe der Bundeskanzler seine Absicht erklärt, auch Fragen der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit in die Erwägungen einzubeziehen. Schäuble: „Die Bundesregierung ist sich der besonderen Verantwortung der Deutschen für Israel aufgrund der deutschen Geschichte wohl bewußt."

Ankara wünscht auch Panzer von Bonn

Kanzleramt: Es gibt „keine Zusage in der Sache"

C. GRAF BROCKDORFF, Ankara

Die Türkei erwartet von der Bundesrepublik Deutschland die Lieferung der Ausstattung für eine komplette Panzerdivision. Wie in Ankara aus Regierungskreisen verlautete, soll *Bundeskanzler Helmut Kohl* bei seinem Besuch in der Türkei im Juli Ministerpräsident Turgut Özal eine entsprechende Zusage gegeben haben. Demgegenüber wurde gestern der WELT auf Anfrage im Bundeskanzleramt erklärt, es gebe lediglich Wünsche der türkischen Seite nach Lieferung von Militärgütern, wozu auch Panzer zählten.

Diese Wünsche, so hieß es, seien an Bundesverteidigungsminister Wörner und an den Bundeskanzler herangetragen worden. Aber es „gibt keine Zusage in der Sache". Vielmehr würden diese Wünsche des NATO-Partners geprüft. In diesem Zusammenhang wurde vom Bundeskanzleramt darauf hingewiesen, daß Waffenexporte an ein NATO-Land nicht beschränkt seien. Bonn habe bereits in der Vergangenheit Panzer an die Türkei verkauft. Dieser Staat erhalte außerdem eine jährliche Militärhilfe.

Der Wert der von der Bundesrepublik Deutschland erwarteten Militärausrüstung dürfte bei 3,5 Milliarden Mark liegen. Als Gegenleistung, so hieß es in Ankara, soll Ministerpräsident Özal eine Erklärung des Inhalts abgegeben haben, daß die Türkei sich Zurückhaltung auferlegen werde, wenn von Dezember 1986 an entsprechend dem EG-Assoziierungsabkommen der freie Zuzug türkischer Staatsbürger in die Bundesrepublik möglich werde.

Gespräche von Experten

Demgegenüber wurde im Bundeskanzleramt die Meinung geäußert, eine solche Betrachtungsweise „Waffen gegen Menschen" werde sich die *Bundesregierung nicht zu* eigen machen.

Die Türken erwarten, daß es demnächst Gespräche auf Expertenebene geben wird, in denen die Details festgelegt werden sollen. Dabei ergibt sich dem Vernehmen nach die *Schwierigkeit, daß die türkische* Armee – sie gilt als eine der diszipliniertesten in der NATO – über keine Panzerdivision verfügt. Die Türken haben aus operativen Überlegungen heraus im Zusammenhang mit ihren Verteidigungsaufgaben vor 15 Jahren ihre einzige Panzerdivision aufgelöst.

In NATO-Kreisen würde ein Angebot des Kanzlers ein positives Echo finden, vor allem dann, wenn es als Sonderprogramm für die Türkei auf der Grundlage eines Gegengeschäfts angelegt wäre. Denn in einem solchen Fall könnte Griechenland, daß sich mit der Türkei in einem Zustand der Spanung befindet, keine Forderungen auf Ausgleich erheben.

Sorgen in Brüssel

Zum anderen würde ein Angebot aus Bonn eine große Sorge in Brüssel beseitigen: Man fürchtet dort zur Zeit um die Verteidigungsfähigkeit der Türkei. Ihre strategische Bedeutung ergibt sich aus dem Besitz der türkischen Meerengen und aus der Tatsache, daß das weit nach Osten hineinragende Anatolien einem möglichen sowjetischen Vordringen in die Golfregion entgegensteht.

Wie verlautet rechnet Ankara im Zusammenhang mit einem Geschäft auf Gegenseitigkeit mit der Lieferung von Kampfpanzern Leopard 1. Diese stünden in der zehnten Panzerdivision der Bundeswehr zur Verfügung, die auf Leopard 2 umgerüstet werden sollen.

Maßgebliche Mitglieder des türkischen Generalstabs in Ankara bekundeten das starke Interesse ihres Landes am Kauf von 40 Tornado-Kampfflugzeugen. Schwierigkeiten bereite jedoch die Finanzierung. Dem Vernehmen nach sind inzwischen in europäischen Industriekreisen Bemühungen im Gange, die Finanzierung durch einen Kredit zu ermöglichen, der durch eine sogenannte Hermes-Garantie abgesichert werden soll.

Ein ähnlicher Weg sei bereits bei der Finanzierung der drei neuen Meko-Fregatten der türkischen Marine beschritten worden. Ankara möchte die Luftangriffsversion des Tornado beschaffen. Der Wert des Auftrags be*liefe sich auf mehr als zwei Milliarden* Mark. (SAD)

Auch im Saarland Wirtschaft im Aufwind

Lafontaine hat Probleme mit Finanznot-Memorandum

ULRICH REITZ, Bonn

Die saarländische Landesregierung will in einem Memorandum „Saarland in Finanznot" die Bundesregierung und die übrigen Bundesländer mit der These konfrontieren, daß das Saarland nur dann Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung halten könne, wenn es vom Bund und den Ländern stärker unterstützt werde. Gleichzeitig mußte der Regierungschef während der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer (IHK) in Saarbrücken je*doch zugeben, daß es um die* wirtschaftliche Situation im Saarland nicht so schlecht bestellt ist, wie eine derartige Initiative dies vermuten läßt. Die IHK und der Regierungschef waren sich nach Angaben der Handelskammer in der positiven Beurteilung der Konjunktur einig.

In ihrem jüngsten Konjunkturtest kommt die Kammer zu dem Ergebnis, daß sich der Aufschwung im Juli und August fortgesetzt hat. Impulse seien, so die IHK, nicht mehr nur vom Auslands-, sondern verstärkt vom Inlandsgeschäft ausgegangen. Dies betreffe alle Branchen, auch den Stahlbereich, erklärte IHK-Geschäftsführer Fritz Gerndt der WELT.

Seit April dieses Jahres seien von Unternehmerseite rund 1500 neue Arbeitsplätze geschaffen worden; der Landesregierung lägen Förderungsanträge zur Schaffung von nochmals 2000 Arbeitsplätzen vor.

Im Bundestrend

CDU-Sprecher Armin König wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß bereits die frühere Landesregierung unter Ministerpräsident Werner Zeyer die Weichen für eine günstigere konjunkturelle Entwicklung und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze gestellt habe. Die IHK führt die günstige Entwicklung auf den positiven wirtschaftlichen Trend im gesamten Bundesgebiet zurück, von dem auch das Saarland ungeachtet seiner strukturellen Probleme, etwa im Stahlbereich, profitiere.

Ein Memorandum mit dem offensichtlichen Ziel, die stärkere Mithilfe Bonns bei der langfristigen Sanierung von Arbed Saarstahl und eine Besserstellung im Länder-Finanzausgleich zu erreichen, hatte Lafontaine bereits in seiner *Regierungserklärung* vom 24. April angekündigt. Als Termin für die Vorlage in Bonn war der 23. Oktober dieses Jahres, der 30. Jahrestag der Volksabstimmung an der Saar, im Gespräch. Von diesem Datum ist nun nicht mehr die Rede. Stattdessen terminierte Lafontaine die Initiative „möglicherweise noch Ende dieses Jahres".

Die CDU vermutet als Grund für diese Terminverschiebung die Schwierigkeiten der Landesregierung, mit der Opposition aus FDP *und CDU über Form und Inhalt der* Initiative einig zu werden.

„Titel untragbar"

Denn in der Regierungserklärung hatte Lafontaine es offensichtlich mit Blick auf die politischen Verhältnisse in Bonn „ausdrücklich" begrüßt, „daß führende Vertreter von Saar-CDU und Saar-FDP ihre Bereitschaft geäußert haben, die finanziellen und wirtschaftlichen Interessen des Saarlandes beim Bund zu vertreten". Obwohl die CDU ihre „grundsätzliche Bereitschaft" bekundet hatte, an dem Memorandum mitzuwirken, „ist die Landesregierung bis jetzt nicht einmal an uns herangetreten", erklärte König der WELT.

Dies wohl auch deshalb, weil die CDU schon vor längerer Zeit deutlich gemacht habe, „daß für uns der Titel des Memorandums ‚Saarland in Finanznot' nicht tragbar ist, weil er die Lage unnötig dramatisiert". Vorbehalte für das Mitwirken der CDU an einer gemeinsamen Initiative habe es auch aufgrund des „Konfrontationskurses" der Landes- gegenüber der Bundesregierung gegeben, erklärte König. Auf die möglicherweise negativen Auswirkungen „einiger Äußerungen und Entscheidungen der Landesregierung" auf die Bereitschaft von Unternehmen, sich im Saarland anzusiedeln, habe auch die IHK Lafontaine hingewiesen, sagte Gerndt.

Die CDU sieht außerdem einen Widerspruch zwischen der Verfassungsklage der Landesregierung gegen die Bestimmungen des Finanzausgleiches und dem Vorhaben, auf „politischem Weg" Bonn um Hilfe zu ersuchen. Es ist jetzt fraglich „geworden", so König, „ob ein solches Memorandum erfolgreich sein kann".

Rau fürchtet um Pluralismus der Medien

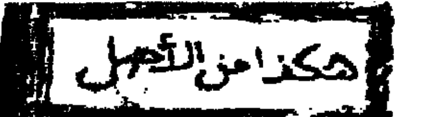
I. STORSBERG, Bonn

„In Nordrhein-Westfalen werden keine Verbotstafeln gegen privaten Rundfunk errichtet." Das erklärte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau gestern auf dem Kongreß der deutschen Lokalpresse in Bonn. In seiner Rede zu dem Thema „Die Presse im Wandel der Medienlandschaft" nahm Rau zu den „neuralgischen Punkten der neuen Medienentwicklung" Stellung. So vollziehe sich in der Medienlandschaft ein „einschneidender struktureller Wandel", der die Presse dazu zwinge, „*ihren Standort in der zukünftigen* Medienwelt neu zu definieren". Das habe zur Folge, daß Zeitungsverleger sich vermehrt darum bemühten, private Rundfunk- und Fernsehprogramme anzubieten.

Dem müsse, so Rau, in dem Regierungsentwurf für ein Landesmediengesetz, der nächstes Jahr vorgelegt werden soll, Rechnung getragen werden. Ein wichtiger Regelungspunkt werde dabei der „lokale Rundfunk" sein. Lokaler Rundfunk könne zu einem „belebenden Element in der örtlichen Kulturlandschaft werden und *frischen Wind in die kommunalpolitische* Öffentlichkeit bringen". Im Gegensatz zum lokalen Fernsehen, welches, wenn überhaupt, nur in großen Ballungsräumen finanzierbar sei, könne der lokale Rundfunk einen wichtigen Beitrag zum lokalen Meinungsbildungsprozeß leisten.

Rau zeigte gleichzeitig die Gefahren von privatem Rundfunk auf. So sei insbesondere zu befürchten, daß sich „durch die neuen Entwicklungen im Rundfunkbereich die wirtschaftliche Kluft zwischen großen und kleinen Verlagen weiter ausdehne", *da nur die großen Verlagshäuser* die erforderlichen hohen Kapitalsummen aufbringen könnten.

Dies gefährde die kleinen Verlage und damit die „vielfältige Presselandschaft", die für den Bestand einer „lebendigen publizistischen Öffentlichkeit *von großer Bedeutung sei*". Außerdem könnten selbst große Verlage nicht ohne Partner den Einstieg in die elektronischen Medien finanzieren, so daß auch Partner aus dem nichtpublizistischen Bereich wie Banken, gesucht würden. Damit sei das primäre Ziel eines „publizistischen Qualitätsprodukts" gefährdet.



Reger Gebrauch

Mk. – Die Wirtschaft macht von der Möglichkeit recht regen Gebrauch, befristete Arbeitsverträge abzuschließen. Dieses signalisieren zwei Umfragen von der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) und von der Handelskammer Hamburg, die in diesen Tagen veröffentlicht wurden. Beide Umfragen decken sich insofern, als jedes zweite Unternehmen die Neuerungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes vom Mai auch nutzen will.

Dies ist zwar kein überraschendes Resultat, da der Kündigungsschutz bei den Einstellungshemmnissen obenan steht, gleichwohl ist es ein beachtenswertes Ergebnis. Ganz generell signalisiert es doch, daß sich mehr Flexibilität in den arbeitsrechtlichen Bestimmungen gerade für die Arbeitslosen auszahlt. Die ASU hat ermittelt, daß von 800 befragten Unternehmen 3000 solcher befristeten Arbeitsverträge abgeschlossen wurden.

Die Kritik, dies sei im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein, ist nicht nur unangemessen, sondern nimmt auch wenig Rücksicht auf das Los der Arbeitslosen. Wer vom Sozialabbau redet, setzt sich dem Verdacht aus, er suche nur ein Alibi für sein Nichtstun. Denn ein Patentrezept gegen die Arbeitslosigkeit gibt es nicht, helfen können bekanntlich nur ganze Bündel von Maßnahmen. Daher sollte aus den Zahlen auch die Konsequenz gezogen werden, noch andere starre Vorschriften in diesem Bereich abzubauen. Nur so lassen sich die Hemmnisse beseitigen, die einer höheren Beschäftigung entgegenstehen.

Bau-Klage

hg – Die deutsche Bauindustrie hat wieder Grund zum Klagen: Das Berliner Kammergericht hat ihr das langersehnte Angebotsmeldeverfahren verweigert – in einem Musterprozeß, zu dem sie sich sinnigerweise von Kartellamtspräsident Kartte hatte überreden lassen. Wie es dazu kam? Bekanntlich ist die „mangelnde Transparenz des Baumarktes" ja an allem schuld: Überkapazitäten, Arbeitslosigkeit, Pleiten am Bau. Seit 1976, denn damals untersagte das Bundeskartellamt diese Meldestellen, die einem Bauunternehmer bei einer Ausschreibung die Namen seiner Mitbewerber preisgeben, als „Vehikel für Preisabsprachen". Seitdem trauert die Bauindustrie diesem Verfahren so intensiv nach, daß Kartte ihr mehrfach einen Musterprozeß anbot. Er begann im Dezember 84 mit der Untersagung zweier frisch installierter Meldestellen wegen Verstoßes gegen das Kartellverbot. Dabei ist es nun geblieben, doch erst der Bundesgerichtshof wird endgültig entscheiden, ob das Klagelied von der „mangelnden Transparenz" Bestand hat.

FORSCHUNGSPOLITIK / Stoltenberg setzt sich gegen Riesenhuber durch

Nach Kanzlerrunde: Vorerst keine zusätzlichen Mittel für Eureka

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung wird für das Forschungsprogramm Eureka keine zusätzlichen öffentlichen Mittel bereitstellen. Das ist das Ergebnis eines Gesprächs unter Vorsitz des Kanzlers, an dem am Donnerstag die Minister Genscher, Riesenhuber und Stoltenberg sowie Staatssekretär Schlecht teilgenommen haben. Riesenhuber vespricht sich von einem Kanzlergespräch Ende des Jahres eine Revision dieser Entscheidung.

Damit hat sich Finanzminister Stoltenberg mit seiner Absicht durchgesetzt, keine wesentlichen Änderungen an der mittelfristigen Finanzplanung zuzulassen. Die gestrige Kanzlerrunde war erforderlich geworden, nachdem Riesenhuber und Stoltenberg am Dienstag ohne Einigung auseinandergegangen waren.

Riesenhuber hatte für 1986 zusätzliche Barmittel für Eureka in Höhe von 60 Millionen Mark und für 1987 bis 1989 jährlich zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen von rund einer Milliarde Mark gefordert. Nach Meinung Stoltenbergs hätte eine Bewilligung nicht nur den Forschungsetat gesprengt, sondern auch einen gefährlichen Präzedenzfall für andere Ressorts geschaffen. Bonner Mittel für Eureka müßten daher aus den Ansätzen des Forschungsetats bestritten werden. Dies ist nunmehr Kabinettslinie, die der Bundeskanzler auch bei der zweiten Eureka-Konferenz am 5. November in Hannover vertritt.

Riesenhuber hat jedoch die Hoffnung noch nicht aufgegeben, das Kabinett auf seine Forderungen einzustimmen. Er setzt, wie er auf Anfrage der WELT erklärte, auf ein weiteres Kanzlergespräch am Jahresende, bei dem anhand der Erkenntnisse der bis dahin geführten Diskussion auch über mögliche staatliche Zuwendungen gesprochen werden sollte. Zugleich räumt er ein, daß in der jetzigen Phase – ein halbes Jahr nach der deutsch-französischen Initiative für Eureka – noch nicht im Detail über staatliche Forschungszuwendungen entschieden werden könne.

Er warnt davor, Eureka allein an der Summe der Steuergelder zu messen. Das Vorhaben sei in jedem Fall eine „hervorragende Sache". Es gelte vorrangig, in Europa Markthemmnisse abzubauen und das öffentliche Beschaffungswesen mit dem Ziel zu reformieren, verstärkt innovative Produkte zu kaufen. Die Förderung marktnaher Projekte sei ohnehin nur im Ausnahmefalle mit Staatsmitteln möglich. Über solche Vorhaben, zum Beispiel der Informationstechnik, könne erst entschieden werden, wenn die Projekte ausdiskutiert seien. Er sei immer dafür eingetreten, daß langfristige Projekte wie etwa die Luftschadstofferfassung für Europa aus den vorhandenen Forschungsmitteln finanziert werden könnten.

Allerdings hat das Forschungsministerium unter dem Stichwort „Finanzbedarf Eureka-Projekte" eine Liste zusammengestellt, mit der der Bedarf an öffentlichen Mitteln allein aus der Bundesrepublik für die Jahre von 1987 bis 1990 auf jährlich eine Milliarde oder mehr beziffert wird. Zu den sieben dort aufgeführten Projekten gehört neben der erwähnten Luftschadstofferfassung unter anderem die Laserforschung, bevorzugt in der Medizin, ein Europäisches Forschungsnetz (EFN) zum Ausbau der wissenschaftlichen Kooperation und die besonders kostspielige Entwicklung des Hyperchip (3,5 Milliarden Mark voraussichtliche Gesamtkosten).

Der Finanz- ebenso wie der Wirtschaftsminister begründen ihre Ablehnung auch ordnungspolitisch: Nach bisher unerfüllt gebliebenen Regierungsankündigungen zum Subventionsabbau wollen sie nicht durch europäische Vereinbarungen neue Subventionstöpfe schaffen. Bonn zielt daher bei der Konferenz in Hannover vornehmlich auf Projekte, die die Industrie allein realisiert und die die Regierungen zum Beispiel durch Schaffung einheitlicher Normen fördern, auf die Europäisierung ohnehin geplanter nationaler Vorhaben, auf Grundlagenforschung und industrielle Entwicklung mit staatlicher Förderung aus den vorhandenen Forschungsmitteln sowie auf ressortbezogene Zusammenarbeit staatlicher Institutionen wie Bahn und Post.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Ungewißheit über künftige Stahlpolitik hält weiter an

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Ungewißheit über die zum Jahreswechsel geplante Auflockerung des Produktionsquotensystems in der europäischen Stahlindustrie belastet in zunehmendem Maße die Dispositionen der Unternehmen. Trotz einer dringenden Aufforderung des Beratenden Ausschusses der Montanunion, die Entscheidungen nicht länger aufzuschieben, biß sich der Rat der Industrieminister gestern wieder einmal an dem Problem der staatlichen Stahlbeihilfen fest.

Der Beratende Ausschuß, dem Vertreter der Erzeuger, Verarbeiter und Gewerkschaften angehören, hat sogar empfohlen, das seit 1980 geltende Krisenregime um drei Monate zu verlängern. Er befürchtet – wie bei früheren Gelegenheiten – spekulative Entwicklungen. Dem hielt die EG-Kommission entgegen, eine Vertagung würde nur zu einem Aufschub der fälligen Entscheidungen führen. Statt dessen plädierte die EG-Exekutive dafür, noch vor Ablauf dieses Monats eine neue Beratungsrunde einzuberufen.

Die Kommission hatte auf Initiative des deutschen Vizepräsidenten Narjes bereits im Juli vorgeschlagen, den europäischen Stahlmarkt in zwei Phasen von den gegenwärtigen Beschränkungen zu befreien. Vom 1. Januar 1986 an sollen danach das obligatorische Mindestpreissystem suspendiert und eine Reihe von Erzeugnissen aus dem kartellähnlichen Produktionsquotensystem herausgenommen werden. Eine endgültige Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Bedingungen hält die Kommission spätestens in drei Jahren für geboten.

Die Expertenberatungen haben jedoch deutlich gemacht, daß das Konzept der EG-Behörde zwar grundsätzlich befürwortet wird, die Mehrheit der Mitgliedsländer jedoch nur eine vorsichtige Liberalisierung wünscht. Nur bei Betonstahl treten fast alle Länder für eine Aufhebung der Produktionsbeschränkungen ein. Bei den anderen Erzeugnissen fürchten einige einen Preisverfall, der besonders kleine und mittlere Unternehmen treffen würde.

Maßgebend für den Aufschub der Entscheidungen ist jedoch, daß die meisten EG-Partner über die Auflokkerung des Krisensystems nur im Zusammenhang mit einer Bereinigung des Streits über die Beihilfen entscheiden wollen. Hier geht es nach wie vor um die Frage, welche Subventionen trotz des grundsätzlich vereinbarten Beihilfenverbots über den 1. Januar kommenden Jahres hinaus möglich sein sollen.

Klar ist bisher lediglich, daß öffentliche Gelder für die Forschung oder den Umweltschutz auch weiterhin zulässig sein werden. Dagegen will ein Teil der EG-Länder für einige Jahre auch bestimmte Stillegungsbeihilfen (zum Beispiel für vorzeitige Amortisierungen) erlauben, was andere unter allen Umständen zu vermeiden suchen.

Die Chemie und ihr Image

Von GERD BRÜGGEMANN

Es gibt in der Bundesrepublik keinen Wirtschaftszweig, bei dem das Meinungsbild in der Öffentlichkeit und die wirtschaftliche Realität so weit auseinanderklaffen wie bei der chemischen Industrie. Liest, sieht und hört man, was in zahllosen Medien über die Branche verbreitet wird, muß man sie für gesellschaftsschädlich und menschenfeindlich, für das Böse schlechthin halten.

Der Vorwurf der Umweltverseuchung darf dabei eher noch als harmlos gelten, denn die Behauptungen reichen viel weiter. Die chemische Industrie, so heißt es, betreibe Versuche an Menschen, vergifte sie, beute die Länder der Dritten Welt rücksichtslos aus und gehe außerordentliche Risiken ein, nur um den Profit um jeden Preis zu erhöhen.

Dieses Schreckensgemälde hinterläßt Eindrücke auch bei denen, die erkennen, daß hier aus politisch-ideologischen Motiven ein Zerrbild zusammengepinselt wird. Dennoch bleibt Unbehagen auch bei denen, die um die Bedeutung chemischer Produkte für die Lebensqualität wissen. Zwar möchte kaum jemand auf Arzneimittel, Kunststoffe, Chemiefasern, Farben und Lacke, Wasch- und Putzmittel oder Pflanzenschutz- und Düngemittel verzichten. Aber solche Einsichten werden oft von Emotionen überlagert und verdrängt. Der Vorstandsvorsitzende der Bayer AG, Hermann J. Strenger, stellte in diesem Zusammenhang jüngst fest: „Die Menschen haben viel Respekt vor der Chemie, empfinden für sie aber wenig Sympathie."

Woran liegt das bei einem Wirtschaftszweig, dessen Umsatz von rund 150 Milliarden Mark erheblich zum Sozialprodukt beiträgt, in dem acht Prozent aller Industriebeschäftigten tätig sind und der als zweitgrößter Investor – nach der Automobilindustrie – sehr viel für den Arbeitsmarkt bedeutet? Die Branche, deren Vertreter sich zur Zeit in Baden-Baden zu ihrer Jahrestagung versammelt haben, machte es sich sicherlich zu einfach, das unstreitig nicht eben vorteilhafte Image nur der ideologisch motivierten Kampagne einer radikalen Minderheit zuzuschreiben, die in wichtigen Medien Einfluß hat. Tatsächlich ist ja die gesellschaftliche Wertschätzung eines Wirtschaftszweiges, wie begründet oder unbegründet sie auch sein mag, für die unternehmerische Existenz von viel größerer Bedeutung, als die Unternehmer oft selber glauben.

Wenn etwa eine Arbeitsgruppe der Sozialdemokraten, der eine ganze Reihe von prominenten Politikern angehört, beispielsweise ein Programm vorlegt, das die Produktion der chemischen Industrie nur noch in jenem Umfang zulassen will, der einen „sozialen Netto-Nutzen" stiftet, was immer das sein mag, dann muß man sich darüber klar sein, daß solche Vorschläge überhaupt nur gemacht werden können, weil ihre Verfertiger, sofern sie nicht nur einfach bösartig sein wollen, falsch informiert sind. Die in dem SPD-Programm eingeschlossene Behauptung, die Chemie richte sozialen Schaden an, muß doch für die Branche, den Verband, die Mitgliedsfirmen und ihre Öffentlichkeitsarbeiter eine ungeheure Herausforderung sein.

Gewiß, vor allem die großen Chemie-Unternehmen sind aktiv in der Öffentlichkeitsarbeit und nicht ohne Erfolg. Dennoch kann auch bei gutwilligen Beobachtern nur allzu leicht der Eindruck entstehen, das meiste in dieser Hinsicht geschehe in einer defensiven Haltung. Leider ist damit fast immer und sehr oft unbegründet ein Mangel an Überzeugungskraft verbunden. Das gilt umso mehr in einer Branche, deren Produkte und mehr noch deren Produktion etwas Unheimliches an sich haben. Die Herstellung spielt sich in komplizierten und unübersichtlichen Leitungssystemen ab, in denen Menschen nur noch als Kontrolleure tätig sind. Und wer identifiziert schon Teppichböden, Pullover oder Autolackierungen als Erzeugnisse der chemischen Industrie?

Die Klagen über die Diskrepanz zwischen dem schlechten Erscheinungsbild der Chemie und der ganz anderen Wirklichkeit sind berechtigt, allerdings mit der Einschränkung, daß die Klagenden sich immer wieder die Frage stellen müssen, inwieweit eigenes Tun oder Lassen dazu beigetragen haben, die Lücke zwischen Image und Realität entstehen zu lassen. Es ist sicher schwer, sich mit Bösartigkeit und dümmlicher Besserwisserei auseinandersetzen zu müssen, tut man es aber nicht, überläßt man eben jenen das Feld.

AUF EIN WORT



„Viele kleine und mittlere Betriebe, die noch zu Beginn des Jahres über keine Absatzkanäle im Ausland verfügten, sind plötzlich im Exportgeschäft. Sie beteiligten sich erstmals an einer internationalen Messe in unserem Lande."

Dieter Ebert, Hauptgeschäftsführer der Messe- und Ausstellungs-Ges. m. b. H. Köln FOTO: DIE WELT

EG: Zollsenkung vorziehen

Ha. Brüssel

Die EG-Kommission hat den Mitgliedsregierungen vorgeschlagen, die im Rahmen der Tokio-Runde vorgesehenen letzten Zollsenkungen um ein Jahr vorzuziehen. Sie hofft damit, den Bemühungen um eine weitere Liberalisierung des Welthandels Auftrieb zu geben.

Zugleich richtete die Brüsseler Behörde einen Appell an die wichtigsten Handelspartner, genauso zu entscheiden. Im Gegensatz zum Vorjahr soll die Zollsenkung aber nicht von einem entsprechenden Beschluß abhängen. Die noch ausstehenden Zollsenkungen sind eher von psychologischer als von ökonomischer Bedeutung.

PHARMAINDUSTRIE

Späth für bessere steuerliche Förderung der Forschung

adh. Frankfurt

Kostendämpfung ist nicht zu erreichen, wenn man die Pharmaindustrie an die Wand nagelt, um zu sehen, was dann passiert. Mit dieser Schützenhilfe vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth waren die Vertreter der Pharmaindustrie, die auf ihrer Informationsveranstaltung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der deutschen pharmazeutischen Industrie nachspürten, mehr als einverstanden. Mehr noch: Späth hält verbesserte steuerliche Abschreibungen für Forschungskosten für notwendig.

Der Forschungsfleiß der deutschen Pharmaunternehmen, die dafür pro Jahr allein in der Bundesrepublik rund drei Mrd. DM aufwenden, trägt Früchte: Jedes zweite deutsche Medikament wird inzwischen exportiert; die Branche, auf die nur etwa ein Prozent der Gesamtleistung der deutschen Industrie entfällt, trägt damit rund 6,5 Prozent zum deutschen Ausfuhrüberschuß bei. In der ersten Jahreshälfte steigerten die deutschen Pharmaproduzenten ihre Ausfuhren um fast 17 Prozent auf knapp sechs Mrd. DM; für das ganze Jahr wird ein Umsatz von 21 (i. V. gut 19) Mrd. DM erwartet, davon knapp die Hälfte mit dem Ausland.

Dieser Exporterfolg – seit 1968 ist die Bundesrepublik der größte Pharmaexporteur der Welt – ist in Gefahr, argwöhnt die Branche. Dann nämlich, wenn die Bemühungen um die Kostendämpfung im Gesundheitswesen so auf die Erträge drücken, daß eine Forschung im bisherigen Umfang nicht mehr möglich ist. Denn nur mit einer umfangreichen Basisforschung lassen sich die Exporterfolge der Branche aufrechterhalten.

UMWELTSCHUTZ

Der Streit um TA Luft geht quer durch die Parteien

HEINZ HECK, Bonn

Der Länderstreit um die weitere Verschärfung der heute im Bundesrat zu verabschiedenden Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) geht quer durch die Parteien. Niedersachsens Minister Hasselmann (CDU) sprach zum Beispiel gestern vor Journalisten offen die „Sorge" aus, daß das CDU-regierte „Baden-Württemberg überzieht".

Baden-Württemberg hat elf Anträge zur Verschärfung der Grenzwerte des Bonner Regierungsentwurfs eingebracht. Nach den gestrigen Vorabstimmungen rechnet Hasselmann nicht in allen Fällen mit einer Mehrheit der Länderkammer für diese Anträge. Insgesamt erwartet er, daß die Werte des Bonner Entwurfs praktisch die Untergrenze darstellen, in einigen Fällen jedoch Verschärfungen eingeführt werden.

Deutlich kritisierte er das Vorgehen von Ministerpräsident Späth mit dem Hinweis: „Wenn Späth weiß, daß er keine Mehrheit bekommt, fordert er es trotzdem." Niedersachsen will heute in einem Entschließungsantrag die finanzielle Unterstützung des Bundes vor allem für kleine und mittlere Unternehmen durchsetzen, die durch die TA Luft in Existenzschwierigkeiten geraten. Die Zustimmung der Ländermehrheit hält er für sicher.

Die Bundesregierung ist offenbar entschlossen, die Verschärfungen des Bundesrats ohne Einspruch hinzunehmen, um keine weiteren Verzögerungen zu verursachen. Das Innenministerium macht allerdings kein Hehl daraus, daß es einige der Ländervorschläge für zu weitgehend hält. Nach Bonner Schätzungen müssen im Zuge der neuen TA Luft mindestens 20 000 ältere Industrieanlagen nachgerüstet werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

US-Bruttosozialprodukt um 3,3 Prozent gestiegen

Washington (dpa/VWD) – Das Bruttosozialprodukt der USA ist im dritten Quartal 1985 um 3,3 Prozent gewachsen. Wie das Handelsministerium gestern mitteilte, war dies vor allem auf stärkere Ausgaben der Verbraucher und der Regierung zurückzuführen. Im ersten Quartal betrug die Steigerungsrate nur 0,3 Prozent und im zweiten 1,7 Prozent. Die US-Industrieproduktion ist im September um 0,1 Prozent zurückgegangen. Im August hatte sie noch leicht zugenommen.

Gegen Baumeldeverfahren

Berlin (dpa/VWD) – Angebotsmeldeverfahren in der Bauwirtschaft bleiben weiterhin untersagt. Der Kartellsenat des Berliner Kammergerichtes hat die Beschwerden der Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie e.V., Düsseldorf, und des Verbandes Industrieller Bauunternehmungen Mittelrhein e.V., Koblenz, gegen entsprechende Untersagungsverfügungen des Bundeskartellamtes in Berlin zurückgewiesen, in beiden Verfahren aber die Rechtsbeschwerde beim Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe zugelassen. Vorgesehen war, daß Bauunternehmen bei einer Ausschreibung dem Verband ihr Interesse mitteilen und noch vor ihrer Angebotsabgabe vom Verband die Namen der an der Ausschreibung interessierten Wettbewerber erhalten.

Export bleibt im Aufwind

Bonn (Mk.) – Auch für die Zukunft bleibt die deutsche Exportwirtschaft optimistisch. Nach Ansicht des Hauptgeschäftsführers des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Mann, sei die gute Position der deutschen Industrie nicht die Folge günstiger Währungsrelationen, sondern vor allem das Ergebnis langfristiger Investitionen von Ideen und Kapital in neue Produkte und Auslandsmärkte. Ein Indiz: Rund 50 Milliarden Mark seien allein 1984 für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen ausgegeben worden; 60 Prozent habe die Wirtschaft aus eigenen Mitteln aufgebracht.

Keine neue Kandidatur

Bonn (Mk.) – Der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), Paul Schnitker, wird sich für die 1988 beginnende nächste Amtsperiode – nach dann 15 Jahren – nicht mehr für das höchste Amt des Handswerks zur Verfügung stellen. Schnitker teilte dies „nach gründlich abwägenden Überlegungen" jetzt in Bonn dem ZDH-Handwerksrat mit. Zuvor hatte er schon das Präsidium des Verbandes unterrichtet. Schnitker ist allerdings bereit, auch weiterhin im ZDH-Präsidium mitzuwirken und die Kontinuität der Handwerkpolitik auch in anderen internationalen und nationalen Ämtern sichern zu helfen.

Mehr Insolvenzen

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die Wirtschaftsauskunftei Bürgel Centrale GmbH, Aachen, erwartet für 1985 mit 18 200 Insolvenzen einen neuen Pleitenrekord. Dies wären 1500 Konkurse und Vergleiche mehr als 1984. Nach Angaben des Bürgel-Aufsichtsratsvorsitzenden Wolfgang Fuchs gibt es auch hier ein starkes Nord-Süd-Gefälle, wobei Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz die wenigsten Insolvenzfälle aufweisen.

198 000 Anuga-Besucher

Köln (dpa/VWD) – Auf die Allgemeine Nahrungs- und Genußmittel-Ausstellung, Anuga, die gestern nach sechs Tagen zu Ende ging, kamen in diesem Jahr 198 000 Besucher aus 118 Ländern. Das waren 15 Prozent mehr als vor zwei Jahren. Der Besuch aus dem Ausland war mit 55 000 sogar um 36 Prozent höher als bei der Anuga 1983. Sprecher von Industrie, Handel und Messeleitung äußerten sich sehr zufrieden mit dem Geschäftsverlauf.

BAUGEWERBE

Wahrscheinlich nochmals 40 000 Arbeitsplätze weniger

hg. Bonn

„Mitte nächsten Jahres werden wir die Talsohle erreichen." Fritz Eichbauer, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes (ZDB), sieht zwar einige Lichtblicke, weil die Aufträge in allen Bereichen mit Ausnahme des Wohnungsbaus wieder zunehmen. Die Entwicklung der Baugenehmigungen sei aber nach wie vor „sehr verhalten", sagte Eichbauer gestern in Bonn.

Im September habe die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter „bei bestem Bauwetter" rund 130 000 betragen. Der ZDB-Präsident findet dies „extrem hoch". Für die weitere Entwicklung sei er nicht ganz so pessimistisch, „aber schlimm und schmerzlich genug ist es, wenn wir davon ausgehen müssen, daß wahrscheinlich noch rund 40 000 Bauarbeiter freigestellt werden".

Die Bauproduktion habe im September um zehn Prozent unter dem Vorjahresniveau gelegen, die Zahl der Insolvenzen war um 22 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Das zeige, „daß die Liquiditäts- und Ertragslage in unserer Branche nach wie vor völlig unbefriedigend ist".

Die Ursache dieser Misere sieht Eichbauer im ständigen Rückgang der Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland, „der sich ausschließlich auf dem Rücken der Bauwirtschaft abgespielt hat". Insbesondere der öffentliche Bau leide an der Investitionsschwäche, obwohl feststehe, „daß bei den Gemeinden noch ein immenser Baubedarf existiert". Der ZDB-Präsident appellierte an die Kommunen, ihren inzwischen wieder vergrößerten Finanzierungsspielraum auch für Bauinvestitionen zu nutzen.

STEUERREFORM / Konjunktur-Optimismus auf DIHT-Jahrestagung in Augsburg

Wolff weicht von BDI-Ansicht ab

HEINZ STÜWE, Augsburg

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, hat sich dagegen ausgesprochen, bei einer Steuerreform in der kommenden Legislaturperiode die Unternehmenssteuern in den Vordergrund zu schieben. Dadurch erhalte die Diskussion einen „falschen Zungenschlag", betonte Wolff anläßlich der DIHT-Jahrestagung in Augsburg vor der Presse.

Wolff setzte sich damit deutlich von den steuerpolitischen Vorschlägen des BDI ab. Die Gewerbe- und Vermögensteuer seien zwar eine starke Belastung im internationalen Wettbewerb, meinte Wolff, und ausgerechnet das haftende Kapital werde am stärksten besteuert. Dennoch plädierte er für eine „leistungsbezogene Steuerreform für alle", die auch Arbeitnehmer und Freiberufler einschließe. Eine durchgehende Einkommensteuer-Reform müsse einen niedrigen Anfangssteuersatz, einen Abbau des Progressionsbuckels und einen Spitzensteuersatz unter 50 Prozent bringen.

Wolff wandte sich gegen Pläne, eine Mehrwertsteuererhöhung, die im Rahmen der EG-Harmonisierung ohnehin kommen werde, „für eine Steuerentlastung zu verpulvern". Vernünftiger sei ein Abbau der Subventionen. Wolff wiederholte den DIHT-Vorschlag einer zehnprozentigen linearen Kürzung aller Subventionen.

Die freundliche Konjunkturstimmung wird nach Einschätzung des DIHT-Präsidenten auch im nächsten Jahr erhalten bleiben. Das Wachstum werde sich wieder in der Größenordnung von 2,5 Prozent bewegen. Wolff stützte seine Prognose auf die Befragung von 14 000 Firmen, die die Industrie- und Handelskammern jährlich für den Sachverständigenrat durchführen. Der Optimismus basiere nicht nur auf der Auslandsnachfrage, betonte Wolff, sondern gelte zunehmend auch für den Binnenmarkt, und hier auch für den Konsumgüterbereich. Mit den jüngsten Meldungen aus dem Einzelhandel sei eine weitere positive Stimmung hinzugekommen.

„Wenn das positive Konjunkturklima weiterbesteht, kann mathematisch mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit gerechnet werden", erklärte Wolff. Der weitere Abbau der Arbeitslosigkeit werde jedoch nur allmählich möglich sein. Das „Abbrennen von Strohfeuern", wie es der DGB propagiere, sei nicht geeignet, den Rückgang der Arbeitslosigkeit zu beschleunigen. Die Aktionswoche des DGB bezeichnete Wolff als eine „hilflose Aktion", die die Schwäche der Gewerkschaften offenbare. „Mangels eigener Vorschläge wird protestiert". Da es an der Bundesregierung nichts wesentliches zu bemängeln gebe, klammere der DGB sich an die Arbeitslosenzahl.

WELTBÖRSEN / Allgemein freundliche Stimmung

Neuer Rekord in New York

New York (DW.) – Von Schwäche und Nervosität war an der New Yorker Effektenbörse in diesem Berichtszeitraum (Mittwoch bis Mittwoch) nicht mehr viel zu spüren. Anfang dieser Woche legte der Dow-Jones-Index für 30 *Industriewerte* kräftig zu. Am Mittwoch schloß der Dow mit 1368,5 Punkten 41,78 Punkte über dem Wert sieben Tage zuvor. Der Rekordwert vom Juli wurde damit überschritten. Für den Kursanstieg machten Händler mehrere Faktoren verantwortlich: die neueste Konjunkturprognose, die Widerstandskraft des Marktes; das Versprechen des Kongresses, sich um einen Kompromiß bei der Budgetreform zu bemühen. Stimulierend wirkte auch die Annahme, das US-Bruttosozialprodukt sei im dritten Quartal mehr als erwartet gestiegen. Die Computerwerte befestigten sich trotz schwächerer Quartalsergebnisse.

Wohin tendieren die Weltbörsen? – Unter diesem Motto veröffentlicht die WELT einmal in der Woche – jeweils in der Freitagausgabe – einen Überblick über den Trend an den internationalen Aktienmärkten.

London (fu) – Die Flaute ist überstanden. Die Kurse an der Londoner Aktienbörse sind wieder kräftig gestiegen. Nachdem der Financial-Times-Index für 30 führende Werte bereits am Freitag letzter Woche um 9,7 Punkte zulegte und damit mit 1027,5 Punkten den bisherigen Rekordstand vom 22. Januar dieses Jahres von 1024,5 Punkten hinter sich ließ, kam es bis zum Mittwoch dieser Woche zu einem *weiteren Anstieg* des Financial-Times-Index um 7,4 auf 1034,9 Punkte. Hinter dem anhaltenden Anlegervertrauen steht die sehr optimistische Beurteilung der Konjunkturlage durch Schatzkanzler Lawson, von der besonders führende Werte der Metallindustrie profitieren. Die jüngsten Statistiken, die eine Erholung der Produktion in der verarbeitenden Industrie beklagen, sowie die Hausse an der New Yorker Wall Street verstärkten die Kaufneigung. Der Index legte bis gestern mittag um weitere 5,8 Punkte zu.

Tokio (DW.) – Auch in dieser Berichtswoche präsentiert sich die Börse Tokio außerordentlich freundlich. Nachdem der Nikkei-Dow-Jones-Index schon letzte Woche kräftig zugelegt hatte, stieg er bis *Mittwoch* nochmals um 179,36 Punkte auf 13 036,67 Punkte. Gesucht waren wieder ausgewählte Standardwerte wie Sony, Honda und Canon. Gewinne verbuchten außerdem die Pharma-Aktien. Papiere der Hitachi-Gruppe waren auch diese Woche gefragt. Kurseinbußen mußten hingegen hochkapitalisierte Werte hinnehmen.

AXEL SPRINGER VERLAG AG / Peter Tamm auf der Vertriebstagung in Bad Schachen

„Für Herausforderungen gerüstet"

S. G. **Lindau/Bad Schachen**

„Die Aktien der Axel Springer Verlag AG werden am 8. November 1985 an der Berliner Börse in den geregelten Freiverkehr eingeführt." Das sagte gestern der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens, Peter *Tamm*, *in* Lindau auf der alljährlichen Vertriebstagung des Verlages. Peter Tamm bezeichnete das Jahr 1985 als ein Schicksalsjahr für den Verlag. Der Tod *des Verlegers* Axel Springer überschatte alle anderen Ereignisse. Tamm sagte von Axel Springer: „Er war uns Vorbild, Wegweiser, Freund und Schutz. Er ist von uns gegangen, und *er* wird doch immer unter uns bleiben. Seine Ideale, seine Überzeugungen und seine Standfestigkeit sind sein Vermächtnis für mich."

„Ich verspreche Ihnen, das Haus, das Axel Springers Namen trägt, in seinem Sinne weiterzuführen und sein Lebenswerk für den Schritt in das nächste Jahrtausend zu rüsten." Der Verlag stehe auf einem soliden wirtschaftlichen Fundament, verfüge über eine *breite und vielfältige* Palette von Objekten und habe sich mit modernster Technik für die Herausforderungen der Zeit gerüstet.

Ein einschneidendes Ereignis des Jahres war der Verkauf von 49 Prozent der Anteile. Die Weichen dafür, sagte Peter Tamm, hat Axel Springer in den letzten Monaten seines Lebens mit einer letzten Kraftanstrengung noch persönlich gestellt. „Er war davon *überzeugt*, *daß mit* dem Gang an die Börse eine stabile und für die Zukunft erfolgversprechende Basis gefunden wurde."

Mit der breiten Streuung der Anteile und der Ausgabe vinkulierter Namensaktien solle die journalistische Unabhängigkeit der Zeitungen und Zeitschriften des Verlages gesichert werden. Es war die größte private *Aktienplacierung* der Nachkriegsgeschichte. Das Haus Springer ist das erste deutsche Presseunternehmen, dessen Kurs nun an der Börse notiert werden wird. Vom Vertrauen in dieses *Haus zeugt es*, *sagte Tamm*, daß die Aktien binnen weniger Tage fünffach überzeichnet waren.

Auch für die Berliner Börse ist die Aufnahme des Handels mit den Springer-Aktien die größte Aktieneinführung seit 1945. Tamm sagte: „Wir werden uns darauf einstellen müssen, daß wir seit dem 1. Juli ein ‚gläsernes Haus' geworden sind, denn wir haben es jetzt mit 6800 Aktionären zu tun, die ausschließlich an einer ordentlichen Rendite interessiert sind."

Vor den in Lindau versammelten mehr als 400 Unternehmern und Führungskräften aus dem deutschen Pressegroßhandel, auch aus dem benachbarten Ausland, beleuchtete Peter Tamm auch die Strukturprobleme der Verlagsbranche. Er sieht sie charakterisiert durch

– abnehmende Bevölkerung
– gestiegenes Preisbewußtsein und Trend zu Billigprodukten
– eine Schwemme kostenloser Anzeigenblätter
– die Einführung der neuen Medien

Daß die Verlagsbranche erst am Beginn einer Verschärfung der Strukturprobleme steht, belegt Tamm mit einigen Daten: 1984 betrug die Zahl der Bevölkerung über 14 Jahre 46,7 Millionen. Bis zum Jahr 2000 wird sich die deutschsprechende Bevölkerung um vier Millionen verringern. Sie alle werden als Leser und Käufer verschwunden sein. Der Markt wird kleiner, der Verdrängungswettbewerb härter.

Vor dem Hintergrund vielschichtiger Strukturprobleme stellt sich die Frage – was tut der Verlag, um diesen Herausforderungen zu begegnen? Peter Tamm erklärte dazu, daß die verschiedenen Objekte des Hauses sich personell, konzeptionell und technologisch sehr gut darauf vorbereitet haben, ihren Platz im Markt zu behaupten und zu verbessern.

Peter Tamm über die WELT: „Sie ist und bleibt das Flaggschiff des Hauses." Mit neuer Chefredaktion und Herbert Kremp als Herausgeber sowie „Investitionen in Umfänge und Farbigkeit" soll die Marktposition der WELT verbessert werden.

FRANKREICH / Technologische Anstrengungen

Karte mit Mikroprozessor

JOACHIM SCHAUFUSS, Cannes

Für eine verstärkte Liberalisierung der Technologiemärkte haben sich Spitzenvertreter der französischen Industrie vor der internationalen Wirtschaftspresse auf einem mehrtägigen Kolloquium in Cannes ausgesprochen. Zur Diskussion standen die Technologiebereiche, in denen Frankreich führende Positionen besitzt. Dazu gehört vor allem die Telekommunikation.

Besonders scharf verurteilte den Protektionismus Jacques Stern, der Präsident des größten französischen wie europäischen EDV-Konzerns Bull. Wenn Europa in diesem Bereich gegenüber der amerikanischen und japanischen Konkurrenz Marktanteile verloren hat, so sei dies nicht zuletzt der mangelnden Standardisierung (Normenprotektionismus) zuzuschreiben gewesen.

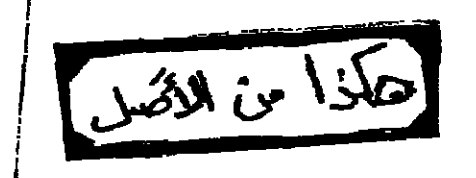
Auf Grund des neuen internationalen Standards und dank weitreichender Kooperationsverträge konnte die europäische EDV-Industrie inzwischen *ihrem Abstieg Einhalt gebieten* und ihr riesiges Potential besser nutzen. Bei Bull selbst steigen seit kurzem die Exportaufträge doppelt so schnell wie die nationalen Aufträge.

Wichtiges Beispiel für einen deutlichen französischen Technologievorsprung ist die Mikroprozessorenkarte (Carte à Memoire). Sie geht auf eine Erfindung des Franzosen Roland Moreno zurück und wird von Bull in großen Serien vor allem für den nationalen Gebrauch hergestellt.

Die „Carte à Memoire", deren Herstellungskosten von zur Zeit 80 Franc dank der Serienproduktion bis auf 25 Franc je Stück gesenkt werden können, ist nicht nur Kredit- und Zahlkarte zugleich. Ihr Mikroprozessor erlaubt außerdem die Speicherung von elektronischem Bargeld und läßt sich überdies für zahlreiche andere Aufgaben programmieren. Außerdem kann man sie in seinen Heimcomputer stecken und so alle getätigten Transaktionen selbst überprüfen.

In Frankreich verfügen bereits eine Million privater Haushalte über solche Computer. Es handelt sich dabei durchweg um Mietgeräte der Postverwaltung (Monatsabonnement: 85 Franc), über die verschiedene Auskünfte nach normalen Telefontarifen eingeholt werden können. In der Bundesrepublik sind gerade erst 25 000 Heimcomputer in Betrieb.

Einen weiteren Vorsprung besitzt Frankreich *in der Verkabelung mit* optischen Glasfasern, die technisch und kostenmäßig der Kupferverkabelung, wie sie in der Bundesrepublik noch verwendet wird, als überlegen gilt. Diese Anstrengungen in der Telekommunikation erklären sich aus dem Rückstand, in welchem sich Frankreich bis in die sechziger Jahre hinein befand.



EXPORT / Drei Viertel gehen in die Industriestaaten

Probleme in der Dritten Welt

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Trotz der Exporterfolge: Der Handel mit den Entwicklungsländern in Übersee lahmt. Daran habe auch der für die deutschen Ausfuhren günstige Dollarkurs nichts ändern können, so der Bundesverband Deutscher Exporteure (BDEX) in einer Untersuchung. Immerhin würden fast drei Viertel der Gesamtausfuhr mit zehn europäischen Industriestaaten und Nordamerika abgewickelt. Seit der Verschuldungskrise 1981/82 hinke der Außenhandel mit den Entwicklungsländern.

Zwar seien 1984 die Importe aus der Dritten Welt wieder angestiegen, doch die deutschen Ausfuhren in diese Staaten seien nur um 0,7 Prozent gewachsen, obwohl der Gesamtexport um 13 Prozent zulegen konnte. Im ersten Halbjahr seien die Exporte in die Entwicklungsländer sogar um 1,4 Prozent gesunken. Der Anteil der Entwicklungsländer am Gesamtexport sei auf nur noch 12,5 Prozent gesunken. Die Lieferungen in die Opec-Staaten seien nochmals um 8,8 Prozent zurückgegangen.

Bedeutende Erdölländer wie Nigeria verstrickten sich immer tiefer in Verschuldungsprobleme. Anhaltende kriegerische Auseinandersetzungen hätten dazu geführt, daß die deutschen Ausfuhren nach Iran im ersten Halbjahr um fast 30 Prozent gesunken seien. Trotz des jüngsten Arrangements mit Irak, nachdem sich die Bundesregierung für höhere Öllieferungen einsetzen will, bleibt der BDEX skeptisch, er sieht noch nicht den Silberstreif am Horizont. Auch die Ausfuhren nach Saudi-Arabien sind in diesem Jahr weiter um 20 Prozent gesunken.

Das Handelsbilanzdefizit gegenüber Lateinamerika habe sich im ersten Halbjahr 1985 auf 3,6 Milliarden Mark verdoppelt. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres seien die Ausfuhren um fast zehn Prozent in den ersten sechs Monaten gesunken.

Auch der Afrika-Handel stagniere. Ohne den Export nach Südafrika wäre er real in diesem Jahr sogar geschrumpft, da auch die Mittelmeerländer weniger in der Bundesrepublik gekauft hätten. Selbst in Fernost rechnet der BDEX mit Absatzschwierigkeiten. Die Verdoppelung der Exporte nach China spiegele keinen anhaltenden Trend wider.

Als Ursachen für diese Entwicklung nennt der Verband neben der anhaltenden Verschuldung die fehlende oder eingeschränkte Hermes-Deckung. Mußten früher jährlich drei bis vier Länder umgeschuldet werden, so seien es jetzt 25 bis 30 Staaten. Die Umschuldungen bewirkten zwangsläufig einen Stau bei der Indeckungnahme, bis die internationalen Vereinbarungen geschlossen sind. Eine Rolle spielten auch die Auflagen des Währungsfonds und die stagnierenden Entwicklungshilfeleistungen. Der Verband weist auch auf die Benachteiligungen bei der Exportfinanzierung durch die sogenannten Mischfinanzierungen hin.

PRIVATE KRANKENVERSICHERUNG / Neue Pflegesätze sollen auch in diesem Jahr Kosten in Schach halten

Belastungen aus dem Krankenhaus weiter hoch

HARALD POSNY, Köln

Die Steigerungsraten bei den Krankheitskosten werden 1985 bei den privaten Krankenversicherern (PKV) wie schon in den Vorjahren unter denen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) liegen. Während das 1. Halbjahr der GKV ein Ausgabenplus von 4,5 Prozent bescherte, hatten die „Privaten" ein Wachstum von etwa 4 Prozent. Das gelte für den ambulanten Bereich ebenso wie für den stationären Sektor. Zufrieden ist die PKV auf jeden Fall mit der Bestandsentwicklung: Die ersten sechs Monate brachten ein Nettoplus aus der GKV von über 30 000 Versicherten.

„Die gesamte Geschäftsentwicklung, so der Vorsitzende des Verbands der privaten Krankenversicherer, Heinrich Frommknecht, wird 1985 ganz wesentlich von einigen Gesetzesänderungen beeinflußt, die speziell für den privaten Sektor eingeführt worden sind." Dabei handelt es sich in erster Linie um die Änderungen der Bundespflegesatzverordnung und der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ). Im Krankenhausbereich erwarten die 40 privaten Krankenversicherer positive Auswirkungen durch die Anfang 1986 in Kraft tretenden Neuregelungen der Bundespflegesatzverordnung. Frommknecht: „Die PKV wird im Interesse ihrer Versicherten weiter besonders darauf achten, daß sich die nicht immer ganz vermeidbaren Kostensteigerungen in einem auch im Vergleich zur GKV vertretbaren Rahmen halten."

Die neue Bundespflegesatzverordnung sieht Mindestzuschläge vor, die die Krankenhäuser für die Unterbringung in Ein- und Zweibettzimmern den Privatpatienten berechnen müssen. Sie betragen 30 (bisher 35) bzw. 10 (bisher 15) Prozent des jeweiligen Pflegesatzes für die Regelleistungen. Bezogen auf den für alle Bundesländer geltenden durchschnittlichen Pflegesatz von 224,68 DM pro Tag ergaben sich danach Mindestzuschläge von durchschnittlich 78,64 DM für Einbett- und 33,70 DM für Zweibettzimmer. Die Differenz zwischen dem tatsächlich geforderten Zuschlag und dem Mindestzuschlag stellt eine zusätzliche Einnahme der Krankenhäuser dar. Der PKV-Verband dazu: „Um so mehr sollte den Krankenhäusern am Angebot von zusätzlichen Unterbringungs- und Service-Leistungen und an einem ausgewogenen Preis/Leistungs-Verhältnis gelegen sein."

Das Krankenhaus ist auch 1984 Kostenfaktor Nr. 1 geblieben. Die PKV gab von ihren Gesamtaufwendungen von 12,61 Mrd. DM (plus 6,3/GKV: plus 7,7 Prozent) 3,58 (3,34) Mrd. DM oder 36 Prozent für Krankenhausleistungen aus. Ohne die Honorare für Krankenhausärzte (1,72 Mrd. DM) wurden rund 1,87 Mrd. DM (19 Prozent) für Unterbringung, Verpflegung und Pflege ausgegeben. Davon wiederum entfielen 806 (731) Mill. DM auf Wahlleistungen für die Unterbringung in Ein- und Zweibettzimmern. Die höchsten durchschnittlichen Krankenhaus-Pflegesätze für Regelleistungen hatte Hamburg mit rund 296 DM vor Hessen (249 DM) und dem Saarland (214 DM); die geringsten wurden in Bayern (198 DM), Nordrhein-Westfalen (213 DM) und Rheinland-Pfalz (217 DM) festgestellt.

Die Leistungen für ambulante ärztliche Behandlung sowie für Zahnbehandlung und -ersatz sind 1984 um 5,25 bzw. um 3,65 Prozent gestiegen, für Arzneimittel wurden sechs Prozent mehr ausgegeben. Hinter der Steigerung der Gesamtleistungen von 6,2 Prozent blieben die Beitragseinnahmen der PKV (13,1 Mrd. DM) mit einem Plus von vier nach sechs Prozent (1983) zurück. Die Ursache dafür war der günstige Kostenverlauf der letzten Jahre, in denen Beitragsanpassungen nicht notwendig waren, sondern teilweise auch die Beiträge gesenkt werden konnten.

Als Mittel der Kostendämpfung heben die Versicherer hervor, daß 1984 reichlich 1 Mrd. DM an leistungsfreie Versicherte zurückgezahlt wurden. Für 1985 rechnet die PKV mit Beitragseinnahmen von 13,5 Mrd. DM (plus drei Prozent), denen reine Versicherungsleistungen einschließlich Beitragsrückerstattung von 10,3 Mrd. DM (plus vier Prozent) gegenüberstehen. Dabei wird der Gesamtbestand der privat Versicherten bei über 22,3 Mill. Tarifversicherten liegen, das entspricht weit über 9,5 Mill. Personen, mit zum Teil mehreren Verträgen, oder 16 Prozent aller Bundesbürger.

METALLINDUSTRIE

„Hochmotivierte Arbeitnehmer"

SABINE SCHUCHART, Bonn

Mit dem Einsatz neuer Informations- und Produktionstechniken in der Metallindustrie hat sich bei den dort beschäftigten Arbeitnehmern die Angst vor der Arbeitslosigkeit deutlich verringert. Fast die Hälfte der Mitarbeiter hat heute das Gefühl, über einen sicheren Arbeitsplatz zu verfügen. 1982 waren es erst 32 Prozent. Dies ist das Ergebnis einer Untersuchung über die Bewältigung des technischen Wandels durch die Arbeitnehmer der Metallindustrie, die vom Sozialwissenschaftler Gerhard Schmidtchen im Auftrag von Gesamtmetall durchgeführt wurde.

Dabei ist die festgestellte hohe Arbeitsmotivation in der Metallindustrie, so macht die Studie deutlich, auch von den Arbeitskämpfen im vergangenen Jahr nicht beeinträchtigt worden. Genau wie 1982 zeichne sich der überwiegende Teil der Arbeitnehmer (78 Prozent) durch ein hohes Maß an Arbeitszufriedenheit aus. Mit dem Übergang insbesondere zur Mikroelektronik fühlten sich mehr Mitarbeiter als früher richtig eingesetzt, erklärte Schmidtchen.

Im Gegensatz zur Auffassung der IG Metall hat sich nach der Studie eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen aufgrund der neuen Technologie ergeben: Während die körperliche Beanspruchung abnehme, werde die Arbeit gleichzeitig als anregender, interessanter und vielseitiger empfunden. Rund zehn Prozent der Metall-Arbeitnehmer sind nach Schmidtchen eine Problemgruppe, die über hohe Belastungen am Arbeitsplatz klage und gleichzeitig über mangelnde Ressourcen zu ihrer Bewältigung verfüge. Dazu zählen vor allem Ungelernte, Akkordarbeiter sowie Frauen.

Die in Gesamtmetall zusammengeschlossenen Arbeitgeber wollen nach Angaben von Hauptgeschäftsführer Dieter Kirchner an den Ergebnissen der Studie anknüpfend vor allem diesen Arbeitnehmern zu einer besseren Bewältigung des technischen Wandels verhelfen. Zu diesem Zweck sei im Frühjahr eine Arbeitsgruppe „Neue Techniken" gegründet worden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Starke Expansion

München (sz.) – Weiter beschleunigt hat sich bei der Siemens AG, Berlin/München, im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) die ohnehin schon starke Expansion im Bereich „Produktionsautomatisierung und Automatisierungssysteme". Während das Auftragsvolumen bereits 1983/84 um rund 35 Prozent auf 1,4 Mrd. DM gestiegen war, nahm der Auftragseingang 1984/85 sogar um mehr als 40 Prozent auf rund 2 Mrd. DM zu. Um noch stärker auf diesem Gebiet tätig werden zu können, werden nun wesentliche Teile der Aktivitäten am neuen Standort Nürnberg-Moorenbrunn mit einem Investitionsaufwand von rund 130 Mill. DM zusammengefaßt. Fertiggestellt wurde in diesen Tagen der erste Bauabschnitt für 1000 Beschäftigte. In der zweiten Ausbaustufe soll ein Trainingscenter mit über 500 Schulungsplätzen eingerichtet werden.

KWU baut Anlage

Offenbach (AP) – Die Kraftwerk Union AG (KWU) in Offenbach will eine Fabrik, die Brennelemente für Kernkraftwerke herstellt, an Südkorea liefern. Das Geschäft hat nach Unternehmensangaben einen Wert von rund 50 Mill. DM. Die Anlage solle 1989 in Betrieb gehen.

Übernahmeangebot

New York (dpa/VWD) – Der Lebensmittelkonzern Beatrice Companies, Chicago, der selbst durch Übernahmen anderer Unternehmen zum Umsatzmilliardär aufgerückt ist, hat jetzt von einer Anlegergruppe unter Führung der New Yorker Investmentbank Kohlberg Kravis Roberts + Co ein Angebot von fast 4,91 Mrd. Dollar (13,3 Mrd. DM) erhalten. Für Beatrice interessieren sich angeblich auch der britisch-niederländische Konzern Unilever und die kanadische Seagram Company. Zur Beatrice-Gruppe gehören u. a. Swift/Hunt Wesson, ein Coca-Cola-Abfüllungsbetrieb, Tropicana und International Playtex.

Kodak gegen Polaroid

Stuttgart (nl) – Kurz vor Beginn der Weihnachtssaison ist Eastman Kodak Co., Rochester/USA, mit einer gerichtlichen Verfügung konfrontiert worden, die für den Fotokonzern erhebliche Probleme mit sich bringen könnte. Ein Gericht in Massachusetts hat Kodak untersagt, nach dem 9. Januar 1986 Sofortbildkameras und Filme herzustellen, zu verwenden oder zu vertreiben. Kodak kündigte an, sofort Rechtsmittel gegen die Verfügung einzulegen. Die Verfügung des Gerichts bezieht sich auf die von dem gleichen Senat am 13. September getroffene Entscheidung, wonach Eastman Kodak sieben Patente der Polaroid Corp. verletzt habe. In dieser Entscheidung waren acht von zehn umstrittenen Polaroid-Patenten als gültig anerkannt worden. Wie von der Kodak AG, Stuttgart, verlautet, sei man unverändert der Auffassung, daß das Sofortbild-Programm bei Kodak auf eigener Technologie basiere.

Hotels verkauft

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die US-Hotelgruppe Ramada hat ihre Hotels in Düsseldorf, Leverkusen und Ludwigshafen an die Unternehmensgruppe Ignaz Bubis, Frankfurt, verkauft. Das Kapital diene der Expansion der Ramada-Gruppe. So soll je ein neues Hotel in Köln und Sindelfingen entstehen.

BÜRGEL CENTRALE / „Nicht nur am Bau drohen Pleiten"

Vor Konkurs-Rekordjahr

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Ihren 1984 erreichten Höchststand von 16 698 Insolvenzen (Firmen und Privatpersonen) wird die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr mit einer neuen Rekordzahl von etwa 18 200 Zahlungseinstellungs-Fällen wegen Illiquidität übertreffen. Diese Hochrechnung bietet eine der drei großen Wirtschaftsauskunfteien, die Aachener Bürgel Centrale GmbH, mit ihren Geschäftserfahrungen aus dem ersten Halbjahr.

Besonders schlecht sieht es nach den Bürgel-Zahlen des ersten Halbjahres weiterhin in der Bauindustrie aus. Hier habe sich die Zuwachsrate der deutschen Insolvenzzahl von 12,1 Prozent (1984) nun auf 21,6 Prozent vergrößert. Innerhalb der Branche allerdings mit deutlichen Unterschieden: Im Spezialbau beispielsweise folgte dem 1984er Rückgang der Insolvenzzahl um 6,7 Prozent nun ein „katastrophaler" Anstieg um 60 Prozent, im Hochbau dagegen, wo die Insolvenzen im Vorjahr um 47,6 Prozent zunahmen, zeige sich nun mit 0,5prozentiger Abnahme „eine kleine Trendwende".

„Nicht nur am Bau wird's schlechter", konstatiert Bürgel: Im Dienstleistungsgewerbe zumal habe sich der schon 1984 negative Pleitentrend nun bereits auf eine Zuwachsrate von 21,2 Prozent verstärkt. Herausragendes Gegenbeispiel: Im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau sei die 1984 um 20 Prozent gesunkene Insolvenzzahl auch im bisherigen Verlauf von 1985 noch um 3,7 Prozent weiter gesunken, obwohl Fahrzeug-Einzelhandelsbetriebe mit Absatzschwierigkeiten zu kämpfen haben. Dieses Gegenbeispiel sei zwar „Hoffnungsträger" für eine auch gesamtwirtschaftliche Trendwende bei den Insolvenzen, doch wann die Wirklichkeit werde, wagt Bürgel nicht zu prophezeien.

Nach der 1984er Insolvenzstatistik sieht Bürgel ein klares Süd-Nord-Gefälle. Die Insolvenzhäufigkeit ist Baden-Württemberg, Bayern und auch in Rheinland-Pfalz nur halb so hoch wie in Bremen und Berlin und immerhin ein Drittel kleiner als im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen.

Die Auskunftei, die in diesem Jahr ihr 100jähriges Bestehen feiert, beschäftigt in 75 von selbständigen Kaufleuten geleiteten Niederlassungen rund 1000 Mitarbeiter. Ihr seit 1969 „fast immer" mit zweistelliger Jahreswachstumsrate gestiegener Umsatz wird für 1985 mit „zufriedenstellendem" Plus von etwa 8 Prozent bei 80 Mill. DM erwartet.

Jüngste Tendenz der Kreditwürdigkeitsprüfungen: Jahrelang habe man von einem Kredit-„Geschäftsvolumen", das 1984 die Größenordnung von 90 Mrd. DM erreichte, 14 bis 15 Prozent als nicht kreditwürdig beim Auskunftheischenden deklariert; diese Quote steige 1985 auf 20 Prozent. Frühzeitige Warnung hält Bürgel auch wegen der zum Jahresende fälligen Aufstockungspflicht auf mindestens 50 000 (20 000) DM GmbH-Stammkapital für notwendig. Etwa 5000 GmbH's hätten diese Pflicht bisher nicht erfüllt; da könne Gläubiger-Geld verloren werden.

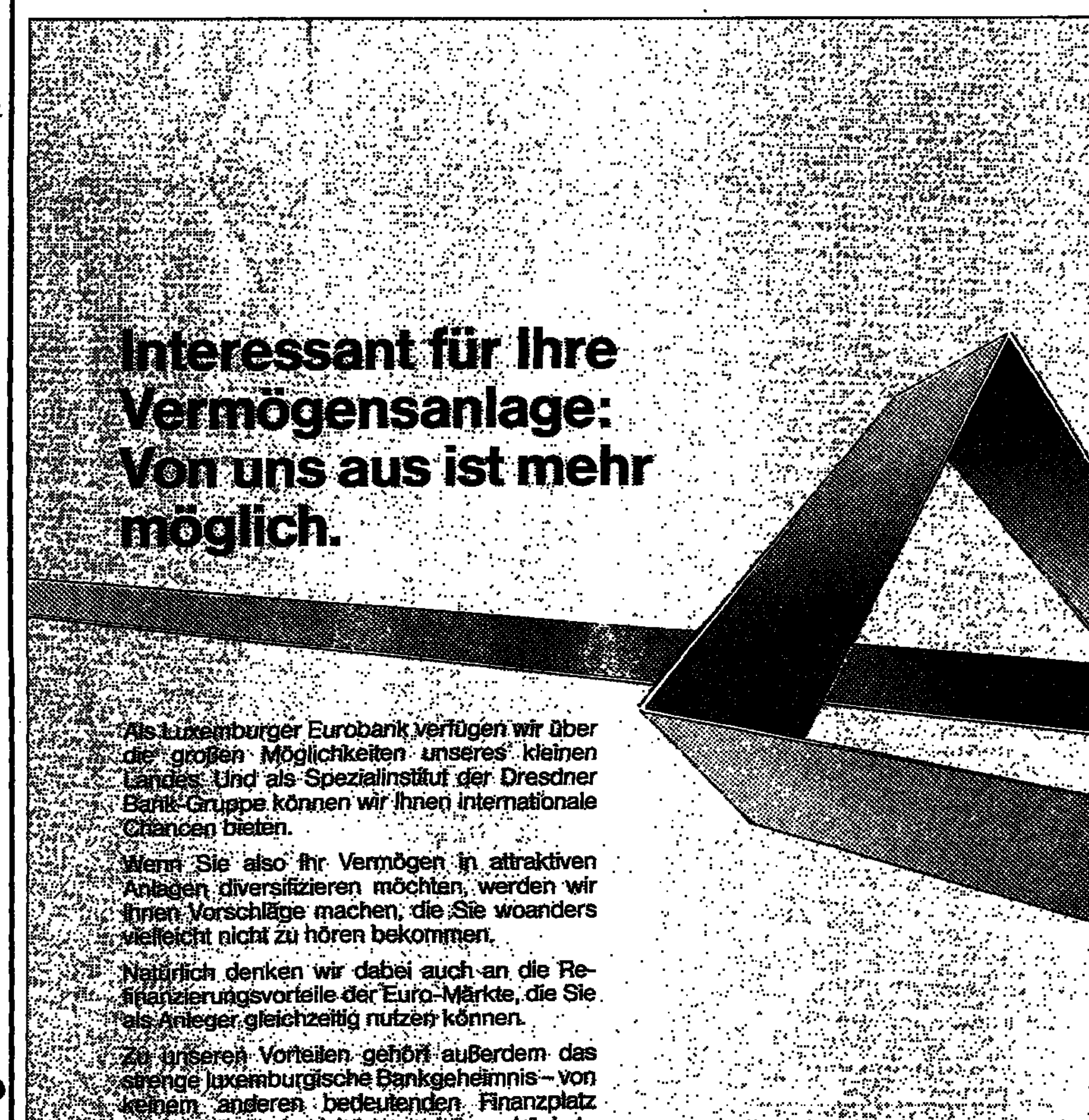
Neuer Konflikt um EG-Agrarexporte

WILHELM HADLER, Brüssel

Im Streit um die Agrarexporte der Europäischen Gemeinschaft ist es zu einem neuen Schlagabtausch zwischen Washington und Brüssel gekommen. Während die US-Administration der EG vorwarf, ihren Anteil am Weltmarkt für Weizen seit Anfang der siebziger Jahre mit Subenventionen von acht auf 16 Prozent erhöht zu haben, konterte die EG-Kommission mit dem Hinweis, die USA hätten ihrerseits gegen den internationalen Subventionskodex verstoßen.

In einer öffentlichen Stellungnahme nahm die Kommission die Erklärung Präsident Reagans „zur Kenntnis", wonach Washington ein offizielles Beschwerdeverfahren gegen die Exportpolitik der EG beim internationalen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) anstrengen will. Sie zeigte sich über den Vorwurf „erstaunt", den Weizenpreis auf dem Weltmarkt gedrückt zu haben und versicherte, die EG habe immer eine Exportpreispolitik entsprechend den internationalen Abmachungen verfolgt.

Dagegen seien die amerikanischen Verkäufe auf gewissen Märkten aufgrund der Subventionen des Exportförderungsprogramms BICEP zu eindeutig niedrigeren Preisen getätigt worden, als die anderer Lieferanten auf diesen Märkten. Dies habe zu einem Absinken des Weizenpreises zu Lasten anderer Exporteure geführt. Das Verhalten der USA stehe im Widerspruch zum Subventionskodex. Die Gemeinschaft werde deshalb die notwendigen Vorkehrungen treffen, um eine paralleles Verfahren gegen Washington einzuleiten. Die erste Stufe des Gatt-Verfahrens sind bilaterale Verhandlungen zwischen den Beteiligten.



ENERGIEPOLITIK / Heftiger Streit zwischen VDEW und Landesregierung in Hessen

Erfüllt die Wirtschaft ihren Auftrag?

D. GURATZSCH, Frankfurt

Zu einer scharfen Konfrontation über die Energiepolitik ist es zwischen der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) und dem hessischen Wirtschaftsminister Ulrich Steger gekommen. Dabei warf Steger „einigen Vertretern der Energiewirtschaft" vor, der Politik der SPD-Minderheitsregierung in Wiesbaden mit „sehr emotionalen Reaktionen" und „gezielten Fehlinformationen" zu begegnen.

Demgegenüber erklärte der Hauptgeschäftsführer der VDEW, Horst Magerl, für die von der hessischen Regierung eingeleitete „generelle Umorientierung in der Energiepolitik" bestehe auf Grund der guten Leistung und bewährten Struktur der Elektrizitätswirtschaft „kein Anlaß". Magerl: „Viele mit neuen Begriffen versehene politische Forderungen gehen ins Leere, da sie ohnehin bereits von der Elektrizitätswirtschaft erfüllt werden."

Magerl wandte sich in erster Linie gegen zwei Tendenzen der neuen von Steger verantworteten hessischen Energiepolitik: Erstens werde der „keineswegs marktwirtschaftliche" Versuch gemacht, von Staats oder von Verwaltungs wegen die optimale Unternehmensgröße und -struktur vorzugeben. Zweitens werde die Kohle im Mittellastbereich verdrängt, und zwar durch die einseitige Förderung von kleinen dezentralen Kraftwerken, durch Maßnahmen gegen eine Stromverwendung im Wärmemarkt sowie durch Subventionierung von Blockheizkraftwerken.

Demgegenüber führte Steger „die ganze Aufregung der Energiewirtschaft" darauf zurück, „daß den Unternehmen in den langen Jahren ihrer Monopolstellung die wesentlichste Eigenschaft des Unternehmers abhanden gekommen ist, nämlich sich dem Wettbewerb zu stellen und auf Veränderungen der Markt- und Rahmenbedingungen zu reagieren". Wenn die Energiewirtschaft in ihrer „Wagenburg" bleibe, werde sie „ein ähnliches Schicksal erleiden wie die Dinosaurier".

Der Auftrag des Energiewirtschaftsgesetzes von 1935, die Energieversorgung so sicher und billig wie möglich zu gestalten, sei „reichlich übererfüllt", meinte Steger. Aus volkswirtschaftlicher Sicht müßten freilich künftig auch die dabei verursachten Umweltschäden eingerechnet werden.

Die sich daraus ergebenden technologischen Anforderungen an jeden Zubau von Anlagen könnten häufig mit kleinen dezentralen Anlagen kostengünstiger erfüllt werden. Bis zu einer dringend nötigen Reform der gesetzlichen Grundlagen müßten dezentrale Initiativen bessere Chancen eingeräumt bekommen, der Wettbewerb um Versorgungsgebiete intensiviert und Nachteile aus monopolistischen Wettbewerbsparametern abgebaut werden.

Kooperation wie geölt

Von HANS BAUMANN

Zwei Jahre lang hatte es in Caracas rumort. Einige oppositionelle Sozialisten nahmen den Vertrag von Veba Oel mit der nationalen Ölholding Petróleos de Venezuela S. A. auf die Hörner, der 1983 von den seinerzeit regierenden Konservativen abgeschlossen worden war. Heute stellt sich die neue Regierung aus Sozialisten eindeutig hinter den Vertrag. Niemand fordert mehr eine Absegnung dieses Vertrages durch das Parlament. Auch für die Sozialisten ist es heute einhellig Regierungssache, mit den Deutschen zu kooperieren.

Wie rigoros nun auch die ehemaligen Oppositionellen die Vokabel von einer „Auslieferung der venezolanischen Ölinteressen an Veba Oel" *aus ihrem Sprachschatz* verbannt haben, zeigt die Tatsache, daß nun die Sozialisten diesen Kooperationsvertrag mit der Veba Oel AG um 50 Prozent aufstocken und ihn sogar als Modell für weitere Joint- ventures loben.

Wer sich in Venezuela umhört, wird schnell begreifen, warum Veba-Oel-Chef Fritz Oschmann besondere Betonung auf die menschliche Komponente legt, die diesen einmaligen Vertrag trägt. Denn die Venezolaner beliefern ihren Anteil *an den Raffinerie-Kapazitäten der* Veba Oel mit Rohöl, die Vermarktung der Produkte liegt dann aber im Auftrag der Venezolaner bei der Veba AG.

Die Venezolaner schlagen zwei Fliegen mit einer Klappe: Sie *fördern zu Hause das Rohöl*, verarbeiten es zum Teil in der Bundesrepublik in eigenen Anlagen zusammen mit Veba Oel und vertreiben die Produkte im drittgrößten Ölmarkt der Welt hinter den USA und Japan. Was nur unter größtem *Aderlaß denkbar gewesen wäre*, gelang im industriepolitischen Handstreich: Man kaufte Markt in der Bundesrepublik und sicherte so Absatz zu einträglichen Preisen.

Auch die Veba kann zufrieden sein. Sie schließt keine Raffinerien, sondern teilt sie sich mit den Venezolanern, die eifrig bestrebt sind, sie mit Rohöl zu versorgen, denn nichts ist so teuer, wie eine ungenutzte Investition. Das Damoklesschwert der deutschen Ölwirtschaft, die Sicherung der Versorgung *in Zeiten* der Krise, wird so entschärft, denn die Venezolaner sind für ihre Vertragstreue bekannt. Sie folgten während der beiden Ölkrisen 1973 und 1979 nicht dem Beispiel anderer Opec-Länder; sie zerrissen keine Verträge und sie nutzten nicht ihre – vorübergehende – Macht, um erpresserisch Preise zu treiben.

Die Venezolaner versichern, daß sie die von Veba Oel betriebene und von Fritz Oschmann beschworene *Politik der gläsernen* Taschen für den Kern der Übereinkunft halten, denn sie erlösen für die aus ihrem Öl erzeugten Produkte die jeweiligen Marktpreise. Und daß hier nicht manipuliert wird, liegt nicht nur in der langfristigen Perspektive der *Veba-Interessen*, sondern in der deutschen Volkswirtschaft insgesamt.

Venezuela ist sich darüber im klaren, daß das Öl allein die künftige Entwicklung seiner Wirtschaft nicht schmieren kann. Neue Kräfte müssen aufgebaut und eingesetzt werden – wenn irgend möglich nach dem Vorbild des Öl-Joint-ventures. Da kann dann der deutsche Bergbau hoffen, daß er wie von den Chinesen bald auch von den Venezolanern gerufen wird, *Know how und Technologie zu liefern und spä*ter vielleicht auch Kohle zu beziehen. Die reichen Erz- und Bauxitvorkommen und die großen Wasserkräfte des Landes, die Zug um Zug erschlossen werden, geben auch der deutschen Stahl- und Aluminium-Industrie die *Chance*, ins Geschäft zu kommen. Nach Veba-Modell bietet Caracas aber auch Kooperation in der Agrarwirtschaft, am Bau und in der Touristik an. Ein Vertrag macht Schule – er läuft wie geölt.

ÖLMARKT / Künftig ist eine Jahreslieferung von 7,5 Millionen Tonnen vorgesehen

Veba stockt Vertrag mit Venezuela auf

HANS BAUMANN, Caracas

Die Veba Oel AG, Gelsenkirchen, wird in Kürze einen neuen Vertrag mit der venezolanischen Öl-Holding Petróleos de Venezuela S. A. (PDVSA), Caracas, abschließen. Er wird einen Vertrag von Januar 1983 ablösen, der *die Beteiligung von* PDVSA an der Ruhr Oel GmbH von 50 Prozent für 20 Jahre vorsah. Bisher lieferte PDVSA 100 000 Faß Öl pro Tag in die Raffineriekapazitäten der Ruhr Oel GmbH ein, die insgesamt sieben Mill. Tonnen im Jahr verarbeiten. Künftig wird diese Menge um 50 000 Faß auf 150 000 aufgestockt, was einer Jahreslieferung von 7,5 Mill. Tonnen Rohöl entspricht.

Um diese Mengen bei Veba Oel verarbeiten zu können, wird sich PDVSA auch an den Raffinerien der Veba Oel AG in Süddeutschland beteiligen. Dort gehören der Veba Oel 50 Prozent der Raffinerie Neustadt mit einer Gesamtkapazität von sieben Mill. Tonnen. Zwei Mill. Tonnen des Veba-Anteils von 3,5 Mill. Tonnen sind vertraglich an Saarberg gebunden, die dort Rohöl im Lohn verarbeitet. Weitere 33 Prozent gehören der Veba Oel von den sieben Mill. Tonnen Kapazität der Raffinerie Karlsruhe, also 2,3 Mill. Tonnen.

Zusammen ist damit bei Veba Oel im Süden eine Kapazität von 3,8 Mill. Tonnen frei, die sich zusammen mit den 50 Prozent an der Ruhr Oel GmbH auf 7,3 Mill. Tonnen für die PDVSA addieren. Für diese 50 Prozent an Ruhr Oel hatten die Venezolaner 1983 etwas über 250 Mill. DM bezahlt. Die bevorstehende *Aufstokkung* ihres Raffinerieanteils in der Bundesrepublik soll ebenfalls gegen bar abgegolten werden.

Wie der Vorsitzende des Vorstandes der Veba Oel AG, Fritz Osch*mann*, in Caracas erklärte, hat der Vertrag von Veba Oel mit PDVSA „Modellcharakter". Oschmann: „Wir machen keinen Hehl daraus, daß wir rundherum zufrieden sind." Auch der venezolanische Minister für Bergbau und Energie, Herman Anzola, zeigte sich *sehr erfreut über die neue Part*nerschaft. Der Vorsitzende der Veba AG, Rudolf von Bennigsen-Foerder, wies darauf hin, daß Venezuela dabei sei, auch Aktivitäten im Steinkohlenbergbau zu entwickeln: „Ich glaube, daß wir hier gute Chancen haben", sagte er.

Auch der Parlamentspräsident in Caracas, Reinoldo Leandro Mora, möchte „über die Kohlenwasserstoffe hinausdenken". Er meint, daß nach den guten Erfahrungen in der Zusammenarbeit bei der Rohölverarbeitung auch an eine Kooperation bei Stahl, Aluminium und Kunststoffen gedacht werden könnte. Gerade bei Aluminium könne sein Land dank der billigen Wasserkraft niedrige Preise bieten, „und da denken wir natürlich an die Bundesrepublik".

Von Bennigsen ergänzte, daß diese Art der Zusammenarbeit in der Rohstoffverarbeitung für die Bundesrepublik Deutschland eine interessante Form des Importes billiger Energie sei. Der Präsidialamtsminister Venezuelas, Carmelo *Lauria*, *stellte fest*, daß sein Land eine neue Etappe der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik eröffne. „Wir haben in der Dritten Welt zu viele Reden gehalten. Wir brauchen jetzt konkrete Lösungen, und die sind nur in Zusammenarbeit mit den Industrienationen möglich", sagte er. Es sei bisher eine falsche Strategie gewesen, ausländische Investitionen in Venezuela zu verhindern. Die Folge sei die hohe Auslandsverschuldung ganz Lateinamerikas. *Fremdes Kapital fördere den* Technologietransfer, helfe Devisen sparen, schaffe Arbeitsplätze und teile das unternehmerische Risiko.

Venezuela ist reich an mineralischen Rohstoffen, Öl und Wasserkraft. *Das Land hat bei rund 15 Millio*nen Einwohnern nur einen relativ geringen Eigenverbrauch. Östlich des Maracaibo-Sees in der Provinz Zulia soll in vier bis sechs Jahren eine Steinkohlenförderung von sechs Mill. Tonnen im Jahr aufgebaut werden, „zusammen mit ausländischen Gesellschaften, oder in einer gemeinsamen Gesellschaft".

Die Ruhrkohle AG gehöre zu den denkbaren Partnern. Venezuela besitzt die größten Schwerölvorräte der Welt (40 Prozent). Sie reichen bei einer angenommenen Ölnachfrage der Industrienationen von jährlich plus drei Prozent und der Entwicklungsländer von zehn Prozent für Jahrhunderte.

HOLSTEN-BRAUEREI / Unternehmensziel erreicht

Neuordnung abgeschlossen

JAN BRECH, Hamburg

Die Holsten-Brauerei AG, Hamburg, hat trotz der für den Bierabsatz ungünstigen Witterungsbedingungen im Braujahr 1984/85 die Unternehmensziele erreicht. Wie der Vorstandsvorsitzende Klaus Asche in einem ersten Überblick über das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) mitteilt, lag der Bierausstoß im Inland leicht über dem des Vorjahres und erreichte das Auslandsgeschäft ein kräftiges Plus.

Der gesamte Bierabsatz verbesserte sich um 1,7 Prozent auf 3,4 Mill. hl. Darin *nicht enthalten* sind 350 000 hl Lizenzproduktion in England und Ungarn. Rechnet man diesen Lizenzen die Exporte hinzu, hat Holsten nach Angaben von Asche zum ersten Mal mehr als 1 Mill. hl im Ausland verkauft. Der gesamte Getränke-Absatz der Gruppe erreichte 4,1 Mill. hl. Alkoholfreie Getränke waren daran mit 0,62 Mill. hl beteiligt.

Dieses Ergebnis ist mit dem des Vorjahres nicht mehr vergleichbar. Anfang dieses Jahres hat Holsten die Hansa Mineralbrunnen GmbH in die Nord Getränke GmbH & Co. KG eingebracht und dadurch ihre Beteiligungen an dieser Gesellschaft auf 48 Prozent erhöht. Die Nord Getränke setzt jährlich knapp 3 Mill. hl alkoholfreier Getränke ab.

Die Umstrukturierung des Geschäfts mit alkoholfreien Getränken bezeichnet Asche als den zunächst letzten Schritt in der seit Jahren betriebenen Neuordnung der Holsten-Gruppe. Nicht dazu gehört die Trennung von der Coca-Cola-Konzession, die nach jahrelangen Verhandlungen auf Nachbarkonzessionen übertragen worden ist.

Holsten, so räumt Asche ein, hätte den umgekehrten Weg, nämlich den Zukauf anderer geeigneten Konzessionen, gern bevorzugt, sich aber der Notwendigkeit, größere Produktionseinheiten in Norddeutschland zu schaffen, beugen müssen. Der Erlös aus der Konzessionsabgabe solle für Zukäufe im Getränkegeschäft verwendet werden, erklärt Asche.

Mit der weitgehend beendeten Reorganisation der Gruppe sei Holsten nicht am Ende aller Ambitionen. Konkrete Pläne gebe es nicht, man sei an allem interessiert, was eine vernünftige Rendite bringe. Eine Verwendung der zugeflossenen Mittel zur Stützung der Ergebnisse hat Holsten offenbar auch für 1984/85 nicht nötig. Die Ertragslage, so Asche, habe die Erwartungen voll erfüllt, das Ergebnis werde „sehr vernünftig" ausfallen. Es gebe keinen Zweifel, daß man vom Prinzip der Dividendenkontinuität zumindest nicht im negativen Sinne abrücken müsse.

Für das neue Geschäftsjahr bleibt Asche vorsichtig optimistisch. Im Inland gebe es zwar kein Wachstum mehr und zeichne sich auch keine Milderung des harten Preis- und Konditionenwettbewerbs ab. Expansiv werde Holsten im Auslandsgeschäft bleiben, wobei vor allem von der Lizenzproduktion in Ungarn erhebliche Fortschritte erwartet werden.

HEW: Abschied von teurer US-Kohle

JB. Hamburg

Die Hamburgische Electricitäts-Werke AG (HEW) hat ein weiteres Stück Vergangenheit bewältigt. Für stattliche 76 Mill. DM löste HEW jetzt einen 1978 geschlossenen Kohleliefervertrag mit der US-Firma Patriot Coal Comp, West-Virginia, ab. Der Vertrag sah bis 1994 eine jährliche Abnahme von 300 000 Tonnen amerikanischer Tagebaukohle vor.

Die Ablösung des einst als weitsichtig gefeierten Vertrags begründet HEW mit veränderten Weltmarktbedingungen. Die vorhergesagte Ver*knappung von Kohle sei nicht einge*treten. Außerdem koste die US-Kohle durch die Dollarentwicklung heute wesentlich mehr und habe einen zu hohen Schwefelgehalt. Das Ergebnis dieses Jahres bleibe von der Ablösung unberührt, heißt es. HEW habe bereits im *Abschluß 1984* vorgesorgt. Zudem spare man allein 1985 durch den Bezug schwefelarmer Kohle zu Weltmarktpreisen 15 Mill. DM.

Investmentgeschäft hat sich belebt

cd. Frankfurt

Das Investmentgeschäft war im dritten Quartal recht lebhaft. Die im Bundesverband Deutscher Investmentgesellschaften (BVI) zusammengeschlossenen 132 Publikumsfonds verkauften für netto 2,2 Mrd. DM Anteile. Gegenüber dem Vorquartal bedeutet das eine Steigerung um 816 Mill. DM, die wesentlich auf die Wiederanlage von Ausschüttungen zurückzuführen ist. Im vergleichbaren dritten Quartal 1984 setzten die Fonds allerdings nur 617 Mill. DM ab.

Dieser Vergleich zeigt ebenso wie der Absatzanstieg von 2,1 Mrd. DM in den ersten neun Monaten 1984 auf 5,4 Mrd. DM von Januar bis September dieses Jahres, daß sich das Investmentgeschäft deutlich gebessert hat.

Der Mittelzufluß und kräftige *Kurssteigerungen* sorgten für ein Anwachsen der Fondsvermögen von 46 Mrd. DM Ende 1984 auf 54,2 Mrd. DM Ende September.

Erdgas aus der nördlichen Nordsee

Bm. Essen

Das erste Gas aus der nördlichen Nordsee strömt nach Westeuropa. Über ein 800 km langes Pipeline-System kommt das Gas aus dem Statfjord-Feld. 1986 werden auch die Felder Heimdal und Gullfaks folgen. Neben der Bundesrepublik gehören Belgien, Frankreich und die Niederlande zu den Beziehern dieses Gases aus der nördlichen Nordsee. Die Feldergruppe wird insgesamt jährlich 3,5 Mrd. Kubikmeter (cbm) zum Kontinent liefern, 1,5 Mrd. davon in die Bundesrepublik. Sie bezog 1984 aus Norwegen 7,7 Mrd. cbm, das sind 14 Prozent des deutschen Erdgasaufkommens.

Das Feld Statfjord ist das größte Ölvorkommen in der norwegischen Nordsee, das seit 1979 in Betrieb ist. Bisher wurde das mit dem Öl geför*derte Gas wieder in die Lagerstätte* zurückgepreßt. Nach Fertigstellung der Leitung können nun aus diesem Feld insgesamt 45 Mrd. cbm gefördert und auf dem Kontinent vermarktet werden. Die jetzt in Betrieb genommene Statpipe (6 Mrd. DM Investi*tion) bringt das Gas zunächst nach* Norwegen. Dort werden höhere Kohlenwasserstoffe vom Erdgas getrennt und das Gas dann weitergeleitet.

VERMÖGENSPOLITIK / Kongreß in Hannover

„Zweite Stufe wird kommen"

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die in weiten Teilen ablehnende Stellungnahme der Bundesregierung zu dem vom Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf zum Ausbau der Vermögensbildung bedeutet keineswegs, daß dieses Thema „vom Tisch ist". Das erklärte Wolfgang Vogt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesarbeitsminister, im Rahmen eines „Vermögenspolitischen Kongresses", den die Niedersächsische Landesregierung in Hannover veranstaltete.

Vogt räumte ein, daß „einige Türen zugeschlagen" wurden. Dies ändere aber nichts an dem Willen der Bundesregierung, daß die „zweite Stufe des Vermögensbildungsgesetzes kommt". Eine Einschränkung der Wahlfreiheit bei der Nutzung des 936-DM-Gesetzes, wie sie von Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel formuliert wird, erkennt Vogt nicht. Der „dritte Korridor", also die Differenz zwischen 624 DM und 936 DM, reiche aus, um die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen zu initiieren.

Ministerpräsident Ernst Albrecht sprach sich auf dem Kongreß nachdrücklich dafür aus, die Beteiligung am Produktivkapital „stärker zu fördern als die Bildung von Sparkapital". In der staatlichen Förderung komme es darauf an, daß die Übernahme von Risiko auch entsprechend belohnt werde.

Niedersachsen habe sich von Anfang an auf zwischengeschaltete Kapitalsammelstellen, also Investmentfonds, konzentriert. Weil die vor*handenen Formtypen* aber nur eine Beteiligung an börsennotierten Unternehmen und nicht an mittelständischen Firmen ermöglichten, sei nach einer neuen Konstruktionsform gesucht worden. Mit den Beteiligungs-Sondervermögen, die neben Wertpapieren auch stille Beteiligungen aufnehmen könnten, sei ein adäquates Instrument gefunden worden. Die Landesregierung sehe in der rechtsformunabhängigen stillen Beteiligung einen für Kapitalanlagegesellschaften besonders geeigneten Weg, um sich an mittelständischen Unternehmen zu beteiligen.

Auf die Zurückhaltung der meisten Arbeitnehmer gegenüber risikoreichen Anlagen verwies Frau Breuel. Vor diesem Hintergrund, so die Ministerin, müsse in einem zweiten gesetzgeberischen Schritt „eine deutliche Privilegierung der Anlage in Produktivkapital gegenüber dem Konten-, Wertpapier-, Versicherungs- und Bausparen" erreicht werden.

Widerspruch dazu äußerte Helmut Geiger, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Auch die Kreditwirtschaft befürworte den begünstigten Einstieg der Arbeitnehmer in Produktivvermögen; die Abschaffung des Prämiensparens indes sei aus tarifpolitischen Überlegungen heraus nicht zu verantworten.

Bundesbank-Vizepräsident Helmut Schlesinger verwies auf die vielfältigen, letztlich aber erfolglos gebliebenen Bemühungen in der Vergangenheit, neue Wege in der Vermögenspolitik zu beschreiten. So gesehen sei die Haltung der Bundesregierung durchaus verständlich. Nach den Worten Schlesingers ist der indirekten Beteiligung der Vorzug vor einer Direktbeteiligung an Unternehmen zu geben. Gemessen am Risiko müsse die Kapitalverzinsung deutlich über der anderer Anlageformen liegen.

Zu den betriebsinternen Aspekten der Mitarbeiterbeteiligung äußerte sich Reinhard Mohn, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung. Die in seinem Haus gemachten Erfahrungen mit dem Genußschein-Modell seien Beweis dafür, daß die Beteiligung am wirtschaftlichen Erfolg und am Kapital des Unternehmens die Mitarbeiter motiviere. Wenngleich die Zeit für „exakte gesetzliche Vorschriften" wegen der Kompliziertheit der Materie noch nicht reif sei, sollten die Unternehmen eigene Absprachen vornehmen.

NAMEN

Werner Brendel (48), Generalbevollmächtigter der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, hat die Verantwortung für den Gruppenbereich Bürokommunikation übernommen. **Hermann Chlupka** (50), als Vorstandsmitglied bisher für diesen Bereich zuständig, führt das neugeschaffene Ressort „Entwicklung der Unternehmensstruktur".

Joseph Vierstraete (60), Vorsitzender der Geschäftsleitung der Langnese-Iglo GmbH, Hamburg, wird im Frühjahr 1986 in den Ruhestand treten. Als Nachfolger wird dem Aufsichtsrat **Werner Kook** (52), Vorsitzender der Geschäftsleitung der Elida-Gibbs GmbH, Hamburg, vorgeschlagen.

Fritz Knobloch, ehemaliger Personalvorstand der Th. Goldschmidt AG, Essen, verstarb am 9. Oktober.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Michael Klatt & Partner GmbH; Hummel & Co. Ges. mbH Wohnwagen-Verleih u. Verkauf, Aachen-Richterich; **Bergheim:** Ulrich Vorhagen Bauges. mbH, Elsdorf-Etzweiler; **Essen:** Wilhelm Lammert; **Gütersloh:** mac Bee Bewermeier GmbH, Rietberg; **Hamm:** Energon Entwicklungs- u. Betriebsges. Dr. Erbslöh u. Partner KG; **Karlsruhe:** Nachl. d. Kurt Salzmann, Pfinztal; **Köln:** EAM-Elektro-Anlagen + Montage GmbH; **München:** KMU-Fototext GmbH; **Rottweil:** Franz Hettich, Inh. d. Fa. Hermann Hettich, Fensterbau, Glaserei, Bauschreinerei, Schramberg-Sulgen; **Stuttgart:** Nachl. d. Artur Wladislaus Oboth; **Sulzbach:** Nachl. d. Edmund Kraus

Vergleich beantragt: Euskirchen: Hermann Quantius Omnibusunternehmen, Rheinbach.

FAG KUGELFISCHER / Zeichnung von Stammaktien zum Kurs von 310 Mark

Kein Rückzug der Eigentümer-Familie

DANKWARD SEITZ, München

Mit der ersten Börsennotierung am 4. November wird mit der Schweinfurter FAG Kugelfischer Georg Schäfer KGaA, einem der führenden Wälzlagerhersteller der Welt, der deutsche Aktienmarkt um ein weiteres interessantes Unternehmen bereichert. Zuvor werden ab dem 21. Oktober *einem breiten Publikum 1,6 Mill.* Stammaktien zum Kurs von 310 DM je 50-DM-Aktie zur Zeichnung angeboten. Zum amtlichen Handel zugelassen sind die Aktien an den Börsen in Frankfurt, Düsseldorf, München und Berlin.

Insgesamt werden damit nach den Worten des persönlich haftenden Gesellschafters und Sprechers der Geschäftsführung, Fritz Schäfer, 80 Mill. DM oder knapp 49 Prozent des Grundkapitals von 165 Mill. DM den *Anlegern zur Verfügung stehen.* Die restlichen 85 Mill. DM werden zwar ebenfalls an der Börse eingeführt, verbleiben jedoch als Dauerbesitz bei der Familie. Denn, so Schäfer: „Dies ist nicht der Beginn eines Gesamtrückzugs der Familie aus dem Unternehmen." Es seien Regelungen getroffen, daß die Familie künftig mit einer Stimme sprechen und sich auch bei möglichen Kapitalerhöhungen beteiligen werde.

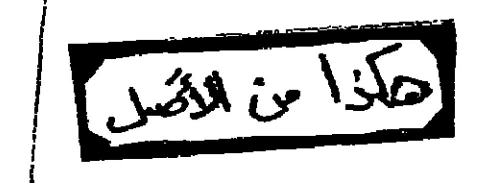
Der Wert dieser Emission beläuft sich insgesamt auf 496 Mill. DM. Davon werden der Gesellschaft etwa 284 *Mill. DM zufließen. Die* neuen Kommanditaktionäre erhalten für das laufende Geschäftsjahr 1985 ein Viertel der Dividende. Dabei gehen Schäfer und Finanzchef Wolfgang Masuch davon aus, daß FAG für 1985 „wieder mindestens 8 DM je Aktie" ausschütten wird. Bei *einem erwarteten* Gewinn je Aktie (nach DVFA) von 38 (35) DM ergibt sich ein Kurs/Gewinn-Verhältnis von etwas über acht.

Den Gang an die Börse bezeichnete Schäfer als einen „folgerichtigen Schritt zur Sicherung der Zukunft". Der Ausbau zukunftsträchtiger Märkte und Produkte erfordere Investitionen – im Zeitraum 1983 bis 1988 werden es in der AG rund 700 Mill. DM und im Konzern rund 1 Mrd. DM sein – die ein Familienunternehmen *nicht mehr allein finanzieren* könne. Während das Wachstum der Wälzlagermärkte langfristig abflachen wird, sieht man bei FAG noch ein erhebliches Potential in Nordamerika und Fernost.

Zudem seien die Ertrags- und Expansionsmöglichkeiten im Produktbereich Industrietechnik bei deutlich höherer Wachstumsgeschwindigkeit als in der Lagerungstechnik „noch lange nicht ausgeschöpft". So soll der Umsatzanteil dieser Sparte, in der alle Produktgebiete von Bremshydraulik über Meß- und *Regeltechnik* bis hin zu Druckguß- und Umformteilen zusammengefaßt sind, von derzeit 25 Prozent in den nächsten 15 Jahren auf 35 bis 40 Prozent steigen.

Im laufenden Geschäftsjahr wird der FAG-Weltkonzern, so Schäfer, seinen Umsatz auf rund 3,1 (2,7) Mrd. DM steigern können. Die KGaA selbst wird auf etwa 2,1 (1,9) Mrd. DM kommen, wozu die Lagerungstechnik über 1,6 (1,5) Mrd. DM und die Industrietechnik über 0,4 (0,38) Mrd. DM beitragen werden. *Auf* den Export werden rund 1,0 (0,96) Mrd. DM entfallen. In 1986 soll dann der Umsatz der KGaA auf 2,2 Mrd. DM zunehmen.

In den ersten acht Monaten 1985 stieg der KGaA-*Umsatz nach* Angaben von Masuch gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit um mehr als elf Prozent auf 1,4 Mrd. DM. Der Auftragseingang liege deutlich über dem Vergleichsniveau; der Bestand habe eine rechnerische Reichweite von 7,5 Monaten. Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung betrage nun rund 93 (90) Prozent. Beschäftigt wurden per Ende August in der Muttergesellschaft 20 936 (Ende 1984: 20 218) Mitarbeiter; bis zum Jahresende soll diese Zahl noch weiter steigen.



Erholung bei den Renten

Kaufaufträge aus dem Ausland sorgten am Rentenmarkt für eine gewisse Stabilisierung. Bei den länger laufenden öffentlichen Anleihen kam sie in Kurserholungen bis zu knapp einen halben Punkt zum Ausdruck. Inländische Anleger blieben dem Markt noch fern. Sie sind weiterhin skeptisch, ob der vielzitierte Zinsbuckel bereits wieder im Schrumpfen begriffen ist. DM-Auslandsanleihen profitierten – genau wie Bundesanleihen – teilweise von Auslandskäufen.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Wieder Ansturm auf Aktien

Sprunghafte Steigerungen in zahlreichen Standardwerten

DW. – Durch die positive Konjunkturdarstellung des jüngsten Monatsberichtes der Bundesbank haben sich die Käufe auf dem Aktienmarkt verstärkt. Von den Kreditinstituten wird berichtet, daß die *Kaufaufträge* „waschkörbeweise" bei ihnen eintreffen. Kennzeichnend für die feste Tendenz ist, daß zwar zunehmend auch Aktien mit engen Märkten von der Aufwärtsbewegung erfaßt werden, doch die Kurssteigerungen bei den meisten Standardpapieren weitergehen. *Das widerspricht* einem bevorstehenden Ende der Hausse.

Im Mittelpunkt standen diesmal als Folge des Bundesbankberichtes, der von einer wachsenden Investitionsneigung im Inland spricht, Maschinenbauaktien, insbesondere GHH, KHD und Deutsche Babcock. *In der Chemiegruppe* setzten die Titel der Großchemie ihren Anstieg stetig fort. Aus dem Rahmen fielen aber diesmal Schering, wo der Kurs zeitweise 40 DM höher als am Vortag lag. Von den Elektrowerten erreichten Siemens-Aktien mit mehr als 630 DM neue historische *Höchstkurse*. Daß andererseits die AEG-Aktien mit Minuszeichen angekündigt werden mußten, tat der Anlagebereitschaft bei den Elektrowerten keinerlei Abbruch. AEG gilt als absoluter Sonderfall und der Kursrückgang um zeitweise mehr als 19 DM steht im Zusammenhang mit der Bereitschaft des Bankenkonsortiums, Daimler gegebenenfalls zum Kurs von 170 DM die Mehrheit an der AEG zu sichern.

Frankfurt: Degussa befestigten sich um 2 DM, Dyckerhof St. stiegen um 6 DM und Hartmann Braun St. *zogen um 10 DM an. Schwächer* lagen Enka mit minus 10 DM, Hutschenreuhter mit minus 5 DM und Südzucker mit minus 2 DM.

Düsseldorf: Küppersbusch verbesserten sich um 10 DM, Hagen batterie um 2,50 DM und Rheag um 20 DM. Auf der Verliererseite standen Gerresheimer Glas mit *minus 2 DM*, *Banning* mit *minus 5* DM und Bilfinger mit einem Abschlag von 4 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi konnten sich um 8,50 DM verbessern und Beiersdorf erhöhten sich um 2 DM. Wenig verändert lagen HEW mit plus 0,90 DM sowie Bremer Vulkan mit plus 0,50 DM. Hapag Lloyd stiegen um *0,50 DM*.

Berlin: Rheinmetall St. erhöhten sich um 46 DM, Rheinmetall Vz. um 35 DM und Schering um 25 DM. Herlitz St. büßten 5 DM, DUB-Schultheiss und Kempinski je 4 DM ein.

München: *Binding* befestigten sich um 5 DM, Deckel AG um 1,50 DM und Krones um 5 DM. Aigner verloren 1 DM, Dywidag sanken um 4,40 DM und Flachglas sanken um 1 DM.

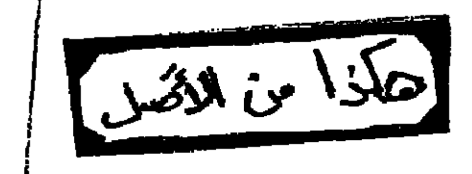
Stuttgart: Fuchs legten 7,80 DM und Kolbenschmidt 4,50 DM zu. WMF St. *stockten um 10,10 DM auf*. Daimler zogen um 4 DM und Mercedes um 6 DM an. *Zeag* Zement wurden um 14 DM niedriger taxiert.

Nachbörse: freundlich

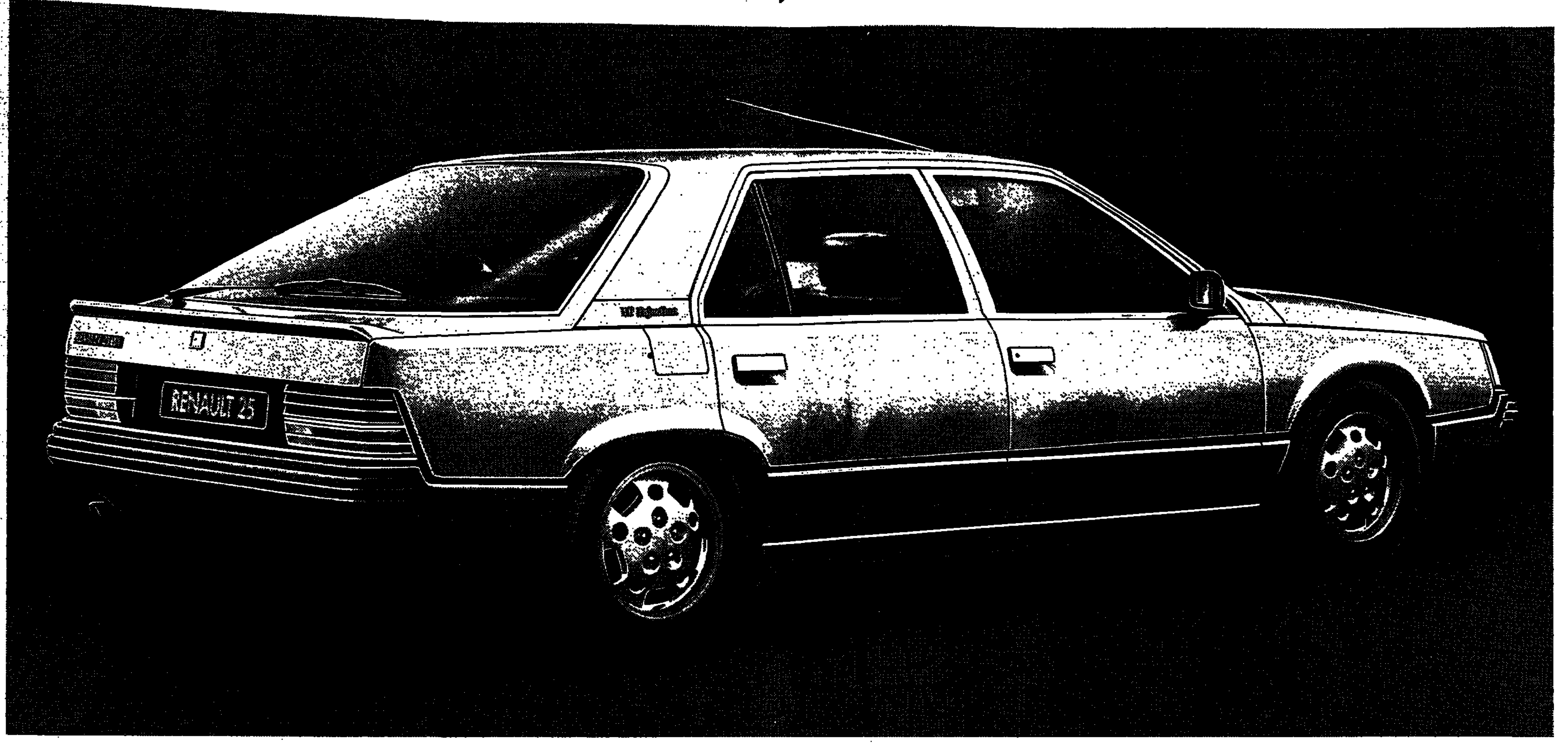
WELT-Aktienindex: 255,54 (253,29)
WELT-Umsatzindex: 18 422 (7156)

Inland

		17.10.	16.10.
H	Aach M Berl. 10	1805	1699
H	Aach. M. Vers. 7	1250	1130
D	Aach. Rück. 9	2800	2620
D	Aseag *4	460B	470B
M	Ack-Gögg. 6	141bG	142,5
H	Adca 3	150,8	151bG
D	Adler 9	300G	300G
F	Adt 0	53,1	53,9
F	AEG 0	190	202
D	AEG KABEL 9	340T	325
S	Aesculap 9	440,5bG	441
F	AGAB 5	125	123,5
D	Agrippina *0	1450	1450
M	Agrob *0	206,5bB	206bB
M	dgl. Vz.* 0	155,5	163
M	Aigner 9	209	210bG
M	Akt. Kaufb.*18	1050TB	1060bG
H	Agiv 10	370	375G
H	Albingia 8	1030G	1030G
D	Alexanderw. 0	114bB	111G
Hn	Allerthal*0	158G	158G
S	Allg.Re.**6,3	3860	3800TG
S	dgl.NA**6,3	3200	3200TB
S	dgl.35%E.6,3	4900bG	4800
D	Allianz Leb. 9	6800	6450
D	Allianz V. 11	1720	1675
S	Altweiler St. 8	279G	278G
S	dgl. Vz. 9	224,5	220bB
F	Altana 10	420	424
F	Andreae-N.Z. 0	142	142,2
F	Asko 10	1110	1060T
H	Audi NSU 2	730	730
M	Augsb. Kg. 1,5	132bB	131
S	Badenwerk 6	175	170,5
F	Bd.Württ.Bk. 11	558	551
D	Balcke-Dürr 5	185,5	187G
F	Bankg.v.1899 *14	585bB	584
D	Banning ** 20	890T	895
H	BASF 9	259	257,5
H	Bavaria 3	175	175
D	Bayer 9	242,5	239,9
F	B.Br.Sch.-J. 0	230G	230G
M	Bayer. Hdlb. 11	395bG	395bG
M	Bayer. Hartst. 6	630TB	650bB
M	Bayer.Hypo10 +2,5	445bG	441bG
M	Bayer. Lloyd 5	279,5	275,5G
H	BMW 12,5	499	494
M	Bayer. Vbk. 11	445bG	435bG
H	Beiersdorf 9,5	524	526
F	BHF-Bank 10,5	374	372
F	Berl. Bank 3	189	189
B	Berl. Kindl 4,5	128	128,5
B	Betula 5	113,3	112,8
B	Berthold 0	175	175
S	Bilf.+ Berg. 10	231	230
F	Binding 7+1	235bG	237bB
M	Blattmetall 6	960G	960G
D	Boch.Gels. Str. 0	230T	230T
F	Brau AG 0	300T	260
M	Brhs. Amb. *5	720G	720G
F	Braun Vz. 15,2	530G	535G
H	Br.H.Hypo 10+1	373	372G
Hn	Brsch.Jute *0	125	125
H	Breitenb.-C. *28	620G	620G
H	Br. Straßb. *0	410B	410T
H	Br. Vulkan 0	95	92
H	Br. Wollk. 7	182	185
F	BBC 6	279	279
S	BSU Textil 0	1320G	1320G
D	Buckau-W. 4,1	137	135
D	Buderus *12,6	385	385G
M	Bgl.Br.Ing. *12+1	980G	980G
S	Bgl.Brh.Rav. *0	375B	375B
S	Calw D. **18	710bG	710G
F	Cassella *15	570	561
F	Ceag 0	192	190
F	Chem. Vw. *16	540,5	548,5
D	Colonia 5	550	500
D	Commerzb. 6	254,5	254
D	Cobk.Reste*0 RM	17,5T	17,5T
D	Conc. Chem. 4,5+3	340	341bG
B	Conc. Spinne * 0	405B	405B
D	Contigas 7,5	400	387
D	Conti Gummi 3	173,1	170,8
D	Dahlb. St. 7,65	285	275
D	dgl. Vz. 14,55	410	396
S	Daimler 10,5	1047	1045
M	Deckel AG 0	205,5	204
D	Dt. Atl. Tel.10+1	525	527G
H	Doag 5	341	341
D	Dt. Babcock St. 3	176	175,5
D	dgl. Vz. 3,5	176	174
F	Dt. Bank 12	678	677
D	Dt. Centralboden 12	660bG	661bG
D	Dt. Conti Rück 0	3750G	3750G
D	dgl. NA 0	980B	980B
F	Dt. Eff.+Wbt. 10	500bB	550
F	Degussa 9,5	458	457
H	Dt. Hyp. H.-Bln. 9	288	285bG
H	Dt.Hyp.F.-Br.10+2,5	545G	545G
S	DLW 11	338	335
Hn	Dt. Spezialgl. 9	481	481G
F	Dt. Steinz. *6	300bB	300
H	DeTeWe 9	535T	525bG
F	Dt. Texaco 2,7	229,8	220,5
B	Dt. Eisenh. *6	–	–
D	Didier 7	233	233
F	D.bl. Quellen 7,5	420G	420bG
D	Dierig Holding 4	186	189
D	Dittm. & N **60	7700G	7700G
D	DAB 0	111	113
D	Dm. Ritter 7,7	315T	315T
D	DUB-Schulth. 7	261	265
D	Duewag 4	207bG	197,5
D	Dresdn. Bank 7,5	338	336
D	Dyckerh. Z 6	185T	180bG
D	dgl. Vz. 6	180T	177T
F	Dywidag 7	192	192,5
D	Edelst. Witten *0	310G	310G
F	Eichbaum-Br. 5	172G	173G
D	Eisb. Verk. 10	300G	300G
H	Elbschloß 0	296G	296T
M	ELECTRO. 2000 25	450	450bG
M	En. Oberfr. 6	340B	350bB
M	En. Ostb. 6	240	246
H	Elbkraft 0	90	83,2
B	Engelhardt 7	235G	235
D	Enka 7,5	383	378
M	Erlus 10	350	360B
M	Erste Kulmb. 9	1260G	1260
S	esbi *0	7,5bB	7,3bG
S	Essl. Masch. *6	430G	430
M	Esterer **10	610G	610G
D	Farb. Liqu.*RM 0	7,6	7,6
F	Flachglas 9	310bB	305,5
D	Ford *19,36	850T	850T
B	Forst. Ebn. *4 %	3400T	3500
M	Fr. Oberl. Wk. 5	245	245G
F	Frankf. Hypo 12	705	715
F	Frankona R. 5	455T	455T
F	dgl. NA 5	470T	450G
F	dgl.50 % E. 2,5	335T	340T
F	Fuchs Petrol Vz. 0	168	167,5
H	Geestm. Bk. 3	167	169
M	Gehe *5	164bG	161,8
D	Gels.wasser 6,5	168	168
D	Gerresh. Gl. 5	176	178
F	Gestra 7	189,9	188,5bB
D	Gildem. 0	99	101bB
D	Girmes 0	164,5	163,8
D	Glas & Sp. *11	270T	270T
D	Goldschm. 8	223	223
M	Glw. Frk. *9	250,5G	250,5bG
F	Grünzw. H. 0	114,3	111,8
H	Guano *8	490	490B
D	GHH St. 3	207	199,5
D	GHH Vz. 3	189	185,5
M	Hacker-Psch. 23,3	1350	1360
H	Hageda 0	115B	115bB
D	Hagen Batt. 5+1	158,5	156T
H	Hall.-Maurer *0	173,5	180
D	Hamb. Berg 7+1	262	251
H	Hb.Hochb.*4+0,64	97,5	99B
H	HEW 5	119,2	118,5
H	Hdl. Llb. 9	380bG	380bG
Hn	Hann. Papier 5,5	135,5	157
H	Harmstorf 0	97,5	97G
D	Harpener 11	353	354
F	Hartm. & B.St. 4	825G	815G
F	dgl. Vz. 4	720G	710G
M	Hasen-Bräu 9	1085	1100
S	Heidelb. Zem. 7	405	–
M	Heilit & W. 5	290	290B
D	Hein. Lehm. *0	291	295bG
D	Heinr. Ind. *14+4	600	595
H	Hemmoor 12,3	260G	260G
D	Henkel	410	420
F	Henninger 2	133bB	130bG
B	Herlitz 7	220	223
B	dgl. Vz. 7,8	211,5	209
B	Hermes 7	580G	580G
S	Hesser *14,5	540rrG	530TB
D	Hindr. Aufl. *7	230	230T
D	Hochtief 10+2	770bG	760
D	Hoechst 9	244	243
D	Hoesch 0	144,5	142,5
M	Hofbr. Cbg. 2	550	560B
D	Hoffm. St. 0	210bG	208T
S	Hohner *6	187	190
H	Holsten-Br. 6	250,1	250,1
F	Holzmann 10	526	522bG
D	Horten 4	210	215
B	Hw. Kayser *12	292,5	293B
D	Hussel 8	395	396
M	Hutschenr. 9+1	400	408,8bB
H	Hypo Hbg. 10+2,5	485	497
D	IKB 7,5	265exD	275,5
S	IWKA 3	304	305
M	Isar-Amper 7,5	–	–
D	Isenbeck 4,75	167bG	167bG
H	Jacobsen *8	630T	630T
H	Jute Bremen 4	–	305
D	Kabelmetal 5	141	141
D	Kali Chemie 12	–	450
D	Kali u. Salz 8	380	380
D	Karstadt 7	292	291
D	Kaufhof 6,5	313	318,5
B	Kempinski 5	331	335
D	Keramag 2,5	170	170
F	KSB 6,5	215	214
F	dgl. Vz. 7,25	211	206
Hn	KWS 7,5	514	511
D	KHD 9	318,2	304,5
D	Klöckner-Wk. 0	84,5	80,7
D	Kochs-Adler 8+2	290	290
D	Köln-Düssd. *16	495T	500
D	Köln. Rück. *18	1635	1560
B	Kötitzer *0	1200G	1200G
S	Kolb & Sch. 4+1	155	146,5
S	Kolbenschmidt 6	205,5	201bG
F	Kr. Rheinf. 6,5	241	239,5
S	Kraft Altw. *14+2	570B	570B
M	Krauss-Maffei *15	1600	1650TB
D	Kromschr. 11	285	280
M	Krones 5	675	670bG
D	Krupp-Stahl *0	140	136
H	Kühltr. *8	550G	550G
D	Küppersb. *0	228	218G
D	KKB 10	615	605
F	Kupferberg *18	–	–
F	Lahmeyer 10	493G	489
D	Langenbr. 10+5	920G	900
D	dgl. Vz. 10,5+5	920T	920
F	Lech Elektr. 7,5	333	338G
D	Leffers 7,5	302	305
B	Lehmann 0	125	128
F	Leifheit 3	423bG	425bG
M	Leon. Drahtw. 10+2	390	395bB
F	Linde 10	610	600
Hn	Lind.Gildebr. *13	440B	–
M	Löwenbräu 8+1,5	1262	1262
D	Lufthansa St. 3,5+1	229	228
D	dgl. Vz. 3,5+1	232	232bG
D	Magd. Feuer 7,5	750T	725bG
H	Malbak 4	–	–
F	Mainkraft *15	555	550
F	MAB 6,5+1	370G	370G
F	dgl. Vz. 6,5+1	320G	320G
D	Mannesmann 4	238	233,5
F	Mannh. Vers. 8	680T	660bG
H	Markt & K. 7	233	229
F	MAN St. 0	188	190
F	dgl. Vz. 0	178	176
F	MAN-Rol. 20,2	456bG	455
S	M.Mühl.Weing. *0	290	289
D	Mauser 0	94	90
F	Mercedes 10,5	970	959,5
F	Metallges. 0	332	318
S	Met. u. Lack 0	120	115,5
S	Mäag 6,5	413G	413G
F	Moenus 0	100,1	101,5
F	Monachia 5	2100G	2100G
Hn	Mühl. Rün. 0	125G	126G
M	Mü. Rück. Inhab. 9	1950	1920
M	dgl. 50% E.*9	1850	1810bB
M	NAK Stoffe 0	93,8	90bG
S	Neckarw. Essl. 7	230	235
M	N. Bw. Hof 8	259,9	258bG
M	Niedermayr *0	220bB	223B
D	Nino 6	196	196
D	Nixdorf 9	564,5	565
H	Nordcement 6+1,5	142	138,5
H	Nord. Steing. 4+1	140,4	138
D	Nordstern A. *10	1810	1800
D	dgl. NA *10	1770T	1770T
B	Nordd. Leb. *18	6290	6200G
H	NWK St. 7,50	260G	260G
H	dgl Vz. 7,50	260G	260
H	Old. Ldbk. 8	300	300
D	O & K *0	275	275
H	Otavi 4	127	126,5
F	PWA 4	147,6	146
F	Parkbräu *0	355B	355B
M	Patrizier-Br. 0	300	310TB
M	Paulaner 34	1700bG	1700G
D	Pegulan 7	207	210
D	dgl. Vz. 8	220bG	220G
F	Pfälz. Hypo 10+2,5	550	555
F	Pfaff 6	215,1	215bG
D	Philips Kom. 9+6	693	690
H	Phoenix G. 3,5	154	142
F	Pittler Masch. 0	107	108
S	Porsche 16	1322	1300
M	Porz. Walds. 0	170bB	168bG
H	Preussag 9	275	265
S	Progress. 8	242	244G
M	Rathgeber *8	470G	470G
D	Rav. Sp. *4	309G	309G
F	Reichelbräu 6	390G	390G
H	Reichelt 0	91,1	94,8bB
S	Rheinel. 10+1	845G	835G
F	Rhein. Hypo 10	450G	450G
D	Rhein. Textil *6	360G	360bG
D	Rhein. Boden 6+0,5	212	208bG
D	RWE St. 8	211	210,5
D	dgl. Vz. 8	208,5	205,5
D	RWK 0	365	362T
D	Rheinmetall 7,5	435	390,5
D	Rheinmetall Vz.4,25	428	383
D	Rhenag 7,5	285	282
Hn	Ried. d. H. *19	695	690
H	Rint. Sth.A **0	1500	1550B
H	dgl. Ut. B **0	1000B	1050B
F	Rosenthal 7,5	307	300
H	Ruberoid 5,5	880G	880G
D	Rütgers 8,5	420	415T
S	Salamander 7,5+1	226,5	226
H	Scheidem. *5,1	200B	200B
D	Schering 12	570	549
D	Schiess 0	136	131
M	Schlenk 5+1	260B	260B
F	Schiqu.H.*14	715G	715G
F	Schmal.-Lub.1,875	162,5	162
D	Schub. & Salz 0	158	150
S	Schw. Zellst. *0	243	244
H	Securitas *0	820G	820G
F	Seitz Enz. N. 6	175,1	180
S	SEL 10,5	332	336,5
S	Sekt. Wach. *8	705G	705bG
H	Siemens 10	628	616
F	Sinalco *13	530B	530B
D	Sinn 0	271bG	267bG
F	Sinner *12	323G	323G
H	Sloman Nept.*0	89G	88G
M	Sp. Kolbm. *0	860	850bG
S	Sp. Piersee *20+5	815bB	800bB
D	St. Bochum *6	255T	250T
H	P & S *0	–	–
F	Stempel 4,5	216G	216G
D	Stern-Br. 2	255	260
D	Stinnes *18	660bB	650T
B	Stock 1,92	630T	620T
D	Stöhr 6	157	156,5
D	Stolb. Zink 12,5	880T	870T
D	Stollwerck 7	412	412
D	Strabag 7	198	195
M	Stumpf 0	124,1bG	121
M	dgl. Vz. 0	114G	114
M	Stürtz **80	7500TG	7400TG
S	St. Bäckerm. *0	262G	262G
S	St.Hofbräu 9+5,5	779	784
S	dgl. Vz. 10+5,5	500	496bG
M	Süd-Chemie 12,5	624	624bG
M	Südboden 11	460bG	460bG
S	Sütz. 10	280,1	281G
B	Temp. Feld.*4+2	740T	740T
B	Terr. Rud. **9	3000G	3000G
D	Terrex Rumpus 0	276	290
Hn	Teut. Z. Vz. 6	142G	142
D	Thür. Gas. 8	400	399
F	Thuringia 10	1020T	1005G
D	Thyssen 0	155	150,7
D	Thyssen Ind. 0	128,1	122,5
H	Triton- Belco 3	107	107
M	Triumph-Adler 0	300bG	300
M	Oberl. Ütr. 6	318bG	320bG
H	Üstra Hann. V. 1	132B	132B
F	Varta 7,5	254	245
D	Veba 9	273	270,5
F	Veith-Pirelli 7,5	275	270G
M	Ver. Aach.-Bln. *13	3550TG	3400TG
M	dgl. NA.	1960G	1960G
S	V. Alt.u. Str. *0	160rrB	165bB
F	VDM *6,666	265T	260T
D	V. Dt. Nickel *0	203	200
D	VEW 6	144,5bG	144,5
S	Ver. Filz *0	212G	212G
F	VGT 5	261	268
H	V. Kammgarn 0	45T	–
M	V. Kunstm. 5	175G	175G
D	V. Seidenw. St. 2,5	185,5	187
H	V. Werkst. 0	170G	170G
H	Vereins-Westb. 10	356	357
M	Vbk.-Nürnbg. 11	451bG	451bG
D	Vict. Leben *18	9700	9650
D	dgl. 50% E. *9	7000	6600
F	Vögele 5	113	115
M	Vogtl. Bwsp 8	220bB	218
D	VW 5	345,2	334
M	Wanderer *8+1	396	396
D	Wedag 3	143G	143G
F	Wella 9	665	661
D	Westag & Get. 0	82,5	84
F	Wickrath *6	380T	385T
Hn	Wilke *0	8,2	8G
S	Wolld. Weil 0	135G	135G
S	Württ. Cattun 10+2	585bG	585G
S	Württ. El. 8	297	295
S	Württ. Feuer 9+1	1460	1435
S	Württ. Hypo 11+1	688bG	690
S	Württ. Lein *16	1570G	1570G
S	WMF 4	170bB	159,9
S	dgl. Vz. 4	153	151,5
S	Württ. Bd. *18	1680	1660G
M	Würzb. Hofb. *0	292	295G
F	Ymos 6	177,5	171
M	Zahnr. Renk. 7	276	279,8bB
D	Zanders Feinp. 6	217	217
S	Zeag Zement 10	535rrB	549bB
S	Zeiss Ikon *10	280	290B
M	Zucker & Co. *0	440TG	430TG
S	ZWL Gr. & Bel. 8	390	384,9



FÜR AUTOFAHRER, DENEN ES AUCH



AUF DIE INNERE GRÖSSE ANKOMMT.

RENAULT 25.
Automobile Intelligenz.

Das Auto ist mehr als ein Fortbewegungsmittel. Das Auto ist auch eine mobile Visitenkarte. Fahren „große" Leute „große" Autos? Und „kleine" Leute „kleine"? Oder umgekehrt? Davon unabhängig ist der Renault 25-Fahrer ein ganz spezieller Typ Mensch. Was sich anhand seines Autos genau belegen läßt.

Schon die Form des Renault 25 läßt den Renault 25-Fahrer als Individualisten erkennen: keine kantige Stufenform sondern ein elegantes Glaskuppelheck, hinter dem sich ein variabler Kofferraum verbirgt. Genauere Aufschlüsse über den Fahrer gibt jedoch das Innenleben des Renault 25.

Die körpergerecht geformten Sitze garantieren entspanntes Fahren. Viel Bewegungsfreiheit für Schulter und lange *Beine durch großen Fußraum und integrierte Türarmlehnen.* Die Tür-Zentralverriegelung erfolgt per Infrarot-Fernbedienung. P.L.I.P. genannt. Und die Stereo-Anlage gibt ihre 4 x 20 Watt über 6 Lautsprecher zum Besten. (Ausstattung je nach Version.) Kein Zweifel, der Renault 25-Fahrer versteht es zu leben.

Die Aufgeschlossenheit des Renault 25-Fahrers dokumentiert das Computer-Cockpit: Ein sprechendes Kontrollsystem überwacht 18 Bordfunktionen und entlastet so den Fahrer. Ein wichtiger Sicherheitsbeitrag.

Und die kraftvolle Motorisierung läßt interessante Rückschlüsse auf die Dynamik des Renault 25-Fahrers zu. Von 46 kW (63 PS) bis 104 kW (141 PS). Vom ökonomischen Turbo-Diesel bis zum leistungsstarken V6 Injection. Natürlich mit überlegenem Frontantrieb.

Na, haben Sie sich wiedererkannt? Nun, dann werden Sie bestimmt noch mehr über den Renault 25 wissen wollen. Bitte sehr! Rufen Sie uns an. Tel. 02232/73213 Oder schreiben Sie uns.

Ja, ich möchte mehr über den Renault 25 wissen. Welt 1

Name: ____________________

Straße: ____________________

PLZ/Wohnort: ____________________

Schicken Sie bitte diesen Coupon mit Ihrem Namen und Adresse an die Deutsche Renault AG, Kölner Weg 6–10, 5040 Brühl 1.

RENAULT

Renault 25
Ausgezeichnet mit dem
Goldenen Lenkrad '84

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Mittwoch die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Fester gingen Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	16.10.	15.10.
Dez.	305,00	304,25
März	312,50	310,00
Mai	304,00	305,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	259,75	
Am. Durum	256,69	geschl.

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	116,50	118,50
Dez.	116,60	117,50
März	120,60	121,80

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	94,80	96,00
Dez.	96,60	97,00
März	99,80	99,90

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	115,50	117,50
März	124,75	126,50
Mai	139,75	132,50

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	218,75	220,75
März	231,50	233,25
Mai	238,75	239,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	103,50	103,60
Dez.	106,00	106,60
März	111,80	112,10

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	16.10.	15.10.
Dez.	143,10	142,00
März	145,30	144,15
Mai	146,50	145,40

KAKAO New York ($/t)	16.10.	15.10.
Dez.	2156	2140
März	2243	2228
Mai	2290	2277
Umsatz	2500	2858

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	4,80	5,23
März	5,33	5,71
Mai	5,53	5,88
Juli	5,71	6,06
Sept.	5,85	6,25
Umsatz	12850	4057

Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)		
	5,06	geschl.

KAFFEE London (£/t) Robusta	16.10.	15.10.
Nov.	1657-1658	1644-1645
Jan.	1698-1700	1678-1680
März	1725-1729	1708-1710
Umsatz	4218	2609

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1703-1704	1710-1712
März	1752-1753	1700
Mai	1783-1784	1779-1780
Umsatz	3313	4562

ZUCKER London (£/t) Nr.6	16.10.	15.10.
Dez.	135,80-136,20	139,80-140,00
März	143,60-143,80	148,00-148,20
Mai	147,60-147,80	151,40-151,80
Umsatz	2761	282

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg	17.10.	16.10.
schw.		
Saraw.spez.	790,00	795,00
weiß.Saraw.	920,00	920,00
weiß.Munt.	930,00	950,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	16.10.	15.10.
Nov.	118,50	119,10
Jan.	115,75	115,80
März	114,50	114,30
Mai	113,65	113,40
Juli	112,75	112,60
Umsatz	1200	1200

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	16.10.	15.10.
	38,00	geschl.

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	21,75	geschl.

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Okt.	19,35	19,50
Dez.	19,45	19,40
Jan.	19,62	19,60
März	20,00	20,00
Mai	20,48	20,40
Juli	20,75	20,80
Aug.	20,85	20,90

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	17,00	geschl.

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	15,00	geschl.
Choice white hog 4 % fr. F.	14,00	geschl.

TALG New York (c/lb)		
top white	14,50	
fancy	14,75	geschl.
bleichf.	14,25	
yellow max. 10% fr.F	10,75	

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Okt.	47,30	46,30
Dez.	46,40	45,70
Feb.	45,50	44,80

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb.	66,20	65,20
März	66,15	65,20
Mai	67,25	66,40

HÄUTE Chicago (c/lb)	16.10.	15.10.
Ochsen einh. schwere River Northern	57,50	geschl.
Kühe einh. schwere River Northern	46,00	geschl.

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Nov.	500,00	503,00
Jan.	513,50	516,25
März	526,50	529,25
Mai	536,75	539,00
Juli	543,00	546,00
Aug.	542,50	545,50
Sept.	533,50	535,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Okt.	140,00	141,20
Dez.	140,90	142,30
Jan.	142,00	143,50
März	143,50	144,50
Mai	144,60	145,50
Juli	146,80	146,50
Aug.	146,00	147,50

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	16.10.	15.10.
Okt.	317,00	327,00
Dez.	312,20	315,20
März	319,20	321,80

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	16.10.	15.10.
	19,50	geschl.

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	17.10.	16.10.
jegl. Herk. cif	810,00	810,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	660,00	unerh.

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	355,00	347,50

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	130,50	131,50

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	435,00	440,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	–	710,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	16.10.	15.10.
Dez.	60,28	60,52
März	60,82	61,00
Mai	61,20	61,34
Juli	59,65	59,95
Okt.	53,87	54,00
Dez.	52,82	52,96

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	43,25	geschl.

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	17.10.	16.10.
Okt.	475-485	475-480
Dez.	–	481-482
Jan.	484-486	484-492
Umsatz	24	106

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	16.10.	15.10.
Dez.		
März		
Mai	unerh.	unerh.
Juli		
Umsatz		
Tendenz: nominell		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	16.10.	15.10.
Okt.	581,00–	587,00-590,00
Dez.	603,00-605,00	603,00-605,00
März	615,00-618,00	616,00-623,00
Umsatz	49	53

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	17.10.	16.10.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	16.10.	15.10.
Okt.	12208	12206
Nov.	12305	22322

KAUTSCHUK London (p/kg)	16.10.	15.10.
Nr.1 loco	58,00-61,00	58,50-61,50
Nov.	–59,00	–59,00
Dez.	–60,00	–60,00
Jan.	–	–
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	16.10.	15.10.
Nov.	185,00-186,00	185,00-186,50
Dez.	185,50-186,50	187,00-188,00
Nr. 2 Nov.	177,00-178,00	177,00-178,00
Nr. 3 Nov.	174,50-175,50	174,50-175,50
Nr. 4 Nov.	169,50-170,50	169,50-170,50
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	17.10.	16.10.
BWC	520	520
BWD	495	495
BTC	525	525
BTD	500	500

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	17.10.	16.10.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	256,29-256,48	262,13-261,51
drittl. M.	264,58-264,77	269,66-269,85
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	100,26-100,44	106,28-107,26
dritt. M.	101,95-102,33	108,20-108,39
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	1091,15-1094,89	1133,21-1137,00
dritt. M.	1108,09-1109,97	1152,16-1154,06
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	159,81-160,56	163,73-164,11
Prod.-Pr.	194,82	194,05
REINZINN 99,9 %	3589-3652	3567-3602

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	17.10.	16.10.
	30,05	30,05

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	17.10.	16.10.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	369,36-372,56	376,16-379,38
BLEI in Kabeln	108,00-109,00	114,75-115,75
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	17.10.	16.10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	333-334	337-338
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	365	368-373
MS 63	356-363	361-368

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	17.10.	16.10.
Leg. 225	325-330	325-330
Leg. 226	327-332	327-332
Leg. 231	360-367	360-367
Leg. 233	370-377	370-377

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

PLATIN (DM/g)	17.10.	16.10.
	29,75	29,98
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	28290	28440
Rückn.-Pr.	27540	27690
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	28400	28610
Rückn.-Pr.	27670	27870
verarbeitet	29790	30010
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	27900	28040
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	538,80	550,90
Rückn.-Pr.	522,70	534,50
verarbeitet	562,40	575,10

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	17.10.	16.10.
10.30	324,60	325,90
15.00	325,50	325,65
Zürich mit.	324,60-325,10	325,60-326,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	85110	86000
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	433,25	448,70
3 Mon.	444,90	452,85
6 Mon.	456,30	464,40
12 Mon.	480,30	487,95
PLATIN (£/Feinunze) London	16.10.	15.10.
fr. Markt	–	228,00
PALLADIUM (£/Feinunze) London	16.10.	15.10.
f. Händl.-Pr.	–	71,85

New Yorker Metallbörse

	14.10.	15.10.
GOLD H & H Ankauf	323,90	327,25
SILBER H & H Ankauf	614,50	625,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	322,00-323,00	322,00-323,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	101,00-102,00	101,00-102,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00

SILBER (c/Feinunze)		
Okt.	609,00	623,70
Dez.	615,00	630,00
Jan.	619,90	634,90
März	628,00	643,50
Mai	638,00	652,20
Juli	646,00	661,70
Sept.	656,50	671,90
Umsatz	12000	unerh.

KUPFER (c/lb)	16.10.	15.10.
Okt.	59,60	60,35
Dez.	60,20	61,00
Jan.	60,50	61,25
März	61,05	61,70
Mai	61,40	62,15
Juli	61,70	62,40
Sept.	62,10	62,75
Umsatz	5700	unerh.

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (£/t)	17.10.	16.10.
mitt. Kasse	680,00-680,50	684,50-685,50
3 Mon.	702,00-702,50	707,00-707,50
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	266,00-266,50	278,00-279,00
3 Mon.	270,50-271,50	282,00-283,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	957,50-960,00	972,00-972,50
3 Monate	981,00-981,50	994,00-994,50
ab. Kasse	–	965,00-966,00
3 Monate	–	987,00-987,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	940,00-941,00	944,00-947,00
3 Monate	964,00-966,00	970,00-972,00
ZINK (£/t)		
mitt. Kasse	424,00-426,00	436,00-438,00
3 Monate	–	–
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	8720-8730	8750-8760
3 Monate	8605-8606	8650-8655
QUECKSILBER ($/FL)	–	285-295
WOLFRAM-ERZ ($/T-Enh.)	–	65-70

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	16.10.	15.10.
Nov.	82,60-82,70	85,18-85,20
Dez.	82,95-83,15	85,45-85,65
Jan.	82,80-82,90	85,10-85,15
Febr.	81,15-81,25	83,35-83,40

GASÖL – London ($/t)	16.10.	15.10.
Nov.	256,25-256,50	255,75-256,00
Dez.	252,50-252,75	252,25-252,50
Jan.	250,75-251,00	250,75-251,00
Febr.	247,00-247,50	248,00-248,50
März	239,00-240,00	240,50-240,50
April	231,25-231,75	232,50-233,50
Mai	227,50-228,50	230,00-231,00
Juni	225,00-226,00	226,00-228,00

BENZIN – New York (c/Gallone)	16.10.	15.10.
Nov.	78,70-78,80	79,15-79,25
Dez.	75,80-75,90	76,30-76,45
Jan.	73,60	74,00-74,05
Febr.	72,70	73,35
März	73,00	73,55

ROHÖL – New York ($/Barrel)	16.10.	15.10.
Nov.	29,35-29,37	29,34-29,36
Dez.	28,65-28,75	28,70-28,80
Jan.	28,00-28,04	28,10-28,13
Febr.	27,49-27,53	27,52
März	26,98	27,15

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	16.10.	15.10.
Arabian Lg.	26,60	27,80
Arabian Hv.	25,65	25,65
Iran Li.	–	28,70
Forties	28,80	28,60
N.Sea Brent	28,10	28,05
Bonny Light	28,65N	28,65

Kartoffeln

London (£/t)	16.10.	15.10.
Nov.	65,20	63,50
Febr.	67,00	65,00
April	78,40	77,00
Mai	84,80	83,00

New York (c/lb)	16.10.	15.10.
Nov.	2,05	2,05
März	2,18	2,22
April	2,20-2,24	2,20-2,26
Mai	2,46	2,48

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	16.10.	15.10.
Nov.	139,50-139,40	138,90-139,00
Jan.	140,50-140,30	139,80-140,00
März	146,80-146,40	146,20-146,40
Mai	150,60	150,60-151,20

Devisenmärkte

Die Nervosität an den Märkten wuchs, nachdem der Kurs des US-Dollar am 17. 10. nach 2,6780 zu Beginn bald mit Hilfe der Bundesbank unter Druck geriet und zeitweise um zwei Pfennige niedriger gehandelt wurde. Nach einer Phase der Stabilisierung, der amtliche Kurs wurde mit 2,6448 ermittelt, wobei die Bundesbank 29,1 Mill. Dollar zur Verfügung stellte, kam es zu einer weiteren Abschwächung bis 2,6440. Ausgerechnet die Revision des Bruttosozialprodukts in den USA für das dritte Quartal von 2,8 auf 3,3 Prozent löste dies aus. Anscheinend war der Optimismus wesentlich größer gewesen. Auch gegenüber den übrigen Währungen konnte sich die DM verbessern. Selbst der Japanische Yen verlor heute ein halbes Prozent und fiel auf 1,2305. US-Dollar in: Amsterdam 3,00; Brüssel 53,7325; Paris 8,049; Mailand 1799,25; Wien 18,715; Zürich 2,1895; Ir. Pfund/DM 3,086; Pfund/Dollar 1,4117; Pfund/DM 3,762.

Devisen und Sorten

17.10.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,6408	2,6488	2,6459	2,61	2,70
London[2]	3,755	3,769	3,71	3,71	3,86
Dublin[2]	3,089	3,103	3,056	3,05	3,18
Montreal[1]	1,9472	1,9552	1,929	1,89	1,99
Amsterd.	88,57	88,79	88,42	87,75	89,50
Zürich	121,62	121,82	121,94	120,25	123,00
Brüssel	4,935	4,935	4,89	4,80	5,00
Paris	32,71	32,87	32,35	31,75	33,50
Kopenh.	27,52	27,64	27,305	26,52	28,25
Oslo	33,31	33,43	32,835	32,50	34,25
Stockh.**	33,22	33,38	32,55	32,50	34,25
Mailand[3]**	1,475	1,485	1,448	5,43	1,53
Wien	14,213	14,253	14,194	14,15	14,35
Madrid**	1,634	1,644	1,609	1,58	1,70
Lissabon**	1,610	1,630	1,537	1,20	2,00
Tokio	1,229	1,232	–	1,18	1,25
Helsinki	46,40	46,60	45,785	45,50	47,50
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,05	0,18
Athen* **	1,6795	1,7335	–	1,25	2,05
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*	1,8615	1,8805	–	1,80	1,90
Johannbg.*	0,983	1,017	–	0,80	1,20

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 16.10: In D-Mark 2,21534 (Parität 2,24184); In Dollar 0,82510 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 17.10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Nach einigen Tagen ohne nennenswerte Veränderungen wurden am 17. Oktober die Dollar/DM Deports heute zurückgenommen. Anlaß dazu waren die etwas niedrigeren Dollarzinssätze.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,85-0,75	2,33-2,23	4,83-4,35
Pfund/Dollar	0,43-0,41	1,15-1,10	1,90-1,85
Pfund/DM	2,90-1,50	6,90-5,50	11,5-10,5
FF/DM	22-6	51-35	97-81

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 17.10.85, Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞-8⅛	4⅛-4⅜	4-4¼
3 Monate	8-8⅛	4½-4⅞	4½-4¾
6 Monate	8⅛-8¼	4⅝-4⅞	4½-4¾
12 Monate	8⅜-8½	4⅞-5⅛	4½-4¾

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 17.10. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1240,00	1396,80
5 US-Dollar (Indian)**	780,00	941,40
5 US-Dollar (Liberty)	495,00	678,30
1 £ Sovereign alt	207,00	258,78
1 £ Sovereign Elizabeth II.	201,00	251,94
20 belgische Franken	158,25	208,91
10 Rubel Tscherwonez	205,50	261,63
2 südafrikanische Rand	192,75	241,40
Krüger Rand, neu	847,00	1020,28
Maple Leaf	877,25	1039,97
Platin Noble Man	869,00	1030,56
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	215,00	273,60
20 schweiz. Franken „Vreneli"	177,00	230,28
20 franz. Franken „Napoléon"	168,50	220,59
100 österr. Kronen (Neuprägung)	809,75	986,96
20 österr. Kronen (Neuprägung)	159,50	204,63
10 österr. Kronen (Neuprägung)	82,75	111,44
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	374,50	441,13
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	87,00	112,97

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 17.10.: Tagesgeld 4,50-4,55 Prozent; Monatsgeld 4,60-4,80 Prozent; Dreimonatsgeld 4,70-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,90 Prozent.
Privatdiskontsätze am 17.10.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. [illegible] der Bundesbank am 14.10.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Sept. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/11 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,49) – 6,00 (4,97) – 6,25 (5,26) – 6,50 (5,48) – 7,00 (5,74). Ausgabe 1985/12 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,50) – 6,00 (5,00) – 6,25 (5,31) – 6,50 (5,56) – 7,00 (5,79) – 7,00 (6,14). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,78. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 99,40, Rendite 6,39.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 532,00 T, Kölner Rück [illegible] G, VAB 2000,00 T
Düsseldorf: BASF 347,00, IWK –, Linde –, Metallges. 370,00, Nixdorf 554,00, Schering –, VEW 140
Frankfurt: Allweiler St. 265,00, Allweiler Vz. 300,00 bG, BASF 348,00, Franken 330,00 T, IWK 294,00, Linde 557,00, Magdeburger Feuer 450,00, Magdeburger Feuer Namen 300,00 G, Metallges. 325,00, Moto Meter 208,50, Nixdorf 550,50, Schering 540,00, VEW 139,20, Wibau 7,50
Hamburg: Schering 554,00
München: BASF 349,00, Bremer Wolle 175,00 bG, Isar Amper 348,00, IWK 294,00 bG, Linde 560,00, Metallges. –, Nixdorf 532,00, Schering –, Stumpf 108,10 G, VAB 1980,00 bB, VEW 137,00, Wanderer 370,00 B
Bezugsrecht: Zanders Feinpapier – Verhältnis 3:1: 140 DM – Altaktie: 233 DM – Bezugsrecht: 22 DM
Commerzbank Rentenindex: 107,949 (110,219)
Performance-Index: 228,383 (228,719)

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 126,47 (127,47); Elektrowerte 225,17 (225,58); Autowerte 309,01 (305,32); Maschinenbau 174,73 (170,80); Versorgungsaktien 146,51 (145,98); Banken 229,26 (228,28); Warenhäuser 86,81 (86,83); Bauwirtschaft 251,36 (252,80); Konsumgüterindustrie 128,58 (128,37); Versicherung 1163,06 (1144,82); Stahlpapiere 176,25 (171,21)

Kursgewinner:

Brau AG	380,00	+40,00	+11,8%
Bab. Mont.	315,00	+32,00	+11,3%
Schiess	146,00	+14,00	+10,6%
Colonia Vers.	539,00	+50,00	+10,2%
Rheinmetall	431,00	+39,00	+9,9%
Gas K'laut.	300,00	+20,00	+7,1%
Strabag	284,00	+13,00	+4,8%
Bilfinger	440,00	+20,00	+4,8%
Berthold	190,00	+10,00	+5,6%
KKK Vz.	525,00	+25,00	+5,0%

Kursverlierer:

Dt. Bk. + Wbk.	500,00	-50,00	-9,1%
AEG	190,00	-12,00	-5,9%
Farb. Liqu.	7,20	-0,35	-4,6%
Alte Leipz.	700,00	-30,00	-4,1%
Bab. Verk.	295,00	-10,00	-3,3%
Aach. Rück.	2750,00	-90,00	-3,1%
Heinr. Ind.	581,00	-19,00	-3,1%
Dt. Cont Rück	910,00	-30,00	-3,1%
Papier Weisz.	92,00	-3,00	-3,1%
Gerling NA Vz.	311,00	-9,00	-2,8%

Dollar-Anleihen

	16.10.	15.10.
11⅞ EEC 90	102,75	102,75
10¾ EIB 95	100,125	100,125
11 dgl. 91	102,125	102,125
11½ dgl. 90	104,75	104,75
11⅝ dgl. 95	105,5	105,5
12 dgl. 95	106,25	106,25
12⅜ dgl. 90	107,875	107,875
12⅞ dgl. 94	110,75	110,375
13 dgl. 96	110,125	110,125
10⅜ Wld Bk 95	97,125	97,125
10⅝ dgl. 88	102	102
10⅞ dgl. 90	102,25	102,25
10⅞ dgl. 95	101,75	101,75
11 dgl. 92	101,75	101,75
11⅜ dgl. 90	102,75	102,75
11⅝ dgl. 88	103,75	103,75
11⅝ dgl. 90	103,625	103,625
11⅞ dgl. 89	103,375	103,375
11⅞ dgl. 90	104,5	104,25
12 dgl. 93	106,875	106,875
12⅛ dgl. 94	107,875	107,875
12⅞ dgl. 94	111,125	111,875
7¾ N.Zeald.89	102	101,75
7 Pac.Gas 94	100,25	100,375
6⅞ Penney 92	99,5	99
6⅞ Procter 92	98,5	99,875
6⅞ Saffie 92	99,625	–
6⅞ Sears 91	102	102
6⅞ Swed.Ex.91	99,375	99,5
7 TRW 94	100,375	100,375
6⅞ Un.Tech.92	98,375	98,375
6⅞ World 86/90	99,625	99,625

Euro-Yen

	16.10.	15.10.
6⅞ Al.Corp 91	99,25	99,25
5⅞ ADB 88	97,5	97,25
7⅞ dgl. 94	102	102
8⅛ Austral.91	101	101,375
8⅛ dgl. 92	102,75	103,375
7 Austria 95	100,75	101
6⅞ Avon 91	98,25	98,25
7 BP 92	102	102,125
6⅞ Denmark 92	98,75	98,75
7 Denm.Bk. 92	100	100
7 Dow Chem.94	99,625	99,625
6⅞ EDF 95	100,375	101,5
6⅛ Eurofima86	99,5	99,75
6⅞ dgl. 95	98,125	98,25
6⅛ dgl. 92	99	99,125
7⅞ dgl. 94	101,5	–
6⅞ Finl.Rep90	99,125	99,125
8⅛ dgl. 89	100,5	101,25
6⅞ GMAC 90	98,875	99
7⅞ Goodyear95	99,25	99,25
6⅞ dgl. 94	98,25	98,125
7⅞ IADB 94	101,75	101,75
7⅞ dgl. 95	102,25	102,625
6⅞ ITT 92	98,25	98,375
6⅞ McDonal.92	98,125	98,5
7⅞ N.Bruns.95	101,375	101,375
7⅞ N.Zeald.98	101,125	101

Lux. Franc Bonds

	16.10.	15.10.
9⅞ Akzo 87	99,75	99,75
9⅞ Asea 89	101,75	101,75
6⅞ Asian Dvl87	97	97
10⅛ BFG Lux90	103,25	103,25
11 BNP 90	101,5	101,5
9 dgl. 93	101	101
10⅞ Paribas89	102,75	102,75
10⅞ Ceca 94	104,5	104,5
11 dgl. 92	105,5	105,5
13 dgl. 91	104	104
12⅛ Coneil92	105	105
8 Coptel 88	98,25	98,25
8⅞ dgl. 89	98,5	98,5
11 Cr.Lyon.88	100,5	100,5
13 dgl. 89	101	101
7⅞ Den.Mtg 88	96,5	96,5
10⅞ Euratom96	105	105
11 dgl. 93	103	103
12⅞ dgl. 88	102	102
12⅛ dgl. 92	102,5	102,5
10 Eurofima91	103	103
10 dgl. 94	105,5	105,5
10⅛ dgl. 87	100,5	100,5
11⅞ dgl. 89	102,5	102,5
8 EIB 91	98	98
9⅞ dgl. 95	102,75	102,75
9⅞ dgl. 88	101,25	101,25
9⅞ dgl. 95	102,875	102,875
10⅞ dgl. 94	105,5	105,5
11⅛ dgl. 88	101	101
12⅞ dgl. 90	102,5	102,5
9⅞ Hypo Bk.88	101,25	101,25
9⅞ Ind.B.F.95	101,25	101,25
8 Kredietc 86	99	99
10 dgl. 90	102,75	102,75
11⅞ dgl. 87	102,75	102,75
6 Luxair 87	98,75	98,75
8⅛ dgl. 87	99,25	99,25
10⅛ Lux Bk.91	102,5	102,5
12⅛ dgl. 89	105	105
10⅛ Lux Al.92	103,5	103,5
12⅛ Nord LB9	102	102

8 Norges 84	98,5	98,5
8 Oslo 89	98,25	98,25
8⅛ dgl. 87	98,5	98,5
8 Philips 89	97,75	97,75
7⅞ Renault 88	96,5	96,5
9½ Sogenal 92	101	101
8 Solvay 85	99,5	99,5
10⅞ dgl. 87	102	102
10⅞ Stockh.86	100	100
8 Sverige 88	98,25	98,25
9⅞ Volvo 87	100	100
10 WestLB 90	102,25	102,25
9⅞ WorldBk.90	102,75	102,75
10⅞ dgl. 89	103,5	103,5

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

	16.10.	15.10.
8⅛ Cop City91	97	97
8⅞ CCA 91	97,5	97,5
9⅞ Gas d Fr86	99	99
11⅛ Ned. G.88	102,5	102,5
9⅞ Queb. P.94	99,75	99,75
8⅛ SDR 94	98,25	98,25

RE 9 DM 2,65627

	16.10.	15.10.
7 Bass 91	90	90
8⅞ Cp City 86	98,5	98,5
8⅛ Iceland 88	98	98
9⅛ dgl. 86	99,5	99,5
9⅞ SDR 87	100	99,5

RE 9 DM 2,62969

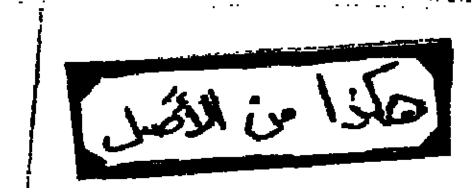
	16.10.	15.10.
7 Acoba 93	90	90
7 Cop City 93	92	92
7 Ind.Bk.F.93	92	92
7½ KLI 95	92	92
7⅛ dgl. 93	92	92
8⅛ Panama 93	90	90
7 SDR 93	90	90

ECU

	16.10.	15.10.
11⅞ Aerop.93	106	106
9½ ABN 92	103,25	103,25
9⅞ ANZ 92	103,875	103,875
10⅛ Austria93	107,375	107,625
9⅞ Bac.Fin 95	101,25	101,25
9 M.+Hope 92	101,25	101,25
10⅞ Bk.Tok.91	103,375	103,125
10⅞ dgl. 91	103,375	103,25
8⅛ Bay.Vbk.88	99,75	99,75
10⅞ CEPME 87	101	101
11⅞ dgl. 95	107	107
12⅛ dgl. 90	107	107
9⅞ CNT 92	105,75	105,75
9⅞ dgl. 95	103,875	103,875
12 dgl. 86	99,5	99,25
12⅞ dgl. 87	105	106
12⅞ dgl. 92	108	108
11⅞ CNT 95	108	108
10⅞ CECA 89	108,125	108,125
10 Chrysl.91	102,625	102,75
10⅛ dgl. 93	103	103
11⅞ Citycp 90	101	101
13 dgl. 89	101	101
14⅛ Comalc90	109	109
9⅞ dgl. 92	103,125	103
9⅞ dgl. 95	103	103
11⅛ Cp City94	105	106
10⅞ Cop Tel95	105,25	105,25
13⅞ Cd.Fonc89	106	106
11⅞ dgl. 96	109,125	109,25
11⅞ Cred N.91	107	107
12⅞ dgl. 95	109	109
10⅞ Denmark91	107	107
9⅛ Dresd.Bk95	102	102
12⅞ EDF 93	107	108
11⅞ EEC 93	107	107
11⅞ EEC 95	105	106
11⅞ ELF Ng.88	104	104
10 Euratom 97	105	104,875
12⅞ dgl. 90	104	104
9⅞ Eurofima93	103	103
11 dgl. 92	108,625	108,625
10⅞ EIB 94	105,5	105,5
11⅞ dgl. 94	110,75	110,625
11⅞ dgl. 91	105	105
13⅞ dgl. 89	102	102
14 dgl. 86	102	102
8⅛ Fiat 90	99	99
11⅞ Forem. 98	103,75	103,75
13 G d.Fr. 89	108	108
10⅛ Giroz. 93	107,5	107,5
8⅛ IBM 90	99,25	99,25
11⅛ IBJ 93	104	104
12⅞ Ireland91	103,5	103,5
14⅛ ISPaolo88	102	102
14 IMI 89	102	102
11⅛ Italia 90	108,875	108,875
14 dgl. 89	107	107
11⅛ LTCB 90	108,375	108,375
10⅞ Megal 95	104,25	104,25
13⅞ Nena 90	105	105
8⅞ Oliv. 93	99,5	99,25
10⅛ Peugeot90	104	104
9 Philips 93	100,875	100,875
11⅛ P.Bk. 91	107	107
11⅞ Queb.P.89	107,25	107,25
13⅞ Queb.H.89	107	107
9⅞ Rabobk. 95	103,625	103,625
11⅞ R.Xer. 88	104	104
9 SAS 95	99,875	99,875
11⅛ SDR 90	104,5	104,5
14 dgl. 92	108	105
11⅛ SNCF 94	109	109
13 Safre 87	105	105
11⅛ S.Afr. 89	98	98
10⅞ SATS 2000	95,5	95,5
10⅞ Spark.91	104,25	104,25
9 Sumitomo 93	100,125	100,125
9⅛ dgl. 93	99,25	99,25
11 Swed.Ex.89	102	102
11⅞ dgl. 95	99,5	99,5
12⅛ Brandt 87	105	105
9 ULB Norw 95	99,5	99,375
11⅞ dgl. 90	104	104
9⅛ WestLB 90	104,5	104,5
10⅞ dgl. 91	104	104
9⅞ World Bk95	103,125	103,125
9⅛ dgl. 92	104	104
10⅛ dgl. 87	106,625	106,625
10⅞ dgl. 88	106	106
10⅞ dgl. 94	108	108
11 dgl. 95	108	108,125

ECU-Tageswerte

	16.10.	15.10.
Dollar	0,825104	0,830687
bfr	44,7919	44,7904
DM	2,21534	2,21046
hfl	2,49455	2,49165
£	0,584765	0,582601
Dkr	8,02207	8,01291
FF	6,74446	6,73970
Lira	1491,79	1491,5
Ir£	0,825104	0,714362
Sfr	1,81509	1,81297
öS	15,5532	15,5422
Peseta	134,698	134,686
Skr	6,62455	6,62744
Nkr	6,60083	6,57700
Kan-$	1,15105	1,15779
Esc	134,142	134,253
Fmk	4,75697	4,74522
Yen	178,924	179,221
Drachme	129,748	129,662



Das Zitat der Zeit

DW. – Ein Mann ist im Gespräch. Seit der Buchmesse. Einer der Präzeptoren der kritischen Zunft. Einer der Alles- und Besserwisser. Das hat er nicht mit neuen Erkenntnissen, einem dicken Buch oder einer ungewöhnlichen literarischen Leistung erreicht, sondern allein durch seinen atemberaubenden Umgang mit einem Zitat.

Aber da bereits Robert Neumann, der Meister der Parodie, bei den allerschönsten Fällen empfahl, zu zitieren statt zu parodieren, sei (ihre freundliche Zustimmung voraussetzend) zitiert, was die „*Zeit*" nun in einer unauffälligen Ecke ihrer zweiten Seite dazu mit ein paar bescheidenen Zeilen zu bemerken hat:

In eigener Sache
Jemand, der am Sonntag in der Heide spazierenging, griff einen Gesprächsfetzen auf. In einer vorbeikommenden Gruppe junger Leute sagte einer: „Daß das nicht von Goethe ist, das hätte er wirklich wissen können." Also: Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, die Leser lachen hohn und die Konkurrenz hat ein willkommenes Thema für die Glossenspalten. Was ist geschehen? Der Feuilletonchef der *ZEIT* hatte als Schlußpointe zu einem Artikel über die Buchmesse den Altmeister Goethe zitiert. Dieser habe bedauert, daß in Frankfurt die „Schreberhäuslein hinter dem Bahnhof" den Verlegern mit ihren Bücherständen hätten weichen müssen. So stand es auf Seite 1 der *ZEIT*.

Goethe und Bahnhof – wie denn das? Und Schrebergärten, wo doch die Idee dazu erst 1864 geboren wurde? Fritz Raddatz hatte dieses „Zitat" der *Neuen Zürcher Zeitung entnommen*, dabei aber nicht bemerkt, daß es sich um eine Satire handelt. Ein Feuilletonchef, der nicht richtig lesen kann ... die Zeitung ist blamiert, die Redaktion zornig. Man kann nur hoffen, daß dieser Sturz in die Tiefe dem Autor für alle Zeiten vor Augen führen wird, daß die Kehrseite seiner oft zu bewundernden Schnelligkeit – Schludrigkeit – eben doch sehr schwer wiegt.

Marion Gräfin Dönhoff

Ben Jonsons „Volpone" am Schauspielhaus Zürich

Jeder will der Erbe sein

In der Hauszeitschrift des Schauspielhauses Zürich wird unter dem Titel „Über Shakespeare hinaus" behauptet, „Volpone" von Ben Jonson zähle zu den meistgespielten Komödien des klassischen Lustspielrepertoires. Es ist eher das Gegenteil der Fall. „Volpone" ist nicht nur nicht meistaufgeführt, es wurde überhaupt sehr selten aufgeführt. Es ist das Stück von einem Mann, der Reichtümer anhäuft mit dem Trick, sich sterbend zu stellen, und mit Hilfe seines etwas zwielichtigen Dieners Mosca seine Umwelt glauben macht, wenn sie ihn nur tüchtig beschenke, würde jeder einzelne Universalerbe werden.

Was das klassische Repertoire angeht, so gehört das Stück kaum in die Gesellschaft von Aristophanes, Gogol, selbst nicht von Goldoni oder gar Molière, ganz zu schweigen von Shakespeare, der zahlreiche, herrliche Komödien geschrieben hat. Was den deutschen Sprachraum anbelangt, so hatte selbst der große Tieck seine Übersetzung nicht durchsetzen können. Das Stück wurde laut Stefan Zweig bis in die 20er Jahre hinein – also rund 300 Jahre nach seiner Entstehung – überhaupt nie auf deutsch gespielt. So machte er sich an eine Bearbeitung. Da er ein guter Kenner der englischen Literatur war und ein Sprachkünstler von hohen Graden, gelang sie. Seitdem war sie erfolgreich.

Aber das Schauspielhaus Zürich wollte etwas Neues. Und so nahm es eine Übersetzung und Bearbeitung des italienischen Regisseurs Roberto Guicciardini, dessen Englisch problematisch ist, wenn auch vielleicht besser als sein Deutsch, das er leidlich sprechen und verstehen, aber nicht hören kann, was jeder merkt, der den Schauspielern, die sich ständig überschreien, zuhört. Natürlich mußte *sein* „Volpone" vom Italienischen ins Deutsche übersetzt werden, was Yvonne und Herbert Meier, soweit kontrollierbar, mit Geschick machten. Also: ein englisches Stück wird vom Italienischen ins Deutsche übersetzt. Mußte das sein?

Bei Jonson wird Volpone wegen seiner Missetaten umgebracht, bei Zweig muß er unter Zurücklassung seiner Reichtümer fliehen, und Mosca, sein Diener, wird ein reicher Mann. Guicciardini kommt zu dem tragischen Schluß aber nicht, ohne vorher Eigenes hinzugegeben zu haben. So komponiert er eine Szene, in der Volpone und seine Bediensteten als Bettelmönche auftreten. Warum bloß? Gegen Ende und nach seinem eigenen angeblichen Ende tritt Volpone, der doch ein ganzes Stück lang sich zynisch dazu bekennt, ein Miesling zu sein, als Moralist, Weltverbesserer und Menschenrechtler auf. Der Angeklagte ist nicht mehr ein Gauner, sondern – man errät es – das kapitalistische System.

Die Inszenierung selbst ist, wie die Zentralfiguren, ein Mischmasch von Stilen. Mal wird Commedia dell'arte gemacht, eher Slapstick, die Nebenpersonen hetzen ballettartig über die Bühne, ein venezianischer Offizier muß auf preußisch die Hacken zusammenschlagen, die zum übermäßigen Chargieren veranlaßten Mitglieder des Hauspersonals sprechen ständig ins Publikum. Es gibt einige amüsante Gags. Und es gibt unzählige Stile, aber keinen eigentlichen Stil.

Dabei wird recht gut gespielt. Peter Ehrlich in der Titelrolle ist ein ausgezeichneter Bösewicht, sehr eindrücklich als Gutewicht, immer präsent, aber eine Figur kann selbst er aus so viel Unvereinbarem nicht machen. Erwähnt soll auch Peter Brogle werden, der sich als Mosca sehr gut aus der Affäre zieht. Er ist ein bißchen alt für den blutjungen Strolch, aber er agiert und bewegt sich so frisch und fröhlich, daß man seine Freude hat. Dann ist da noch Peter Arens als überlisteter, uralter Wucherer. Er versucht erst gar nicht Menschengestaltung. Er spielt eher eine Figur von Daumier. Er ist eine lebend gewordene Karikatur. Mit wieviel Phantasie! Das ist nicht nur komisch, das ist umwerfend. Aber das Ganze ist es eben nicht.

CURT RIESS

Alexander Ramatis Film „Assisi Underground"

Jagd auf den Physiker

Assisi im Jahr 1943. Die Welt ist auch in Umbrien nicht mehr in Ordnung. Mussolini ist entmachtet. Die Deutschen haben bei ihrem Vormarsch auf Rom auch diese Stadt besetzt. Mit Todesschüssen fängt die SS all jene, die Juden Unterschlupf gewähren. Hohe Belohnung ist ausgesetzt auf den Kopf des für die Deutschen wichtigen Atomphysikers Rieti, der mit seiner jüdischen Frau im Kloster der Clarissen in Assisi verborgen gehalten wird, zusammen mit anderen von Verhaftung bedrohten italienischen Juden. Die Treibjagd der SS-Schergen nimmt immer gefährlichere, grausamere Züge an.

„Assisi Underground" heißt der Film des 1936 in Brest-Litowsk geborenen Alexander Ramati, der als Kriegsberichterstatter der polnischen Anders-Armee zu den Ersten zählte, die 1944 das von der deutschen Wehrmacht geräumte Assisi betraten, und dort von dem Schicksal Rietis und seiner Leidensgenossen hörte. Und auch von jenem jungen Franziskaner-Pater Rufino, der mit beispielloser Einsatzbereitschaft und Zivilcourage den von der SS Gejagten entweder zur Flucht verhalf oder für sie bis zur Befreiung Assisis ein sicheres Versteck in den Kirchen und Klöstern der Stadt fand.

Es ist kein reiner Dokumentarfilm, der hier entstanden ist, doch ein Film der historischen Verläßlichkeit, der sauber recherchierten Fakten. Denn Ramati hat sich nicht nur auf Augenzeugenberichte und die Erzählungen der Geretteten gestützt, er hat sich auch genau an den historischen Verlauf der Ereignisse in den letzten Kriegsjahren gehalten. So kann sein Film Authentizität beanspruchen, auch wenn er die dramatischen Geschehnisse im konventionellen Rahmen eines Spielfilms aufrollt.

Er tut es nicht ohne dramaturgisches Fingerspitzengefühl, bezieht geschickt auch das schöne Kunstwerk Assisi, die berühmte Basilika mit ihren leuchtendblauen Fresken, das altehrwürdige Franziskaner-Kloster San Damiano, die Piazza mit ihren unverkennbaren Fassaden und dem Minerva-Tempel als kontrastreichen Gegenspieler zu Terror und Todesgrauen in den Bericht ein, ohne den Kunstdenkmälern allzu starkes ästhetisches Eigengewicht zu geben. Kein Geringerer als Fellini- und Visconti-Mitarbeiter Giuseppe Rotunno stand übrigens an der Kamera.

Ein weiterer Vorzug: Ramati vermeidet die wilde Schwarzmalerei. Die Deutschen werden nicht durchweg als grausame Chargen des Bösen gezeichnet. So ist etwa Stadtkommandant Oberst Müller (von Maximilian Schell einfühlsam gespielt) ein eher freundlicher, melancholischer Vertreter der deutschen Wehrmacht. Aber auch der Mönch Rufino wird nicht facettenlos als hehrer Heiliger gesehen, sondern als Mensch aus Fleisch und Blut, der nur zu gerne pafft, spielt und Vino trinkt. In diesem Sinne gibt ihm Ben Cross denn auch anrührendes Profil.

Den letzten Feinschliff in der Charakterzeichnung (auch bei Irene Papas als Clarissen-Oberin und James Mason als Bischof von Assisi) bleibt Ramati uns allerdings schuldig. An der Bedeutung des Films als Dokument einer ungewöhnlichen Rettungsaktion in schrecklicher Zeit ändert das freilich nichts.

KLÄRE WARNECKE

Weinbauer und Held des „nouveau roman": Claude Simon erhält den Nobelpreis für Literatur 1985

Diskreter Charme der Gräser im Wind

Nobelpreis der Literatur für den Franzosen Claude Simon: das wirkt wie eine um Jahrzehnte verspätete Huldigung des Stockholmer Preiskomitees an eine längst historisch gewordene Stilrichtung, den sogenannten „nouveau roman" der Alain Robbe-Grillet und Michel Butor, der Natalie Sarraute und eben auch Claude Simon.

Was wollte in den sechziger Jahren der „nouveau roman"? Er war gewissermaßen ein Nebenprodukt des damals in Paris zur Blüte kommenden philosophischen Strukturalismus, der das beobachtende Subjekt zugunsten „objektiver Strukturen" zu eliminieren trachtetete. Auch der „nouveau roman" wollte ohne Subjekt, ohne Erzähler-Ich auskommen. Er postulierte die „reine Beschreibung", die sich freilich in der Praxis oft genug höchst subjektivistisch ausnahm, magische Räume des Unterbewußten aufschloß und überraschende, *fahle* Überrealitäten schuf.

Claude Simon freilich, der neue Nobelpreisträger, hat sich selbst niemals zu den Schöpfern des „nouveau roman" gezählt und hielt zu den übrigen Matadoren der Richtung stets gebührenden Abstand. Der 1913 als Sohn eines Offiziers in Madagaskar geborene, in Perpignan am Fuße der Pyrenäen aufgewachsene Schriftsteller und Maler war immer ein Außenseiter und Einzelgänger, der einzig Marcel Proust als seinen literarischen Ahnen akzeptierte. Seine ersten, schwer lesbaren, fast hermetisch wirkenden Romane, die rein zufällig im gleichen Verlag wie die Bücher Butors und Robbe-Grillets erschienen, zeichneten sich freilich durch eine höchst unproustsche Anti-Psychologie aus.

Suchte Proust das Bild des Menschen durch feinste psychologische Detailschilderungen als notwendiges Geflecht von Ursache und Wirkung sichtbar zu machen, so zeichnete Simon die Menschen gewissermaßen strikt von außen, er „malte" sie, wie überhaupt das Stockholmer Komitee völlig zu Recht das ausgesprochen *malerische* Element von Simons literarischem Schaffen herausstellt und rühmt. Schon der Titel vieler seiner Bücher kündet von der Akribie und skeptischen Weltlust des entschiedenen Landschaftsmalers, von seinem diskreten Charme: „Der Wind", „Das Gras", „Die Straße nach Flandern" ...

Das formal Ungewöhnliche an Claude Simons frühen Romanen waren die langen, sich über mehrere Seiten erstreckenden Sätze mit ihren vielfach ineinandergeschachtelten Einschüben. Um die *Gleichzeitigkeit* von Erinnerungen und Handlungen



Spiel der Erinnerungen, Assoziationen und Fragmente: der 1913 geborene französische Romancier Claude Simon FOTO: HORST TAPPE

darzustellen, versuchte Simon eine sprachliche Form zu finden, die das *Nacheinander* im Zeitablauf während des Lesens aufhebt. Die langen Satzperioden, die ungeheure Präzision der Beschreibung, die Assoziationen der Erinnerungsbilder – das möchte den französichen Leser in der Tat an Marcel Proust, den angelsächsischen allerdings eher an William Faulkner erinnern.

Die Welt des Claude Simon ist dabei von derjenigen Faulkners und Prousts gänzlich verschieden, sie ist viel härter und politischer. Der junge Simon nahm als Freiwilliger auf republikanischer Seite am Spanischen Bürgerkrieg teil, kämpfte im Zweiten Weltkrieg und kam in deutsche Gefangenschaft, aus der er entfloh, um sich in den Untergrund des Maquis abzusetzen. Kann man überhaupt noch schreiben nach den großen Katastrophen dieser Zeit? So fragte er sich in den Jahren nach 1945, als sein Schaffen voll einsetzte. Wie kann man noch vom Menschen sprechen nach der Zerstörung des Glaubens an ihn, der Zerstörung seines Bildes. Gibt es nicht nur noch Bruchstücke von ihm? In der Tat sind es immer nur Bruchstücke menschlichen Schicksals, die in den Simonschen Romanen aufscheinen, Bilder vom Spanischen Bürgerkrieg in dem Roman „Der Palast", vom Zweiten Weltkrieg in der „Straße von Flandern".

Alles, was in Simons frühen Romanen noch Erzählung, Erinnerung, innerer Monolog heißen konnte und mit der traditionellen Romankunst zu tun hatte, wurde in den späteren Büchern immer zurückgenommen zugunsten von Erinnerungs- und Assoziations-Collagen, die selbst mit jenem „magischen Realismus", wie ihn der „nouveau roman" bevorzugte, nichts mehr zu tun hatten. Unablässig wurden nun *Verwandlungen* vorgeführt, in denen die Erscheinungen der Gegenstände schließlich im Nichts sprachlicher Bestimmungen verdampften. Trotzdem hat man bei der Lektüre Simons niemals den Eindruck, als werde hier lediglich experimentiert um des Experimentierens willen. Aus den erinnernden Dialogen und Monologen heraus wird im Leser dessen eigene Lebens- und Leidenserfahrung mobilisiert. Der Leser soll letztlich jene Stellung einnehmen, die früher der Autor innehatte: er soll den Menschen, dem der Roman gilt, selbst schaffen, sich selbst, den er im Roman finden soll!

Eine Schlüsselstellung im Werk des neuen Nobelpreisträgers nimmt der Roman „Der Wind" ein, sein vierter aus dem Jahr 1957. Simons Weltbild verfinstert sich dort zusehends, sein marxistischer Optimismus der frühen Jahre schwand dahin, man hat den Eindruck, als ob er sich nun den Welten Samuel Becketts annähere. *Das Leben erscheint nur noch als ein* einziger Weg der Niederlagen, von denen der Tod die letzte ist. Während jedoch Becketts Figuren diesen Befund gleichsam außerhalb der Welt spiegeln und sich in totaler Entblößung nach Ende und Schweigen sehnen, bäumt sich Simon immer wieder gegen seinen eigenen Befund auf, zürnt er über die Machenschaften des Schicksals, ersinnt er komplizierte Strategien gegen den Tod.

Seinem wohl berühmtesten Roman, „Gras", hat Simon ein Zitat Pasternaks vorangestellt: „Niemand macht die Geschichte, man sieht sie nicht, ebensowenig wie man das Gras wachsen hört." Darin stecken sowohl seine pessimistische Geschichtsauffassung wie seine im Grunde optimistische Poetik. Die Geschichte des Individuums wird aufgelöst in einer „Struktur", die niemand sieht, die individuelle Zeit wird aufgehoben in der unpersönlichen Dauer. Und indem alles zusammenfällt in einer universalen Bewegung, verliert auch das Erzählen des Romans seinen Sinn, löst sich auf in Poesie.

Simon selbst, persönlich ein Inbegriff der Bescheidenheit und der Zurückhaltung, lebt heute, zweiundsiebzigjährig, als Weinbauer auf dem Lande. Sein Denken enthält Widersprüche, die er nicht aufzulösen vermag und die er offen einräumt. Er will kein populärer Schriftsteller sein, er verachtet die hohen Auflagen, und er macht nicht die geringste Konzesssion an Verständlichkeit.

Es war ein Wagnis des Stockholmer Preiskomitees, einen derart hermetischen Künstler zu ehren, dessen Bücher nur in sehr geringer Auflage verbreitet sind (in Deutschland beispielsweise ist zur Zeit kein einziger der Simonschen Titel im Buchhandel verfügbar). Aber der hohe Ernst des Simonschen Werkes, seine unbezweifelbare sprachliche Meisterschaft, seine raffinierten Schreibstrategien und die gewaltige Poesie, die viele seiner Schreibstücke ausstrahlen, lassen die Wahl am Ende doch gerechtfertigt erscheinen. Ein großer Schwieriger ist in Stockholm geehrt worden.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

Einsilbigkeit zur Kunstform erhoben – Die erste Retrospektive der Malerin Gwen John in London

Wenn man eine ganze Katzenschar ernähren muß

Als „Venus, die den Berg des Ruhmes erklimmt", stand im Jahre 1904 die Engländerin Gwen John dem Pariser Bildhauer Rodin nackt Modell. Das geplante Monument wurde nie in Bronze verewigt. Erfolgreicher dürfte der jetzige Griff der Britin nach Ruhmeslorbeer sein. In einer ersten großen Retrospektive kann man nun im Londoner Barbican Centre entdecken, was Gwen John (1876–1939) als Malerin der intensiven, der subtilen Stille geleistet hat.

Äußerlich eher Maus denn Venus ging sie ihren Weg mit eiserner Konsequenz. Zusammen mit ihrem Bruder Augustus John, der bereits zu Lebzeiten in England großen Erfolg als Maler einheimste, besuchte sie die fortschrittlichste Kunstakademie in London. Als 27jährige kehrte sie England für immer den Rücken. Mit einer Staffelei bepackt trampte sie mit einer Freundin durch Frankreich, bis sie sich in Paris in einer karg möblierten Kellerwohnung niederließ. Um sich und ihre geliebte Katzenschar zu ernähren, schlug sie sich als Künstlermodell durch.

Sich selbst hat sie in jenen Jahren mit strengem Gouvernantenknoten und schwarzem Samtband am züchtig hochgeschlossenen Kleid gemalt. Welches Feuer aber in der Britin brannte, sollte bald der 63jährige Rodin erfahren. Mit ihm hatte sie ab 1904 eine heftige, kurzlebige Affäre, die sie bis zum Tod des Künstlers dreizehn Jahre später in einer hartnäckigen Flut von Briefen fortsetzte.

Der Bildhauerfürst hielt sie um regelmäßiges Zeichnen an. Noch heute rangieren im Rodin-Museum einige unsignierte Zeichnungen ihres Katers Tiger unter seinem Namen. Wenn er auch in den letzten Jahren Distanz hielt, so ermahnte er sie auf kleinen Notizzetteln, sich nicht zu vernachlässigen. Denn immer abgesonderter und radikaler lebt Gwen John von nun an ihren beiden Zielen: „Religion und Kunst", so notierte sie, „sind mein Leben. Du bist nur frei, wenn du alles zurückgelassen hast. Verlasse jeden und lasse dich verlassen, nur dann wirst du ohne Angst sein".

1913 konvertierte sie zum katholischen Glauben und besuchte von da an täglich die heilige Messe, die ihr nicht nur geistigen Zuspruch, sondern auch Motive für Bilder und Zeichnungen bot. 1926 fand sie ihre letzte Passion in der Exilrussin Vera Oumanzoff, der die Verehrerin mit ihren täglichen Briefen schnell lästig wurde. Nur montags durfte die Malerin sie auf ein halbes Stündchen besuchen. Ihre Geschenke – Bilder und Zeichnungen – warf die Russin achtlos in einen Schrank. Über hundert Arbeiten fanden ihre Erben vor.

Immer einsamer lebte Gwen John. Immer kleiner, sparsamer gerieten ihre Arbeiten. 1932 hörte sie schließlich ganz auf zu malen. In einer zerfallenen Bretterbude bei Paris teilte sie Milch und Wasser mit ihren Katzen. Sie hatte nur noch ein Ziel: „Du mußt eine Heilige werden." Unerkannt, wie sie gelebt hatte, starb sie 1939 bei einer Bahnfahrt nach Dieppe.

Ein Drittel ihres Gesamtwerkes ist jetzt in London, anschließend in Manchester und dem amerikanischen Yale-Zentrum zu besichtigen. In Amerika hatte sie ihren einzigen Sammler, John Quinn, der sie finanziell unterstützte und 1913 auch bei der ersten großen Ausstellung moderner Kunst in New York ausgestellt hatte.

Gwen John prägt sich in dieser Ausstellung durch ihre stille, ihre strenge, subtile Reduktion ein. Einer Handvoll Themen gilt ihre Aufmerksamkeit: Mädchen in Interieurs, Nonnen, dazu Kinder, Katzen und Stilleben. Ihr Stil ist unverwechselbar: Trocken wie bei einem Fresko ist die Farbe aufgetragen in gebrochenen Ocker- und Silbertönen zusammen mit mauve, rosa und blau. Personen und Hintergrund zeigen die gleiche Substanz, als drängten sich die vereinfachten Formen, die Modelle mit dem in sich gekehrten Blick in die Leinwand hinein.

Von japanischer Sparsamkeit sind ihre letzten Arbeiten, bei denen sie in der Kirche sitzend die Rückenansichten der Betenden studiert hat. Auf oft nur zwei verwaschene Töne reduziert – blau und ocker – sind sie in wenigen Strichen sicher auf handflächengroße Papierstücke skizziert. Diese verschrobene Engländerin in Paris hat Einsilbigkeit zu einer subtilen Kunstform erhoben (Bis zum 10. November. Katalog 6,95 Pfund).

HEIDI BÜRKLIN

Ein weltliches Oratorium – Luciano Berios Oper „La vera storia" in Paris

Ballade von Schuld und Hoffnung

Vor drei Jahren hörte sie sich ganz anders an: Luciano Berios vorletzte Oper „La vera storia", als sie unter Leitung des Komponisten an der Scala uraufgeführt wurde. In diesem Werk aus den Jahren 1978–81 stellt Berio in Form eines weltlichen Oratoriums zweimal die gleiche Story vor, doch in einer Weise, die den Zuhörer in dem musikalisch und textlich komprimierten zweiten Teil kaum mehr den sich Verdischer Opernmuster bedienenden ersten Teil erkennen ließ. Welche von beiden ist die „wahre Geschichte"? Erst jetzt, bei der ersten Neuinszenierung, die Paris als Koproduktion mit Florenz und Chicago wagte, schien eine Lösung gefunden, verstärkten sich sowohl die archetypisch opernhaften Züge, wie die in Mailand ziemlich abstrakt gebliebenen sozialkritischen, politischen Parallelen.

Lluis Pasqual, der sehr junge Leiter des Spanischen Nationaltheaters in Madrid, hat auf die Gefahr einer Verengung der Aussage hin, die in Italo Calvinos Text nur fragmentarisch herauslesbare „storia" zu einem packenden, glutvollen Verismoreißer gemacht. Es verschärfen sich in der dem „Troubadour" abgeschauten Handlung die Umrisse eines unter südlicher Sonne ausgetragenen Kampfes zwischen Kirche und Staat, Widerstandskämpfern und Miliz, in dem man unzweifelhaft Calvinos eigene Vergangenheit als Zugehöriger einer ligurischen Partisanengruppe erkennen darf.

In der Atmosphäre wahnwitziger Ausgelassenheit wird die Handlung fast nebensächlich: Die Mutter eines zum Tode Verurteilten raubt einen der Söhne des Kommandanten. Später kommt es durch die Rivalität um Leonora zur Auseinandersetzung der feindlichen Brüder. Der von Ada entführte, nun auf Seite der Revolutionäre kämpfende Luca wird von Ivo getötet. Am Ende des ersten wie des zweiten Teils singt Ada in einer grandiosen Szene ihr Leid hinaus.

Dazwischen steht im zweiten Teil jene kaum noch nachvollziehbare Handlung, die aus dem südamerikanischen Revolutionsdrama eine Parabel des Schreckens und Terrors macht. Der Text Calvinos, auch in Paris italienisch gesungen, blieb weitgehend auf starre, emotionale Aussagen begrenzt, initiierte keine Handlung, da er wie in Mailand unverständlich blieb.

Aufgeboten wurde in Paris eine beachtliche Verdi-Besetzung mit Livia Budai (Ada), Valeri Popova (Leonora), Antonio Savastano und Lajos Miller als die Brüder Luca und Ivo und Luigi Roni als zum Tode Verurteilter. Sonderapplaus für Milva, die in Paris die Rolle der beiden kommentierenden Straßensängerinnen alleine übernommen hatte, dauernd in verschiedene Kostüme schlüpft und im bekannt glamourigen Weill-Sound von der Harmonie des Zusammenlebens, von vergossenem Blut, von Schuld und ewiger Hoffnung singt.

ROLF FATH



Singt im Weill-Sound von vergossenem Blut: Milva in der Pariser Aufführung FOTO: JACQUES MOATTI

JOURNAL

Förderung europäischer Filmproduktionen

DW. Bonn

Die Schaffung eines revolvierenden Gemeinschaftsfonds zur Förderung publikumsträchtiger, aber nicht minder qualitätsbewußter europäischer Film- und Fernsehproduktionen forderte der CDU/EVP-Europaabgeordnete Elmar Brok im Namen der EVP-Fraktion in der Parlamentsdebatte über das europäische Film- und Fernsehgewerbe. Dadurch, sowie durch die Möglichkeit, zurückfließende Beiträge wiederum zur Vor- oder Zwischenfinanzierung neuer Filmproduktion zu verwenden, könne ein Stück nationale und europäische Identität im Film aufrechterhalten und ein kleiner Ausgleich zur Finanzkraft der US-Filmindustrie geschaffen werden. Brok wies ferner darauf hin, daß auch die Koordination zwischen den bestehenden Verleihorganisationen zur Stärkung des Exportes verbessert werden müsse – möglicherweise durch die Schaffung einer europäischen Verleihorganisation.

Begegnung mit den Niederlanden

DW. Bonn

Vom 21. Oktober bis 20. Dezember 1985 findet in den Städten Köln, Bonn, Bielefeld und Krefeld ein umfangreiches kulturelles Veranstaltungsprogramm statt unter dem Motto „Begegnung mit den Niederlanden". Im Rahmen dieses Programms zeigt die Cinemathek Köln eine Retrospektive mit den heute schon klassischen Filmen von Joris Ivens, eine Werkschau des Regisseurs Fons Rademakers, eine Auswahl niederländischer Kurzfilme der Jahre 1947–1962 sowie eine Reihe von Spielfilmen junger Regisseure wie Orlow Seunke, Ben Verbong, Paul Verhoeven, Joos Stelling und Theo van Gogh.

Ausstellung über Johannes Bobrowski

DW. Berlin

Zum Gedenken an den Lyriker und Prosaisten Johannes Bobrowski, der vor 20 Jahren in Ostberlin starb, veranstaltet die Amerika-Gedenkbibliothek/Berliner Zentralbibliothek eine Ausstellung unter dem Titel „Schattenfabel von den Verschuldungen". Die Ausstellung, die bis Mitte November dauert, zeigt Briefe, Fotos, Graphiken und weitere Materialien, um den Hintergrund des schriftstellerischen Schaffens Bobrowskis vor Augen zu führen und das Interesse an seinem Werk neu zu beleben. Ein umfangreicher Katalog als Materialienband mit Schriftenverzeichnis wird kostenlos abgegeben.

Die Steingeräte der Indianer

D. B. Münster

Das Geologisch-Paläontologische Institut und Museum der Universität Münster zeigt vom 15. Oktober 1985 bis zum 28. Feburar 1986 die Sonderausstellung „Indianische Steingeräte. Lagerstätten, Verarbeitung und Bedeutung" aus dem Rautenstrauch-Jost-Museum, Köln, sowie aus Privatsammlungen (Öffnungszeiten: Mittwoch 14-17 Uhr, Sonntag 11-12.30 Uhr).

Ballett-Inszenierungen von Béjart in Palermo

AFP, Palermo

Der französische Tänzer und Choreograph Maurice Béjart wird im Mai und im Juni kommenden Jahres vier Ballett-Inszenierungen am Massimo-Theater in Palermo übernehmen. Jean Paul Sartres Theaterstück „Bei geschlossenen Türen", der „Bolero" von Maurice Ravel und „Cleopatra" von Hector Berlioz werden als Vorlagen dienen. Das Thema des vierten Balletts steht noch nicht fest.

Hunnengräber in China wurden erforscht

AP, Peking

Im Gebiet Ningxia im Norden Mittelchinas sind die Gräber von 27 Angehörigen des gefürchteten Reitervolks der Hunnen geöffnet und erforscht worden. In jedem der Gräber, die im Winter 1983 entdeckt wurden, hatte man reiche Grabbeigaben entdeckt. Das Alter der Gräber wurde noch nicht genannt. Die Hunnen hatten in Nordchina und in der Mongolei vom dritten bis zum ersten vorchristlichen Jahrhundert eine wichtige Rolle gespielt, ehe sie von der chinesischen Han-Dynastie besiegt worden waren.

Ulysse Laugier †

AFP, Paris

Der französische Cineast Ulysse Laugier ist im Alter von 41 Jahren gestorben. Der Kurzfilmspezialist drehte unter anderem „Une leçon de cinéma: Nestor Almendros", „La classe d'Antoine" und „Cara Italia". Mehrere der von ihm produzierten Filme wurden mit Preisen ausgezeichnet, darunter 1984 „Star Suburb" von Stephan Drouot mit einem französischen „César" und „Eponine" von Michel Chion mit dem diesjährigen Prix Vigo.

15 Monate Haft für ersten Weinpanscher

DW./pol. Wien

Kurzen Prozeß machte ein Schöffengericht in Krems an der Donau im ersten „Weinpanscher"-Prozeß: Bereits nach dreistündiger Verhandlungsdauer wurde der angeklagte Weinhändler Otto Hotzi (25) zu 15 Monaten Freiheitsstrafe mit dreijähriger Bewährung verurteilt. Die Strafe erging wegen schweren gewerbsmäßigen Betruges sowie wegen des Verstoßes gegen das Weingesetz.

Der aus Niederösterreich stammende Angeklagte hatte sich die Untersuchungshaft erspart, weil er gestanden hatte, 47 000 Liter Kunstwein hergestellt und minderwertigen Wein mit dem Frostschutzmittel Diäthylenglykol „aufgebessert" zu haben.

20 000 Liter hatte er an seine Stammkunden verkauft. Der Rest wurde bis auf 7000 Liter beschlagnahmt. Diese hatte der flinke Händler weggeschüttet. Doch die Gendarmerie entdeckte die Rotweinlache und zog daraus Proben, die eindeutig als „Frostschutzwein" identifiziert werden konnten.

Der Angeklagte bestritt den Vorwurf des Betrugs. Er habe nur getan, was „branchenüblich" gewesen sei. Seine Weine hätten ohne Aufbesserung nicht mehr konkurrieren können.

Der erste „Glykol-Prozeß" lockte zwar nicht die erwartete Menge von Zaungästen in das Wachau-Städtchen Krems – vielleicht war der Angeklagte ein zu „kleiner Fisch" – dennoch, die Journalisten waren gleich im guten Dutzend erschienen.

Vielleicht lag das mangelnde Publikumsinteresse aber auch daran, daß Hotzi lediglich als „Ersatzangeklagter" vor Gericht gestellt wurde. Eigentlich war der erste Prozeß dem mutmaßlichen Weinpanscher großen Stils Hubert Haimerl aus Langenlois (Niederösterreich) vorbehalten. Doch der Prozeß platzte. Haimerl erkrankte. Die Verhandlung soll am 7. November nachgeholt werden.

Bemerkenswert am „Ersatz-Prozeß" war, daß die Sachverständigen dem Gericht keine klare Auskunft über die Gesundheitsgefährdung von Diäthylenglykol geben konnten. Dazu lägen immer noch keine klaren Grenzwerte vor.

Der Angeklagte nahm das Urteil an und gab lautstark bekannt: „Ich ziehe mich vom Weingeschäft gänzlich zurück."

Entführer Wagners sind geständig

H. DALCHOW, München

Vor der 2. Strafkammer beim Landgericht München I begann gestern ein Verfahren gegen zwei italienische Staatsangehörige, die einen Unternehmer entführt haben sollen, um ein Lösegeld in Höhe von einer halben Million Mark zu erpressen.

Der 29jährige Kraftfahrer Boris Tertan und sein 22jähriger Komplize Thomas Bacher werden wegen versuchter räuberischer Erpressung und mehrerer, damit zusammenhängender Straftaten beschuldigt. Sie waren am 13. Dezember 1984 bei dem Versuch, das Lösegeld zu übernehmen, festgenommen worden. Beide Beschuldigte haben am ersten Verhandlungstag die gegen sie erhobenen Vorwürfe „im großen und ganzen" akzeptiert.

Die Ermittlungen zu diesem Fall hatten mit einer bösen Panne der Polizei und der Staatsanwaltschaft begonnen: Sie beschuldigten den 53jährigen Fuhrunternehmer Erwin Wagner, seine Entführung selbst inszeniert zu haben. Der nach den ursprünglichen Aussagen Tertans erlassene Haftbefehl gegen Wagner wurde nach dessen Befreiung schnell wieder zurückgezogen.

Der Hauptbeschuldigte hatte sich von Wagner, für den er zeitweise als Subunternehmer tätig gewesen war, um mehrere hunderttausend Mark geschädigt gefühlt und wollte sich mit der Entführung dafür schadlos halten. Am 22. November 1984 gewann der bislang unbescholtene Tertan in einer Autobahnraststätte nahe München zwei Südtiroler Anhalter für seinen Plan und sicherte jedem 50 000 Mark zu.

Noch am Abend überfielen sie gemeinsam, mit Strumpfmasken getarnt, den Unternehmer vor seinem Büro. Wagner wurde mit Handschellen gefesselt und unter steten Bedrohungen im Wagen Tertans über die Grenze nach Italien gebracht. Er mußte per Tonband und Brief bei seiner Frau und seinem Anwalt, unter Todesdrohungen der Entführer das Lösegeld fordern.

Bei der Geld-Übergabe im Münchener Hauptbahnhof wurden Tertan und Bacher festgenommen. Einen Tag später konnte Wagner im italienischen San Bartolomeo befreit werden. Das Haus, in dem er gefangengehalten worden war, gehört dem dritten Beschuldigten, Oswald Seiwald. Er soll in Italien abgeurteilt werden.



Das trockengefallene Vorflutgelände des Rheins in Düsseldorf FOTO: ACHIM SCHEIDEMANN/DPA

Der „Vater Rhein" ist kaum noch in seinem Bett zu sehen

Fährschiffer und Partikuliere warten auf Regen, damit der vielbesungene „stolze Vater Rhein" wieder mehr Wasser führt. Am Mittelrhein mußten bereits drei Fähren ihren Betrieb einstellen; andere können nicht mehr mit voller Auslastung den Strom überqueren.

Einige Landestellen „stehen auf dem Trockenen", so daß die Fähren mittlerweile fast am Rand der Fahrrinne festmachen. Lastkähne können zur Zeit nur ein Drittel Fracht laden, um Grundberührungen zu vermeiden.

An fast allen Umschlagplätzen stapelt sich die Ladung aus den geleichterten Schiffen. Die Be- und Entladezeiten für Rheinschiffe reduzieren sich ebenfalls, aus den Löschstellen wurden „schnelle Häfen".

Teilweise ist die Fahrrinne nur noch 50 Meter breit. Das seit Tagen freigelegte Vorflutgelände gleicht an vielen Stellen einer „Mondlandschaft mit Müll": Verrottete Zweiradrahmen, verbeulte Fässer, Treibholz und Plastikunrat liegen auf dem rissig gewordenen Flußbett. Eine gute Chance, den verschmutzten Rhein zu säubern – aber daran denkt niemand ...

„Wenn es nicht bald regnet, erreicht der Rhein nach sieben Jahren eine neue Niedrigwasser-Rekordmarke", erläuterte ein Sprecher der Wasserschutzpolizei-Direktion Nordrhein-Westfalen (Duisburg) die augenblickliche Situation. Gefährliche Grundberührungen oder Havarien habe es zum Glück noch nicht gegeben. Die von dem belgischen Frachter nach Grundberührung verursachte Kiesanschwemmung auf der berüchtigten „Beueler Platte" in Bonn (s. WELT vom 16. Oktober) wird von Baggern beseitigt.

Das Niedrigwasser sorgte auch für eine geografische Überraschung: In Neuwied (Rheinland-Pfalz) tauchte eine kleine Insel aus dem Rhein auf. „Wir tauften sie 'Neuwieder Platte.'" Die Insel wird mit steigendem Wasser wieder versinken – also auch „Land unter" auf dem Festland. Die Beamten in Neuwied beobachten rund um die Uhr besonders den Stromkilometerabschnitt 608,0 bis 608,7; seit drei Wochen ist hier durch die stark verengte Fahrrinne nur Wechselverkehr möglich.

Auch in den nächsten Tagen „ist nicht viel drin" – so ein Sprecher des Deutschen Wetterdienstes in Offenbach. Denn: Selbst wenn es heute im Alpen- oder Bodenseegebiet regnet, wird der Rhein erst nach frühestens fünf Tagen nicht mehr an „Wassernot" leiden.

Bis kommenden Dienstag können Tagesausflügler also auf jeden Fall von den Uferstrassen aus den „Vater Rhein in seinem trockenen Bett" sehen, auf weiten Strecken sogar darin spazierengehen.

HEINZ KLUGE-LÜBKE

Nachsorge für krebskranke Kinder

dpa, Bad Oeynhausen

Krebskranken Kindern und Eltern kann künftig durch eine intensivierte Nachsorge-Behandlung geholfen werden. Dafür ist in Bad Oeynhausen – nach ähnlichen Einrichtungen in Baden-Württemberg und Hamburg – die erste nordrhein-westfälische „Eltern-Kinder-Klinik" eröffnet worden. In dem Haus mit sieben Appartements für je zwei bis fünf Personen sollen krebskranke Kinder nach der klinischen Primärbehandlung, die in der Regel ein bis zwei Jahre dauert, weiter betreut werden. Die von der Arbeitsgemeinschaft für Krebsbekämpfung in Bochum getragene Einrichtung für Rehabilitation und onkologische Nachsorge bietet nach Angaben von Wilhelm Riebemann, dem Vorstandsvorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Westfalen (LVA) in Münster, überdies die Möglichkeit, krebskranke Mütter und Väter mit ihren gesunden Kindern zusammen unterzubringen. Auf diese Weise will man vermeiden, daß Familien nach solchen schweren Krankheiten auseinandergerissen werden.

Untergang durch Grippe?

AFP, Boston

Eine Grippe- und Staphylokokken-Epidemie hat vor 2400 Jahren den Untergang Athens eingeleitet. Zu dieser Schlußfolgerung kam der Mediziner Alexander Langmuir, der ehemalige Direktor für Epidemien im amerikanischen Zentrum für Krankheitskontrolle in Atlanta. Seine Studie basiert auf der „Geschichte des Peloponnesischen Krieges" von 431 bis 404 v. Chr.

Sogar 35 000 Bebenopfer?

AFP, Mexiko-Stadt

Auf rund 35 000 Tote, 50 000 Verletzte und mehr als eine Million Obdachlose schätzt das „Mexikanische Entwicklungsinstitut" (IMED) die Bilanz des schweren Erdbebens vom 19. September. Das der Sozialdemokratischen Partei des Landes nahestehende Institut glaubt, daß die Behörden, die von rund 5000 Toten ausgehen, „versuchten, die wirklichen Folgen des Erdbebens aus politischen Gründen zu bagatellisieren".

Drei Tote nach Amoklauf

dpa, Wien

Drei Menschenleben hat in Wien der Amoklauf eines entlassenen Angestellten der Esso-Austria gefordert. Der 32jährige erschoß den Generaldirektor Hans-Georg Krischai sowie den Personalchef des Mineralöl-Unternehmens. Anschließend verübte der Mann, der die Tat offenbar vorbereitet hatte, Selbstmord. In einem Brief an seine Familie heißt es: „Wenn ihr diesen Brief findet, bin ich bereits tot."

Aids-kranker Chirurg

AFP, Boston

Ein Chirug aus Florida, der an der erworbenen Immunschwäche Aids litt, hat erfolgreich 400 Patienten operiert, ohne jemals den todbringenden Virus zu übertragen, berichtet die Fachzeitschrift „New England Journal of Medicine". Der Chirug war vor zwei Jahren an Aids gestorben.

Deutscher entdeckt Komet

dpa, Madrid

Der deutsche Astronom Uli Thiele hat im Observatorium „Calar Alto" bei Almería in Spanien einen Kometen entdeckt, der nach ihm benannt wurde. Der neue Komet „Thiele 1985 M" bewegt sich 20 Grad nördlich des Sternbildes Orion. Seine genaue Bahn ist noch nicht bekannt. Der Komet soll mit bloßem Auge nicht zu erkennen sein, da er nur von mittlerer Helligkeit ist und auch keinen Schweif besitzt.

5 Millionen BUGA-Gäste

F. D., Berlin

Die Bundesgartenschau Berlin 1985, die am Wochenende ihre Pforten schließt, wird von den Veranstaltern als „Erfolg" gewertet. Fünf Millionen Gäste besuchten während der sechsmonatigen Ausstellungszeit das Parkgelände im Süden Berlins. Allein 500 000 Besucher reisten aus dem Bundesgebiet mit Bussen zur BUGA an. Aus der „DDR" und sozialistischen Ländern kamen 250 000 Gäste.

Schach als Fach

AP, Belfort

In der ostfranzösischen Region um Belfort gehört seit dieser Woche in den Grundschulen von zunächst 15 Gemeinden auch Schach zum Unterrichtsplan. Dazu stellte die Schulbehörde den französischen Schachmeister Jean-Marie Kappler ein. Er soll seine Klassen pro Woche eine Stunde unterrichten.

BBC-Film ausgestrahlt

Umstrittener Nordirland-Beitrag wurde „nachgebessert"

DW. London

Die britische Fernsehgesellschaft BBC hat Mittwoch den Dokumentarfilm über Nordirland – in leicht veränderter Fassung – ausgestrahlt, der am 7. August abgesetzt worden war. Diese Entscheidung hatte seinerzeit einen Riesenwirbel ausgelöst. Der zwölfköpfige Aufsichtsrat der Anstalt hatte damals befunden, es sei jetzt nicht der „richtige Augenblick", den Film über das leidgeprüfte Nordirland auszustrahlen. Zuvor hatte sich freilich die Regierung negativ zu diesem Stück geäußert, in dem Terroristen interviewt worden waren.

Nach der Absage waren Rundfunk- und Fernsehjournalisten in einen 24stündigen Streik getreten, mehrere hohe BBC-Angestellte sollen mit Rücktritt gedroht haben, darunter Alasdair Milne, der Generaldirektor. So weit kam es nicht. Ein Treffen mit Innenminister Leon Brittan glättete zwar die höchsten Wogen, aber viele Journalisten blieben bei ihrem Streikvorsatz, weil sie die Entscheidung der Intendanz als versteckte Zensur betrachteten. Daraufhin wurden an diesem Tag in Großbritannien weder Hörfunk- noch Fernsehnachrichten gesendet.

Jetzt, gut zwei Monate später, kam der Film doch auf den Bildschirm. Der Sender behauptet, das Werk durch Zusätze ausgewogener gestaltet zu haben. Tatsächlich „bereicherte" man den 35 Minuten Film um einen 90-Sekunden-Ausschnitt – Archivmaterial über Attentatsopfer der IRA-Terroristen.

Der Dokumentarfilm „Am Rand der Union" zeigte nun anhand zweier Personen, beide übrigens aus Londonderry, die unüberbrückbar erscheinende Kluft zwischen Katholiken und Protestanten. Die Katholiken repräsentierte Martin McGuiness, der als ehemaliger „Stabschef" der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) gilt, und Gregory Campbell, Protestant und ein kompromißloser England-Freund. Der eine gab zu, aktiv am Kampf gegen die „britische Besatzungsmacht" teilzunehmen, der andere unterstützte eine „Schießen-um-zu-töten"-Kampagne gegen die IRA und empfand es als ein „vorgezogenes Weihnachtsfest", als zwei Terroristen erschossen wurden.

Die ganze Tragödie Nordirlands kam in der Schlußszene, auf einem Friedhof, zum Ausdruck. Martin McGuiness: „Ich glaube, es gibt Situationen, in denen der Griff zur Schußwaffe völlig gerechtfertigt ist; die Freiheit Irlands ist ein solcher Fall." Gregory Campbell: „Alle, die einen Angehörigen verloren haben, würden nie mit denen sprechen. Der einzige Weg, mit der IRA umzugehen, ist, jeden Mann zu töten."

Der großspurige Lebensstil entlarvte die Pariser Schwindler

Mindestens drei Millionen Mark erbeuteten vier Gangster, die als Kommissare auftraten

JOCHEN LEIBEL, Paris

„Hier spricht der Chef ihres Polizeibezirks. Bei Ihnen im Haus wurde eingebrochen. Ich schicke Ihnen zwei Beamte 'rüber, die 'mal schnell nachprüfen, ob die Gangster nicht auch bei Ihnen waren."

Diesen Anruf bekamen innerhalb der vergangenen Monate mindestens zwanzig ältere Leute. Nur Minuten nach dem Anruf klingelte es an der Tür und die beiden angekündigten „Beamten" stellten sich vor. Schon wenig später war der Wohnungsbesitzer ein armer Mann – die „Beamten" hatten nämlich die Wohnung ausgeraubt.

Mindestens drei Millionen Mark haben die falschen Polizisten innerhalb eines knappen Jahres so erbeutet. Jetzt wurden sie in Paris verhaftet (die WELT berichtete).

Die vier Männer arbeiteten immer nach demselben Plan. In den vornehmen Vierteln der Stadt – im 16. Arrondissement oder im Vorort Neuilly – suchten sie auf der Straße nach gut gekleideten älteren Opfern. Betrat einer der ins Auge Gefaßten eines der „besseren" Häuser, erkundigten sich die Räuber diskret beim Hausmeister nach dessen Familienstand und Gewohnheiten. Nur alleinstehende Bewohner galten als ideales Opfer.

So etwa die 91 Jahre alte Annette Freyssinet, Witwe eines Pariser Industriellen. Die Gangsterbande hatte die alte Dame morgens beim Einkauf beobachtet. Beim Hausmeister erfuhren die Verbrecher den Namen. Und dann klingelte bei Madame Freyssinet auch schon das Telefon, und der Chef der jetzt verhafteten Bande sagte seinen Spruch auf.

„Zeigen Sie uns doch mal ihren Wandsafe", verlangten kurz darauf die beiden angemeldeten „Inspektoren". Annette Freyssinet öffnete den Safe und ließ die „Beamten" hineinblicken. Einer lenkte die alte Dame kurz ab, der andere steckte das im Safe liegende Bargeld in die Tasche. Dann warf er schnell die Safe-Tür zu, sagte „alles in Ordnung" und verließ mit seinem Komplizen seelenruhig die Wohnung. In seiner Jackentasche die erbeuteten 40 000 Franc. So einfach ging das.

Das raffinierte Spiel der vier Gangster mit dem blinden Vertrauen alter Leute in das Wort „Polizei" hätte noch lange weitergehen können – wenn die Verbrecher das geraubte Geld nicht mit vollen Händen ausgegeben hätten. Sie traten großspurig in Pariser Nobelrestaurants auf, tranken Champagner in schicken Night-Clubs und verspielten große Summen in einschlägigen Spielhöllen.

Dadurch wurden vor kurzem die Pariser Kriminalisten aufmerksam, die schon seit Monaten mit Feuereifer nach den falschen Kollegen der „Kommissar-Bande" fahndeten. Rund eine Woche lang wurden die so verdächtig reichen Glücksspieler diskret überwacht. Doch man konnte ihnen nichts nachweisen.

Das Ende kam durch eine weitere Unvorsichtigkeit. Der Chef der Bande, der angebliche „Kommissar", wollte bei einem Münzhändler ein paar seltene historische Münzen verkaufen. Sie stammten aus dem Safe eines 88 Jahre alten pensionierten Versicherungsmaklers. Er hatte den Besuch der „Polizisten" und das Verschwinden der Münzen sofort gemeldet. Deshalb standen die Münzen auch auf der „Vermißten-Liste", die die Polizei regelmäßig den auf Münzen spezialisierten Händlern zuschickt. Der Händler alarmierte die Kriminalpolizei, die den gesuchten „Kollegen" nur zu gerne verhaftete.

(SAD)

LEUTE HEUTE

Mut

Die aus Nürnberg stammende Stewardeß **Ulrike Dericksen**, die für ihr mutiges und besonnenes Verhalten während der Entführung einer amerikanischen Passagiermaschine nach Beirut schon vielfach geehrt worden ist, erhielt jetzt auch das Bundesverdienstkreuz am Bande. Der deutsche Generalkonsul in New York, **Peter Symphter**, überreichte ihr den Orden. Die Geehrte lebt mit ihrem amerikanischen Mann und ihrem siebenjährigen Sohn in New Jersey unweit von New York.

Hoher Besuch

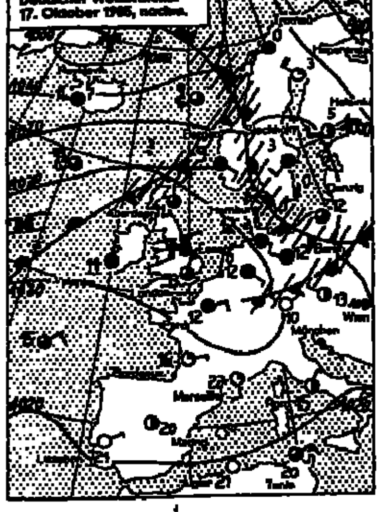
Japans Kaiserhaus, das bisher trotz seiner zweieinhalbtausendjährigen Geschichte nichts annähernd mit **Prinzessin Diana** Vergleichbares hervorbrachte, hat nun Hoffnungen auf den Einzug in die internationale Klatschszene: Kaiserenkel **Prinz Hiro** ist mit dem amerikanischen Jungstar **Brooke Shields** (Foto) zusammengetroffen. Der Prinz, der in den vergangenen beiden Jahren an der englischen Traditionsuniversität Oxford studierte, machte auf dem Heimweg über die USA extra in Princeton Station, um die 1,86 Meter große Brooke zu treffen. Angeblich unterhielten sich die beiden über das Studentenleben. „Sie war so schön, wie ich dachte", sagte der Prinz nach der Landung in Tokio. Hiro ist der älteste Sohn des japanischen **Kronprinzen Akihito**.

Schiedsrichter

Richard Nixon auf dem Weg nach oben. Das tiefe Tal seiner Unpopularität nach dem Watergate-Rücktritt scheint der Vergangenheit anzugehören, seit er jetzt eine wichtige Aufgabe übernommen hat. Der „elder statesman" wurde von den beiden nationalen amerikanischen Baseball-Ligen und dem Schiedsrichter-Verband aufgefordert, als Schlichter sein diplomatisches Können in den Dienst des populärsten Sports der USA zu stellen. Die Unparteiischen fordern eine beträchtliche Gehaltserhöhung und drohen kurz vor den Finalspielen der diesjährigen Meisterschaft mit Streik. Nixon, ein Retter aus dem Ruhestand?

WETTER: Bewölkt

Wetterlage: An der Ostflanke eines Hochs mit Kern über den Britischen Inseln gelangt weiterhin feuchte Luft nach Deutschland.



Vorhersage für Freitag:
In den Früh- und Vormittagsstunden verbreitet Nebel oder hochnebelartige Bewölkung. In Südbayern und dem südlichen Baden-Württemberg nach zögernder Nebelauflösung heiter und trocken. Sonst auch tagsüber wolkig und nördlich der Mittelgebirge gelegentlich leichter Regen. Temperaturen im Süden bei 15, sonst 10 bis 12 Grad.

Weitere Aussichten:
Wolkig mit gelegentlichen Auflockerungen, von Norden her zurückgehende Temperaturen.

Temperaturen am Donnerstag, 13 Uhr:

Berlin	12°	Kairo	30°
Bonn	13°	Kopenh.	10°
Dresden	11°	Las Palmas	26°
Essen	12°	London	13°
Frankfurt	12°	Madrid	20°
Hamburg	12°	Mailand	14°
List/Sylt	12°	Mallorca	25°
München	10°	Moskau	1°
Stuttgart	7°	Nizza	18°
Algier	21°	Oslo	11°
Amsterdam	14°	Paris	12°
Athen	18°	Prag	8°
Barcelona	23°	Rom	15°
Brüssel	13°	Stockholm	3°
Budapest	12°	Tel Aviv	26°
Bukarest	13°	Tunis	20°
Helsinki	5°	Wien	13°
Istanbul	11°	Zürich	9°

Sonnenaufgang* am **Samstag**: 6.52 Uhr, Untergang: 17.21 Uhr; **Mondaufgang:** 13.59 Uhr, Untergang: 20.47 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

„,Spid' betrifft besonders Perverse"

Sowjetische Medien brechen ein gesellschaftliches Tabu und informieren über Aids

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

„,Spid' – bei uns gibt es das nicht." So lautet in der Sowjetunion gewöhnlich die Antwort auf Themen, die hier tabu sind. „Spid" steht für die russische Abkürzung „Sindrom Priobretennogo Immunodefizita", also für Aids, die rätselhafte, todbringende Krankheit, die weltweit die Gemüter aufwühlt.

Entgegen der üblichen „Ahnungslosigkeit" gegenüber Stichworten wie „Rauschgift", „Prostitution", „Homosexualität" wird nun über „Spid" berichtet. Das, obwohl traditionell negative Aspekte ausschließlich westlicher Dekadenz angelastet werden. Denn sowjetische Behörden neigen dazu, Probleme der sozialistischen Gesellschaft zu vertuschen und zu verharmlosen.

Nachdem zweimal hintereinander – in der „Iswestija" und „Trud" – große Artikel über „Spid" erschienen sind, glauben westliche Beobachter, daß sich die Viruskrankheit jetzt auch in der Sowjetunion immer stärker ausbreitet und sowjetische Wissenschaftler intensiv an ihrer Bekämpfung arbeiten. „Spid ist vor allem ein soziales Problem, das mit Unmoralität verbunden ist, die in einigen Kreisen im Westen erträglich, aber für unsere Gesellschaft widernatürlich ist." Das erklärte Professor Burgasow, Bevollmächtigter für den Gesundheitsschutz, der sich zu diesem heiklen Problem erstmals öffentlich äußerte. Ausdrücklich warnte Burgasow vor der gefährlichen Krankheit, die man nicht unterschätzen dürfe, denn „,Spid' betrifft zwar besonders, aber nicht nur Männer, die einen Hang zur Perversität haben, sowie Rauschgiftsüchtige, die nichtsterilisierte Spritzen benutzen".

So erscheint Professor Haitow vom Immunologischen Institut in Moskau nicht sonderlich glaubwürdig, wenn er im Vorwort seiner medizinischen Abhandlung über „Spid" schreibt, „wir haben keins".

Ausführlich werden sowjetische Zeitungsleser über den Verlauf dieser Krankheit aufgeklärt. Immer wieder wird beteuert, wie schwer es für sowjetische Mediziner sei, eine frühzeitige Diagnose zu stellen.

„Sehr oft wird gefragt: Wie ist diese neue Krankheit aufgetaucht?" Antwort: „Sie ist nicht einfach aufgetaucht, sie gab es schon länger, doch wir konnten sie nicht erkennen."

Erst neue Methoden der Immunitätsforschung hätten sowjetischen Wissenschaftlern die Möglichkeit gegeben, „den Feind zu bestimmen". Und zur Beruhigung der Zeitungsleser wird erklärt: „Wir haben in unserem Lande alle nötigen Geräte zur Feststellung dieses Virus."

Sowjetische Forscher, so Professor Haitow, suchten derzeit intensiv nach Impfstoffen, um dem sich ausbreitenden tödlichen Virus Einhalt zu gebieten. „Doch bis zum Sieg ist es noch weit", dämpft der Aids-Experte die Hoffnungen seiner Leser. Ermutigend sei allerdings, daß die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern anderer Länder erste kleine Erfolge zeigt. „Es gibt Grund zum Optimismus."

Dennoch werden unverändert nur Zahlen über Aids-Kranke in den USA gemeldet (bis 1. Oktober dieses Jahres seien es 13 611, die Hälfte mit tödlichem Ausgang). Natürlich werden Zahlen über „Spid"-Kranke in der UdSSR diskret verschwiegen.

ZU GUTER LETZT

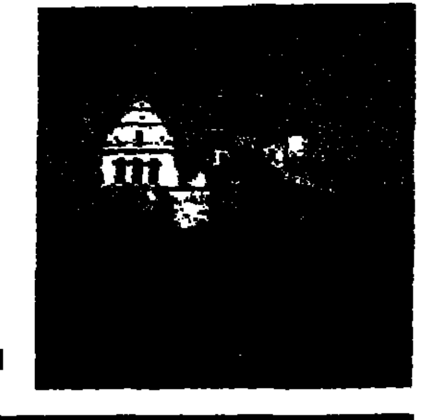
„Der 1,90 Meter große Chirurg beugte sich so lange über das winzige Herz, bis er alle medizinischen Probleme gelöst hatte. Die erschöpften Operationsschwestern, die ihm assistierten, stellten sich auf Kisten, um dem großen Arzt zu helfen." Aus einem SAD-Korrespondentenbericht.

Magazin für die Freizeit
Freitag, 18. Oktober 1985 - Nr. 243 - DIE WELT

REISE WELT

mit Auto · Hobby · Sport · Spiel







Teneriffa, die farbigste Insel der Kanaren: Im Süden scheint an 360 Tagen im Jahr die Sonne, und Feriengäste können Strand und Meer auch im Winter genießen

Weihnachtssterne im sonnigen Herbst

Vergessen sind Kälte und Nässe der Heimat. Vom Himmel strahlt südliche Sonne, dahinter leuchtet der schneebedeckte Gipfel des Teide, und zu unseren Füßen rollt sanft die Meeresbrandung des Atlantiks gegen den goldgelben Sandstrand, der sich von La Caleta bis El Medano erstreckt. Badewärter stellen in der frühen Morgenstunde in langen Reihen Liegestühle und Sonnenschirme auf.

Wir schlendern auf der Uferpromenade und schlürfen unter Palmen unseren Frühstückskaffee. Es duftet nach Croissants, Sonnencreme und Jasmin. Dann steigen wir in die Fluten des Atlantiks. Das Wasser ist angenehm warm, Molen schirmen die Meeresbrandung ab. Das Ufer bekommt Konturen. Hinter dem Sandstrand, der von der Sahara herübergeweht ist, wächst ein Hotel neben dem andern in den Himmel, umgeben von tropischen Gärten, Spezialitätenrestaurants, Villen im pseudomaurischen Stil. Die perfekt organisierte Urlaubsmaschinerie läßt keinen Wunsch offen. Es gibt Boutiquen, Diskos, Bars, Tennis, Golf, Segeln, Surfen, Fahrrad- und Autoverleih.

Wir wollen den Süden der Insel entdecken, uns lockt vor allem das Hinterland, und so mieten wir einen Wagen. Zuerst ziehen uns die bunten Dreiecke der Windsurfer an, die sich die zugige Ecke von El Medano ausgesucht haben, um mit Vergnügen über die weißen Brandungswellen zu hüpfen.

Adeje – unser nächstes Ziel – ist eines der älteren, natürlich gewachsenen Dörfer des Südens, mit verschnörkelten Hausfassaden, schattigen Lorbeerbaum-Alleen rund um die barocke Dorfkirche. Von hier führt ein Spaziergang in den Barranco del Infierno, in die Höllenschlucht. Der Name übertreibt, aber das vom Vulkan geprägte Tal zeigt interessante geologische Formationen, hier flattern zwischen Kandelaberkakteen, Weihnachtssternen und Agaven bunte Schmetterlinge. Am Ende des Tales stürzt ein Wasserfall in die Tiefe, begleitet vom Geschrei der Kanarienvögel.

Mittags sitzen wir in Tijoco de Abajo in der Bar Fuentes auf einer farnverhangenen Veranda. Maria serviert Conejo – gebratene Kaninchen mit Mojo-Sauce und Bonitas, ungeschälte, in Meersalz gekochte kleine Kartoffeln –, und Pepe bringt dazu Tinto, roten Landwein.

Wir folgen der Südküste westwärts, fahren durch Bananenfinkas mit kreisrunden Wassertanks, erblikken hier einen schwarzen Sandstrand, dort ein Stück Steilküste, passieren schmucklose Dörfer.

In Los Gigantes ist alles riesig, die rotschwarzen Felsbrocken, die steil ins Meer abfallen, die schneeweißen Feriensiedlungen, der Hafen mit Hunderten von Segel- und Motorbooten. Nur die Straße wird eng. Sie windet sich über einen trockenen Bergrücken mit grauen Geröllhalden, düsteren Vulkanfelsen. Dann folgen Täler mit üppiger Vegetation.

Bei Garachico erreichen wir die Westküste. Tief unter uns liegt die Stadt, ganz auf Lava gebaut. Im Hafen wurde bis 1706 der Inselwein verladen, dann brach der Pico de Teide aus, feuerspeiend, lavaspuckend, alles zerstörend. Auf der vom Vulkanstrom gebildeten Halbinsel liegt das heutige Garachico mit dem Castillo de San Miguel und den natürlichen Meeresschwimmbecken, Vertiefungen im schwarzen Gestein, in die schäumend das Meerwasser fließt.

Beliebter Ausflugsort ist Ico de Los Vinos, nicht wegen des Weines, sondern vor allem wegen des tausendjährigen Drachenbaumes, der majestätisch vor der Bergkulisse des Teide ruht und allem Touristenrummel zum Trotz immer noch pralle Samenbällchen auf die Köpfe der fotografierenden Besucher wirft. Hinter dem Wunderbaum verbergen sich Villen aus der Kolonialzeit mit geschnitzten Holzbalkonen und Toren, die zu lauschigen Tavernen und verwunschenen Innenhöfen führen.

Der nächste Tag gehört dem Teide, dem höchsten Vulkan der Kanaren, der sich stolze 3718 Meter über dem Meer erhebt. Zunächst führt der Weg durch Nadelwald mit mächtigen Stämmen, wie man sie in diesen Breiten sicherlich nicht vermutet, dann folgen die Canadas del Teide, eine zerklüftete Vulkanlandschaft mit den bizarren Felsformationen Los Roques. Die ganze Region wurde von der Inselverwaltung zum Nationalpark erklärt. Für Einheimische Ziel so mancher Sonntagsausflüge. Am Wegrand Grillplätze: Der Duft von Steaks und Knoblauch steigt den Vorüberfahrenden in die Nase.

Wir parken unseren Panda an der Talstation der Teidebahn in 2365 Meter Höhe und schweben mit der Seilbahn in acht Minuten zur Bergstation (3555 Meter) unterhalb der Spitze. Wer das Gipfelkreuz des Teide erreichen will, der muß noch eine halbe Stunde weiterklettern. Beim Aufstieg sinken wir in Schnee- und Schlackefelder, gutes Schuhwerk ist also angebracht. Lohn der Mühe: ein unvergeßlicher Blick über die Kanarische Inselwelt im Rund, auf Gran Canaria, Gomera, La Palma, Hierro, und ganz im Dunst ahnt man Fuerteventura und Lanzarote. In die Bergfrische mischt sich Schwefelgestank. Unter uns im Krater entweichen den Tuffspalten weiße Wölkchen. Ob der Teide wirklich schläft?

Durch das Orotava-Tal mit seinen herrlichen Nadelwäldern schlängelt sich die Asphaltstraße in endlosen Kurven nach Puerto de la Cruz, dem touristischen Hauptort des Nordens. Attraktivster Anziehungspunkt ist das große Meeresschwimmbecken des berühmten Architekten Cesar Manrique, der auf einem vorgelagerten Plateau eine Südsee-Illusion schuf mit schwimmenden Palmeninseln, Open-Air-Restaurants, rauschenden Kaskaden und einer schneeweiß-azurblauen Schwimmlandschaft, die vom Wasser des Atlantiks gespeist wird. Dahinter türmen sich die Hochhausfassaden der Hotelburgen, die meisten mit Parkanlagen, Swimmingpools und Balkon zum Meer.

Der Norden ladet zu ausgedehnten Wanderungen ein, zum Mercedes-Wald mit dem Aussichtspunkt Mirador Cruz del Carmen und Blick auf die alte Hauptstadt La Laguna, durch das Anaga-Gebirge mit seinen herrlichen Zedern- und Lorbeerwäldern. Auf schmalen Ziegenpfaden wandern wir nach Las Caboneras zum Höhlendorf von Chinamada, wo wir die letzten Zeugnisse der Ureinwohner von Teneriffa finden. GEROLD JUNG

*

Auskunft: Staatliches Spanisches Fremdenverkehrsamt, Oberanger 6, 8000 München 2.



Auf Lava gebaut: Garachio an der Westküste



Plausch ohne Hetze: Bar unter freiem Himmel in Abajo
FOTOS: GEROLD JUNG (4)/SCHMIDTCHENS (MAURITIUS)

NACHRICHTEN

China in Berlin

Die Volksrepublik China wird 1986 zum ersten Mal an der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) teilnehmen, die vom 28. Februar bis 6. März in Berlin stattfindet. Bisher waren lediglich Tourismus-Delegationen aus dem asiatischen Land als Fachbesucher auf der Messe. 1984 kamen bereits 12,8 Millionen Touristen nach China, ein Jahr zuvor waren es 9,4 Millionen gewesen.

„hanseboot" und Kunst

Eine Sonderausstellung ganz eigener Art erlebt auf der „hanseboot '85" (19. bis 27. Oktober) auf dem Hamburger Messegelände ihre glanzvolle Premiere: Die Sonderschau „Art Maritim" präsentiert mehr als 200 Gemälde und andere Exponate aus dem maritimen Bereich – ein einmaliger Genuß für alle Bootsfreunde und Liebhaber der maritimen Welt. Die Sonderausstellung „Art Maritim" basiert weitgehend auf der Sammlung Peter Tamm. Darüber hinaus liefern Sotheby's, die Hamburger Galerie Dörling, die Bundesmarine, der Kieler Yacht-Club und eine Reihe von namhaften Marinemalern wertvolle Ausstellungsstücke. Auf der „hanseboot '85" zeigen 664 Direktaussteller und 535 zusätzlich vertretene Firmen ihre Neuheiten.

Luftkissen zum Lift

Umweltschutz wird großgeschrieben in dem Tiroler Urlaubsdorf Serfaus. Es war der erste Ort, der mit Ausnahme von Zubringern den gesamten Motorverkehr verbannte. Nun verlegte Serfaus als erstes europäisches Dorf seine Liftzubringerdienste unter die Erde. Kostenlos können die Skifans vom 7. Dezember an in einer vollautomatischen Luftkissenbahn an die Talstationen fahren. Für die 1,3 Kiometer lange Strecke mit vier Einstiegen benötigt die Bahn sieben Minuten.

Amerikanisches Angebot

Die großen amerikanischen Reiseveranstalter interessieren sich immer häufiger für den deutschen Ferienmarkt. Jetzt bietet Holidair aus Miami für diesen Winter Urlaubsarrangements nach USA, Kanada, Mexiko und in die Karibik. Das Unternehmen, das 1986 im deutschsprachigen Raum mit 12 000 Buchungen 36 Millionen Mark Umsatz erzielen will, bietet ausschließlich Arrangements mit Linienflugzeugen an. Preisbeispiel: Sieben Übernachtungen inklusive Hin- und Rückflug kosten in einem Luxushotel in Florida 1968 Mark pro Person.

Flics wollen Bargeld

Frankreich-Urlauber sollten sich nach der Einführung des neuen Bußgeld-Katalogs noch mehr vor Übertretungen hüten als früher. Wer die drastisch angehobenen Geldbußen – „Parksünden" kosten nun 85 bis 200 Mark, Mißachten des Stop-Schildes 440 bis 840 Mark – nicht sofort bezahlt, muß damit rechnen, daß sein Auto so lange beschlagnahmt bleibt, bis die Strafe beglichen ist.

Sommerpause

Die Hoteliers auf Teneriffa erwägen, im kommenden Sommer ihre Häuser zu schließen. Begründung: Die Belegungsquote der rund 37 000 Betten sei zu niedrig, die Betriebskosten hingegen zu hoch. Kommt es zu der Sommerpause auf Teneriffa, müssen auch etliche Touristen aus der Bundesrepublik umdisponieren: Von den rund 1,2 Millionen Urlaubern, die 1984 nach Teneriffa flogen, kamen 260 000 aus der Bundesrepublik.

Ärztlich geleitete Sanatorien und Kliniken

Anzeige

Viele gute Gründe sprechen für eine Kur in einem Sanatorium oder einer Kurklinik:

- Als Patient schaltet man leichter und vollkommener vom bedrängenden Alltag ab. Hier – in einer „abgeschirmten Welt" – kann vieles ferngehalten werden, was draußen belastet. Doch was man an Geselligkeit sucht, ist da: die Schwimmhalle, die tägliche Gymnastik, eventuell die Therapie in der Gruppe. Dazu kommt die wohltuende Atmosphäre eines gepflegten Interieurs.
- Durch das Einzelzimmer mit Komfort oder das Appartement mit noch mehr Wohnlichkeit ist ein ganz persönlicher Bereich gesichert. Das ist gut für die notwendige Einstimmung auf eine Kur oder auf die aus einer Überstrapazierung erforderliche Entspannung oder Auspendelung.
- Arzt und Schwester sind in ihrer allgegenwärtigen „Unauffälligkeit" immer da, wenn man sie braucht. Die ständige ärztliche Leitung und Betreuung im Hause ist das besondere Kennzeichen.
- Moderne Sanatorien und Kurkliniken sind Klinik, Sanatorium und Hotel, nicht selten Luxushotel, in einem: Für Körper und Seele fällt es hier leichter, sich auf eine neue Lebensweise umzustellen, den Alltag mit anderen Augen zu sehen – um auf die Dauer anders leben zu können.
- Die Auswahl ist groß, die Sanatorien und Kurkliniken haben ihr jeweils spezielles Kurangebot und daher ihren besonderen Ruf. Sie bieten nahezu die ganze Fülle der heute bekannten therapeutischen Möglichkeiten und ihrer besonderen Methoden.

All das macht Sanatorien und Kurkliniken besonders geeignet für eine Kur nach modernen Maßstäben:

- Dem Vorbeugen, dem Heilen und der allgemeinen Regeneration kommt gleicher Stellenwert zu.
- Die aktive Mitarbeit des Patienten ist unentbehrlich, um den gewohnten Alltag abzustreifen.
- Sanatorien und Kurkliniken sind keine „Krankenanstalten" mehr und schon gar keine „strengen" Häuser. Ganz im Gegenteil. Auch hier wird die Kur grundsätzlich heiter, wenn auch in einer gezielten Ordnung betrieben, wie sie in einer ambulanten Kur so intensiv oft nicht möglich ist.



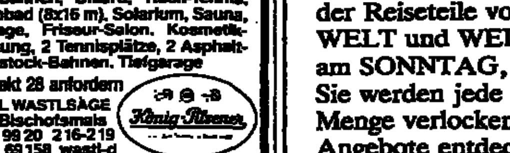
NORDSEE – NIEDERSACHSEN – SCHLESWIG-HOLSTEIN – OSTSEE

HARZ

WESERBERGLAND

BAYERN

Reiseanzeigen
helfen mit, Urlaub, Freizeit und Wochenende richtig zu planen. Studieren Sie die Anzeigen der Reiseteile von WELT und WELT am SONNTAG, und Sie werden jede Menge verlockender Angebote entdecken.



SCHWARZWALD

HOTELS

Berchtesgaden – In ruhiger Lage, landschaftlich eingebettet in 1000 Meter Höhe am Fuß des Hohen Göll liegt das Hotel Obersalzberg (Condo-Hotels und Restaurants, 8240 Berchtesgaden, Buchenhöhe 34), das ein idealer Ausgangspunkt für Touren nach Salzburg, ins Salzkammergut oder zum Königssee ist. Das Weihnachts- und Silvester-Angebot für eine *Woche* kostet mit Frühstück pro Person 406 Mark. Ein Pauschalangebot zur Bob-WM-86 (17. Februar bis 24. Februar Zweierbob, 24. Februar bis 3. März Viererbob) macht das familienfreundliche Hotel zum Preis von 500 Mark pro Person im Doppelzimmer oder Suite mit Halbpension.

Bad Brückenau – Vom 24. Januar bis 7. Februar 1986 wird der bekannte Fernseh-Koch Max Inzinger im Dorint-Kurhotel (8788 Bad Brückenau, Heinrich-von-Bibra-Straße 13) die Pfunde schmelzen lassen. „Zwölf Pfund in 14 Tagen zu verlieren ist die Regel", sagt Max Inzinger. Sein Erfolgsrezept: *Die Gesellschaft* Gleichgesinnter, begleitende Gymnastik und zehn kleine Mahlzeiten mit nicht mehr als 1200 Kalorien täglich.

Straubing – Das Hotel Heimer (8440 Straubing) bietet vom 22. bis 28. Dezember für 485 Mark ein Weihnachtspaket mit sechs Übernachtungen und Frühstücksbüffet an. Das Silvesterangebot kostet 574 Mark (26. Dezember bis 2. Januar). Es besteht die Möglichkeit, beide Offerten zum Preis von 886 Mark zu verbinden.

Waldsassen – „Zwischen Silvester und Dreikönig" nennt das Hotel-Restaurant „Ratsstüberl" (8595 Waldsassen) seine Pauschale vom 28. Dezember bis 6. Januar. Es wird reichlich Gelegenheit für Skiwanderungen geboten. Der Gast lernt die herzhafte bayerische Küche kennen. Außerdem ist der Besuch des traditionellen Dreikönigskonzerts möglich. Neunmal Vollpension plus Programm kann der Gast ab 399 Mark buchen.

Brand – Das Traditionshotel Scesaplana (Familie Helmut und Ruth Schwärzler, A-6708 Brand in Vorarlberg) wurde großzügig umgebaut und renoviert. Badebereich mit Hallenbad, Hotwhirl-Pool, Dampfbad, Sauna und Solarium laden zur „Fitneßkur" ein. Konferenzräume sowie eine Kongreß- und Ausstellungshalle stehen zur Verfügung. Es gibt eine hoteleigene Tennisschule, und abends können sich die Gäste beim traditionellen Brandner Apres-Ski in der Taverne mit Diskothek treffen.

Wer kurzfristig bucht, kann viel Geld sparen

tdt./np Frankfurt

Für Urlauber, die bei ihrer Planung nicht auf einen bestimmten Abreisetermin fixiert sind und auch beim angestrebten Ziel flexibel sein können, gibt es eine reizvolle Möglichkeit, viel Geld zu sparen. „Reisen für *Kurzentschlossene*" nennt sich die Idee, die immer mehr Freunde gewinnt. Solche günstigen Angebote der Reiseunternehmen kommen zustande, weil häufig Urlauber fest gebuchte Pauschalreisen nicht antreten. Da bis kurz vor dem Abflug Stornogebühren von bis zu einhundert Prozent fällig sind, verkaufen die Reiseveranstalter ihre „Reste" liebend gern an die sogenannten „Restplatzbörsen".

Zur Zeit gibt es in der Bundesrepublik drei dieser Organisationen. Der Hamburger Ableger mit dem passenden Titel „Last Minute Tours" (Telefon 040/52 36 48) nimmt von seinen Clubmitgliedern *einen Jahresbeitrag* von zehn Mark. Dafür erhalten diese eine Telefonnummer, unter der ihnen per Band die aktuellen Angebote offeriert werden.

Ein bißchen bürokratischer funktioniert das Ganze beim „Club der Kurzentschlossenen" (Telefon 0421/4 41 46). Für einen Monatsbeitrag von vier Mark gibt es vierzehntägig eine Liste der Angebote.

Vergleichbar mit einem normalen Reisebüro arbeitet die in München beheimatete „Restplatzbörse" (Telefon 089/28 83 29). Hier muß man allerdings im allgemeinen persönlich vorstellig werden, wird dafür aber dann auch beraten.

Die günstigsten Angebote

Wo der Pauschalurlaub jetzt am billigsten ist, hat die REISE-WELT hier zusammengestellt:

Eine zweiwöchige Flugreise nach Mallorca, die ab München inklusive Übernachtung und Frühstück 529 Mark (TUI, Hannover) kostet. Ebenso augenfällig eine Flug-Offerte von Düsseldorf zum Golf von Almeria: 14 Tage in den Bungalows der Ferienanlage „Roquetas de Mar" liegen für 629 Mark (Jahn-Reisen, München) in den Regalen der Reisebüros.

Nach Djerba hingegen führt ein anderer „Preis-Hit": Eine Woche Badeurlaub mit Übernachtung und Frühstück wird von Air Conti, München, schon für 549 Mark angeboten. „Surfen soviel Sie wollen" heißt hingegen ein Sparangebot für Wassersportler: Wer 1055 Mark (Intercontinental Reisen, München) übrig hat, kann dafür von München nach Eilat in Israel fliegen und – bei Unterkunft und Frühstück im „Sun Bay Holiday Village" – nach Herzenslust seinem Hobby nachgehen.

Augenfällig ist auch ein Angebot im marokkanischen Tanger – Halbpension im Hotel „Malabata" kostet ab Stuttgart 790 Mark (Orion Interconti, Stuttgart) – oder auf Teneriffa, wo eine Woche im Stadthotel ab Düsseldorf, Stuttgart oder München für 599 Mark (Jet-Reisen, Frankfurt) angeboten wird.

Urlaub „von der Stange"

Zwei Herbst-Knüller führen schließlich nach Übersee: Zwei Wochen im indischen Goa sind – inklusive Flug, Übernachtung und Frühstück – ab Frankfurt schon für 2190 Mark (TUI, Hannover) zu haben, wäh*rend ein Trip nach New York inklusi*ve vier Übernachtungen ab Amsterdam zum Preis von 1298 Mark (Flugbörse, Hamburg) angeboten wird.

Mit ebenso spitzem Bleistift scheint auch ein Südamerika-Angebot kalkuliert: Wer zwei Wochen in einem Appartement unweit der weltberühmten Copacabana in Rio verbringen will, kann diese Flugreise ab Frankfurt schon für etwas mehr als 2000 Mark (Master Travel, Hamburg) kaufen.

Doch nicht nur im Ausland, auch in der Bundesrepublik gibt es in diesem Herbst äußerst preiswerte „Reisen von der Stange". Baiersbronn im Schwarzwald lockt – inklusive Anreise per Bahn und Zimmer mit Frühstück – mit einem 14-Tage-Arrangement für 288 Mark (Ameropa), wobei eine Ortsführung, eine geführte Wanderung und ein Tanzabend im Preis noch inbegriffen sind.

Ähnlich interessant auch zwei Offerten aus Bayern: Zwei Wochen Urlaub – bei eigener Anreise – in Inzell kosten in einer Ferienwohnung für drei Personen 344 Mark (ITS, Köln), 14 Tage in einer schmucken Frühstückspension im Berchtesgadener Land werden – inklusive Bahnreise ab Frankfurt – für 475 Mark (Deutsches Reisebüro, Frankfurt) unters preisbewußte Reisevolk gebracht.

Und auch der hohe Norden lockt schließlich mit Tiefstpreisen: wer nach Büsum in die Pension „Hauschild" fährt, kann eine Woche inklusive Frühstück für 284 Mark (TUI, Hannover) verbringen.



Im „Puppenstübchen" bedient sich der Hotelgast selbst

Deutschlands kleinstes Hotel steht in Herdecke an der Ruhr. Ines Berger hat es liebevoll eingerichtet. Für die Gäste gibt es zwar nur einen Aufent*haltsraum, ein Bad, ein Doppel- und* zwei Einzelzimmer, aber an den kleinen Fenstern hängen nostalgische Rüschengardinen und die Betten sind mit bunten Stoffen überzogen, wie zu Urgroßmutters Zeiten. Die Chefin sorgt täglich für frische Brötchen, und *den Frühstückskaffee kochen sich die* Gäste selber. So finden sie in gemütlicher Atmosphäre schnell Kontakt zueinander. Das Fachwerkhaus aus dem 17. Jahrhundert sollte ursprünglich abgerissen werden. Frau Berger erwarb und renovierte es, als eine *Umfrage zeigte, daß die Bürger von* Herdecke am meisten ein Hotel vermißten. FOTO: DPA

Über dem Nordatlantik ist der Wettbewerb der Airlines am härtesten

Europäische Flugtarife purzeln

RW. Bonn

Die Flugtarife in Westeuropa geraten endgültig ins Trudeln. Die Association of European Airlines (AEA), unter deren 20 Mitgliedern auch die Deutsche Lufthansa (LH) ist, unterbreitet den 22 westeuropäischen Regierungen einen bahnbrechenden Vorschlag. Künftig soll es unterhalb der Economy-Klasse zwei neue Tarife geben: Erstens „Discount", der 20 Prozent unter dem Normalpreis liegt und zweitens „Deep Discount", der 40 Prozent tiefer angesiedelt ist.

An ein „Discount"-Ticket sind mehrere Bedingungen geknüpft: So muß es sich um einen Hin- und Rückflug oder einen Rundflug handeln, eine Nacht zum Sonntag muß im Zielland verbracht werden und die Aufenthaltsdauer muß zwischen sechs Tagen und drei Monaten liegen. Möglicher Termin für die neuen Billigflüge: der 1. Januar 1986. Die neuen Tarife werden nur in Westeuropa anwendbar sein. Die Chancen, daß sie genehmigt werden, stehen gut, denn „alle Beteiligten wollen ein neues Preissystem", heißt es bei der Lufthansa.

Wie hart der Konkurrenzkampf in der Luft geworden ist, zeigt auch die Auseinandersetzung zwischen PanAm und Lufthansa: Am 21. August dieses Jahres verschickten die Amerikaner ein Telex, in welchem sie jedem Fluggast, der bei ihnen einen Flug über den Atlantik durchführt, in den USA für zwei Tage einen *kostenlosen Mietwagen anbieten.* Anwendbar war diese Offerte nur in den Bundesstaaten Florida, Kalifornien und Hawaii. Dabei handelte es sich nicht um ein kurzfristiges Sonderangebot, denn der Lockruf vom Oktober 1985 sollte bis Dezember 1986 gelten.

Doch die Deutsche Lufthansa sah in den Verkaufsbemühungen ihrer amerikanischen Kollegen eine Wettbewerbsverzerrung. Sie bat, dieses Angebot unverzüglich vom Markt zurückzuziehen und erwartete hierzu eine Bestätigung bis zum 26. August 1985. Die PanAm tat so, als habe die Lufthansa sich überhaupt nicht geäußert. Und so kam, was kommen mußte. Der Frankfurter Anwalt Stefan Vogt, der schon so manchen Prozeß für die Lufthansa bestritten hat, bewirkte eine Einstweilige Verfügung, mit der der PanAm bei Meidung von Ordnungsgeld bis zu 500 000 Mark ihr Angebot untersagt wurde. Bei diesem Erlaß machte sich das Landgericht Frankfurt weitgehend die Argumentation des Lufthansa-Anwalts zu eigen. PanAm beugte sich der einstweiligen Verfügung und sandte ein Telegramm an ihre Agenturen, in dem sie ihre „Zugabe" zurücknahm.

Die Fluggäste freuen sich über einen harten Preiskampf und zusätzliche Vergünstigungen: Nur noch 44 Prozent der Reisenden, die innerhalb Westeuropas fliegen, zahlen den vollen Preis. Alle anderen – oder knapp 30 Millionen Passagiere – nutzen einen der zahlreichen Sondertarife, die durchschnittlich 36 Prozent unter den normalen Linienpreisen liegen. Geht es nach Übersee, kalkulieren Touristen, aber vor allem Geschäftsreisende noch genauer: Über den Nordatlantik beispielsweise fliegen vier von fünf Fluggästen mit einem ermäßigten Ticket, das im Schnitt 50 Prozent billiger als der Flugschein der „Vollzahler" ist. Auch nach Fernost haben Reisende – wie eine Untersuchung der Association of European Airlines (AEA) zeigt – das Spar-Ticket entdeckt: Dreiviertel aller Passagiere fliegen knapp um die Hälfte billiger als die restlichen 25 Prozent.

Spektakel für die Werbung

In vielen Großstädten setzen die Leiter der Museen und in deren Schlepptau auch die Fremdenverkehrsgewerbler zunehmend auf spektakuläre Ausstellungen. „Tutench-Amun" oder „Die Etrusker" haben *Millionen* Besucher angelockt. Wie groß der Wert solcher Publikumsmagnete für die Attraktivität einer Stadt ist, haben Statistiker in Köln erforscht.

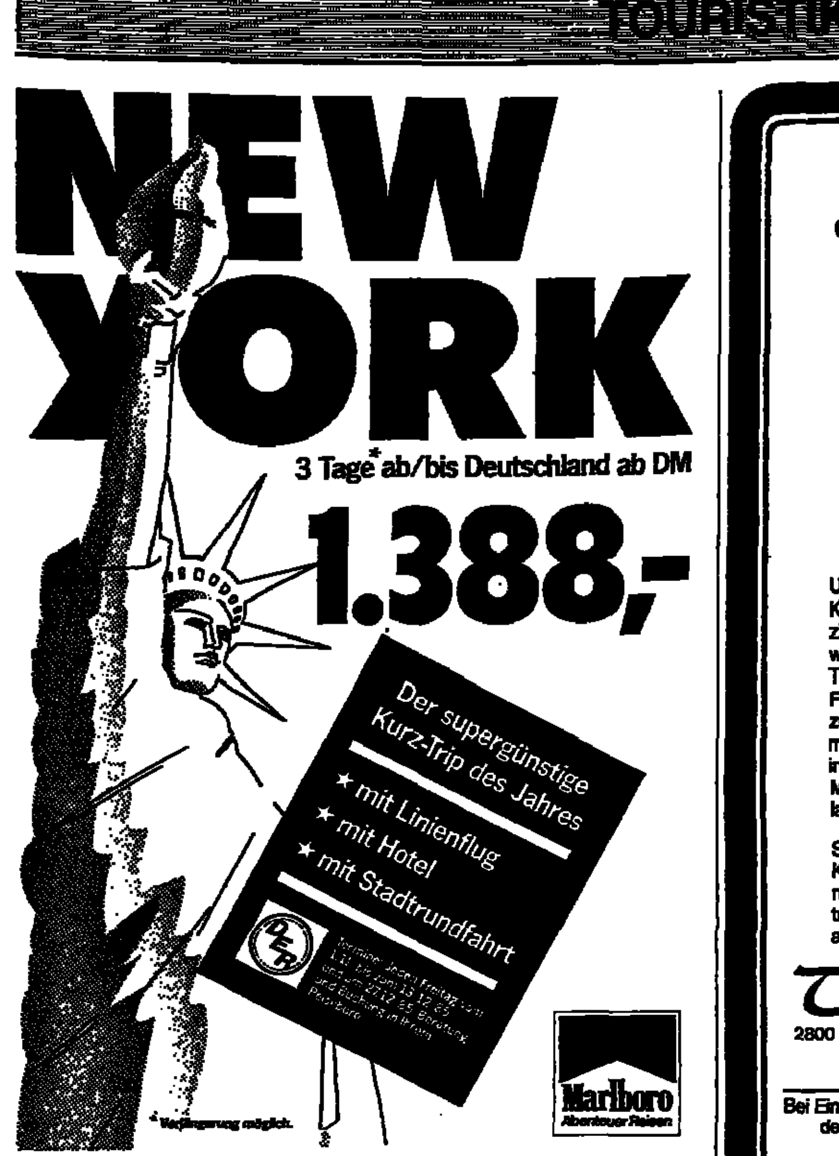
Drei Ausstellungen – Westkunst, Picasso, Kunstschätze aus China – wurden von 525 000 Menschen besucht. *Statistisch hochgerechnet* kamen 86 Prozent der Besucher aus der Bundesrepublik, davon wiederum 80 Prozent aus Nordrhein-Westfalen und wiederum 35 Prozent aus Köln und Umgebung. Von den Auswärtigen nannten immerhin Dreiviertel den Besuch der Ausstellung als Hauptgrund für ihre Kölnreise. *Die Hälfte der Befragten war zwi*schen 16 und 34 Jahre alt. Insbesondere die Jugend ist also in solche thematisch ausgerichteten Museumsausstellungen zu locken.

Für zukünftige Planer dürfte von großem Interesse sein, was die Kölner Volksbefrager an Sekundärwir*kungen bei diesen Veranstaltungen* herausgefunden haben: Ein Museumsbesuch wird von fast allen Gästen mit weiteren Aktivitäten in der Stadt verbunden. Die Hälfte der auswärtigen Besucher sah sich zusätzlich noch in ein oder zwei anderen Museen in Köln um, 36 Prozent der Angereisten kauften in der City ein. Fast die Hälfte der Befragten blieb nur ein paar Stunden in Köln, immerhin 34 Prozent einen ganzen Tag und 17 Prozent zwei Tage und länger.

Dabei übernachtete jeder dritte Nichtrheinländer und jeder zweite Ausländer mindestens einmal in der Domstadt. Auch das Kölner Gaststättengewerbe war am Erfolg beteiligt: jeder zweite Besucher speiste mindestens einmal in einem Restaurant.

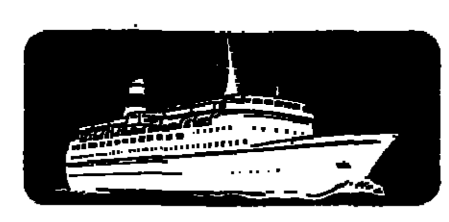
Zu guter Letzt steigt – wie die Umfrage zeigt – durch solche spektakulären Ausstellungen auch das Image einer Stadt. Bei den deutschen Kultur- und Kunstinteressenten genießt Köln inzwischen den besten Ruf, liegt auf deren Richtskala direkt nach München auf dem zweiten Platz. RW.

TOURISTIK



FÜR JEDEN
GELDBEUTEL UND GESCHMACK:

KREUZFAHRTEN '86



Unser 164-Seiten-Farbkatalog mit einem breitgefächerten Kreuzfahrtangebot für 1986 enthält eine Vielfalt von Reisezielen, unter denen sicherlich auch Sie das passende finden werden. Unsere Schiffe gehen auf Weltreisen, die auch in Teilstrecken buchbar sind, kreuzen durch die norwegischen Fjorde hinauf zum Nordkap, nach Island und Spitzbergen, zu den Kanarischen Inseln, ins westliche und östliche Mittelmeer, ins Schwarze Meer, durch die Zauberwelt der Karibik, in den geheimnisvollen Amazonas, in die Ostsee, ins Rote Meer, in die Südsee, rund um England, die ganze Donau entlang bis Istanbul und zurück und in China auf dem Yangzi.

Sichern Sie sich schon jetzt Ihren Platz auf einer unserer Kreuzfahrten im nächsten Jahr. Fragen Sie Ihr Reisebüro nach unserem Programm oder wenden Sie sich bitte vertrauensvoll direkt an unsere Experten in der Reservierungsabteilung.

Transocean-Tours
2800 Bremen 1, Bredenstraße 11 Telefon 0421/32 80 01
Die SeeReisen-Spezialisten aus Bremen

Bei Einsendung dieser Anzeige erhalten Sie kostenlos und unverbindlich den Katalog. Einfach ausschneiden und noch heute einsenden.

ITALIEN

ABANO TERME (Italien)

CURA-WERBUNG
KUR UND GESUNDHEIT
WINTER-SONDERANGEBOT 1985-86
BUS - REISE AB MÜNCHEN INBEGRIFFEN

ZIMMER	ABFAHRTSTERMINE			
	Vom 21.11.85 bis 7.12.85	Vom 7.12.85 bis 21.12.85	Vom 14.12.85 bis 4.1.86	Vom 21.12.85 bis 4.1.86
A - Appartements: (50 qm. insgesamt)	1.520,—	1.470,—	2.350,—	1.800,—
B - Zimmer mit Bad, WC u. Bidet Vorraum, Balkon, Telefon	1.340,—	1.290,—	2.180,—	1.610,—
C - Zimmer mit WC u. Bidet, Telefon, Balkon	1.180,—	1.130,—	2.000,—	1.450,—
VERANSTALTUNGEN - WEIHNACHTEN u. NEUJAHR - OHNE PREISZUSCHLÄGE	14 Tage VOLLPENSION 10 Kuren	14 Tage VOLLPENSION 10 Kuren	21 Tage VOLLPENSION 10 Kuren	14 Tage VOLLPENSION 10 Kuren

Einzelzimmer-Zuschlag DM 7,— pro Tag inkl. MWST

Verlangen Sie unsere Winterangebote für schöne Ferien im Hotel Dolomiti, Paganella (Trento).

Abano Terme - Via Monteortone, 74 Ruf (003949) 667154 Telex 430240 Torerm
München Cura-Werbung - Arnulfstr. 4-6 Ruf (089) 594892-591616 - Telex 529588 Cura-D
Köln Cura-Werbung - Burgmauer 4 (am Dom) Ruf (0221) 246414 - Telex 8883357 Cura D
Frankfurt (Reisevermittlung) R.H.K. - 6000 Frankfurt 70 - Ruf (069) 68 10 74 Telex 4 16 989

Komforthotel * ANATOL Oktober - Preis HP 79,-**
I-39012 MERAN-Tel. 0039/473/37511-Sehr ruhige Lage-Großes geheiztes Freibad, Heißwasser-Whirl Pool, Sauna, Türkisches Dampfbad, großzügiges Frühstücksbuffet, gepflegtes Abendmenü-gesellige Veranstaltungen wie Buffets, Zither- u. Grillabende, Weinverkostungen u.a.
SONNIGER HERBST IN MERAN

„Man muß sich spätestens zwischen Weihnachten und Silvester auf die nächste Sommerreise freuen können, oder man wird nie des ganzen Reisezaubers teilhaftig werden." Sigmund Graff

Vielfältige Anregungen und Informationen über Urlaub und Freizeit erhalten Sie jeden Freitag in der WELT und jeden Sonntag in WELT am SONNTAG.

8413

Ferien in Frankreich

Sie möchten für Ihre nächsten Ferien in Frankreich ein Haus oder eine Wohnung MIETEN: Bestellen Sie unseren KATALOG: MIETOBJEKTE (20 000 Vermietungen) 30 FF inkl. Porto.

Sie möchten in Frankreich in den Bergen Immobilien erwerben: Bestellen Sie unseren KATALOG: IMMOBILIEN IN DEN BERGEN (5000 Chalets und Wohnungen zu verkaufen) 25 FF inkl. Porto.

Um diese Kataloge zu erhalten, schicken Sie bitte Ihre Bestellung mit einer internationalen Zahlkarte über den Preis des gewünschten Kataloges (50 FF für beide Kataloge) an: PUBLI-RIC S.A. 8, rue de Richelieu, 65001 PARIS, FRANCE

FRANCE REISEN
Ihr Partner für Skireisen
SKI in Frankreich
plus SKI-SCHWEIZ!
das größte Spezialprogramm per LUXUSBUS · FLUGZEUG · AUTO
8500 Ferienwohnungen
Chalets, gemütliche Skihotels in den beliebtesten Skiorten.
Wer schnell bucht, sichert sich die besten Angebote.
2 bis 5% Frühbucher-Nachlaß bis 31.10.85
Großer Farbkatalog kostenlos
Telefon 0 89/28 82 37
Theresienstr. 19 · 8000 München 2

Für alle

die sich auf ihre Urlaubsreise freuen oder Ferienerinnerungen auffrischen wollen, sind die „Reise-Welt" in der WELT und „Modernes Reisen" in WELT am SONNTAG jede Woche willkommene Lesestoffe.

SPANIEN



Teneriffa – Hierro – La Palma – La Gomera – Reservation (Seit 1954). Ausges. Hotels, Apptmnts. u. Bungalows · Günstige Direktflüge · Alle Abflughäfen · Standby Brüssel u. Amsterdam 10 Tg. v. Abflug · Tel. 0 22 61 / 2 28 67.

ÖSTERREICH



Wo finden Sie alles, was Ihren Winterurlaub zum Erlebnis macht?
Eine zauberhafte Landschaft, traumhafte Pisten mit Skiabfahrt vom und zum Hotel, Schneesicherheit bis lang nach Ostern und ein Haus, in dem Sie verwöhnt werden – mit Atmosphäre und Komfort, mit erlesener Küche und allen Freizeiteinrichtungen für die ganze Familie: Hallenbad mit Kinderplanschbecken, Dampfbad, Sauna, Solarium, Fitness-, Hobby- und Kinderspielraum –
im
HOTEL ST. ZENO
auf der Sonnenterrasse Tirols A-6534 Serfaus
Tel. 00 43 / 54 76 – 63 27 oder 63 28, FS: 5 8 182

Sie haben einen, vielleicht zwei Weltkriege mitgemacht. Sie haben ein ganzes Leben lang gearbeitet und gespart. Gönnen Sie sich ein paar erholsame Tage mit einem

Rentnerarrangement
an einem ruhigen Plätzchen im Bregenzer Wald. 13 Tage Halbpension für 2 Personen ab DM 600,–. Alle Zimmer mit Privat-WC/Bad od. Dusche. Eig. Tennisplatz, Schwimmbad, Sauna, Solarium (Sporthalle), auch eig. Kegelbahn. Fragen Sie nach Prospekten.
Pension St. Hubertus, A-6863 Großdorf über Egg
im Bregenzer Wald (Vorarlberg) · Telefon 00 43 / 55 12 / 27 85

Zwei Gütezeichen garantieren ungetrübten Urlaubsspaß:



SPORTHOTEL EPPLE
****
A-6793 Gaschurn
Hochmontafon/Austria
Telefon 00 43/55 58-82 51
Telex 52 389 epple a

Erstklasshaus mit 120 Betten, Hallenbad (15 x 6,5 m, 26 C°), Sauna, Solarium, Massage, Kosmetik, Fernseh- und Kinderspielzimmer, Weinstube, Tanz-Taverne, Tiefgarage, Tennishalle mit Trainingsschule 3 Gehminuten vom Hotel!

Traumskigebiet
SILVRETTA NOVA
● 90 km präparierte Piste, 1000–2200 m ● 27 Liftanlagen ● ● Helikopterskiing ● ● 15 km Höhenloipe auf 2040 m ● ● 20 km Loipen im Tal ●
Informieren Sie sich über unsere preisgünstigen Pauschalarrangements mit HP

SCHNUPPER-WOCHENENDE
vom 29.11. bis 1. oder 2.12.1985 zum Kennenlernpreis ab DM 170,–

SKIFIT-WOCHEN
vom 7.12.–14.12. u. 14.12.–21.12.1985 incl. Skipaß Silvretta Nova (6 Tage) ab DM 730,–

JANUAR-SPORTWOCHEN
vom 11.1.–18.1. u. 18.1.–25.1.1986 incl. Montafoner Skipaß (6 Tage) ab DM 835,–

Gratisprospekt anfordern KUPON
Sporthotel Epple
6793 Gaschurn 8
Austria

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

NORWEGEN

... 85/86

Hüttenferien
1 Woche inkl. Fähre, PKW m. 5 Personen ab DM **520,–**

Hotelferien
10-Tage-Reise inkl. Fähre, PKW, Vollpens. p. P. ab DM **680,–**

LARVIK LINE

Fragen Sie nach dem neuen Katalog bei Ihrem Reisebüro, Autoclub oder Reisebüro Norden, Ost-West-Str. 70, 2000 Hamburg 11, Tel. 040/36 32 11



FERIENHÄUSER FERIENWOHNUNGEN

INLAND

Nordsee

Inselurlaub auf Wangerooge/Nordsee. 40 Wohnungen, 2–5 Pers., zu vermieten. Fewo-Ring, Tel. 0 44 69-373, auch Sa./So.

Eine Woche Sylt:
300,– DM für 2-Pers.-Wohnung! Winterpreis v. Nov. bis März im Appartm.-Haus BRÖNS-HOOG Wenningstedt m. Sauna, TV, Tel. (exkl. Weihn./Neuj.) Kurmittelhs. geöffnet. Hausprospekt anford. Tel. 0 46 51 / 4 28 37

SYLT
Herbst auf Sylt genießen
1-Zim.-FeWo (2 Pers.) pro Tag 66,–
FeWo mit DU/WC, Farb-TV, Kochnische, Schwimmbad, Sauna, Solarium.
Sylt-Ferienpartner, Viktoriastr. 1
2280 Westerl./S., Prospekt anfordern.
04651-54 33

Keitum/Sylt
Hausteil (möbl.) unter Reet, 120 m² Wfl., 500 m² Garten, f. höchste Ansprüche, langfr. zu verm.
Tel. 0 46 51 / 3 28 04
App. (Souterrain) möbl., v. März–Nov. langfr. zu verm.
☎ 0 46 51 / 3 28 04

Relaxing auf NORDERNEY
In unserer urgemütlichen Komf.-Dachgeschoßwohnung in renov. Jugendstil-Villa Nähe Nordstrand. Perfekt ausgestattete Küche m. Geschirrsp.; Farb-TV, Telefon, Panoramablick. Inkl.-Preis zur Zeit 80 DM/Tag. Endreinig. extra. Telefon 0 23 73 / 1 09 87 od. 49 90

Langeoog
Komf. FeWo, 6 Personen, ab 15. 10 frei.
Tel. 0 44 21 / 5 29 84

Morsum/Wattblick
Zwei 2-Zi.-Kft.-Whg., Obergesch., i. Landhs.-Stil, langfr. zu verm.
Tel. 0 46 51 / 2 24 25

KAMPEN / SYLT
EXCLUSIVE FERIENWOHNUNGEN
MIT ALLEM KOMFORT UND VIEL PLATZ
FÜR 4 BIS 6 PERSONEN
WEIHNACHTEN NOCH EINIGE TERMINE FREI
HAUSPROSPEKT
☎ 0 40 / 6 09 35 46 u. 0 46 51 / 4 25 29

Norderney Komf. Ferienwohnungen, 1 od. 2 Zi., kostenl. Benutzung der hoteleigenen Freizeiteinr., wie Hallenbad, Sauna usw. Inselhotel Vier Jahreszeiten, Tel. 0 49 32 / 30 91

Sylt/Strandnähe
Exkl. Friesenreizzelhs. u. herrl. Reetdachhs. in Kampen ab sof. frei:
Tel. 08 11 / 54 02 03 od. 0 46 51 / 3 55 11

SYLT
ist bei jedem Wetter schön
Hübsche Ferienwohnungen und Häuser in jeder Größe und Lage, in Westerland und anderen Inselorten frei.
App.-Verm. Christiansen
Kampende 48, 2280 Tinnum/Sylt
Tel. 0 46 51 / 3 18 86

Sylt Komf.-Whg. für 2-6 Pers. Farb-TV, Tel., Schwimmb., Sauna, Tel. 0 41 06 / 44 57

SCHWEIZ



die Sonne, Schnee und den wunderbaren DORINT-Komfort genießen wollen (alle Zimmer mit Bad/WC, Farb-TV mit Video, Balkon, Telefon). Das DORINT Hotel Regina Titlis in Engelberg, am Fuße des majestätischen Titlis (3.239 m) mit seinem grandiosen Skigebiet – und das DORINT Aparthotel Blüemlisalp auf der Sonnenterrasse im Berner Oberland hoch über dem Thuner See, ideal auch für Langläufer und Winterwanderer. Beide Hotels haben Hallenbad, Sauna, Tiefgarage und Kindergarten ... und eine gepflegt-gemütliche Gastronomie.

In Engelberg 7 Nächte incl HP p. P. im DZ 595 SFR



Direktbuchung:
☎ 00 41 - 41 - 94 28 28
DORINT Hotel
CH-6390
Engelberg

Direktbuchung:
☎ 00 41 - 36 - 41 21 21
DORINT Aparthotel
CH-3803 Beatenberg

In Beatenberg 7 Nächte incl. HP p. P. im DZ 567 SFR

WISBI-Rennen mit Rosi Mittermaier und Christian Neureuther am 4. Januar in Beatenberg, am 5. Januar in Engelberg

Winterkatalog und Zentralbuchung auch durch:
Dorint Reservierungsbüro
Postfach 20 03 52
4050 Mönchengladbach 2
☎ 0 21 66 - 45 88-0



SAVOY Arosa
***** SAVOY VIVRE
wo man sich trifft
Ihr *****TOP-HOTEL für attraktiv-aktive Winterferien.
7.12.-14.12./14.12.-21.12.85

DEZEMBER-SKI-+LL-WOCHEN
ab Fr. 800.– inkl. Halbpension
Skischule + Skipass
in Appartements ab Fr. 695.–
Bronzemedaille für jeden Teilnehmer

TENNIS+SKI-WOCHEN
ab Fr. 795.– inkl. Halbpension
täglich 1½ Std. Tennisunterricht

SCHÖNHEITS-WOCHEN
ab Fr. 820.– inkl. Halbpension
(mit oder ohne Diät)

FITNESS-WOCHEN
ab Fr. 750.– inkl. Halbpension
(mit oder ohne Diät)

● Hallenbad ● Sauna ● Massage ● Fitnessraum ● Beauty-Center ● Coiffure Damen/Herren ● Tennis- und Squash-Hallen ● Kegelbahnen ● Bar/Dancing ● Rötisserie ● Raclette-Stubli ● Garagen ● GRATISBUS zu und von den Skiliften

★ Familienarrangements ★

SAVOY-HOTEL, CH-7050 AROSA
Joe L. Gehrer, Dir.
Tel. 004181-31 02 11
Telex 74 235

Morosani Hotels Davos
Graubünden/Schweiz



Schweizerhof
170 Betten ****
Erstklass-Ferienhotel
Tel. 004183/2 11 51
Telex 74 324 Paul Heeb

Post-Pöstli
160 Betten ****
Erstklass-Ferienhotel
Tel. 004183/2 11 61
Telex 74 350
Hans-Peter Kreuziger

Das grosse Plus in jedem Morosani-Hotel:
Hallenschwimmbad
Sauna · Solarium · Massage

Sonnentage im Tessin
Kleinhotel am Luganer See, ruhig u. romantisch gelegen, gemütlich und gut geheizt. Herbst- und Winterpauschale, 3 Tage ab sfr 83,–.
Fam. Rost
Fonte dei Fiori, CH-6987 Caslano
Tel. 00 41 / 91 / 71 40 66

Was ist noch schöner als der letzte Urlaub?

Die Vorfreude auf den nächsten! Und damit Sie diese Vorfreude so richtig auskosten können – dazu sollen Ihnen die Reiseanzeigen in WELT und WELT am SONNTAG dienen. Zum Planen, Prüfen, Vergleichen – und zum Entscheiden: für den schönsten Urlaub, den Sie je hatten.

W 1985

Anzeigen-Bestellschein für

FERIENHÄUSER · FERIENWOHNUNGEN

Nr.	Größe
1	Mindestgröße 10 mm/1sp. = DM 111,72
2	15 mm/1sp. = DM 167,58
3	20 mm/1sp. = DM 223,44
4	25 mm/1sp. = DM 279,30
5	30 mm/1sp. = DM 335,16
6	15 mm/2sp. = DM 335,16

Anzeigen in der Rubrik „Ferienhäuser und Ferienwohnungen" kosten bis zu einer Höhe von 30 mm einspaltig bzw. 15 mm zweispaltig DM 11,17 inkl. MwSt. pro Millimeter, ohne Wiederholungsnachlaß. Die normale Druckzeile kann ca. 35 Buchstaben bzw. 4 bis 5 Wörter enthalten. Anzeigenschluß ist jeweils **montags** 14 Uhr vor dem Erscheinungstermin.

Rustikales Blockhaus im Naturschutzgebiet an der Eider, für 4–6 Personen noch frei.

Mindestgröße 10 mm/1spaltig.
Alle Anzeigen werden mit Rand versehen.
Standardgestaltung

DIE WELT / WELT am SONNTAG

An DIE WELT/
WELT am SONNTAG,
Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64,
4300 Essen 1

01-188

Hiermit bestelle ich eine Anzeige für die Rubrik „Ferienhäuser und Ferienwohnungen" in der Höhe von ______ Millimetern ____ spaltig zum Preis von __________ DM.

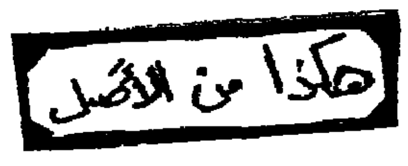
Bitte veröffentlichen Sie das Inserat am Freitag, dem ______________ in der WELT sowie am darauffolgenden Sonntag in WELT am SONNTAG.

Name ______________________________

Straße/Nr. ____________________ Telefon ____________

PLZ/Ort ______________________________

Der Text meiner Anzeige soll lauten:





SCHACH MIT GROSSMEISTER LUDEK PACHMANN

Drei Runden vor Schluß des unlängst in Dortmund ausgetragenen Großmeisterturniers schien GM Hort sicherer Sieger zu sein. Dann verlor er jedoch zwei Partien (gegen Kindermann und Bischoff) nacheinander, und ein Sieg in der letzten Runde reichte nur noch zum Teilen des 1. Preises: Hort, Kindermann und Rasuwajew 7 aus 11, Benjamin, Bischoff, Garcia Palermo und Suba 6½ usw.

Übrigens hatte in der letzten Runde der rumänische GM Suba noch die Chance, zum zweiten Mal Sieger der „Dortmunder Schachtage" zu werden, unterlag jedoch in einer ausgezeichneten Positionspartie seinem argentinischen Gegner:

Nimzoindisch

Garcia Palermo – Suba

1.d4 Sf6 2.c4 e6 3.Sc3 Lb4 4.e3 0-0 5.Se2 d5 6.a3 Le7 7.cd5: Sd5: (Etwas besser steht Weiß nach ed 8.g3 c6 9.Lg2 a5 10.0-0 Te8 11.b3 usw.) **8.Dc2** (Nach 8.g3 gleicht Schwarz das Spiel mit Sc3: leicht aus – 9.bc? wird dann mit Dd5! erwidert.) **Sd7 9.Ld2 S5f6!?** (Viel einfacher wäre Sc3: nebst c5, der mit dem Vorstoß e5 verbundene Plan überläßt Weiß Raumvorteil im Zentrum:) **10.g3 e5 11.Lg2 ed4: 12.Sd4: Se5 13.0-0 c6?** (Will die Wirkung des Lg2 einschränken, aber c5! 14.Sf5 Lf5: 15.Df5: Dd2: 16.De5: Dd6! hätte zum Ausgleich gereicht – für den Bb7 bekommt Schwarz den Bb2 zurück.) **14.h3 Te8 15.Tad1 Lf8 16.Lc1 Db6 17.f4 Sc4 18.e4! Lc5 19.Sa4!** (Hat Schwarz diese kleine Finesse übersehen?) **Ld4:+ 20.Kh2 Db5 21.Td4: Sb6 22.Se5 Sbd7 23.Sd7: Sd7: 24.Tfd1 Sf8 25.f5!**

(Nun kann Schwarz seine Entwicklung gar nicht vollenden.) **c5 26.a4! Da5 27.b4!** (Und nun zeigt Weiß, daß auch die schwarze Dame sehr exponiert steht!) **cb4: 28.Td5 Db6** (Oder Da6 29.Td6 b6 30.Lf1 Db7 31.Lb5! De4: 32.De4: Te4: 33.Lc6 Te2+ 34.Kg1 Tb8 35.Td8 und Weiß gewinnt.) **29.Td6 Da5 30.T1d5 b3 31.Db3: Dc7 32.Lf4 b6** (Verliert Material, aber nach De7 33.Dd3 – drohend 34.Te5! – f6 34.e5 wäre die Lage von Schwarz völlig hoffnungslos.)

33.Te6! Se6: (Oder fe 34.Lc7: ed 35.Dd5:+ u. g.) **34.Lc7: Sc7: 35.Td1 Tb8 36.Lf1! Tf8 37.Lc4 La6 38.Td7 Lc4: 39.Dc4: Sa8 40.Ta7: Te8 41.Db3 Tb8** und Schwarz gab nach dem Abbruch auf.

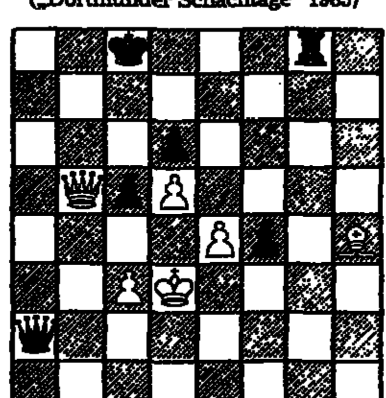
Der 5. Oktober war in den USA zu einem „Nationalen Schachtag" erklärt worden. In zahlreichen Städten wurden Blitzturniere, Simultanveranstaltungen, Vereinskämpfe ausgetragen, Partien mit „lebenden Figuren" demonstriert.

Diese Aktion der amerikanischen Schachföderation wurde vom amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan damit aufgewertet, daß er sie offiziell anerkannte und in einem Brief an die Schachföderation die Qualitäten des Schachspiels hervorhob, das „Vergnügen und Entspannung verschafft und ebenso den Geist stimuliert und entwickelt ... Es gibt nur wenige bessere Wege, um seinen Charakter zu festigen, den Denkprozeß zu verbessern oder um vergnügliche Stunden zu verbringen", schrieb Präsident Reagan.

Lösung vom 11. Oktober

(Kg1,Dd1,Tb1,f1,Ld3,Se4,f3,Bc2,f2, g2,h2; Ke8,Dd8,Ta8,h8,Lc8,f8,Sb4, Ba7,b7,e6,f6,f7,h7): **1.Tb4:! Lb4: 2.Lb5+ Ke7** (Ld7? 3.Ld7:+ Dd7: 4.Sf6:+ u. g.) **3.Da1! e5** (Kf8 4.Td1 De7 5.Sf6:+ nebst Sd5) **4.Se5:! Kf8 5.Sf6:! Da5 6.Sed7+ Ld7: 7.Sd7:+ Kg8 8.De5:** aufgegeben.

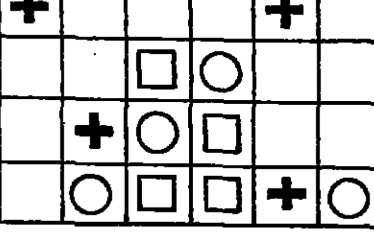
Z. Polgar – Kindermann
(„Dortmunder Schachtage" 1985)



Schwarz am Zug gewann
(Kd3,Db5,Lh4,Bc3,d5,e4; Kc8,Da2, Tg8,Bc5,d6,f4)

DENKSPIELE

Teile und verteile!



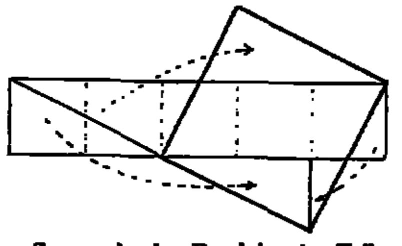
Das Brett mit den 24 Feldern ist so in vier deckungsgleiche Teilstücke zu zerlegen, daß auf jedem dieser Teilstücke sich je ein Kreuz, ein Kreis und ein Quadrat befinden.

Hutwerfen

An der Theatergarderobe fällt das Licht aus. X Männer greifen im Dunklen wahllos nach ihren Hüten. Bei welcher Anzahl X ist die Wahrscheinlichkeit am größten, daß keiner der Herren danach seinen eigenen Hut trägt?

Lösung vom 11. Oktober

Schnipp-Schnipp-Schnapp



So wurde das Band in vier Teile zerschnitten und zu einem Quadrat zusammengelegt.

Kalendergeschichten

Die katholischen Länder Europas führten den Gregorianischen Kalender sofort nach der Kalenderreform ein, die protestantischen jedoch erst sehr viel später. In England wurde erst nach 1616 der Kalender um zehn Tage „vorgestellt".

Trimmels Fahrten

Der Anhalter kommt später zur Arbeit, denn schon der Lieferwagen braucht für die zweite Hälfte des Weges ebensoviel Zeit wie Trimmel für den ganzen Weg. Hinzu kommt die Fahrtzeit im Pkw.

Zwei Punkte Unterschied

Forderung / Förderung

Kurios, kurios

Gesucht waren die Zahlen 12 und 21 (12x12=144) / 21x21=441) oder 13 und 31 (13x13=169) / 31x31=961)

Wenn Quadrate farbig sind

Für die sechs ungraden Zahlen ergibt sich nur die Möglichkeit: 1+3+5+7+9+11=36, und somit umfaßt das Quadrat 36 Felder.

Gefahr in den Tropen: Malaria ist auf dem Vormarsch

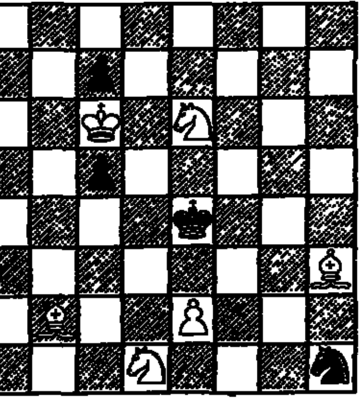
Die Malaria (Sumpf- oder Wechselfieber) ist keineswegs ausgestorben. Malariakrank sind heute zwischen 500 und 700 Millionen Menschen. Noch immer sterben jährlich *drei bis fünf Millionen* Infizierte an dieser endemischen, meldepflichtigen Krankheit. Heimisch ist die Malaria in tropischen und subtropischen Regionen, vor allem in den an das Mittelmeer angrenzenden Staaten. In Ländern mit *kaltem* oder *gemäßigtem* Klima kommt sie nicht vor, denn die einzelligen Erreger, die Malaria-Plasmodien, auch Sporentierchen genannt, die von der Anopheles, einer Stechmückenart, übertragen werden, brauchen zu ihrer Entwicklung im Darm der Mücke eine Mindesttemperatur von plus 17 Grad Celsius. Die Anopheles liebt feucht-warme Sumpfgebiete. Malaria-Erreger – es gibt drei verschiedene Arten mit unterschiedlicher Entwicklungsdauer – vermehren sich geschlechtlich im Darm der Anopheles und ungeschlechtlich in den roten Blutkörperchen des Menschen. Beim Stich der Mücke gelangen die Sporozoiten (Sichelkeime) in das Blut. Im menschlichen Körper erfolgt die ungeschlechtliche Vermehrung (Schizogonie). Die Sporozoiten setzen sich zuerst in der Leber fest, dort vermehren sie sich, ohne daß *merkliche* Krankheitssymptome auftreten. Nach Ablauf der Inkubationszeit (sieben bis 21 Tage) zerfallen die Leberplasmodien in viele hundert Merozoiten, die dann erstmals im peripheren Blut die roten Blutkörperchen befallen. In ihnen entwickeln sie sich zu reifen Schizonten (Blutplasmodien), die sich wiederum in Tochterkerne teilen. Wenn eine ausreichende Erregerzahl im Blut erreicht ist, kommt es zum Zerfall der infizierten roten Blutkörperchen mit begleitender Fieberattacke. So entstehen im Rhythmus der Entwicklung der Schizonten die für jede Erregerart charakteristischen Fieberanfälle; bei der Malaria tertiana jeden dritten, bei der Malaria quartana jeden vierten Tag und bei der unangenehmsten Malaria tropica täglich. Die ersten Anzeichen einer Erkrankung zeigen sich in Mattigkeit, allgemeinem Unbehagen, Kopf- und Gliederschmerzen. Sämtliche drei Malariaformen beginnen *akut* mit Fieberanfällen und Schüttelfrost. Nach etwa sechs bis acht Stunden kommt es zu kritischer Entfieberung mit Schweißausbrüchen. Häufig sind typische Blutbildveränderungen. Bei nicht ausreichender Ausheilung kommt es zum chronischen Verlauf mit Neigung zu Rückfällen, zum Teil erheblicher Blutarmut und Leber- und Milzvergrößerungen, schließlich zum körperlichen Verfall mit Cachexie. Heute gibt es eine ganze Reihe von wirksamen Malariamitteln; Chemotherapeutika gegen die Malariaplasmodien: 1. die Schizontenmittel (asexuelle Blutphase) Mepacrin, Chlorquine, Chinin, Proguanil; 2. Mittel gegen die Gameten und Gewebsformen, wie Pamaquine, Pentaquine; 3. Pyrimethamin gegen alle Tertianaformen. Mit diesen Malariamitteln kann man auch eine entsprechende Prophylaxe betreiben. Die Wahl des Medikamentes und die Dosierung sollte vor Reiseantritt unbedingt mit dem Arzt besprochen werden, zumal individuelle Unverträglichkeiten bestehen und Nebenwirkungen auftreten können. Am Ferienort sollte man sich durch entsprechende Kleidung schützen und unter einem Moskitonetz schlafen.

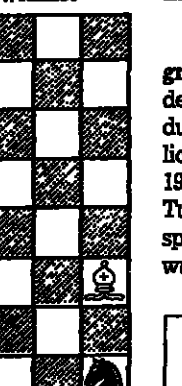
JULIKA OLDENBURG

MEDIZIN auf Reisen

SCHACH

Aufgabe Nr. 1356 (Urdruck)
Andreas Fecke, Lippstadt
J. Hönemann gewidmet





Lösung Nr. 1355
von Fritz Karge

(Kc8 Tb7 e1 Le6 Ba2 b4, Ka6 Le2 Ba3 b5 – Dreizüger).

1.Lf5! Lc4 (gegen 2.Te6+ gerichtet) 2.Ld3! Schwarz, in Zugzwang, muß nun entweder 3.L:b5 matt oder 3.Te6 matt zulassen.

Pfleger/Kurz, Turnier der Schachgroßmeister '83 – *Falken-Verlag*, Niedernhausen/Ts., 176 S. mit 100 Abbildungen, 16,80 Mark. Eine ausführliche Schilderung des im November 1983 in Bath (England) ausgetragenen Turniers, in dem im Entscheidungsspiel Karpow von Tony Miles besiegt wurde.

H. K.

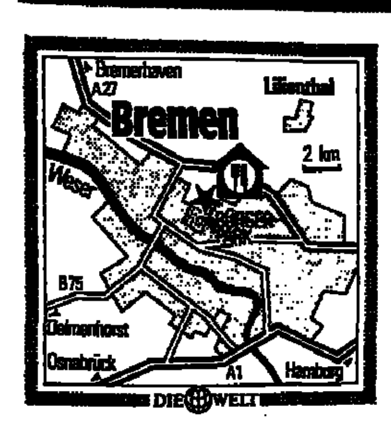
REISE WELT
MAGAZIN FÜR DIE FREIZEIT
mit Auto, Hobby, Sport, Spiel
Verantwortlich: Heinz Hormann
Redaktion:
Birgit Cremers-Schiemann
Heinz-R. Scheika
Godesberger Allee 99, 5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 30 41

AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

WAAGERECHT: 2. REIHE Ermittlungsverfahren 3. REIHE Sache – Etzel 4. REIHE Spott – Kairo – Rigi 5. REIHE Astor – Gehenna 6. REIHE Sparta – Weser – O. N. 7. REIHE Tal – Eisen – Selma 8. REIHE Hirte – sogar 9. REIHE Ritter – Asien – Ski 10. REIHE N. H. – Horus – Kanten 11. REIHE Herodes – Sari – Garn 12. REIHE Boris – Mantilla 13. REIHE Pele – Mai – Kuer 14. REIHE Hitparade – Pegasus 15. REIHE It. – PLO – Bober – RT 16. REIHE Beat – leger – Laboe 17. REIHE Laban – Kolik 18. REIHE Fides – Simson – von 19. REIHE Ela – Lukas – Monaco 20. REIHE Gabun – Kanapee – Mut 21. *REIHE Prau – Veteran – Trappe*

SENKRECHT: 2. SPALTE Tropfsteinhoehle – Flop 3. SPALTE Panther – Italia 4. SPALTE Mistral – Ritt – Ga 5. SPALTE Tat – Heros – Lenau 6. SPALTE tc – Atair – Pallas 7. SPALTE Lhasa – Herero – Luv 8. SPALTE Aue – Ethos – Lagune 9. SPALTE *Kopie – Medien 10. SPALTE agrar* – Aura – Sake 11. SPALTE weiss – Belisar 12. SPALTE Verden – Stator – Na 13. SPALTE Veto – Serail – Koran 14. SPALTE Gelon – Peron 15. SPALTE Feier – Killer – Met 16. SPALTE Pal – Saba – Likoer 17. SPALTE Roger – Kajak 18. SPALTE Rain – Status – Vamp 19. SPALTE Gnomiker – Europacup 20. *SPALTE Indiana* – Innerste – Note = MESSBECHER

GOURMET-TIP



Anreise: Autobahn Bremen, Abfahrt Horn-Lehe.
Öffnungszeiten: Täglich von 11 bis 23 Uhr, warme Küche von 12 bis 14.30 Uhr und 18 bis 22 Uhr.
Anschrift: Meierei, im Bürgerpark, 2800 Bremen.

Meierei in Bremen

Inmitten einer üppigen Parklandschaft im Herzen von Bremen liegt die 104 Jahre alte Meierei. Als intim kann man das Restaurant mit seinen 120 Sitzplätzen und einer großen Terrasse nicht bezeichnen, aber behaglich ist es in freundlichem Dekor und mit flackerndem Kaminfeuer. In der Küche regieren Bernhard Koller (27) und Hans Jürgen Himmelskamp (30). Koller, der den Gast auch gern berät, hat sich seine Sporen in Baden-Baden im Restaurant „Stahlbad" und in „Brenner's Park-Hotel" verdient. Hans Jürgen Himmelskamp ist durch die gute Schule von Franz Keller (Schwarzer Adler) gegangen.

Die Speisekarte ist bewußt klein gehalten, da sämtliche Gerichte aus marktfrischen Zutaten stets à la minute zubereitet werden, zum Beispiel Artischockenböden mit Gänsestopfleber und Trüffelscheiben (29 Mark), Lachsschaum auf Hummersauce (35 Mark), Poulardenbrust in Schnittlauchrahm mit buntem Gemüse (29 Mark).

Neben den häufig wechselnden festen Angeboten gibt es mittags zwei kleine Menüs, und abends wird das große Feinschmecker-Menü, bestehend aus vier oder sieben Gängen, angeboten. Eine kleine Speisefolge zu 29 Mark sieht mittags so aus: Zuckerschotensuppe mit Hechtklößchen, Steinbeißerfilet gebraten auf Zucchinigemüse, zerlassene Butter, Dampfkartoffeln, Vanillemousseline mit frischen Beeren.

Wir probierten ein viergängiges Feinschmecker-Menü zu 60 Mark. Dem Amuse Gueult, einer würzigen Gemüsequiche mit Krabben, folgte eine Essenz von Pfifferlingen. Die Taubenbrüstchen auf Wurzelstreifen in Portweinsauce waren saftig und rosa und die Steinbuttroulade auf Safransauce mit Wildreis gekonnt zubereitet. *Als Genuß ohne* Reue, leicht und locker, entpuppte sich das Dessert: Weichkäse auf Vanillesauce mit Wildbeeren.

Die Weinkarte des Hauses ist liebevoll zusammengestellt. Neben deutschen Lagen, Schweizern und Italienern finden sich reichlich französische Edelkreszenzen, von denen immer gleich mehrere Jahrgänge vertreten sind. Ein Château Margaux von 1970 schlägt mit 200 Mark zu Buche, ein 1980er kostet 110 Mark. Aber auch anspruchsvolle „Bürgergewächse" finden sich, wie ein 1980er Château de Pez (Saint Estephe) zu 42 Mark. Köstlich der 1983er Chevalier Montrachet, Domaine Leflaife, zu 95 Mark. Offen gibt es zehn verschiedene Schoppenweine vom Oberbergener Vulkanfelsen Müller-Thurgau von Franz Keller zu 8,50 Mark bis zum Chablis La Fayette zu 12 Mark.

SILVIA M. PROPP



Sie regieren in der Küche: Bernhard Koller (links) und Hans Jürgen Himmelskamp (rechts). Geschäftsführer der „Meierei" ist Wilhelm Wehrmann (Mitte).
FOTO: PROPP



Scheinfeld, die 1200 Jahre alte Steigerwaldstadt, wird überragt vom stolzen Renaissance-Schloß Schwarzenberg, einem fürstlichen Stammsitz. Der südliche Steigerwald gehört zu den schönsten Wandergebieten in Deutschland. Da und dort am Weg sind barocke Schloßanlagen, Wehrkirchen und Ruinen alter Burgen zu sehen. Münchsteinach mit seiner stattlichen Münsterkirche und dreischiffigen Pfeilerbasilika zählt zu den bedeutenden Denkmälern romanischer Baukunst in Franken.

Fränkisches Idyll in fast unberührter Natur

Scheinfeld

Das grüne Herz Frankens, den Steigerwald, hat die Natur mit mancherlei Gütern gesegnet. Der Erholungsuchende findet hier reiche Fischgründe, kann stundenlang durch tiefe Wälder streifen, ohne einer Menschenseele zu begegnen, oder die heilenden Quellen Wildbachs und Bad Windsheims ausprobieren. Er wandelt auf historischem Boden. An den Wassern Wildbachs labte sich bereits Kaiser Lothar der Zweite im 12. Jahrhundert.

Massentourismus ist Frankens „gemütlicher Ecke" fremd. Ebenso Hektik und Umweltschmutz. Denkmals- und Naturschutz werden hingegen ganz groß geschrieben. Die Straßen der Städtchen und Dörfer – eine wirkliche Großstadt gibt es im Steigerwald nicht – sind blitzsauber, die Häuser geschmackvoll restauriert und die Gaststätten so behaglich, daß man sich hier gern zu einer deftigen fränkischen Brotzeit mit Wurst und Fleisch, zumeist aus eigener Schlachtung, niederläßt. Bei Begleichung der Rechnung wird jeder freudig überrascht sein, denn der Schmaus ist nicht nur reichlich und wohlschmekkend, sondern zudem außerordentlich preiswert.

Doch neben Rustikalem hat die Region auch etwas für ausgesprochen verwöhnte Gaumen zu bieten. Die „Rentamts Stuben" in Scheinfeld, eine Empfehlung für Feinschmecker, bieten über Rebholz geräucherten Salm und Steigerwälder Forellenfilet mit Wildpreiselbeeren aus den angrenzenden Wäldern. Daß hierzu ein herber Frankenwein getrunken wird, der ebenfalls in der Umgebung wächst, versteht sich von selbst.

Ein Spaziergang durch Scheinfelds gut erhaltenen mittelalterlichen Stadtkern führt auf die Burg Schwarzenberg mit ihren bunten Türmen und Zinnen, die wie ein Spielzeugschloß gleich über den Baumwipfeln zu schweben scheint. Bei näherem Hinsehen erweist sich das Schloß jedoch als ein wehrhaftes Bauwerk.

Die vielen reizvollen Ortschaften des Steigerwaldes liegen ganz dicht beieinander. So kann man am Morgen in Markt Erlbach das Handwerkermuseum und die imposante Kilianskirche mit ihrem romanischen Taufstein besichtigen, mittags in Neustadt an der Aisch den berühmten Aischgründer Karpfen (gebacken ist er eine Steigerwälder Spezialität) verzehren und gegen Abend in Bullenheim einen wahrhaft paradiesischen Tropfen aus dem Bocksbeutel verkosten. Der „Bullenheimer Berg" ist bei Weinkennern als „Bullenheimer Paradies" bekannt und hochgeschätzt.

Der Winzer einer kleinen, aber vorzüglichen Lage lädt gern in seinen weißgetünchten Keller oder, wenn das Wetter mitspielt, auch in seinen Rebgarten zur Weinprobe ein.

Im Steigerwald tritt man sich – im wahrsten Sinne des Wortes – nirgendwo gegenseitig auf die Füße. Er ist eines der am dünnsten besiedelten Gebiete Deutschlands und daher ein ideales Urlaubsziel für Familien. Ein kinderfreundliches allemal. Hier hat der Nachwuchs noch genügend Platz für Geländespiele. Und jedes Gasthaus hält eine Auswahl von Portionen für die kleinen Gäste bereit.

Besonders für Pferde haben die Franken ein Herz. Wer einfach sein Auto stehen läßt, kann sich mit einem oder zwei PS auf Erkundungsreise begeben. Kutschfahrten – teilweise sogar in historischen Kutschen – begeistern Einheimische und Gäste gleichermaßen.

Da lenkt der Chef eines großen fränkischen Familienunternehmens, als Landsknecht verkleidet, sein Gespann *durch das romantische* Aurachtal. Auf dem Bock der nachfolgenden Kutsche sitzt eine elegante Dame im Kostüm der Jahrhundertwende, den Kopf mit einem feschen Federhütchen geschmückt. Ihren Abschluß findet diese Gaudi stets in einem gemütlichen Wirtshaus bei Wein, Bier und Blasmusik.

Bei solchen Anlässen erscheint jung und alt gern in der schmucken altfränkischen Tracht: die Männer in Kniehosen und Dreispitz, die Frauen mit Spitzenhaube und Schultertuch. Kein Zweifel, die Franken verstehen zu leben. Und wer einmal ihre Gastfreundschaft genossen hat, kehrt immer gern zurück.

UTA BUHR

*

Auskunft: Kreisverkehrsamt, 8530 Neustadt an der Aisch.

ANGEBOTE

Volksfest in Pushkar

Das Kartika-Purnima-Fest in Pushkar ist eines der fröhlichsten und buntesten Ereignisse in Indien. Eine sechzehntägige Studienreise vom 17. November bis zum 2. Dezember dorthin kostet 4980 Mark. Auf Wunsch kann eine Verlängerungswoche in Goa als Badeaufenthalt angehängt werden. (Auskunft: Indoculture Tours-Reisedienst, Bismarckplatz 1, 7000 Stuttgart 1)

Mit Arzt nach Ägypten

Für alle, die auch im Urlaub ärztliche Betreuung benötigen, bietet Kahntours eine Ägypten-Studienreise mit Begleitung eines deutschen Arztes an. Sie dauert vom 16. bis 30. November und kostet 3875 Mark. Übernachtet wird in Hotels der ersten Kategorie und während der Nil-Kreuzfahrt auf dem Hotelschiff „Giza". Besichtigungen der Altertümer Ägyptens, Museums- und Basarbesuche wechseln mit Ruhe- und Erholungsphasen ab. (Auskunft: Reisebüro Kahn, Postfach 30 29, 3300 Braunschweig)

Fotoreise in die USA

Leica bietet eine USA-Reise für Fotofreunde an. Vom 1. bis 16. November geht es auf „Florida Sunshine Tour". Stationen: Miami, Key West, die Dry Tortugas, Key Largo, Epcot, Disney World und Clearwater. Kosten: 6853 Mark. (Auskunft: Ernst Leitz GmbH, Ernst-Leitz-Straße, 6330 Wetzlar)

Wandern ohne Gepäck

„Auf den Spuren des Köhlers und Bergmannes" können Naturfreunde im Südharz wandern. Die Orte Bad Lauterberg, St. Andreasberg, Wieda, Zorge und Walkenried bieten im Herbst Pauschalangebote für sieben Übernachtungen inklusive Frühstück und Wanderführung ab 167 Mark. Das Gepäck wird auf der 100-Kilometer-Route von Ort zu Ort transportiert. (Auskunft: Kurverwaltung, 3422 Bad Lauterberg)

Reiten im Schwarzwald

Einsame Reitwege und herrliche Rastplätze verspricht der Schwarzwald-Kurort Seewald-Besenfeld. Vierzehntägige Pauschal-Reitferien werden für Erwachsene ab 830 und für Jugendliche ab 650 Mark angeboten. (Auskunft: Bürgermeisteramt, 7291 Seewald; Schwarzwald Information, 7530 Pforzheim)